C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 35/6. Nov. 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Nahost:

WEDER KRIEG NOCH FRIEDEN

Nach fast dreiwöchigen Kämpfen ist in der letzten Oktober-Woche im Nahen Osten ein neuer Waffenstillstand zustande gekommen.
An der syrischen Front ist es Israel gelungen, die Waffenstillstands-Linien (von 1967) noch weiter zu seinen Gunsten zu verschieben.
Am Suez-Kanal ist die Lage komplizierter: Im Nordabschnitt stehen ägyptische Truppen weiterhin auf dem Ostufer des Kanals und einige Kilometer in die Sinai-Halbinsel hinein – in der Mitte und im Südabschnitt des Kanals haben israelische Truppen einen Brückenkopf zwischen Ismailia und Suez gewonnen und ägyptische Truppen am Ostufer sowie in der Gegend von Suez eingeschlossen. Wichtige Gelände-Gewinne erreichte Israel noch am 23. und 24. Oktober – unter Bruch des am 22. Oktober vereinbarten ersten Waffenstillstands: So vor allem der israelische Vormarsch westlich des Suez-Kanals und damit die vollständige Einschließung von etwa 20 000 Mann der ägyptischen 3. Armee am Ostufer des Kanals und im Raum von Suez.
Die so erreichte Waffenstillstands-Linie am Kanal ist offenbar viel unstabiler als die Linie vor dem Krieg, die entlang des Kanals verlief. Ein „Einfrieren" der neuen Front auf längere Zeit – wie es mit der alten Waffenstillstands-Linie von 1967 geschah – ist daher wenig wahrscheinlich: d.h. es dürfte entweder rasch Vereinbarungen geben – zumindest über eine neue Waffenstillstands-Linie, wodurch u.a. das Schicksal der eingeschlossenen ägyptischen Truppen geklärt wird – oder neue Kämpfe.

„Friedens-Pläne"

Nach Inkrafttreten des Waffenstillstands ist wieder Konjunktur für verschiedene „Friedens-Pläne".

Offiziell fordern die arabischen Regierungen den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten. Diese Forderung stimmt auch überein mit der UN-Resolution 242 vom November 1967. In dieser Resolution wird betont, „daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern", und wird der „Rückzug israelischer Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt worden sind", gefordert. Die Resolution 242 fordert außerdem „eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems" (Palästinenser) und die „Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen



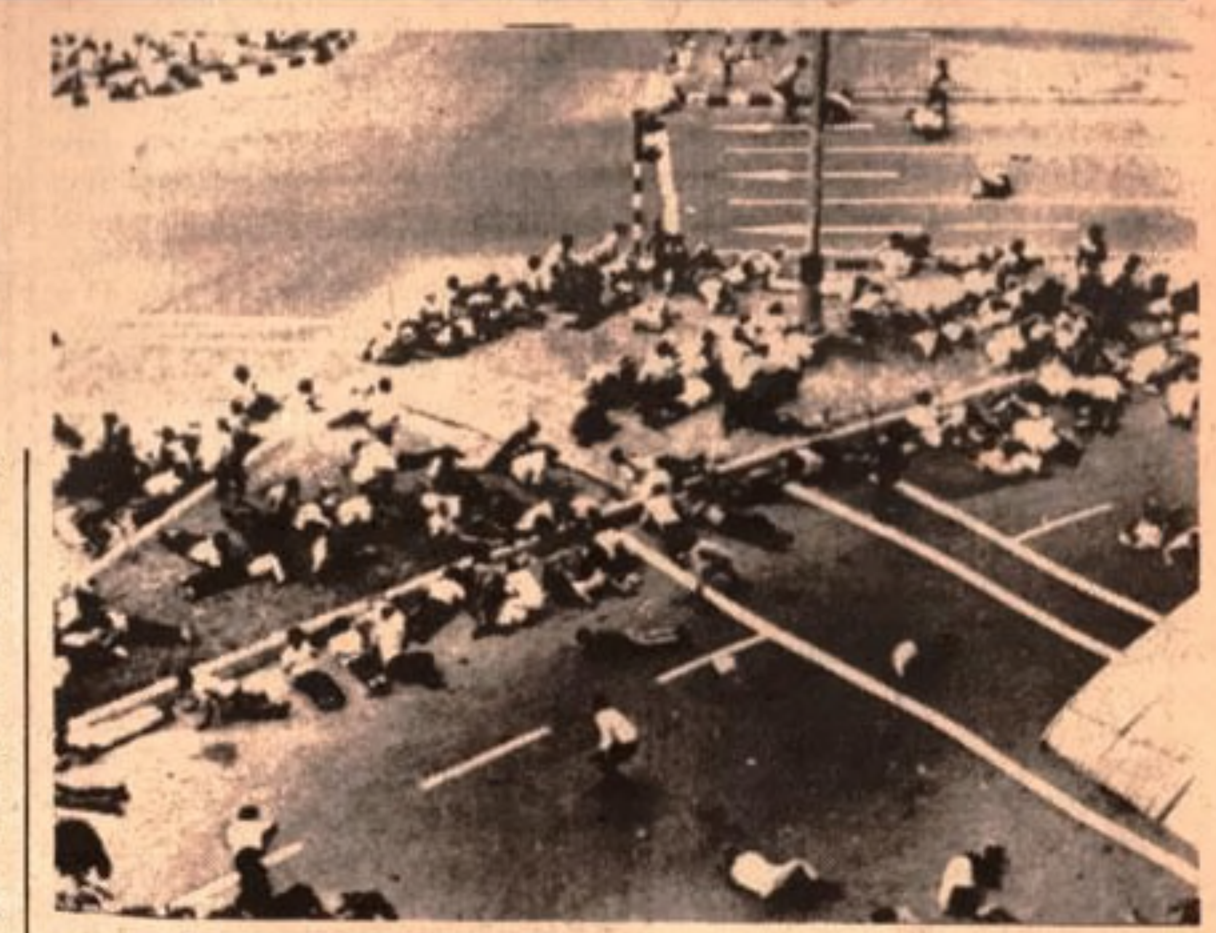
eine Lösung der n a t i o n a l e n Staates der Region" (d.h. einschließlich Israel). Die Resolution läßt also Frage des palästinensischen Volkes nicht zu bzw. macht es zu einem reinen „Flüchtlingsproblem".

Israel hat die Resolution 242 nie anerkannt bzw. interpretiert den Inhalt dieser Resolution völlig absurd. Unter spitzfindiger Ausnutzung von Übersetzungs-Unterschieden behaupten die Zionisten, die Resolution 242 fordere nicht den Rückzug Israels „aus d e n besetzten Gebieten", sondern nur „aus besetzten Gebieten" – also nicht aus allen, sondern nur aus einigen. Eine solche Auslegung ist offenbar absurd. Selbst wenn Israel nur irgendwo zwei oder drei Meter der besetzten Gebiete „zurückgeben" würde, hätte es dann schon formal einen „Rückzug aus besetzten Gebieten" durchgeführt. Daß dies nicht gemeint ist, geht aus dem Text der Resolution hervor, nämlich „daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern".

Festzuhalten bleibt, daß Israel die UN-Resolution 242 nicht anerkennt. Auf diese Resolution bezieht sich jedoch erneut die vom UN-Sicherheitsrat angenommene sowjetisch-amerikanische Resolution über einen Waffenstillstand vom 22. Oktober 73, nämlich: „...fordert die betreffenden Parteien auf, die Resolution 242 (1967) in allen ihren Teilen sofort nach der Feuereinstellung zu verwirklichen."

Israels „Mindest-Forderung"

Golda Meir hat nach ihrer Reise in die USA Anfang November erneut gesagt, daß die israelische Regierung nicht zu einem Rückzug aus allen besetzten Gebieten, sondern nur zu Verhandlungen über „Grenzkorrekturen" bereit ist. Forts. Seite 15



Thailand:

Massenkampf verjagt Militär Diktatoren

Massendemonstrationen, Straßenschlachten und z.T. bewaffnete Kämpfe in Thailands Hauptstadt Bangkok zwangen im Oktober einige besonders verhaßte Führer der Militär-Junta, das Land fluchtartig zu verlassen. Präsident Thanom Kittikatschorn zog sich in die USA zurück. Es wurde eine neue Regierung gebildet, der jedoch wiederum Militärs angehören.

Mehrere Hunderttausend Menschen – zwischen 200 000 und 400 000 – hatten zuvor in Bangkok demonstriert. Die Führung der Massendemonstrationen scheint bei der kleinbürgerlichen Intelligenz (Studenten, Professoren, Lehrer, Schüler u.a.) und bei den buddhistischen Mönchen gelegen zu haben. Ihre Forderungen: Absetzung der seit 1971 auch offiziell herrschenden Militär-Clique (das Land war schon vorher von den Militärs beherrscht worden; 1971 wurde auch formal die Verfassung von den Militärs außer Kraft gesetzt), Wiederherstellung einer demokratischen Verfassung und Durchführung freier Wahlen. Außerdem richteten sich die Massen-Demonstrationen gegen Korruption, Mißwirtschaft, gegen den zunehmenden Einfluß japanischer Konzerne in Thailand und gegen die Abhängigkeit des Landes vom US-Imperialismus. (Thailand ist der wichtigste und stärkste Stützpunkt der USA in Südostasien.)

Beim Versuch von Polizei und Militär, die Demonstrationen zu unterdrücken, hat es mehrere hundert Tote gegeben – einige Berichte sprechen von mehr als 1000. Offenbar waren die Demonstranten zum Teil auch bewaffnet; außerdem haben nach verschiedenen Berichten Teile des Militärs mit ihren Forderungen sympathisiert.

Zunächst hat der Massenkampf nur erreicht, daß einige besonders verhaßte Militärs durch weniger belastete Figuren abgelöst wurden, sowie einen Sack voll Versprechungen (freie Wahlen etc.) gemacht wurden. Die Ziele der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Führer der Aktionen scheinen auch nur sehr begrenzt gewesen zu sein; in diesem Sinn ist ihr Appell zur Einstellung der Aktionen (nach der Flucht von Kittikatschorn & Co. und der Bildung einer neuen Regierung) und ihre Distanzierung von „separaten" und „extremistischen" Gruppen, die den Kampf fortsetzen wollten, offenbar zu verstehen.

Seit etwa 1965 gibt es in Thailand, vor allem in den nördlichen Provinzen, bewaffnete Formationen des Volkes in den ländlichen Gebieten. Wir drucken hier ein Interview der schwedischen Zeitung „Gnistan" nach, das diese noch vor den jüngsten Massenaktionen mit einem Vertreter der Thailändischen Nationalen Befreiungsbewegung führte und das die Situation in Thailand etwas verdeutlichen kann. Forts. Seite 18

Zur Situation des Widerstandes in Chile:

Langdauernder revolutionärer Krieg

Ein genaueres Bild über den Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärjunta zu erhalten, ist gegenwärtig ebenso schwierig, wie das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors zu erkennen. Die konkreten Informationen, die uns bislang über den Widerstand vorliegen, haben wir weitgehend aus ausländischen linken Zeitungen bekommen.

Die zweiwöchentlich erscheinende französische Zeitung „Révolution!" einer gleichnamigen kommunistischen Organisation berichtete in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober, daß es den bewaffneten Widerstandskräften des chilenischen Volkes gelungen sei, rund 2.000 Soldaten der Militärjunta zu töten. Eine gleiche Zahl wurde von der linken italienischen Tageszeitung „Lotta Continua" schon am 19. September genannt. „Lotta Continua" berief sich dabei auf die Aussage eines Beauftragten der Militärjunta, der die chilenische Fußballmannschaft nach Argentinien begleitet hatte.

Offensichtlich ist der bewaffnete Widerstand gleich nach dem Putsch ziemlich breit und heftig aufgeflammt, wenn auch mit weit unterlegener und unzureichender Bewaffnung. Dafür gibt es eine Reihe von Hinweisen, die wir aber im e i n z e l n e n von hier aus natürlich kaum beurteilen können.

Einige Meldungen haben sich allerdings als zu euphorisch herausgestellt, wie etwa die auch vom lateinamerikanischen Studentenverband AELA in Hamburg verbreitete und von einigen Gruppen (wie der Hamburger SSG, eine KBW-Filiale) aufgegriffene „Nachricht", wonach „80.000 bewaffnete Arbeiter auf Santiago de Chile zumaschieren" (Flugblatt der SSG/KG vom 12.9.) mit dem General Prats, der in der Allende-Regierung zeitweilig Minister war, an der Spitze. Prats ist, wie wir schon in der vorletzten Ausgabe des AK schrieben, nach Argentinien ausgewandert, nachdem er zuvor noch erklärt hatte, daß er nicht die Absicht hege, die Militärjunta zu stürzen. Aber auch ohne „Prats an der Spitze" ist die Meldung von den „80.000 bewaffneten Arbeitern" (waren die chilenischen Arbeiter unter der Allende-Regierung etwa doch militärisch so gut ausgerüstet worden, daß schon innerhalb des ersten Putschtages mindestens 80.000 von ihnen unter Waffen marschierten? Das möge die SSG doch mal erklären!) die „auf Santiago de Chile zumarschieren", wohl mehr ein mit gewissen rosaroten Träumereien zusammenhängender Wunschgedanke gewesen. Man sollte erst überlegen und dann schreiben. Forts. Seite 20

Doppelte Buchführung:

Rüstungsausgaben der BRD

Die Kapitalisten und ihr Staat lassen nichts unversucht, um der Arbeiterklasse Sand in die Augen zu streuen, wenn es um die Steuergelder für Bundeswehr, Rüstung und langfristige Kriegsvorbereitung geht.

So werden erhebliche Teile der Rüstungskosten in anderen Etats des Bundeshaushaltes untergebracht, um niedrigere Militärausgaben vorzutäuschen. Dementsprechend veröffentlichte die Bundesregierung für den „Verteidigungshaushalt" (Einzelplan 14) 1972 Ausgaben von 24.219,0 Mio. Mark und für 1973 von 26.552,80 Mio. Mark.

Gegenüber Presse, Funk und Fernsehen werden von der Regierung selbst noch weitere Posten hinzugerechnet, die sich an ande- Forts. Seite 27

Zur 'Reverse'-Politik der Gewerkschaftsführer

MAK Kiel: Ausschlussverfahren gegen eine Vertrauensfrau

Mitte Juli hat die Kieler Ortsverwaltung der IGM beschlossen, gegen eine Kollegin der MaK, die Mitglied der Leitung des Vertrauensleutekörpers (VLK) ist, ein Ausschlußverfahren nach § 30 der Satzung durchzuführen. Das Verfahren geht auf einen Antrag Carl Births zurück, der freigestellter Betriebsrat und in der Leitung des VLK auf der MaK sowie Mitglied der Kieler Ortsverwaltung (IG-Metall) ist.

Birth wirft der Kollegin „gewerkschaftsschädigendes Verhalten" und die Zusammenarbeit mit unserem Kommunistischen Bund – also einer nach IGM-Beiratsbeschluß „gegnerischen Organisation" – vor. Die Ortsverwaltung dagegen weiß es noch genauer: Ihr ist „die Mitgliedschaft der Kollegin im KB bekannt", schreibt sie lakonisch und ohne nähere Begründung. Deshalb schickt sie der Kollegin auch gleich ein Revers mit, durch den sie per Unterschrift „verbindlich erklären" soll, dem KB „nicht mehr (!) anzugehören und für ihn nicht mehr (!) tätig zu sein".

Inzwischen hat die Ortsverwaltung auch alles weitere für ein Ausschlußverfahren aus der Gewerkschaft vorbereitet: Die Einwilligung des Hauptvorstandes der IGM liegt vor, ein Termin für die Verhandlung steht fest; das Zusammenspiel zwischen betrieblichen BR-Fürsten, der Ortsverwaltung und dem Hauptvorstand klappt tadellos – der Ausschluß steht unmittelbar bevor.

Bereits vorher hat die sozialdemokratische Ortsverwaltung (OV) mehrere Gewerkschafter, die in den Kieler Betrieben von ihren Kollegen gewählt worden sind, nachträglich einfach nicht bestätigt: So fünf Vertrauensleute bei HDW, zwei in den OJA (Orts-Jugend-ausschuß der IGM) gewählte Jugendliche und auch eine weitere Vertrauensfrau bei MaK. In mehreren Fällen sind auch hier Reverse mit ähnlichem Inhalt wie oben an die Kollegen verschickt worden.

Im Fall der beiden OJA-Mitglieder und der MaK-Vertrauensfrau „beschränkte" sich die OV darauf, sie durch Annulierung demokratischer Wahlen aus gewerkschaftlichen Funktionen herauszudrängen und ihnen „Feststellungsverfahren" anzudrohen, um sie auf diese Weise zu disziplinieren. In anderen Fällen – so z.B. den Howaldt-Vertrauensleuten – sind „Feststellungsverfahren" gegen die Kollegen eingeleitet worden. Sollten sich dabei „Hinweise" auf Mitglied- oder Sympathisantenschaft zu kommunistischen Organisationen „ergeben", droht ihnen der Ausschluß. (Vor einem Feststellungsverfahren schützt übrigens auch ein bereits unterschriebenes Revers nicht!)

Im jüngsten Angriff gegen die MaK-Vertrauensfrau sparen sich die Rechten allerdings selbst diese „Mühe": Hier ist die Mitgliedschaft im KB „bekannt", und der Ausschluß soll offenbar direkt und auf jeden Fall durchgepeitscht werden.

Rechter Kurs Kieler Gewerkschaftsführer

Die forciert betriebene Ausschluß- und Reversepolitik der Kieler OV bildet den vorläufigen Höhepunkt einer rechten Disziplinierungs- und Säuberungspolitik größeren Umfangs.

Vorausgegangen ist u.a. die systematische Zerschlagung der gewerkschaftlichen Betriebsjugendgruppen mehrerer Betriebe, darunter MaK und HDW. Grund: „Kommunistische Unterwanderung". Während bei HDW seitdem überhaupt keine Jugendgruppe mehr existiert, wurde von den rechten Sozialdemokraten bei MaK gleich eine neue, „saubere" Gruppe gebildet, die völlig unter der politischen und personellen Kontrolle der Gewerkschaftsführer steht. (Von daher ist auch das dieser Gruppe eingeräumte „Recht" zu verstehen, ihren Vorsitzenden automatisch und als vollwertiges Mitglied (!) in die VLK-Leitung zu delegieren; faktisch ist das eine bereichsweise Unterlaufung der Vertrauensleutewahlen !)

Im Zusammenhang mit der Auflösung dieser Gruppen ist die OV-Bande nicht einmal davor zurückgeschreckt, die Dienste des hiesigen Polizei- und Justizapparates in Anspruch zu nehmen: Als die Kollegen der Jugendgruppen sich trotz Verbotes im gewerkschaftlichen „Leuschner-Heim" versammelten, um mit den anwesenden OVlern die Sache zu besprechen, riefen diese flugs eine halbe Hundertschaft Bullen und ließen das Haus „räumen".

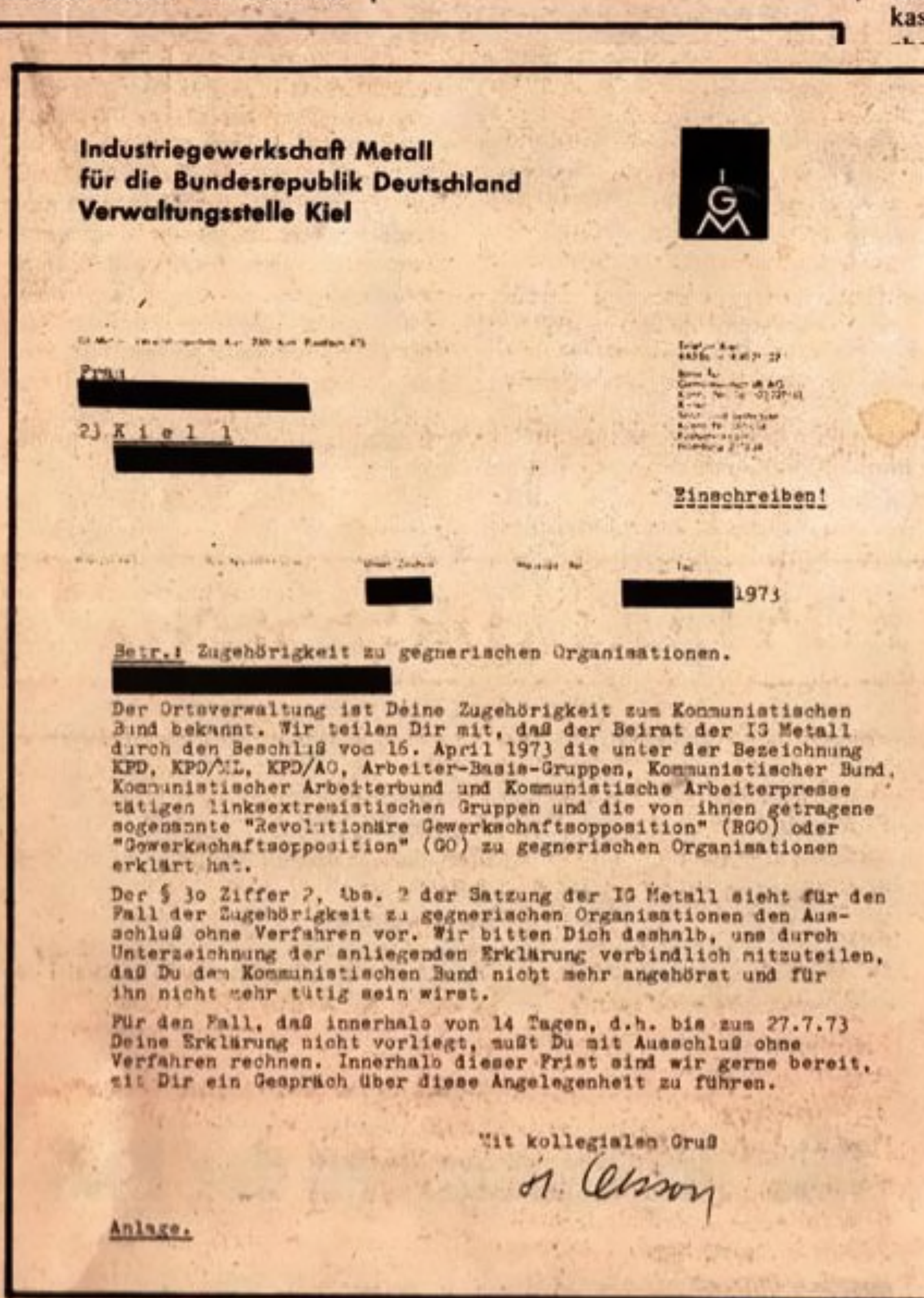
Doch es kam noch besser: Vor wenigen Wochen wurde ein „Rädelsführer" (der auch das Flugblatt unterschrieben hatte, das zur Diskussion im Heim aufrief) von den Gewerkschaftsführern vor Gericht gestellt und wegen „Hausfriedensbruch" zu 70 DM Geldstrafe oder drei Tagen Haft verurteilt! Der Kollege ist zudem „sämtlicher gewerkschaftlicher Funktionen enthoben" und von den HDW-Kapitalisten nach seiner Lehre nicht wieder eingestellt worden. – Präziser kann das Zusammenspiel zwischen Gewerkschaftsführung, Kapitalisten und Staatsapparat kaum abrollen!

Dieses Zusammenspiel hat allerdings noch andere Blüten getrieben: z.B. die sich in Kiel häufenden politischen Entlassungen.

Wir erinnern an die bereits im ARBEITERKAPMF 28 enthüllten eindeutig politisch motivierte Entlassungen bei HDW und Hagenuk. Auch bei MaK sind Jugendvertreter nach ihrer Ausbildung und ein Kollege entlassen worden, der sowohl in seiner Abteilung als auch auf der letzten Betriebsversammlung durch „unangenehme Aktivität" aufgefallen ist. In allen Fällen konnte das politische Motiv der Entlassungen nur sehr unzureichend kaschiert werden: „Keine ausrei-
kaschiert werden: „Keine ausreichenden Arbeitsplätze" (obwohl am selben Tag in der Zeitung für dieselbe Arbeit geworben wird) oder „zu hohe Ausfallzeiten" – diese Vorwände der Kapitalisten sind bekannt.

Weniger bekannt sind oft die schmutzigen Handlangerdienste der Gewerkschaftsführer (die in fast allen Fällen personell identisch sind mit den rechten BR-Fürsten): Nicht nur bereitwillige Zustimmung zu politischen Entlassungen, sondern auch aktive Vorbereitungsarbeit dabei gehören zum Repertoire dieser Herren (z.B. Aufstellen „schwarzer Listen" bei Hagenuk u.ä.). In wenigen Fällen, wo die Kollegen Widerstand leisteten, wurde die Entlassung schließlich per Arbeitsgericht besiegelt.

Die genannten Beispiele für den zunehmend offensiveren und härteren Kurs der rechten Kieler Gewerkschaftsspitze sind allerdings nur die Spitze eines Eisberges. Vor allem auch in den betrieblichen Gewerkschaftsgremien wird zunehmend häufiger mit antikommunistischem Dreck geschleudert. Die Kostproben sozialdemokratischen Schaffens der Funktionäre in Kiel sollen hier nur zeigen, worin die gegenwärtige Ausschluß- und Reversepolitik einzuordnen ist und wie die Kieler Gewerkschaftsführer den insgesamt offensiveren antikommunistischen Kurs der Führung im nationalen Maßstab linientreu regional umsetzt.


Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Kiel

Frau
[geschwärzt]
23 Kiel 1
[geschwärzt]

Einschreiben!

[geschwärzt] [geschwärzt] 1973

Betr.: Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen.

[geschwärzt]

Der Ortsverwaltung ist Deine Zugehörigkeit zum Kommunistischen Bund bekannt. Wir teilen Dir mit, daß der Beirat der IG Metall durch den Beschluß vom 16. April 1973 die unter der Bezeichnung KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter-Basis-Gruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistische Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und die von ihnen getragene sogenannte "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO) oder "Gewerkschaftsopposition" (GO) zu gegnerischen Organisationen erklärt hat.

Der § 3o Ziffer 2, Abs. 2 der Satzung der IG Metall sieht für den Fall der Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen den Ausschluß ohne Verfahren vor. Wir bitten Dich deshalb, uns durch Unterzeichnung der anliegenden Erklärung verbindlich mitzuteilen, daß Du dem Kommunistischen Bund nicht mehr angehörst und für ihn nicht mehr tätig sein wirst.

Für den Fall, daß innerhalb von 14 Tagen, d.h. bis zum 27.7.73 Deine Erklärung nicht vorliegt, mußt Du mit Ausschluß ohne Verfahren rechnen. Innerhalb dieser Frist sind wir gerne bereit, mit Dir ein Gespräch über diese Angelegenheit zu führen.

Mit kollegialem Gruß

A. Olsson

Anlage.

Erklärung

Ich erkläre verbindlich, daß ich keiner der im Beiratsbeschluß vom 16.4.73 angeführten gegnerischen Organisationen mehr angehöre und für diese Organisationen nicht mehr tätig sein werde.

Kiel, den ....

Was steckt hinter dem Ausschlußversuch ?

Die betroffene MaK-Vertrauensfrau hat sofort die beiden Schreiben der OV, das mitgelieferte Reverse und eine Entgegnung, die das hinterhältige Vorgehen der OV kritisiert und die Verweigerung zur Unterschrift des Reverses begründet, an alle Vertrauensleute geschickt, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu schaffen.

Tatsächlich fehlt auf den Schreiben der OV eigentlich nur noch der Stempel der „Deutschen Arbeitsfront" der Nazifaschisten – ansonsten ist die Übereinstimmung mit den Hitlerschen Methoden der „Auseinandersetzung" mit oppositionellen Kollegen fast vollständig: Denn alle konkreten Anschuldigungen, die von Birth erhoben werden, sind sämtlich unwahr! (z.B. die freche Behauptung, die Kollegin hätte „unter falschen Angaben Unterschriften gesammelt"; angeblich hat sie Unterschriften für eine Diskussion der Teuerungszulage gesammelt, und nachdem die Kollegen unterschrieben haben, ein anderes Deckblatt vor die Unterschriften geheftet, in dem eine Diskussion des Beiratsbeschlusses gefordert wurde. Plumper gehts nimmer!)

Was also an „Begründung" für ein Verfahren übrigbleibt, ist bloß die aus trüben Informationsquellen stammende Behauptung der Mitgliedschaft im KB.

Ein ähnlich spalterisches Kabinettstückchen ist aber auch das Reverse selbst: Aufgrund der raffinierten Formulierung („nicht mehr Mitglied im KB..." usw.) muß die Kollegin in jedem Fall den Ausschluß befürchten – ob sie unterschreibt oder nicht. Man sieht hieran sehr deutlich, wie der Extremistenbeschluß des IGM-Beirates als Ersatz für die Auseinandersetzung über die tatsächlich geleistete Gewerkschaftsarbeit fungiert.

Was ist diesem Angriff der MaK-Funktionäre vorausgegangen ?

Bereits vor mehreren Monaten hat die OV auf Vorschlag der Leitung des MaK-VLK eine von den Lehrlingen gewählte Vertrauensfrau nachträglich nicht bestätigt; vorgeschobene Begründung: sie sei „noch
nachträglich nicht bestätigt; vorgeschobene Begründung: sie sei „noch
kein Jahr in der IGM".

Auf einer VLK-Sitzung nahmen die Kollegen dieses „Argument" auseinander: zum einen trifft das auch auf andere Kollegen zu, die bestätigt worden sind; zum anderen sehen die „Richtlinien" ausdrücklich Ausnahmen vor; und schließlich hat man das auch schon vor der Wahl gewußt. Die Rechten um Birth sahen sich daher genötigt, mit dem wirklichen Grund herauszurücken: Sie sei auf der Mai-Demonstration der „RGO" gesichtet worden, wo sie „gewerkschaftsfeindliche Transparente" mitgeführt habe ...

Ganz offensichtlich hat man der Kollegin nachspioniert (für solche Dienste sind die rechten Funktionäre scheinbar am 1. Mai noch auf die Straße zu locken) oder aber – noch wahrscheinlicher – es ist mit dem Verfassungsschutz – jenen „sicheren Informationsquellen", auf die sich die Rechten auf der VK-Sitzung düster beriefen – zusammengearbeitet worden!

Dem wütenden Protest der Kollegen begegneten die Rechten äußerst „elegant": sie bezeichneten die Kollegen als „wilden Haufen" und lösten die VK-Sitzung kurzerhand auf!

Diesen provokatorischen Kurs setzten die Sozialdemokraten auch in der weiteren Entwicklung fort; als die Kollegen zwei Unterschriftensammlungen organisierten, um eine VLK-Sitzung mit dem Thema ‚Beiratsbeschluß' und ‚Kampf um eine Teuerungszulage' durchzusetzen, gingen die Rechten aus der Leitung zu gezielten politischen Schlägen über, um diesem ansatzweisen Widerstand frühzeitig das Genick zu brechen:

› Auf der folgenden VLK-Leitungssitzung ließen sie ein Trommelfeuer von Verleumdungen, Lügen, persönlichen Angriffen und antikommunistischer Hetze vom Stapel, das nur noch als Schweinerei zu bezeichnen ist: Die Kollegen seien „gezwungen worden (!) zu unterschreiben", die Teuerungszulage würden „die Kommunisten" nur fordern, weil sie „sonst keine Unterschriften zusammenbekommen" würden usw.

Diese Tirade wurde dann gegen eine Kollegin persönlich gewendet – sie sei das „Loch in der Leitung", wie Birth in eindeutiger Absicht meinte, und würde „fraktionelle Politik im Sinne der RGO" machen, wenn sie sich mit Kollegen am Biertisch treffe usw. usw. Kurze Zeit später hatte die Kollegin ein Ausschlußverfahren am Hals!

› Die Kehrseite derselben Medaille: Während im Betrieb die Kollegen durch die Unterschriftensammlungen ihrer Empörung über das Vorgehen der rechten Leitungsmehrheit Luft machten, setzte sich wiederum Herr Carl Birth mit seinen kapitalistischen Kumpanen der MaK an einen Tisch und „erkämpfte" derweil eine Teuerungszulage für uns (ohne daß wir die Forderung kannten, ja ohne daß wir überhaupt von den Verhandlungen selbst wußten, wohlgemerkt!). Das Ergebnis war entsprechend: 230 DM aufs Weihnachtsgeld angerechnet – also so gut wie nichts angesichts der wahnsinnigen Teuerung.

› Schließlich machten sich Birth & Co. die Resultate dieser üblen Spaltungspolitik auch noch demagogisch zunutze: Da wir nun bereits einen Teuerungszuschlag hätten (!) und außerdem der Beiratsbeschluß eben ein Beschluß ist, an dem eh nichts mehr zu ändern ist – ja, was wollt ihr dann noch eine VLK-Sitzung haben? Es gibt nichts zu diskutieren! –– So die offizielle Stellungnahme der Ortsverwaltung!

Das Resultat: Einerseits keine VLK-Sitzung und also weder Diskussion des Beiratsbeschlusses noch der Teuerungskämpfe. Andererseits Ausschlußversuche gegen Kollegen und außerdem eine völlig unzureichende Teuerungs„zulage". Eine
chende Teuerungs„zulage". Eine
Niederlage also für die Kollegen.

Was bezwecken die Kapitalisten und Gewerkschaftsführer mit diesem Vorgehen ?

Die geschilderten Ereignisse auf der MaK fügen sich nahtlos in die im nationalen Maßstab von der Gewerkschaftsspitze forciert betriebenen Reverse- und Ausschlußpolitik im Gefolge der Antikommunismusbeschlüsse ein. Der ARBEITERKAMPF hat an anderer Stelle ausführlich diese erneute antikommunistische Welle in den westdeutschen Gewerkschaften (etwa seit den BR-Wahlen 72) analysiert.

Diese Politik der Gewerkschaftsführer ordnet sich nun ihrerseits genau in die Versuche der Kapitalistenklasse ein, die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben (hier müssen vor allem genannt werden: Berufsverbot für Kommunisten und konsequente Demokraten im öffentlichen Dienst, der Entlassungsterror gegen klassenbewußte Arbeiter und Streikführer, gegen konsequente Jugendsprecher, die Verfolgungen, Bespitzelungen und Behinderungen kommunistischer Gruppen, die verschärfte antikommunistische Hetze in Presse, Funk und Fernsehen, der Versuch, bestimmte Jugendverbände auf antikommunistische Anschauungen auszurichten usw. – um nur die aktuellsten und wichtigsten Stationen antikommunistischer und arbeiterfeindlicher Politik und Propaganda zu nennen, die wesentlicher Bestandteil der schrittweisen Faschisierungsbestrebungen der westdeutschen Kapitalisten sind.).

Diese Schläge der Kapitalisten sind nicht als direkte Reaktion auf eine politisch relativ weit entfaltete Arbeiterbewegung und eine entscheidende Rolle der Kommunisten »

Forts. „Reverse"

in ihr zu verstehen, sondern präventiv – als Versuch der Kapitalisten also, sich schon heute günstigere Kampfbedingungen zu schaffen für zu erwartende härtere Klassenauseinandersetzungen, indem sie insbesondere die Kräfte aus der Arbeiterbewegung eleminieren und diskreditieren, die den Kämpfen eine klare politische Stoßrichtung und eine sozialistische Perspektive geben könnten. Es ist klar, welch wesentliche Rolle der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung dabei zukommt.

In diesem Sinne sind auch die massive antikommunistische Politik und dabei vor allem die Ausschluß- und Reversepolitik der Kieler rechten Funktionäre zu verstehen: Nicht als Reaktion auf schon heute bestehende Stärke der Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft (von der noch nicht die Rede sein kann), sondern in erster Linie als vorbeugender Schlag: Zum einen sollen schon jetzt die noch realtiv vereinzelten klassenbewußten Kritiker ausgeschaltet werden, zum anderen soll aber auch ein abschreckendes Exempel für noch unentschlossene Arbeiter statuiert werden.

Die Reaktion der Kollegen auf den Ausschlußversuch...

Unmittelbar nach Erhalt der OV-schreiben organisierte die Vertrauensfrau mit Unterstützung einiger Kollegen im Betrieb eine Unterschriftensammlung gegen das Ausschlußverfahren und für eine sofortige VLK-Sitzung.

Spontan solidarisierten sich viele Kollegen – sie unterschrieben selbst, sammelten in ihren eigenen Abteilungen Unterschriften, boten gar Geldspenden für die Kollegin an, um ihre Kosten für die Kopien, die sie an die Vertrauensleute geschickt hatte, für Porto usw. zu decken.

Es gelang, fast 200 Unterschriften (darunter fast ein Viertel Vertrauensleute) zusammenzubekommen, die mit der Resolution an die VLK-Leitung und die OV geschickt wurden.

Zwar wurde eine VLK-Sitzung nicht erreicht, zumindest zögerte die OV zunächst aber mit dem Ausschlußverfahren und ließ „Gras über die Sache wachsen."

Interessant ist dabei die Reaktion vieler Kollegen auf die Extra-Ausgabe unseres METALLER, der während der Unterschriftensammlung verteilt wurde. Wir riefen zur Solidarität mit der Vertrauensfrau auf und versuchten, den Ausschluß politisch einzuordnen und seine Hintergründe zu entlarven.

Nach dieser METALLER-Ausgabe nahm nämlich die spontane Unterstützungs- und Solidaritätsbereitschaft vieler Kollegen einen erheblichen Rückgang: Viele, die noch nicht unterschrieben hatten, verweigerten nun ihre Unterschrift; andere, die sich schon dazu bereit erklärt hatten, zogen ihre Bereitschaft zurück; kaum einer half noch beim Unterschriftensammeln und einige sogar machten aktive Gegenpropaganda und versuchten ihre Kollegen zur Ablehnung der Aktion zu bewegen. Meinungen wie: „Jetzt mischen sich die Kommunisten wieder in unsere Angelegenheiten, um sie auf ihre Mühlen zu lenken" oder „Vielleicht ist doch was dran, daß das Mädchen im KB ist, dann unterstütze ich sie nicht" wurden vertreten.

Man sieht, wie die Gewerkschaftsführung bei vielen Kollegen genau das erreicht, was sie will: Eine „abstrakt-politische" Auseinandersetzung darüber, ob die Kollegin Kommunist ist oder nicht, eine Gegenüberstellung also von kommunistischen Arbeitern und ihren anderen Kollegen.

Auf dieser Grundlage erscheint dann ein Ausschluß eines kommunistischen Arbeiters von vornherein „gerechtfertigt".

Daß diese Demagogie bei vielen Kollegen noch verfängt, ist das Produkt einer jahrelangen konzentrierten antikommunistischen Hetze von kapitalistischen Massenmedien wie Presse, Radio und Fernsehen sowie der Gewerkschaftsführer und ihrer bewußten oder unbewußten Helfershelfer in den unteren Funktionärsreihen. Über systematisch inszenierte Kampagnen gegen „Baader-Meinhof" und andere „Terroristengruppen", gegen Gruppen wie den „Schwarzen September" und auch bereits gegen super„linke" kommunistische Gruppen wie „KPD", „KPD/ML" usw. ist vom Klassenfeind die Kriminalisierung, Illegalisierung und Isolierung der kommunistischen Bewegung vorangetrieben worden. Mit der systematischen antikommunistischen „Säuberung" der Gewerkschaften leistet die Gewerkschaftsspitze den Kapitalisten hierbei einen wertvollen Dienst.

In einem so geschaffenen antikommunistischen Klima ist es erklärlich, daß eine spontane und zunächst relativ breite Solidaritätsbewegung mit einer unter Beschuß stehenden Kollegin durch die massive Propaganda der IGM-Führer relativ schnell wieder abebbt und fast ergebnislos verpufft. So ist auch die Reaktion der Kollegen auf den nicht von der Masse als ihre Zeitung begriffenen METALLER zu verstehen. Der Protest der Kollegen erweist sich also als noch nicht politisch fundiert, sondern als überwiegend spontane Empörung.

Andererseits liegt gerade in solchen Auseinandersetzungen eine bedeutende Chance weitergehender Verankerung kommunistischer Politik, die Chance für das Knüpfen neuer Kontakte und Verbindungen durch die kommunistischen Arbeiter. (Selten ist bei uns so viel und lebhaft diskutiert worden wie über diesen Ausschlußversuch und den Beiratsbeschluß.)

Diese Chance kann aber nur genutzt werden, wenn die Kommunisten es verstehen, in diese Auseinandersetzungen die konkreten und unmittelbaren Interessen der Belegschaft einzubringen (ohne vom politischen Charakter der Auseinandersetzung abzulenken) und die spontane Empörung der Kollegen in politische Klarheit und Aktivität umzuwandeln. (D. h. z. B. bei uns zu zeigen, wie durch den Beiratsbeschluß eine Diskussion der Teuerungszulage von den Rechten verunmöglicht worden ist.) Nur so ist es auch möglich, die „abstrakt-politische" Diskussion durch eine konkrete politische Diskussion der betrieblichen und gewerkschaftlichen Probleme zu ersetzen und so allmählich antikommunistische Vorurteile mancher Kollegen praktisch zu widerlegen.

...und die schändliche Rolle der „KPD/ML"

Die spontane Solidaritätsbereitschaft nahm übrigens nicht nur bei „normalen" Kollegen nach dem METALLER ab. Selbst die große „Partei der Arbeiterklasse" (wie sich die „KPD/ML" mit stolzgeschwellter Brust selbst nennt) reagierte ähnlich: Zunächst waren sie ganz vorne bei der Unterstützung der Kollegin, rannten im Betrieb umher und brachten recht viele Unterschriften heran (was sehr lobenswert ist). Das erwies sich jedoch schnell als Strohfeuer und Versuch, den abgefahrenen Zug noch schnell zu erwischen: später nämlich – zumal, als die Solidarität der übrigen Kollegen auch abnahm – verweigerten sie konstant jede Unterstützung, „weil sie vielleicht doch im KB ist" – so ihr „Argument".

Dieser Akt verstockter Ladenborniertheit reiht sich ein in einen insgesamt innerhalb der Linken zu verzeichnenden Verfall der angesichts härterer Schläge der Klassenfeinde dringend notwendigen Solidarität. Von völlig deplacierten und aufgebauschten „ideologischen Auseinandersetzungen" statt Solidarität (die Meinungsverschiedenheiten natürlich auch nicht verwässern darf) bis hin zu offener Sabotage der Solidarität mit angeschossenen Kollegen - solche tollen Blüten hat dieser Opportunismus bereits getrieben, der Ausdruck des feigen Zurückweichens einiger Gruppen gegenüber den Angriffen des Klassenfeindes ist.

Zum anderen ist dieses freche Verhalten der „KPD/ML"er aber auch Beleg ihrer Stupidität, ihres politischen Unverständnisses dafür, daß dieser Angriff nicht einem „isolierten Spinner" gilt (wie die Rechten um Birth weismachen wollen, worauf die Superlinken auch prompt hereinfallen), sondern gegen die gesamte Belegschaft gerichtet ist. Was diese Leute als kommunistische Politik ausgeben, entlarvt sich als verantwortungslose Sandkistenspielerei.

Einige wichtige Erfahrungen

1. Zur Reaktion auf Reverse- und Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung gibt es keine Patentrezepte; jeweils im Konkreten müssen kommunistische und andere klassenbewußte Kollegen abschätzen, wie zu reagieren ist. Entscheidend zur Beantwortung dieser Frage ist vor allem das aktuelle Kräfteverhältnis im Betrieb. D.h. es kommt darauf an, inwieweit bereits unter den Kollegen eine entsprechende Überzeugungsarbeit über die Funktion von Ausschluß- und Reversepolitik geleistet worden ist; nur auf der Grundlage einer solchen Absicherung bei den eigenen Kollegen ist es auch heute bereits manchmal möglich, die politischen Erpressungen der Gewerkschaftsführer zurückzuweisen und eine Unterschrif t zu verweigern.

   U.E. hat die Kollegin in diesem Fall durchaus richtig gehandelt, indem sie ihr Reverse nicht unterschrieben zurückschickte; im Zuge der vorher organisierten Unterschriftensammlung konnte mit den Kollegen ausführlich über Rolle und Bedeutung des Beiratsbeschlusses diskutiert werden; die zunächst recht breite Solidarität mit der Kollegin bestätigt diese Einschätzung.

   Andererseits müssen wir sehen, daß es den Gewerkschaftsführern in diesem Fall durchaus möglich ist, trotz Protesten und auch auf die Gefahr hin, zumindest einige Kollegen vor den Kopf zu stoßen und sich bei ihnen unglaubwürdig zu machen, diesen Ausschluß exemplarisch durchzudrücken. Einen nennenswerten Verlust ihres politischen Einflusses brauchen sie noch nicht zu befürchten. Deshalb wäre es nicht angebracht, bis zum Schluß hartnäckig eine Unterschrift zu verweigern, wenn es klar ist, daß die IGM-Führer unbedingt auf einen Ausschluß hinauswollen. Vielmehr muß das weitere Verhalten von dem Primat ausgehen, unbedingt in der Gewerkschaft zu bleiben und in ihr klassenbewußte Arbeit zu leisten.

   Überhaupt ist eine solche Unterschrift unter ein Reverse nicht grundsätzlich abzulehnen, wenn unseren Kollegen klar ist, daß wir damit nicht unseren politischen Überzeugungen abschwören, sondern nur alles tun, um weiterhin in der Gewerkschaft Reverse- und Ausschlußpolitik bekämpfen zu können.

   Ausdrücklich warnen müssen wir allerdings vor der Illusion, sich durch einen unterschriebenen Reverse soz. „Narrenfreiheit" erkauft zu haben. Natürlich werden die rechten Funktionäre solange nachhaken, bis sie den Kollegen entweder völlig unter die offizielle Führungslinie gezwungen oder aber vollends ausgeklinkt haben.

2. Der Kampf gegen Reverse- und Ausschlußpolitik darf nicht isoliert in gewerkschaftlichen Gremien (z.B. im VLK) geführt werden. Entscheidend ist vielmehr die Arbeit unter den organisierten Kollegen in den Abteilungen. Vor allem hier gilt es Klarheit über Methoden und Ziele sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik zu vermitteln. Nicht offensive Redeschlachten oder noch so gute Enthüllungen im VK allein setzen die Rechten unter Druck, sondern nur die kontinuierliche Arbeit unter den Kollegen. Solche offensiven und nicht betrieblich abgesicherten Redeschlachten nützen unter den gegebenen Kräfteverhältnissen lediglich den Sozialdemokraten, die aus diesen abgehobenen Diskussionen heraus fortschrittliche Kollegen abschießen können, ohne daß nennenswerter Widerstand organisiert werden könnte. ■

Betriebszelle MaK, KB–Gruppe Kiel

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Kiel

IG Metall, Verwaltungsstelle Kiel, 2300 Kiel, Postfach 471

An die
Vertrauenskörperleitung der
Firma M a K
z.Hd. Koll. [geschwärzt]
23 K i e l 17

O/T. 29. Juni 1973

Liebe Kollegen!

Wie ich heute erfahre, sind entgegen den Beschluß der letzten Vertrauenskörperversammlung - im Juli und August keine Versammlungen durchzuführen - die Vertrauensleute für Dienstag, den 3. Juli 1973 eingeladen worden.

Ich muß Euch mit Entschiedenheit darauf hinweisen, daß diese Versammlung nicht stattfinden kann. Der Termin und die Tagesordnung sind mit der Verwaltungsstelle nicht abgestimmt. Außerdem sind die mir bekannt gewordenen Begleitumstände nicht dazu angetan, die Dringlichkeit der Versammlung herauszustellen.

Die von einigen Kollegen geforderte außerordentliche Versammlung soll sich nach der dafür gegebenen Begründung mit einer Diskussion über den Beiratsbeschluß und mit der derzeitigen Tarifsituation befassen.
Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Für eine Diskussion über den Beiratsbeschluß besteht überhaupt keine Veranlassung.
2. In Bezug auf die derzeitige Tarifsituation ist dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Leiter des Vertrauenskörpers ein entsprechendes Rundschreiben der Verwaltungsstelle zugegangen.

Ein weiteres Exemplar dieses Rundschreibens füge ich zu Eurer Kenntnisnahme diesem Brief bei.

Mit freundlichem Gruß

H. Olsson

Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Kiel



Frau
[geschwärzt]
23 K i e l 1
[geschwärzt]

Einschreiben!

[geschwärzt] [geschwärzt] 1973

Werte Kollegin [geschwärzt]

Der Kollege [geschwärzt] hat bei der Ortsverwaltung beantragt, gegen Dich ein Verfahren nach § 30 unserer Satzung durchzuführen.
In seinem Antrag erhebt er gegen Dich folgende Anschuldigungen:

1. Du hast neugewählte Vertrauensleute aufgefordert, sich zusammen mit anderen in einer Gaststätte zu treffen, um zu beraten, was man gegen den Betriebsrat und die Gewerkschaften unternehmen könne.
2. Unter falschen Angaben wurden von Dir Unterschriften für eine außerordentliche Sitzung des Vertrauenskörpers der MaK gesammelt.
3. Die von Dir zur Begründung für eine außerordentliche Sitzung des Vertrauenskörpers gewählte Formulierung wurde dem kommunistischen Bund zugeleitet und in dessen Zeitung vom 3.7.73 veröffentlicht.
4. Du hast mit dem Kommunistischen Bund, und damit mit einer gegnerischen Organisation, zum Schaden der IG Metall zusammengearbeitet.

Aufgrund dieser Anschuldigungen hat die Ortsverwaltung beschlossen, ein Verfahren gegen Dich einzuleiten.
Die Ortsverwaltung fordert Dich hiermit auf, Dich innerhalb von 14 Tagen, spätestens bis zum Freitag, den 27.7.73, schriftlich zu rechtfertigen.
Wir weisen Dich darauf hin, daß Du aus unserer Gewerkschaft ohne jede weitere Untersuchung ausgeschlossen werden kannst, wenn Du dieser Aufforderung zur schriftlichen Rechtfertigung nicht nachkommst.
Gleichzeitig fordern wir Dich auf, auch eine Erklärung über Ihre Zugehörigkeit zur gegnerischen Organisationen abzugeben.
Hierfür ist ein besonderes Blatt beigefügt.

Mit kollegialem Gruß

H. Olsson

Anlage.

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 800747

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 332 A

Weitere Vertriebsgruppen:

Gewerkschaft HBV: Der Kampf um die Mitgliederversammlung

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der HBV war das Ende ihrer Aufbauphase angekündigt worden. Das bedeutet gleichzeitig, daß die demokratischen Rechte der Mitglieder auf ein Niveau beschnitten werden sollen, das in anderen DGB-Gewerkschaften schon längst erreicht ist. Während etwa in der Gewerkschaft HBV in Hamburg die einzelnen Fachabteilungen (wie etwa Banken, Genossenschaften etc.) ihre Mitgliederversammlungen abhalten, existieren solche Mitgliederversammlungen in fast allen DGB-Gewerkschaften schon seit längerer Zeit nicht mehr. Als jetzt mit Hilfe einer neuen, von den HBV-Führern entwickelten Geschäftsordnung auch in der Gewerkschaft HBV der Mitgliederversammlung weitgehend das Recht genommen werden sollte, Beschlüsse nach Vorstellungen und Anträgen der Mitglieder zu fassen, rief das starken Protest in der Gewerkschaft hervor. Wir drucken im folgenden dazu einen Artikel aus der ZUR SACHE, der Branchenzeitung des KB für diesen Bereich ab.

Gleichzeitig mit der Ankündigung des 1. Vorsitzenden der Gewerkschaft, Vietheers, im „ausblick", der Zeitung der Gewerkschaft HBV, mit Hilfe der Satzung und Ausschlüssen den Kommunisten das Agitationsfeld zu entziehen, plante die Gewerkschaftsführung neue Geschäftsordnungen für die Mitgliederversammlungen einzuführen. Diese Geschäftsordnung (kurz: GO) sollte nicht etwa Rechte für die Mitglieder festsetzen, auf demokratischem Wege ihre Politik im Kampf gegen die Kapitalisten zu bestimmen, sondern die Gewerkschaftsführung will sich damit ein Instrument schaffen, mit dessen Hilfe sie die Arbeit der Betriebsgruppen und Vertrauensleute besser dirigieren kann.

Dieser lang vorbereitete GO-Entwurf sieht vor, einem Präsidium, das sich aus Fachgruppen- und Ortsvorstand zusammensetzt, und somit leicht von der Gewerkschaftsführung zu kontrollieren ist, alle Rechte über die Mitgliederversammlung einzuräumen. Darüber wird die Tagesordnung per Einladung festgesetzt. Nur zu diesen Punkten sollen überhaupt Beschlüsse gefaßt werden können, die zudem vorher schriftlich eingereicht sein müssen. Auch dann kann eine Antragskommission diese beliebig ändern. Außerdem kann das Präsidium Rednern das Wort entziehen. Das versteht die Gewerkschaftsführung darunter, wenn sie davon spricht, durch eine GO eine Mitgliederversammlung „ordentlich und geregelt" durchzuführen.

Nachdem Betriebsgruppen von der Sache Wind bekommen hatten, versuchten sie den Entwurf zu verbreiten und den Kampf gegen diesen Angriff auf die Demokratie innerhalb der Gewerkschaft zu organisieren.

Fachgruppe Groß- und Außenhandel auf kaltem Wege

Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe des Groß- und Aussenhandels vom 11.10.73 stand die neue GO gar nicht erst auf der Tagesordnung, sondern der Vorstand versuchte, sie gleich auf kaltem Wege einzuführen. Das begann damit, wie in der GO vorgesehen, daß erstmalig die Mitgliedsausweise kontrolliert wurden. Dort sind die Gewerkschaftler noch stark zersplittert, und es gibt auch keine Betriebsgruppen. Doch einige Kollegen hatten den Entwurf mitgebracht und forderten Diskussion über diesen Abbau der Rechte im ersten Tagesordnungspunkt. Das versuchte dann der Vorstand durch alle möglichen Versammlungsleitungs- Machenschaften und „Auskünfte" abzuwürgen. Erst hieß es, die Tagesordnung „umzustoßen" sei ein Angriff auf die Demokratie (der neuen GO nach wäre das auch nicht statthaft). Dann hieß es, der Entwurf sei eine Fälschung. Einige rechte Kollegen sprangen sofort für den Vorstand in die Bresche und wollten die Kollegen, die den Entwurf mitgebracht hatten, gleich dingfest machen. Als damit der Vorstand nicht durchkam, war der GO-Entwurf auf einmal „überholt und veraltet" und bereits vor einem Jahr erstellt worden; außerdem sei, so wurde erklärt, diese GO auch dann nicht bindend, wenn sie durch die Delegiertenversammlung am 29.10.73 beschlossen werden sollte. *(Die Delegiertenversammlung mit Delegierten aller Fachgruppen in Hamburg ist das der Mitgliederversammlung übergeordnete Gremium der Gewerkschaft HBV).*

Als der Vorstand merkte, daß damit wohl um eine Abstimmung, die Diskussion über die GO in die Tagesordnung aufzunehmen, nicht herumzukommen sei, versuchte er, sie in seinem Sinne schnell über die Bühne zu ziehen. Rednern wurde das Wort entzogen, Meldungen nicht berücksichtigt, der Antrag einfach geändert zur Abstimmung gestellt (die GO würde ihm auch ausdrücklich Recht dazu geben).

Mit dem Trick, daß der Antrag auf einmal heißen sollte: „Wer ist dafür, daß der alte Punkt 1 entfällt? " sollten die Kollegen, die die Diskussion über die GO gefordert hatten, als Leute hingestellt werden, die die Mitgliederversammlung kaputt machten und wichtige Diskussionen sabotierten. Auch das fruchtete diesmal nicht. Bei der Abstimmung schließlich sah sich der Vorstand außerstande, diese zahlreichen Stimmen dafür zählen zu können. Erst beim dritten Mal konnte sich der Vorstand auf eine Zahl einigen. Nun konnte ja wohl die Diskussion beginnen (?).

Der Vorstand schoß auf einmal los, als ob er die Diskussion hätte gar nicht mehr abwarten können: „Sind zu Punkt 1 Änderungen vorgesehen? " Als von einigen Kollegen gefordert wurde, daß auch die Mitglieder eine Mitgliederversammlung einberufen können, wurde gleich vom Vorstand gefragt: „Wieviel Prozent der Mitglieder sollen sich dafür aussprechen, um die Versammlung einzuberufen? "

Damit gelang es dann endgültig, die Diskussion in die Sackgasse zu leiten. Es wurde jetzt viel um die Prozentzahl diskutiert, und man konnte sich nicht auf einen Vorschlag einigen. Gleich hakte der Vorstand nach: „Es läßt sich schlecht diskutieren, da die Kollegen nicht vorbereitet sind." Damit war schließlich die Diskussion gestorben. Allerdings gelang es den Kollegen durchzusetzen, daß im November – also erst nach der Delegiertenversammlung, die über die Satzung entscheiden soll – eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden soll, auf der nochmals über die GO diskutiert werden soll, wobei der Vorstand den neuesten Entwurf vorher zuschickt.

Diese Mitgliederversammlung hat gezeigt, daß vom Vorstand das, was in der GO festgehalten werden soll, längst praktiziert wird. Nur dadurch, daß eine Reihe von Kollegen gezielt und mit entsprechender Vorbereitung versuchte, gegen diese GO zu kämpfen, konnte ein solcher Teilerfolg errungen werden.

Fachgruppe Versicherungen: Angriff abgewehrt

Schon ganz anders sah es dagegen auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen aus. Dort ist in den Betriebsgruppen der Kampf der Mitglieder um ihre Rechte schon weiter entfaltet. Die GO stand auch gleich auf der Tagesordnung. Es gelang, die Angriffe auf die Rechte der Mitglieder zurückzuweisen. Eine GO wurde als Beschlußvorlage für die Delegiertenversammlung verabschiedet, die wesentliche Rechte für die Mitglieder festhält. In der Diskussion trat dann auch Sekretär Arnold Krause, der den undemokratischen Entwurf vertrat, als der vorgeblich größte Demokrat und beste Vertreter der Kollegen auf. Als die Betriebsgruppen zur besseren Vorbereitung und zur Einbeziehung weniger aktiver Kollegen vierwöchige Vorbereitung der Mitgliederversammlung forderten, meinte er, daß dann die Mitgliederversammlung vergessen würde, was im übrigen von einigen anderen Kollegen unterstützt wurde.

Diese Gefahr besteht natürlich dann, wenn die Betriebsgruppen genauso „gut" wie die Gewerkschaftsführung, etwa über den GO-Entwurf, informieren würden, nämlich gar nicht.

Als die Kollegen das Recht forderten, jederzeit Anträge stellen zu können, auch nach eingehender Diskussion, strich er seine „demokratische" Sorge vor Störenfrieden heraus. Ihm zufolge könnten ja dann 3 - 4 Leute die Sitzung kaputtmachen. Daß die Mitglieder selbst entscheiden können, wen sie hören wollen oder nicht und dazu keinen Vorstand brauchen, das ist diesem „Demokraten" überhaupt nicht einsichtig.

Als dann noch von den Kollegen die Antragskommission gestrichen wurde, war Arnold Krause völlig sauer: „Mit diesem Angriff auf die Antragskommission würde die Demokratie mit Füßen getreten" (!?), er verstehe gar nicht das Mißtrauen der Kollegen, redigieren hieße doch nicht inhaltlich verändern.

Als wenn es von Bedeutung wäre, daß die Anträge geschliffen formuliert wären! Die Betriebsgruppen erinnern sich noch gut an die Tarifrunde 73. Dort wolltet ihr die Betriebsgruppen-Zeitungen redigieren, wobei ein anderer Text herauskam, weil ihr das sonst (also den Inhalt) für nicht verantwortbar hieltet!

Horst Meyer, stellvertretender Fachgruppenvorsitzender, machte danach den Versuch, die Kollegen mit der Gewerkschaftsführung zu versöhnen. Er meinte, daß jede Antragskommission eine Manipulation sei, auf Gewerkschaftstagen notwendig, und für Mitgliederversammlungen nicht so erforderlich. Dieser Punkt wäre ja auch von der Ortsverwaltung eingebracht, meinte er weiter. Notwendig wäre von ihm, gerade als stellvertretender Fachgruppenvorsitzender, eine klare politische Abgrenzung gegen diese Antragskommission gewesen.

Es wurde insgesamt von den fortschrittlichen Kollegen versäumt, näher auf den politischen Hintergrund dieser GO einzugehen, die Diskussion zu führen, was mit solcher GO bezweckt werden soll und daß sich diese GO in die momentane Angriffswelle gegen fortschrittliche Kollegen und Kommunisten einreiht.

Kampf gegen die GO auch bei Genossenschaften

Im Bereich der Genossenschaften bildet sich die Fachgruppe aus Kollegen von der COOP und der PRO.

Was die Demobilisierung zur Mitgliederversammlung angeht, übertrifft diese selbst die von Versicherungen. In der Einladung stand lediglich etwas von der OV-Satzung, kein Wort aber über eine Geschäftsordnung.

Nur durch die aktive COOP Betriebsgruppe ist es möglich gewesen, daß die GO diskutiert wurde und die Kollegen es schafften, eine neue aufzustellen, die der im Bereich Versicherungen ähnelt.

Durch ein „Büroversehen" wurde die nicht vorgesehene GO entschuldigt. Ist es nicht merkwürdig, wie in den einzelnen Fachgruppen unsere Herren sich versuchen zu wenden wie ein Aal in Gelee, wenn die Kollegen die Praktiken unserer „Gewerkschaftsdemokratie" durchschaut haben und die Leute zur Rede stellen, die eine solche Geschäftsordnung vertreten?



Zur Sache
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES / GRUPPE HAMBURG
FÜR DIE KOLLEGEN DES HANDELS, DER BANKEN UND DER VERSICHERUNGEN
Jahrgang 3 Nr. 7 September 1973

Das Gebot der Stunde: WACHSAMKEIT

Sicherlich werden jetzt einige Leute mit Schaum vor dem Mund sitzen, von kommunistischer Unterwanderung der Fachgruppen reden und ganz im Sinne des Artikels von Vietheer zur Jagd auf fortschrittliche Kollegen aufrufen. Die Gewerkschaftsführung wird jetzt noch härter zum Angriff blasen.

In nächster Zeit wird wohl das Auge stärker auf die Betriebsgruppen gerichtet sein, die durch die Vorbereitungen der Mitgliederversammlungen eine gewerkschaftsfeindliche Geschäftsordnung zu Fall bringen konnten. Es zeigt sich, daß die Betriebsgruppen immer mehr an politischem Bewußtsein gewinnen, das sich z. B. auf der Mitgliederversammlung Versicherungen durch Ablehnung und Verurteilung des Extremistenbeschlusses ausdrückt.

Diese Entwicklung soll durch die Gewerkschaftsführung gebremst werden, denn sie würde sonst Gefahr laufen, ihren Einfluß auf die Kollegen noch weiter zu verlieren und damit nicht mehr die arbeiterfeindliche sozialdemokratische Politik an den Mann bringen können. Den besten Beweis, daß es zu weiteren Schlägen kommen wird, gibt Vietheer mit aller Deutlichkeit: „Jetzt ist es noch früh genug, gegen Linke in den Gewerkschaften vorzugehen."

Nichts Neues!

Der Angriff auf die Mitgliederversammlungen sind in den DGB-Gewerkschaften nichts Neues. Im Gegenteil, die HBV Gewerkschaft zieht hier nach: Schon vor Jahren wurden die Rechte der Mitglieder auf Mitgliederversammlungen der IG Druck und Papier in Hamburg durch ähnliche Satzungen beschnitten, wie jetzt bei der HBV, um dann schließlich die Mitgliederversammlungen ganz abzuschaffen. Heute gibt es bei der DruPa nur noch eine Delegiertenversammlung.

Im April dieses Jahres unternahm der Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg einen ersten Anlauf, um die Hauptversammlung, zu der alle Mitglieder Zutritt haben, durch eine Delegiertenversammlung zu ersetzen. Vorausgegangen waren dramatische Appelle der Gewerkschaftsführung nach dem Motto: „Rettet die GEW vor kommunistischer Unterwanderung." Der Plan scheiterte vorerst am Votum der Mitglieder. Daraufhin hat der Vorstand einen zweiten Anlauf noch für dieses Jahr angekündigt.

HBV-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

VON DEN BEMBERG ARBEITERN LERNEN

ARBEITERSOLIDARITÄT CONTRA CHEMIE-GIGANT

Im folgenden veröffentlichen wir einen Artikel aus der größten DDR-Publikumszeitschrift „Wochenpost", der in Form einer Reportage vom Streik der AKZO-Arbeiter in Wuppertal und dem holländischen Breda im September vergangenen Jahres berichtet.

Der Kampf der Chemiearbeiter richtete sich gegen die geplante Schließung von vier „unrentablen" Betrieben des Chemie-Giganten in verschiedenen Ländern Westeuropas.

Die westdeutschen Kommunisten haben von diesem Streik, in dessen Verlauf die Arbeiter die beiden Werke für mehrere Tage besetzt hielten, nur am Rande oder gar nicht Notiz genommen.

Die revisionistische DKP, die in der „UZ" über den Kampf der AKZO-Arbeiter berichtete, hatte in der ihr eigenen Manier die NRW-Landesregierung in Düsseldorf aufgefordert, „den Glanzstoff-Konzern wegen Mißbrauchs (!) wirtschaftlicher Macht (!) . . . in Gemeineigentum (? !) zu überführen".

Ganz im Zeichen der vorgezogenen Bundestags-Neuwahlen stand die Erklärung des DKP-Spitzenkandidaten im Wahlkreis 70 (Wuppertal) nach dem erfolgreichen Streik:

„Wir gratulieren zu diesem Erfolg, hat doch (?) die DKP an erster Stelle ihrer sozialpolitischen Forderungen die Sicherung der Arbeitsplätze gestellt" („UZ", 29.9. 1972).

Na klar! Darum ja auch DKP, was denn sonst!

Noch einige Bemerkungen zur folgenden Reportage:

Die Genossin Pfannstiel (Verfasserin des Artikels) hat in ihrer Darstellung eine Einschätzung der IG-Chemie-Führung in dieser Auseinandersetzung völlig außen vor gelassen. Das ist im konkreten Fall um so weniger zulässig, als dadurch einige Aussagen der Genossin direkt falsch, andere ungenau werden.

1. Die Behauptung, der Betriebsrat habe von der Konzernleitung gefordert, „durch einen neutralen Gutachterausschuß die Notwendigkeit der Betriebsstillegungen nachzuweisen . . .", ist unrichtig. Vielmehr wurde die „Kommission" auf Betreiben der zuständigen IG-Chemie-Sekretäre gebildet. Halbe/Halbe aus Kapital- und Gewerkschaftsvertretern.

Im vorliegenden Fall rechtfertigt das „Gutachten" die geplanten bzw. bereits durchgeführten „Strukturmaßnahmen" (d.h. die Entlassung von ca. 5000 Arbeitern!). Die IG-Chemie-Führer haben das mit unterschrieben !!!

2. Während der spontanen Aktionen griff die Verwaltungsstelle der IG Chemie nicht disziplinierend in die Kämpfe ein (etwa a la IGM-Vorstand bei Hoesch, Mannesmann etc). Während der Abwesenheit des Bezirksleiters soll sogar der einzige anwesende Sekretär Schemionek eine durchaus positive Rolle auf Seiten der Bemberg-Kollegen gespielt haben.

3. Daß die Rolle eines Sekretärs durchaus nicht typisch für die offizielle Politik der IG Chemie ist, wird zum einen an der Zustimmung ihrer Vertreter zu den Stillegungsplänen der AKZO-Kapitalisten deutlich – zum anderen am Bemühen der reformistischen Gewerkschaftsführer, die spontane Bewegung nachträglich und damit für die Zukunft wieder fest in den Griff zu bekommen.

Zu diesem Zweck wurden die Gewerkschaftsvertreter aller 100 AKZO-Betriebe aus 40 Ländern nach Genf geholt. Die Zielrichtung dieser „Arbeitnehmerkonferenz" war mit der Parole „Mitbestimmung bei der Investitionspolitik" von den Gewerkschaftsführern bereits vorgegeben.

Dieser Sachverhalt darf deshalb nicht verdreht werden, weil zur präzisen Bestimmung der kämpfenden Parteien bei der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit immer auch die Rolle der Gewerkschaften untersucht und vor den Arbeitern enthüllt werden muß.

Eine weitere bedeutende Schwäche des vorliegenden Artikels muß darin gesehen werden, daß die Verfasserin offenbar nicht in der Lage war, das Ergebnis des Kampfes realistisch (d. h. vor allem mit Blick nach vorn) zu beurteilen. Es sollte eigentlich klar sein, daß ein Chemie-Gigant von der Art AKZOs nicht durch einen viertägigen Streik eines Teils der Belegschaft zur „Kapitulation" oder „in die Knie" gezwungen werden kann. Die Genossin läßt jedoch die Frage offen, wie sich die Dinge in der Zukunft entwickeln werden.

Daß die solidarisch im Kampf vereinten westdeutschen und holländischen Kollegen die AKZO-Kapitalisten zum vorläufigen Einlenken gezwungen haben, ist unzweifelhaft richtig.

Daß die Kapitalisten damit den Plan zur „Strukturbereinigung" nicht fallengelassen haben, sondern bei Berücksichtigung der Erfahrungen aus den zurückliegenden Kämpfen nach neuen Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung sinnen und weitere Angriffe durchführen werden, das liegt in der Logik des Kapitalismus.

Eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Propaganda muß gerade diese Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten vor den Arbeitern enthüllen. Nicht um die Freude über errungene Erfolge zu trüben, sondern um die Arbeiter für die kommenden notwendigen Auseinandersetzungen zu rüsten.

Es sollte darum nicht das hervorgehoben werden, was die Arbeiter selbst schon tun und empfinden, sondern das, was sie noch nicht wissen können – weil der „nur-gewerkschaftliche" Kampf sie darauf nie stoßen wird.

Die Genossin sagte, „daß man nicht unbedingt Marx und Engels gelesen haben muß", um die „revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation" (Marx) auch spontan voranzutreiben.

Wir dagegen betonen, daß die klassenbewußten Arbeiter u. a. unbedingt Marx und Engels lesen müssen, weil der Kampf gegen die Rationalisierungspläne und Stillegungspraktiken der Kapitalisten des „eigenen" Betriebes nur als politischer Klassenkampf gegen die Bourgoisie und ihren Staat wirkungsvoll geführt werden kann – und in der Errichtung der Klassenherrschaft des Proletariats sein Ziel haben muß. Erst durch den Sturz der bestehenden Verhältnisse werden sich die Arbeiter aus allen Nöten befreien, die sie heute in den Kampf zwingen.

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg



2.000 Bemberg-Arbeiter demonstrieren gegen die geplante Stillegung ihres Werkes

Mit dem Werk Barmen geben wir eine der traditionsreichsten Stätten der deutschen Textil- und Chemieindustrie auf". Pietätvoll formuliert ist die Mitteilung der Konzernleitung, mit der sie am 6. April 1972 den „geehrten Mitarbeitern" die Stillegung des Bemberg-Werkes bekannt gibt.

Völlig ahnungslos waren die Wuppertaler Arbeiter zu der plötzlich einberufenen Belegschaftsversammlung gekommen, wo sie die Nachricht wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Unter dieser Schockwirkung folgten sie nur mühsam den Worten des Konzernsprechers Zemplin, der den Stillegungsbeschluß erläuterte. Von kritischer Situation der Chemieindustrie war die Rede, von Überkapazitäten, sinkenden Preisen, steigenden Verlusten. Was im Ohr blieb, waren die Worte „abbauen" und „aufgeben": 3000 Menschen, hochproduktive Anlagen, ein modernes Werk. Daß auch Betriebe in Holland, Belgien und der Schweiz „von den Maßnahmen" betroffen wurden, ließ zwar das riesige Ausmaß der Stillegung erkennen – mehr aber noch nicht.

Nur einmal wurde die lähmende Stille durch gellende Pfiffe unterbrochen – als Zemplin von der „Bemberg-Familie" sprach. Die auf Abruf bereitstehenden Polizeieinheiten kamen indes nicht zum Einsatz, die von der Konzernleitung erwarteten „Ausschreitungen" blieben aus.

„Wir wurden schamlos überrumpelt", erzählt Albert Langwieler, Vorsitzender des Betriebsrates, der erst drei Stunden vor Beginn der Belegschaftsversammlung vom Konvorstand über die Stillegungspläne informiert worden war. Ganz bewußt wurde damit das Betriebsverfassungsgesetz gebrochen, das festlegt: *„Der Unternehmer hat den Betriebsrat über geplante Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft zur Folge haben, rechtzeitig und umfassend zu unterrichten."* Unabhängig davon lag auch kein Anlaß vor, Pläne für Stillegungen zu vermuten. Das Bemberg-Werk schloß seine Bilanzen immer mit hohem Gewinn ab, der Umsatz war ständig gestiegen und hatte – wie es noch in der letzten Ausgabe der Werkzeitung stand – „auch 1971 die Erwartungen voll erfüllt". Seit Jahren wurden Millionen investiert, das Werk mit den modernsten Anlagen ausgerüstet. Täglich wurden Überstunden gemacht, Sonntagsschichten eingelegt... Das alles stand im krassen Widerspruch zu den Erklärungen der Konzernleitung, mit denen sie die Stillegung begründete: „Absatzschwierigkeiten, Überkapazitäten, Verluste".

In der Werkskantine, am Tresen der kleinen Wuppertaler Pinten, auf der Fahrt im Schichtbus redeten sich die Arbeiter die Köpfe heiß über Logik und Gerechtigkeit, sprechen in moralischen Begriffen, wo es sich um nichts anderes als um die gesetzmäßigen Widersprüche des Kapitalismus handelte, die schon vor 125 Jahren von Karl Marx und dem Wuppertaler Bürger Friedrich Engels aufgedeckt wurden. Näher an die Wahrheit kam, wer sich mit dem von der Konzernleitung beklagten „Preisverfall für Chemiefasern" beschäftigte.

Seit Jahren ist das Geschäft mit der Chemiefaser äußerst lukrativ, und keiner der internationalen Chemiekonzerne ließ es sich entgehen. Entzückt von den märchenhaften Gewinnen, sprachen sie 1969 noch von „goldenen Fäden", die ihnen ein Heer von Chemiearbeitern spannen. Die Kapazitäten wurden ständig erweitert, die Produktion stieg, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfte sich. Wohl waren bei der Massenproduktion auch die Produktionskosten gesunken, aber die Konzernherren deshalb noch lange nicht bereit, ihre Ware billiger zu verkaufen, auf einen Teil ihres Profits also zu verzichten.

Da stand just am gleichen Tag, als die Bemberg-Arbeiter die Schliessung ihres Betriebes erfuhren, eine kurze, unscheinbare Meldung in der Presse, wonach das Kartellamt gegen neun Unternehmer der chemischen Industrie. Geldbußen wegen Beteiligung an inländischen und weltweiten Kartellen verhängt hatte. 21 Millionen DM entfielen davon auf den Konzern, zu dem Bemberg gehört. Diese „Beteiligung an Kartellen" bedeutet: Die Chemiekonzerne hatten sich untereinander abgesprochen, zu welchen Preisen sie die Chemiefasern verkaufen. Das ist eine Methode, den Profit zu halten.

Eine andere Methode ist die: Man kauft die Konkurrenz auf und legt sie still. Und genau das war der Plan des niederländischen Konzerns AKZO, als er 1969 die Glanz- ➜

Der niederländische Chemiegigant AKZO NV enstand 1969 durch den Zusammenschluß der vormals selbständigen Gesellschaften »Koninklijke Zout-Organon NV« und der »AKU NV«. Er ist ein führendes Weltunternehmen, dessen Aktivitäten sich in drei Schwerpunkte gliedern: Chemiefasern, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Konsumartikel.
In der internationalen Chemierangliste steht die AKZO NV im Jahre 1970 mit einem Umsatz von 7 Milliarden holländische Gulden auf Platz 12 und in der europäischen Rangliste auf Platz 7. Auf dem Chemiefasersektor ist die AKZO NV nach DU PONT die Nr. 2 in der Welt. In Europa zählt das Unternehmen außerdem zu den bedeutendsten Farben- und Lackherstellern.
Die AKZO NV tritt als Holdinggesellschaft auf. Sie verfügt über große Beteiligungen an einer Vielzahl von Gesellschaften, die zusammen die AKZO-Gruppe bilden. Die Unternehmenspolitik der Spitze erstreckt sich vor allem auf eine zentrale Finanzierung, auf eine strategische Planung sowie auf die Koordinierung der einzelnen Gruppen.

Enka-Glanzstoff-Gruppe

Die Enka-Glanzstoff-Gruppe ist der organisatorische und wirtschaftliche Zusammenschluß der Chemiefaserunternehmen einschließlich der Mehrheitsbeteiligungen im Bereich der AKZO NV. Die Enka-Glanzstoff-Gruppe verfügt unter den Chemiefaserunternehmen in der Welt über die breiteste Produktenpalette. Mit einem Umsatz von 2,9 Milliarden DM und einer Belegschaftsstärke von über 52 000 Beschäftigten im Jahre 1970 ist sie ein wichtiges Glied der AKZO-Unternehmensgruppe. Ihr Anteil am Gesamtumsatz des Unternehmens lag bei knapp 50 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Enka Glanzstoff AG der bedeutendste Chemiefasererzeuger. Ihre Erzeugnisse umfassen: Rayon (Kunstseide), Enka Perlon (Fäden und Fasern), Diolen (Polyesterfaser) in Fäden und Fasern, Enka Nylon, Kordrayon, Kordnylon, Kordzwirn, Kordgewebe, Zellwolle und Colvera-Polysonic-Faser sowie texturierte Garne, Glanzstoff-Elastomer, Xylee, Stahlkord, Synthese- und Verbundfolien, Arnite-G, Vliese und Vliesstoffe, Structofors.

(Aus „Gewerkschaftliche Umschau", Nr. 3/72)

Forts. Arbeitersolidarität

stoff AG „übernahm", zu der das Wuppertaler Bemberg-Werk, ein holländisches Werk in Breda, Fabelta in Belgien und die Feldmühle in der Schweiz gehörten. Und eben diese vier Werke sollten nun stillgelegt werden, 6000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wurden in den zwanziger Jahren Kaffeebohnen verheizt und Weizen ins Meer geschüttet, so werden nun Produktivkräfte direkt vernichtet.

Als am 11. April 1972 der Betriebsrat des Wuppertaler Werkes eine Belegschaftsversammlung einberuft, ist es nicht mehr still im Saal. Seit Tagen angestaute Erbitterung macht sich Luft, formuliert sich zur Anklage gegen die Konzernbosse. Da wird an die Jahre nach 1945 erinnert, als die Arbeiter die Maschinen aus den Trümmern holten. Da wird der Leitspruch des Werkes zitiert, der in allen Abteilungen hängt: „Unser Name – ein großer Name – Bemberg – schützt ihn!" Da spricht der Arbeiter Gustav Huck, einer der 500 ehemaligen Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet, die in Wuppertal neue Arbeit fanden: **„Vor zehn Jahren habe ich das gleiche schon einmal erlebt. Eine Grube nach der anderen haben sie zugemacht. Sechsmal mußte ich die Zeche wechseln, von einer Stadt zur anderen wandern. Hier haben sie einen sicheren Arbeitsplatz, hat der Bemberg-Direktor gesagt..."**

Ein 52jähriger Arbeiter: **„Seit 30 Jahren arbeite ich hier. Jetzt, wo ich zu alt bin, wo mich niemand mehr nimmt, jagen sie uns über die Wupper."**

Im Namen von 1300 ausländischen Kollegen nimmt der italieni-
schen Kollegen nimmt der italieni-
sche Gastarbeiter Tortelli das Wort: **„Für uns bedeutet die Schließung eine noch größere soziale Härte. Denn viele haben in ihrer Heimat alles aufgegeben, ihre Familien nachkommen lassen..."**

Aber es wird nicht nur angeklagt, auch von Widerstand ist schon die Rede, von Kämpfen müssen.

Eine Woche später, am 18. April demonstrieren sie durch die Innenstadt. Mit schwarzen Fahnen, auch einigen roten, denn „rote Fahnen sieht man besser". Ziel des langen Protestmarsches ist das Glanzstoff-Hochhaus, wo im 14. Stockwerk der Aufsichtsrat tagt. Zu den riesigen Fensterfronten hinauf ertönen die Sprechchöre: „Parasiten!" In einer Kundgebung fordert der Bezirkssekretär der IG Chemie die Zurücknahme der Stillegungsbeschlüsse. Eine Delegation wird von den Konzernbossen empfangen, die Resolution der Bemberg-Arbeiter entgegengenommen. „Ihre Sorgen sind auch unsere Sorgen", sagt der Aufsichtsratsvorsitzende F. H. Ulrich und die Deutsche Bank, in Person des Hermann Josef Abs, steht daneben und lächelt. Es ist eine Szene, die sich ein Karikaturist aus dem alten „Simplizissimus" ausgedacht haben könnte.



Drei Tage lang lag der Enka-Glanzstoff-Betrieb (früher Bemberg) in Wuppertal-Barmen still. Dieses Bild zeigt Posten und Diskussionsgruppen vor dem Haupttor des Werkes.

Die Forderung des Betriebsrates, durch einen neutralen Gutachterausschuß die Notwendigkeit der Betriebsschließungen nachzuweisen, wird vom Konzernvorstand akzeptiert. Das gleiche hatten auch die Arbeiter des holländischen Werkes Breda verlangt, die, alarmiert durch ein spektakuläres Ereignis, ganz neue Aspekte der Konzernstrategie entdeckten:

Zur gleichen Zeit nämlich, als sie den blauen Brief erhielten, hatte Prinz Bernhard von den Niederlanden zur Einweihung eines neuen Werkes in Schottland einen Baum gepflanzt. Dieses neue AKZO-Werk in Schottland stellt indes die gleichen Chemiefasern her wie das AKZO-Werk in Breda, das wegen Überkapazität geschlossen werden soll.

Einige Wochen später meldete der europäische Wirtschaftsdienst, daß die AKZO-Tochter La Seda de Barcelona erheblich investiere. Es sei beabsichtigt, in Spanien ein neues Perlonwerk zu bauen mit gleicher



Einen Tag nach der Betriebsbesetzung in Breda legten die Bemberg-Arbeiter in Wuppertal die Arbeit nieder.

Produktionskapazität wie das bis dahin stillzulegende Wuppertaler Werk. Es ist auch von Investitionen in Übersee die Rede, von Brasilien und anderen „Ländern, die günstigere Bedingungen bieten." Solche günstigen Bedingungen sind beispielsweise Steuerfreiheit und Zuschüsse, die einige Länder geben, um in industriearmen Gebieten Arbeitsplätze zu schaffen. So in Schottland, wo der englische Steuerzahler den AKZO-Neubau mitfinanzierte. Noch
AKZO-Neubau mitfinanzierte. Noch
günstiger aber ist es in Spanien, Brasilien und anderen Diktaturen: Hier sind die Löhne weitaus niedriger, es gibt kein Streikrecht, die Gewerkschaften sind verboten. Unbequeme Arbeiter kann man entlassen, es warten Hunderte vor der Tür.

Von solchen „paradiesischen" Zuständen magisch angezogen, investieren die Konzerne immer mehr in diesen „Billig-Ländern", exportieren sie die Arbeitsplätze in Gegenden der Welt, wo man Menschen noch ungestörter ausbeuten kann. Allerdings werden solche Reservate immer knapper.

Für den Hoechst-Konzern z.B., der in Chile investierte, waren die Bedingungen nur so lange äußerst günstig, bis die Unidad Popular siegte. Im vergangenen Herbst besetzten chilenische Hoechst-Arbeiter den Betrieb und erzwangen eine Lohnerhöhung von 200 %, womit sie sich dem westdeutschen Lohnniveau näherten.

Oft genug werden Zweigwerke zum Streikbruch benutzt, ohne daß die Beteiligten voneinander wissen. Da werden Produktionen aus bestreikten Betrieben in Werke verlagert, die am anderen Ende der Welt liegen und einen Namen tragen, von dem nur wenige Eingeweihte wissen, zu welcher Konzernfamilie er gehört. Dem Ford-Konzern gelang es allerdings schon nicht mehr, auf solche Weise den Streik der englischen Automobilarbeiter zu unterlaufen. Die Arbeiter der Zweigwerke verweigerten die dazu angeordneten Überstunden.

„Der Fortschritt der Industrie", heißt es im Kommunistischen Manifest, *„setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation."* Daß man nicht unbedingt Marx und Engels gelesen haben muß und doch solchen Gesetzmäßigkeiten folgt, zeigte sich auch im Kampf der Wuppertaler Arbeiter um ihren Arbeitsplatz. Dieser Kampf war nämlich von dem Zeitpunkt an in ein neues Stadium getreten, als die Gewerkschaftsvertreter der vier von der Stillegung bedrohten Werke beschlossen, ein gemeinsames Aktionskomitee zu bilden, „weil wir vereint stärker sind".

Noch gab es keine konkrete Vorstellung über die Aktionen, noch wartete man auf das Gutachten. Ende August lag es vor. In 35 Schreibmaschinenseiten wurde mitgeteilt, daß die „Strukturmaßnahmen" des Konzerns berechtigt seien. Nun waren die Fronten klar. Es gab nichts mehr zu verhandeln.

Die Alternative hieß Resignation oder offener Kampf.

Am Montag, d. 18.September 1972, 13:05 Uhr, schließen Arbeiter des Werkes Breda die Tore des Betriebes. 13:10 Uhr besetzen sie Telefonzentrale, Fernschreibraum und Direktion. 13:15 Uhr die Büros im Verwaltungsgebäude, die Produktionsstätten und die Energiezentrale. 13:27 Uhr befindet sich das Werk in Arbeiterhand. Die Produktion ruht.

Bemberg-Arbeiter bei ihren streikenden Kollegen in Breda (Holland): Händedruck als Zeichen solidarischer Verbundenheit.

Hervorragend geplant und organisiert, hatte ein Komitee von 70 Kollegen – Betriebsräte, Gewerkschaftsvertrauensleute – die Besetzung durchgeführt. Ermächtigt wurden sie von dem einstimmigen Beschluß der Belegschaft, den Kampf so lange zu führen, bis die Konzernleitung die Stillegungsbeschlüsse zurücknimmt. Und zwar nicht nur für Breda, sondern für alle bedrohten Betriebe!

Mitgerissen von der kühnen Aktion ihrer holländischen Klassenbrüder, der proletarischen Internationalismus auf ihre Fahnen schrieben, folgten die Wuppertaler Arbeiter dem Beispiel.

19. September 1972: Holländische Transportwagen, wegen der Betriebsbesetzung in Breda nach Wuppertal umgeleitet, stehen auch hier vor verschlossenen Toren.

In einer spontanen Versammlung war schon am frühen Morgen ein Aktionskomitee gewählt worden, das nach inzwischen bekanntem und bewährtem Muster die Betriebsbesetzung organisierte. Nur die Cupro- und die Perlonproduktion läuft weiter, das sind die beiden Abteilungen, die von der Konzernleitung wegen Überkapazität als erste stillgelegt werden sollen.

Für den Konzernvorstand sind das *„chaotische Zustände"*, *„illegale Methoden"*. So war das doch nicht ausgemacht! Seinerseits ist man *„völlig überrascht von den Ereignissen"*, tagt er pausenlos in seiner Glasfestung.

Am Mittag fährt eine Delegation Wuppertaler Arbeiter nach Breda, um den holländischen Kollegen von ihrer Aktion zu berichten. Begeistert werden sie begrüßt. Durch die Gitter des Werkzaunes drücken sie sich die Hände, fühlen sie die Stärke ihrer Einheit, die Kraft ihrer Solidarität.

Solidaritätsgrüße kommen auch aus Dortmund, wo in diesen Tagen ein Kongress der IG Chemie über eine internationale Zusammenarbeit der Chemiearbeiter berät.

20. September 1972: In Wuppertal beschließt die Belegschaft einstimmig, den Kampf weiterzuführen. Begeistert springen die ausländischen Gastarbeiter auf die Stühle, stimmen Lieder an. Alle, ohne Ausnahme, haben sich der Aktion angeschlossen, obwohl sie das die Arbeitserlaubnis kosten kann. **„Das lassen wir nicht zu. Dann streiken wir für euch"**, sagen die Wuppertaler.

In den Direktionsräumen in Breda informieren zwei Arbeiter die Presse über die Lage. *„Die Besetzung geht weiter. 500 Kollegen sind auf dem Posten. Ablösung erfolgt alle zwölf Stunden. Heute mittag gab es Erbsensuppe. Noch Fragen?"*

Aus über 20 Betrieben des AKZO-Konzerns kommt die Nachricht, daß die Belegschaften während der Aktion ihrer Wuppertaler und Bredaer Kollegen alle Überstunden ablehnen. Außerdem ist ein Welttreffen der Gewerkschaftsvertreter aller 100 AKZO-Betriebe aus 40 Ländern geplant.

21. September 1972: *„Angesichts der starken Reaktion auf den vorgelegten Strukturplan zur Verringerung der Überkapazitäten bei textilen Synthesefäden, dem u.a. eine Beendigung der Produktion in den Betrieben Breda, Wuppertal-Barmen und Zwijnaarde zugrunde gelegt war, hat der Vorstand von AKZO beschlossen, diesen Plan vollständig zurückzunehmen."*

Die Arbeiter haben gesiegt! Adressiert an den Vorsitzenden des Aktionskomitees, hatte ein Bote der Konzernleitung um 15 Uhr die Kapitulationsurkunde **am Werktor** abgegeben.

Staunend, den Sinn nicht gleich erfassend, lesen die Arbeiter immer wieder *„angesichts der starken Reaktion..."* Das sind sie, ihre Aktionen, die internationale Solidarität, die vereinte Kraft der Arbeiterklasse.

Jubelnd fallen sich die Sieger in die Arme, schlagen sich auf die Schultern, jetzt erst voll bewußt ihrer Stärke, die einen so mächtigen Konzern in die Knie zwang.

Jeder möchte eine Fotokopie des Briefes haben, zum Beweis und „um ihn fürs Leben zu bewahren". Denn „diese Aktion hat historische Bedeutung", sagt Betriebsratsvorsitzender Albert Langwieler.

„Sie ist eine neue Qualität im Arbeitskampf, die in Zukunft die Strategie und Taktik der Gewerkschaftsbewegung bestimmen wird."

Vor Bemberg wurden in der BRD schon viele Betriebe stillgelegt. Und der Verlauf war immer der gleiche: Die Belegschaft protestierte, der Betriebsrat verhandelte – ohne Erfolg. In Wuppertal wäre es nicht anders gewesen und auch nicht in Breda, selbst wenn beide Betriebe gemeinsam protestiert und verhandelt hätten. Erst als die Bredaer Arbeiter vom passiven Widerstand zum aktiven Kampf übergingen und die Wuppertaler Arbeiter dem Beispiel folgten, entstand eine grundsätzlich neue Situation: Aus zwei lokalen Ereignissen wurde eine Aktion der internationalen Arbeiterklasse. Hier liegt der Schlüssel des Erfolges.

Eine neue Qualität? So neu nun auch wieder nicht. Die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" wurde vor 125 Jahren ausgegeben. Neu für die westdeutschen Arbeiter ist wohl die Erkenntnis, wie richtig sie ist. ■

Saarbergleute mußten aufgeben

Drei Tage streikten die Bergarbeiter im Saarland für eine Teuerungszulage von 300 DM und 100 DM für jeden weiteren Monat. Trotz der für die Arbeiter günstigen Konjunkturlage – keine Tonne Kohle liegt derzeit auf Halde – und der schnell anwachsenden geschlossenen Streikfront mußte der Kampf ergebnislos abgebrochen werden.

Nachdem zwei Wochen zuvor in der saarländischen Stahlindustrie eine Teuerungszulage gezahlt worden war, forderten die Handwerker der Grube Reden, also größtenteils über Tage arbeitende Metallfacharbeiter, als erste am Montag, dem 22.10., eine Teuerungszulage und legten die Arbeit nieder. Einen Tag später streikten auch alle unter Tage Beschäftigten dieser Grube, schon am Mittwoch fuhren die Frühschichten sämtlicher Gruben (Maybach, Warndt, Göttelborn, Luisenthal, Ensdorf, Camphausen und Reden) der Saarbergwerke nicht mehr ein, insgesamt 14.000.

In der schnellen Ausbreitung der Kampffront kam die große Empörung über den niedrigen Tarifabschluß zwischen Unternehmensleitung und IG Bergbau und Energie (IGBE) vom Juli dieses Jahres zum Ausdruck: Obgleich die Löhne der Bergarbeiter im Vergleich zur übrigen Industrie in den letzten Jahren sowieso schon immer weiter nachhinkten, waren nur 9,6% „Erhöhung" vereinbart worden.

Der Streikverlauf

In den nur wenige Kilometer voneinander entfernten Saarzechen in der Umgebung Saarbrückens verbreitete sich die Nachricht von den ersten Kampfaktionen in Reden schnell. Unter anderem auch durch die Betriebszeitung der DKP, die – den Berichten der bürgerlichen Presse und der UZ nach – vor allem Saarzechen am Mittwoch, dem 24.10. zur Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude der Saarbergwerke AG in Saarbrücken aufrief.

An der Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude beteiligten sich ungefähr die Hälfte der Streikenden, also eine zum Streikbeginn verhältnismäßig hohe Zahl. (Die bürgerliche Presse, die die Zahlen gern untertreibt, berichtete von 5000 („Hamburger Morgenpost", „Frankfurter Rundschau") und 6000 („Die Welt") beteiligten Demonstranten der 14000 Streikenden insgesamt.) Das schon im Verlaufe des Montags und Dienstags in der Grube Reden gewählte Streik komitee wurde durch Delegierte der anderen Gruben erweitert und übernahm die Führung der Kampfaktionen. Sein Sprecher, der Hauer Bernhard Motschenbach, ein Mitglied der DKP, erläuterte die Forderung nach einer Teuerungszulage von 300 DM sofort und 100 DM für jeden weiteren Monat ab 1. November.

Durch Sprechchöre „Wir wollen unsere Bosse sehen" und „Kapitalisten raus" versuchten die Versammelten, die Geschäftsleitung zur

melten, die Geschäftsleitung zur
Stellungnahme zu bewegen. Als sich trotzdem keiner blicken ließ, drangen die Streikenden ins Gebäude ein und ließen sich dicht gedrängt in Fluren und Treppenhäusern nieder, um die Kapitalistenvertreter zur Stellungnahme zu zwingen. Die Besetzung verlief, wie selbst Springers „Welt" bekunden mußte, „diszipliniert". Die Angestellten wurden in Diskussionen verwickelt und bekundeten zum großen Teil ihre Solidarität mit dem Kampf der Kumpel.

Der Vorstandsvorsitzende Anderheggen erschien und erklärte, daß das Unternehmen nicht in der Lage sei, die Forderung zu erfüllen. Der Tarifvertrag vom August mit der IGBE-Führung nehme auf die Preisentwicklung genügend Rücksicht. Seine weiteren Worte gingen in einem minutenlangen Pfeifkonzert unter. Arbeitsdirektor Lambrecht (IGBE), nach dem paritätischen „Montan-Mitbestimmungsrecht" der „Arbeitnehmervertreter" im Vorstand, stand daneben und hüllte sich in Schweigen.

Nach der harten Absage des Vorstandes formierte sich der Zug der Streikenden in Richtung Innenstadt, zum Landtag und der Staatskanzlei, dem Regierungssitz, denn die Saarbergwerke sind im Staatsbesitz, mit 25 %igem Anteil des Landes und 75 % Bundesanteil. Auf schnell gemalten Pappschildern hieß es: *„300 DM – keinen Pfennig weniger"* und *„Alle Räder stehen still, wenn der Saarbergmann es will"*. Mit Sprechchören wie *„Unsere Arbeit, die ist schwer – eine Teuerungszulage muß jetzt her"* wiesen die Kumpel auf die starke Zunahme der Arbeitsintensität in den Bergwerken in den letzten Jahren hin.

So ist die Schichtleistung eines Kumpels allein in den letzten vier Jahren im Saarbergbau von ca. 3,4 t auf weit über 4 t, teilweise schon 5 t, hochgetrieben worden. Brutal nutzen die Kapitalisten seit Jahren die Einschränkung der Kohleproduktion aus, entlassen einen Teil der Bergarbeiter und erpressen den anderen durch die Existenzunsicherheit zu mörderischen Höchstleistungen. (Siehe auch hierzu die Artikel-

gen. (Siehe auch hierzu die Artikel-
folge zur kapitalistischen Lösung der Krise im Kohlenbergbau.) Die Facharbeiterlöhne bewegen sich an der unteren Grenze des Existenzminimums: Einschließlich Überstunden werden monatlich über Tage, wie die bürgerliche „Frankfurter Rundschau" berichtete, netto 800 bis höchstens 1000 DM verdient, unter Tage bis höchstens 1200 DM. Das bei der enorm schweren und gesundheitlich belastenden Arbeit!

Gegen Mittag näherte sich der Zug dem Landtagsgebäude. Auf Anordnung des Landtagspräsidenten Maurer (CDU) zog sich die Polizei geschickt zurück und sperrte nicht die „Bannmeile" um den Landtag ab, wie sie es sonst bei Demonstrationen und Kundgebungen zu tun pflegt, um die „Volksvertreter" im Parlament vorm Volk (vorm „Pöbel der Straße", wie diese Herren sagen) zu schützen und zu bewahren. Die Kapitalistenvertreter zogen vor, „Tuchfühlung herzustellen" („Die Welt"), um Zeit zu gewinnen, statt die Bergleute sofort durch die Konfrontation mit der Polizeigewalt zu provozieren. Landtagspräsident Maurer trat als erster auf und forderte zum sofortigen Verlassen der Bannmeile auf. Zum weiteren Verlauf berichtet die Springerzeitung „Welt": *„Landtagspräsident Maurer wurde niedergeschrien, der Wirtschaftsminister Schäfer mit Hohngelächter überschüttet. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende konnte sich in dem Tumult nicht durchsetzen. Erst der DGB-Landesbezirksvorsitzende, der wegen des Bergarbeiterstreiks eine sofortige Sondersitzung des Landeskabinetts verlangte, wußte sich Gehör zu verschaffen."* (25.10.)

Geschickt hatte der DGB-Vorsitzende, zugleich SPD-Mitglied im Landtag, sich Einfluß zu verschaffen gewußt: Er bekundete zunächst „volles Verständnis" für den Unmut der Kumpel – natürlich nicht wegen des Tarifabschlusses, der ihnen ja mit Hilfe der Gewerkschaftsführung übergebraten worden war, sondern angesichts der „enormen Preistreiberei der Unternehmer", die man „nicht voraussehen" konnte. Andererseits sei dies ein „Wilder Streik", der von der Gewerkschaft nicht unterstützt werden könne, aber er werde darauf drängen, daß das saarländische Kabinett und dann die Bundesregierung über die Forderung berieten. Wenn das nicht nutze, müsse man wieder arbeiten. Damit hatte die Gewerkschaftsführung ihr erstes Ziel erreicht: Einfluß auf die Bergarbeiter zu bekommen und ihnen Hoffnung auf einen schnellen Erfolg zu machen, der nicht von ihnen selbst, sondern von Beratungen der Landes- und Bundesregierung abhänge. Um dem ganzen Manöver einen Anstrich von Ernsthaftigkeit zu geben, ließ sich sogar Wirtschaftsminister Schäfer dazu herab, eine Delegation der Streikenden mit Motschenbacher an der Spitze zu empfangen.

Der Demonstrationszug löste sich

Der Demonstrationszug löste sich
auf, nachdem bekannt wurde, daß Regierungsvertreter in Bonn verhandeln würden. Der größte Teil der Streikenden schien sich eines schnellen Erfolges sicher. Man erinnerte sich an den „wilden Streik" 1969 im September, wo am 8.9.1969 sämtliche Gruben bestreikt wurden und schon e i n e n Tag später 310 DM sofort und ab 1.9. voller Lohnausgleich mit den Löhnen an der Ruhr gewährt wurden. Ein kleiner Teil der Streikenden fuhr zurück zum Verwaltungsgebäude, um dort Posten zu beziehen, darunter auch das Streikkomitee.



Demonstrierende Saarbergleute: Ein Vertreter des Streikkomitees erläutert die Forderung

Dort hatten inzwischen Hundertschaften der Bereitschaftspolizei das Verwaltungsgebäude besetzt, um eine Wiederholung der Vorgänge vom Morgen (Besetzung durch die Kumpel) zu verhindern. Wieder ließ sich niemand von der Geschäftsleitung blicken. Aufgebracht verlangten die Bergleute nach „Arbeitnehmervertreter" Lambrecht, Arbeitsdirektor im Vorstand: *„Eins, Zwei, Drei – Lambrecht komm herbei"*. Nach längerer Zeit erschien Lambrecht und erklärte, Minister Schäfer sei nach Bonn geflogen, um zu verhandeln. Auf Fragen, ob er nicht mehr tun könne, schließlich werde er ja aus Gewerkschaftsbeiträgen bezahlt, erklärte Lambrecht zynisch: *„Ich werde voll vom Unternehmen bezahlt und bin nicht bereit, die Frage, ob die Forderungen zu Recht bestehen, zu beantworten."* **So wenig heuchlerisch ist die arbeitnehmerfeindliche Gesinnung der „Mitbestimmungsvertreter" selten offen zu Tage getreten.**

Der Streik bricht zusammen

Am Donnerstag nahm der Streik zunächst den gleichen Verlauf wie am Vortage: Von den einzelnen Gruben her marschierten die Kumpel geschlossen vor die Hauptverwaltung im Stadtzentrum, wo sich am späten Vormittag noch einige Tausend mehr als am Mittwoch versammelten. Die Kumpel erwarteten, daß erste positive Verhandlungsergebnisse verkündet würden. Als stattdessen Konzernflugblätter den Ablehnungsbescheid aus Bonn verkündeten, formierte sich der Zug in Richtung Landtag und Staatskanzlei. Dort allerdings hatte sich das Bild gegenüber dem Vortage geändert: Polizeilastwagen hielten die Straßen in Richtung Landtag abgesperrt. Nur zur Staatskanzlei, für die es keine Bannmeile gibt, war der Weg frei.

Eine Abordnung des Streikkomitees wurde von den Ministern Schnur (Inneres), Schäfer (Wirtschaft) und Wilhelm (früher Gewerkschaftsführer, heute Finanzminister) die Auffassung der Bundesregierung mitgeteilt, daß die Forderungen der Streikenden „unberechtigt" seien. Schnur forderte die Kumpel auf, *„wieder zu Ruhe und Ordnung zurückzukehren"*. Gleichzeitig verteilten IGBE-Funktionäre, darunter die SPD-Betriebsräte, die sich vorher nicht hatten sehen lassen, einen „offenen Brief" des IGBE-Vorsitzenden A. Schmidt.

In diesem an alle Saarbergleute gerichteten Brief forderte Schmidt auf, *„in ernster Stunde den wilden Streik abzubrechen und die Arbeitsplätze nicht zu gefährden."* („Welt" vom 26.10.) **Das war die gleiche Kerbe, in die schon am frühen Morgen die Konzernflugblätter gehauen hatten: mit Drohungen nach Massenentlassung, weiteren Grubenstillegungen und Verlust des Versicherungsschutzes für die Kumpel und ihre Familienangehörigen bei Fortsetzung des Streiks.**

Diese Erpressung der Kapitalisten und ihrer Handlanger innerhalb der Gewerkschaftsführung verfehlte bei den seit langem von Existenzunsicherheit bedrohten Kumpeln nicht ihre Wirkung, zumal die illusionären Stimmungen zu Beginn der spontanen Kämpfe durch die Erfahrung vom Herbst 1969 genährt wurden und so der größere Teil der Kollegen mit einem schnellen Erfolg rechnete. Streikkomitee und DKP unterstützten diese Illusionen. So hielt das Vertrauen der Kumpel in das Streikkomitee auch nur so lange vor, wie die Illusionen über einen schnellen Erfolg dauerten. Als das Streikkomitee dann ständig mit leeren Händen zurückkehrte, die eigene Siegesgewißheit nicht mehr glaubwürdig vertreten konnte, die Arbeiter aber nicht darauf vorbereitet hatte, einen längerfristigen Kampf zu führen, mußte seine Autorität abbröckeln: Dem an und für sich sehr guten Aufruf, am Freitag mit den Ehefrauen gemeinsam in Saarbrücken gegen die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen zu demonstrieren, folgten die Kumpel nicht mehr. Geschickt setzte der mehrheitlich sozialdemokratische Gesamtbetriebsrat der Erpressung der Kapitalisten die Krone auf. Er verkündete den Streikenden als „Verhandlungsergebnis" mit der Geschäftsleitung: Wenn am nächsten Morgen wieder überall gearbeitet würde, könnten Maßregelungen der Streikenden „abgewendet" und die ausgefallenen Schichten durch Überstunden, Ver-

»

IGM-Jugend HH solidarisch!

Solidaritätsadresse an die 14.000 streikenden Saarbergwerkarbeiter

Kollegen,
durch die Presse erfuhren wir heute, daß 14.000 Bergbauarbeiter im saarländischen Bergbau für eine Teuerungszulage von 300,– plus 100,– streiken. Die Eigentümer der sechs Werke, Bund und Länder, konnten bisher nicht zu einer Erfüllung Eurer Forderungen gezwungen werden.

Mit Empörung mußten wir lesen, daß sich auch der Vorstand Eurer Gewerkschaft, der IG-Bergbau, gegen Euren gerechten Kampf ausgesprochen hat und Euren Streik als von ‚arbeitsfremden Theoretikern und KP-Funktionären angezettelt' (so in der Tagesschau vom 24.10.) verunglimpft. Wir verurteilen entschieden dieses Verhalten und sprechen Euch unsere unverbrüchliche Solidarität aus. Wir verurteilen eine Gewerkschaftspolitik, die darauf angelegt ist, nicht ausschließlich die Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer zu vertreten, sondern dazu beiträgt, den gerechten Kampf der Arbeiter zu verunglimpfen.

Aus der Presse erfuhren wir auch, daß viele von Euch mit dem Ruf „Kapitalisten raus" das Direktionsgebäude besetzt haben, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die immer stärkere Verschlechterung der Lage der Arbeiter in der BRD, der immer stärkere Druck auf die Arbeiterschaft und andere Teile der Bevölkerung (wir nennen nur den Lohnraub durch Preissteigerungen, immer häufigeren Polizeieinsatz gegen Arbeiter), zeigen uns aber auch, daß eine wirkliche, dauerhafte und ständige Verbesserung unseres gesamten Lebens erst dann erreicht ist – wenn letztlich alle Kapitalisten, nicht nur aus Eurem Direktionsgebäude, sondern aus ganz Deutschland „raus" sind.

Daß sich die Arbeiterschaft hierüber klar wird und den Kampf aufnimmt für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung durch Unternehmer und Staat – das halten wir entscheidend für eine wirkliche Verbesserung unserer Lage.

Mit unserer ganzen Solidarität stehen wir bei Eurem Kampf an Eurer Seite!

Mit gewerkschaftlichem Kampfgruß

Diese Solidaritätsadresse wurde von HDW-Kollegen auf der Lehrlingsversammlung des Hamburger IGM-OJA am 25.10.73 vorgetragen und mit überwältigender Mehrheit angenommen (anwesend waren hier knapp 100 jugendliche Kollegen, vor allem Vertrauensleute, aus zahlreichen Hamburger Metallbetrieben). ■

Forts. Saarberg...

zicht auf Erholungsurlaub und Vorgriff auf den Jahresurlaub 1974 ausgeglichen werden. Schon in der Nacht bröckelte der Streik ab, als letzte fuhren am Freitag, morgens 8.15 Uhr, in der Grube Reden die Mitglieder des Streikkomitees mit Motschenbacher an der Spitze ein.



In der Innenstadt: „Alle Räder stehen still, wenn der Saarbergmann es will!"

Warum diese Niederlage?

Offensichtlich ist, daß es den Saarbergleuten keineswegs an Kampfwillen gefehlt hat. Der Druck der kapitalistischen Rationalisierung, der sich mit dem Beginn der Strukturveränderung der Energieversorgung als „Kohlenkrise" für die Bergarbeiter extrem hart auswirkt, hat bei den Bergarbeitern besonders viel Wut und Empörung angestaut: Massenentlassungen parallel zu neuen Ausbeutungsmethoden, die die Schichtleistungen des einzelnen Bergmanns hochtrieben, Abbau der sozialen Fürsorgeeinrichtungen, die sich die Bergleute wegen der Schwere ihrer Arbeit einmal erkämpft hatten und der relative Rückgang der Löhne im Vergleich zur übrigen Industrie haben sie jahrelang hinnehmen müssen. (Vergleiche hierzu die Artikelfolge im AK zur kapitalistischen Lösung der „Kohlenkrise".)

Daher wuchs der spontane Kampf sehr schnell in die Breite und erfaßte sämtliche Saarzechen. Begünstigt wurde dies zweifellos durch die noch „frischen" Erfahrungen aus dem September 1969.

Damals waren zwar die weitergehenden Forderungen, wie z. B. 1.000 DM mindestens im Monat, Barauszahlung nicht beanspruchter Deputatkohle, Angleichung des Kindergeldes an die Angestellten usw. nicht durchgesetzt worden, aber immerhin wurde in kürzester Zeit die volle Lohnausgleichung an die Kumpel im Ruhrgebiet, wo es auch im Steinkohlenbergbau zu Arbeitsniederlegungen gekommen war, erreicht. (Im Ruhrgebiet endeten 1969 allerdings die Streiks im Steinkohlenbergbau mit einer vollen Niederlage.)

Begünstigt wurde die rasche Streikentwicklung im Saarbergbau auch dadurch, daß die Kommunistenverfolgungen im Saarbergbau wegen seiner geringeren wirtschaftlichen und politischen Bedeutung nicht so heftig wie im Ruhrbergbau seit Mitte der 50er Jahre durchgeführt wurden. Dies hatte zur Folge, daß sich – im Gegensatz zum Ruhrbergbau – in den einzelnen Betrieben kämpferische Arbeitergruppen etwas besser erhalten konnten und so im Streik sich Ansätze einer Führung herausbildeten, die für die Verbindung der Zechen untereinander usw. sorgen konnte.

Ein Übergreifen des Streiks auf den Ruhrbergbau wie 1969 konnte von den Kapitalisten verhindert werden, sicherlich nicht zuletzt wegen des Fehlens gerade der Bedingungen, die den Kampf der Saarbergleute begünstigten. Die Versuche einzelner politischer Gruppen, z. B. der DKP, im Ruhrbergbau eine Solidarisierung mit dem Kampf der Saarbergleute herzustellen, scheiterten. Dadurch brauchten sich die Kapitalisten vor den wirtschaftlichen Folgen des Streiks im Saarbergbau kaum betroffen zu fühlen und konnten durchaus provokativ vorgehen, da ein Stillstand der Produktion für nicht allzu lange Zeit sie nicht trifft.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kohle aus den Saargruben ist im Verhältnis zur Ruhr gering und läßt sich, wenn an der Ruhr weitergearbeitet wird, längere Zeit auffangen. Da die Saarbergwerke als Staatskonzern die übrige Industrie billig mit Kohle versorgen soll, fühlt sich au.h kein einzelner Kapitalist in seinen Profiten betroffen, was ihn zu schnellerem Nachgeben bewegen könnte. Für die Kapitalisten würde sich die Saarkohle dadurch um keinen Pfennig verteuern, da Bilanzverluste jederzeit durch Steuergelder ausgeglichen werden können.

Die Streikführung, an der die DKP zumindestens größeren Anteil hatte, hätte daher die Aufgabe gehabt, die tieferen, vor allem politischen Hintergründe des Streiks in den Vordergrund zu stellen, anstatt nur auf der Welle spontaner Empörung „mitzuschwimmen" und den Herbst 1969 zu wiederholen zu versuchen. Die Analyse der gegenüber 1969 veränderten Kampfbedingungen, der völlige Verrat der Arbeiterinteressen durch die IGBE-Führer- von der Gewerkschaftsspitze über „Arbeitnehmervertreter" im Vorstand, Aufsichtsrat bis hin zu den Betriebsräten-, die Rolle der staatlichen Konzerne im Kapitalismus, die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes heute usw., das darzulegen, wäre die Aufgabe einer Streikführung gewesen, die den spontan kämpferischen Willen der Arbeiterklasse für eine längerfristige Stärkung der Arbeiterbewegung zu nutzen versucht hätte. Das alles kann die DKP natürlich nicht, da es den Inhalten der revisionistischen Politik völlig entgegensteht.

Der „politische Kampf" der Revisionisten im Streik reduzierte sich darauf, durch Entstellungen und Weglassen selbst in der einfachen Berichterstattung ("UZ" - einzige Tageszeitung an der Seite der Arbeiterklasse) das Bild von der Wirklichkeit zu zeichnen, das die revisionistische Linie vorschreibt: So berichtet "UZ" über die arbeiterfeindlichen Reden der CDU-Minister z. B. vorm Landtag ausführlich, von den gleichermaßen arbeiterfeindlichen Sprüchen des SPD-Fraktionschefs und des SPD-Abgeordneten, der DGB-Chef ist, kein Wort. Der Leser erfährt noch nicht einmal, daß diese Leute überhaupt anwesend sind: In der "UZ" ist nur von „Abgeordneten" die Rede. Um so mehr Schonung der Sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, je übler deren Handeln: **Zur Erpressung, mit der der SPD-Gesamtbetriebsrat die Arbeiter von der vom Streikkomitee geplanten Demonstration weg in die Betriebe trieb, heißt es in der "UZ":** *„Der Gesamtbetriebsrat muß sich sagen lassen, daß er mit seiner Unterschrift kaum die Interessen der Belegschaft vertreten hat."* Und das Verhalten der IGBE-Spitze „beschreibt" "UZ" so: *„Auch die Zurückweisung der berechtigten Bergarbeiterforderung durch den IGBE-Vorsitzenden dürfte nicht* (vielleicht doch? ?) *dazu beigetragen haben, die Position der Bergarbeiter zu stärken."*

Kapitalisten und ihre Handlanger in der Führung der IGBE äußerten sich am Freitag, als wieder gearbeitet wurde, denn auch „befriedigt über die Disziplin der Bergarbeiter". Ein spontaner Kampf, der in einer Niederlage endet und dessen politische Folgen für die Rolle der Sozialdemokratie durch die Revisionisten der DKP erträglich gemacht werden, wie hätten sie noch besser angesichts der großen Kampfbereitschaft der Bergarbeiter wegkommen können? ■

Gewerkschaftskommission des Chemie-Bereichs, KB-Gruppe Hamburg



Vor dem Landtag: Bullen sichern die Bannmeile

Wieder spontane Streiks der Metaller

Hanomag-Henschel

Rund 4000 Arbeiter im Hanomag-Werk Kassel traten Mitte Oktober in einen Warnstreik gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Ebenfalls im Bremer Werk kam es in einigen Abteilungen zu kurzen Warnstreiks.

Am 10.10. gab es auch im Werk Hamburg-Harburg einen einstündigen Warnstreik. Etwa 300 Kollegen der Spätschicht aus allen Abteilungen versammelten sich im Karosseriebau und hielten dort eine Streikversammlung ab.

Im Juli hatten die zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Hanomag-Arbeiter unter dem Eindruck der spontanen Streiks eine Teuerungszulage von 250 DM erhalten. Diese „Zulage" wurde aber schon damals als eventuell auf das Weihnachtsgeld anrechenbar bezeichnet, was die Harburger Kollegen auf einer Betriebsversammlung am 3.7. schon kritisierten. Damals wurde jedoch vertröstet und auf das naheliegende, die 250 DM mehr im Portemonnaie verwiesen.

Am 9.10. nun entschied der Konzernvorstand:

- das Weihnachtsgeld wird um 100 DM erhöht, allerdings werden die im Juli gezahlten 250 DM voll angerechnet!
- zum „Trost" wird in Angleichung an Daimler-Benz die Zahlung von 312 DM-„Vermögensbildung" auf ein Sperrkonto oder Sparvertrag eineingeführt.

Das bedeutet in diesem Jahr 150 DM Weihnachtsgeld weniger!





Diese Karikatur zur Zahlung der sogenannten Teuerungszulage veröffentlichte die Zelle Hanomag-Henschel im Juli in der Zeitung METALLARBEITER.

Die Harburger Kollegen forderten auf ihrer Streikversammlung:

- volle Zahlung der 250 DM
- und der 312 DM-„Vermögensbildung".

Die Geschäftsleitung und ihre Helfershelfer im Betriebsrat verhinderten allerdings ein Übergreifen des Streiks auf die Frühschicht und ziehen zur Zeit massiv gegen eine von fortschrittlichen Kollegen gestartete Unterschriftensammlung für eine Betriebsversammlung zu Felde, deren Durchführung der Betriebsrat beharrlich verweigert. Nahezu 500 Kollegen haben diese Versammlung durch ihre Unterschrift gefordert.

Die Harburger Zelle Hanomag-Henschel des KB wird im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlich von den zur Zeit laufenden Auseinandersetzungen berichten.

Es ist bisher in keinem der Hanomag-Werke gelungen, die Forderungen der Kollegen durchzusetzen.

Neuenkircher Eisenwerke, Saarbrücken:

Zwei Tage lang streikten 7000 Stahlarbeiter in Saarbrücken Mitte Oktober. Sie forderten eine Teuerungszulage von 70 DM auch für die restlichen drei Monate dieses Jahres. Dieser Streik wurde gestützt durch Warnstreiks auf der Burbacher Hütte und den Dillinger Hüttenwerken sowie mehreren kleinen Betrieben im Saarland. Sie erreichten die Weiterzahlung der Teuerungszulage.

Mannesmann-Hüttenwerke, Duisburg:

Mindestens 3000 Arbeiter traten am 29. und 30.10. in einen spontanen Streik. Sie fordern die Zahlung von zusätzlich monatlich 70 DM.

Der Streik begann am 29. in der Spätschicht. Ausgangspunkt waren die Verkehrsbetriebe, die schon einmal in diesem Jahr für die Forderung nach einer Teuerungszulage streikten. In der Frühschicht griff der Streik auf das Profilwalzwerk über, jene Abteilung, die schon im März nach einem neun-tägigen Streik



Mehr als 3000 Arbeiter beteiligten sich an dem zwei-tägigen Streik bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg, der zunächst mit der Entlassung von 121 Arbeitern endete.

eine neue Prämienregelung erkämpfte. Es folgten Teile des Stahlwerks und der Hauptwerkstatt, insgesamt 15 Abteilungen.

Die geforderten 70 DM gehen auf eine Vereinbarung zwischen IG-Metall und den Stahlkapitalisten zurück, die im Mai zustande kam. Nach dieser Vereinbarung erhielten die Stahlarbeiter von Juni bis September monatlich 70 DM als Vorgriff auf einen neuen Abschluß der Nacht-, Mehr- und Sonntagsarbeit aus dem gekündigten Manteltarif.

Schon im September hatten die Mannesmann-Vertrauensleute zusammen mit den Lohnforderungen auch die Forderung nach Weiterzahlung dieser von der Gewerkschaftsführung als „stahltypischen Zulage" bezeichneten Summe gefordert, da der Manteltarif immer noch nicht abgeschlossen ist.

Der Streik ist zunächst abgebrochen worden, nachdem die Werksleitung mit massiven Drohungen reagierte und 121 Arbeiter fristlos entlassen hat.

Diesen Entlassungen hat der Betriebsrat nicht zugestimmt. ■

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



Ruhrkohle-Chef Kuhnke

III. TEIL
DIE KOMMUNISTENJAGD

KRISE IM STEINKOHLENBERGBAU FÜR WEN?

In dieser Artikelfolge über die kapitalistische Lösung der Krise im westdeutschen Steinkohlenbergbau sind wir in den beiden letzten Ausgaben des AK auf das energiepolitische Konzept der Kapitalisten, die Rationalisierungswelle zwischen 1958 und 1965 im Steinkohlenbergbau und die Gründung der Ruhrkohle AG eingegangen.
Grundlage der Einschränkung der Steinkohlenprodukte durch die westdeutschen Bergbaumonopole war der verstärkte Einsatz von Erdöl als Energiequelle.
Dabei konnten die Monopole nicht nur trotz, sondern gerade wegen der teilweisen Einstellung der Kohlenproduktion das große Geschäft machen. Sie nutzten die Existenzunsicherheit der Bergarbeiter derart aus, daß parallel zu Massenentlassungen die Arbeitshetze so gesteigert wurde, daß die Kohlenförderung insgesamt nur unwesentlich zurückging. Mitte der 60er Jahre war diese erste Rationalisierungswelle abgeschlossen. Der Raubbau in den Zechen – ohne jede Neu- bzw. auch nur Ersatzinvestition – machte eine profitable Kohlenförderung immer schwieriger. Auf den Zechen lasteten riesige Folgelasten in Höhe mehrerer Milliarden DM für Flur- und Wasserwirtschaftsschäden, Bergarbeiterrenten etc. Ohne umfangreiche Neuinvestitionen für Maschinen konnte auch der Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft nicht weiter gesteigert werden.
Die Bergbaumonopole und der kapitalistische Staat entwickelten als „Lösung" das Konzept der Ruhrkohle AG, einer ganz besonderen „Aktiengesellschaft". Die Bergbaumonopole behielten aus ihren Gesellschaften alle profitablen Zweige, wie z.B. die Kraftwerke, den riesigen Grundbesitz, den Kohlen-Großhandel und die Bergarbeiterwohnungen. Allein die inzwischen unrentablen Zechen wurden zur Ruhrkohle AG zusammengeschlossen, deren Eigner die Bergbaumonopole blieben.
Für die Ruhrkohle AG konstruierten die Zechenherren und der Staat eine besondere Rechtsform, die in einem Grundvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund festgelegt wurde. Dieser Vertrag sieht vor, daß sämtliche „Verluste" der Ruhrkohle AG auf Staatskosten getilgt werden. Der Ruhrkohle AG konnten jetzt alle Folgelasten des vorherigen Raubbaus auferlegt werden, Milliarden an Steuergeldern flossen in die Bilanzen. Ihre überalterten Zechen ließen sich die Bergbaukapitalisten weit über Wert von ihrer eigenen Gesellschaft Ruhrkohle AG bezahlen in sog. „Einbringungsforderungen", denn der Staat übernahm die Bürgschaft. Weit unter Preis mußte die Ruhrkohle AG jahrelang ihren eigenen Besitzern,
bringungsforderungen", denn der Staat übernahm die Bürgschaft. Weit unter Preis mußte die Ruhrkohle AG jahrelang ihren eigenen Besitzern,
vor allem den Stahlindustriellen, Kohle liefern . . .
Dieser dritte Teil der Artikelfolge beschreibt die Kommunistenverfolgung in den Bergbau-Betrieben, die von den Kapitalisten und ihren Handlangern in der Gewerkschaftsführung seit Mitte der 50er Jahre forciert betrieben wurde. Bevor sich spontane Abwehrkämpfe der Bergarbeiter gegen die voraussehbaren Massenentlassungen entwickelten, waren die Betriebe vorbeugend „gesäubert" worden. Als es dann zu Massenkämpfen der Bergarbeiter kam, waren die Kommunisten bereits weitgehend liquidiert und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hatte die Bewegung völlig unter Kontrolle und konnte sie in die Irre führen. Jeder Widerstand gegen die Pläne der Kapitalisten brach vorerst zusammen.
Die weiteren Teile der Artikelfolge gehen auf die Kämpfe der Bergarbeiter im Herbst 1969, die Faschisierung der IG Bergbau und schließlich die sozialen Folgen der kapitalistischen Lösung der Krise im Steinkohlenbergbau für die Bergarbeiter und ihre Familien ein.

Das Milliardengeschäft mit der „Kohlenkrise" auf Kosten der Arbeiterklasse konnte nur bewerkstelligt werden, weil es den Kapitalisten frühzeitig gelang, den Widerstand der Arbeiterklasse fast vollständig zu brechen.

Die Grundlagen für diese Politik wurden schon Mitte der 50er Jahre gelegt, als für die Arbeiter von den zukünftigen Ereignissen noch nichts zu spüren war. Den Kapitalisten gelang es in diesem Zeitraum weitgehend, die Linken, in der Mehrzahl Mitglieder und ehemalige Mitglieder der KPD, zu isolieren und auszuschalten. Nach dem 1956 erfolgten KPD-Verbot fiel dies besonders leicht, so daß Hunderte von Kommunisten in den Betrieben verfolgt, entlassen und isoliert werden konnten.

Diese Kommunistenjagden hatten weniger ihre Ursache darin, daß die KPD, die ehemals an Rhein und Ruhr sehr stark war, zu diesem Zeitpunkt den Kapitalisten in irgendeiner Weise gefährlich werden konnte, sondern vielmehr darin, daß die in der Zukunft von den Kapitalisten erwarteten spontanen Abwehrkämpfe durch die Kommunisten organisiert und mit einer Zielrichtung versehen werden könnten.

Bei der Ausschaltung der Linken stützten sich die Kapitalisten auf die aktive Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Um deren Einfluß gegenüber den Linken in der Arbeiterklasse zu stärken, waren die Ruhrbosse in diesem Zeitraum auch zu erheblichen materiellen Zugeständnissen bereit: Mit den SPD-Gewerkschaftsführern handelten sie Löhne aus, die an der Spitze der Lohnskala Westdeutschlands standen, sicherten in den Tarifverhandlungen Arbeitszeitverkürzungen, billige Mieten für Bergarbeiter-Wohnungen etc. zu. Die SPD-Führer der IG Bergbau und Energie konnten so die von ihnen verbreiteten Illusionen über die gerechte und soziale Entwicklung des Kapitalismus mit Hinweis auf die ständigen kampflosen Verbesserungen in den Verhandlungen „belegen" und klassenkämpferische Linke als „Spinner", die diese Entwicklung nur störten, abtun.

Schon bald sollte sich diese vorübergehende „Investition" der Kapitalisten auch materiell auszahlen und hohe Zinsen tragen: Nach Ausschaltung der Linken bewegten sich Löhne usw. im Verhältnis zur übrigen Arbeiterklasse rückläufig, so daß die Bergarbeiter in der Lohnskala heute „unter ferner liefen" liegen.

Während der Einfluß der Linken politisch und ideologisch unter den Ruhrkumpels im allgemeinen auf diese Art und Weise schnell gebrochen werden konnte, (und es den Kommunisten auch nicht gelang, diese Entwicklung zu analysieren und die Arbeiter auf die zukünftigen Ereignisse vorzubereiten), gelang dies in einigen Ruhrzechen allerdings erst nach heftigen Kämpfen. In diesen Betrieben war es einzelnen oder Gruppen älterer KPD-Genossen gelungen, trotz des KPD-Verbots aktive Arbeit unter der Belegschaft zu leisten und das Vertrauen großer Teile der Kollegen zu gewinnen.

In einem Bericht des Kölner „Deutschen Industrieinstituts" (DII), einer Zentrale der Arbeitgeberverbände zur Beobachtung gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten der Arbeiterklasse und zur Propaganda der „Freien Marktwirtschaft", wird deutlich, mit welchen Methoden diese fortschrittlichen Arbeitergruppen in den Ruhrzechen mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der IG Bergbau ausgeschaltet wurden.

Der von der Abteilung II des DII bearbeitete „Bericht zu Gewerkschaftsfragen Nr. 4/61", „Die Kommunisten und die Betriebsratswahlen 1961" stellt fest, daß in einigen Ruhrzechen der Einfluß der KPD immer noch verhältnismäßig groß war, *„ungeachtet der Tatsache, daß die soziale Situation heute kaum noch Anhaltspunkte für die kommunistische Agitation bietet, so daß in zahlreichen Fällen Kommunisten in die Betriebsräte (1961) gewählt wurden. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Betriebsratswahlen im Zeitpunkt eines besonderen Drucks der Kommunisten in der Deutschlandpolitik stattfinden. Am bemerkenswertesten sind hierbei die Fälle, in denen Kandidaten, die als Kommunisten oder als prokommunistisch orientiert bekannt waren, auf eigenen Listen gegen die der Gewerkschaftslisten Erfolge erzielen konnten."* (S. 13/14)
Gewerkschaftslisten Erfolge erzielen konnten." (S. 13/14)

Mit der Formulierung „im Zeitpunkt besonderen Drucks der Kommunisten in der Deutschlandpolitik" spielt das DII auf die antikommunistische Hetze der Adenauerregierung an, die 1961 einen Höhepunkt erreicht hatte (Bau der „Mauer"), und auf deren Hetzwelle sämtliche bürgerlichen Massenmedien über Kommunisten herfielen.

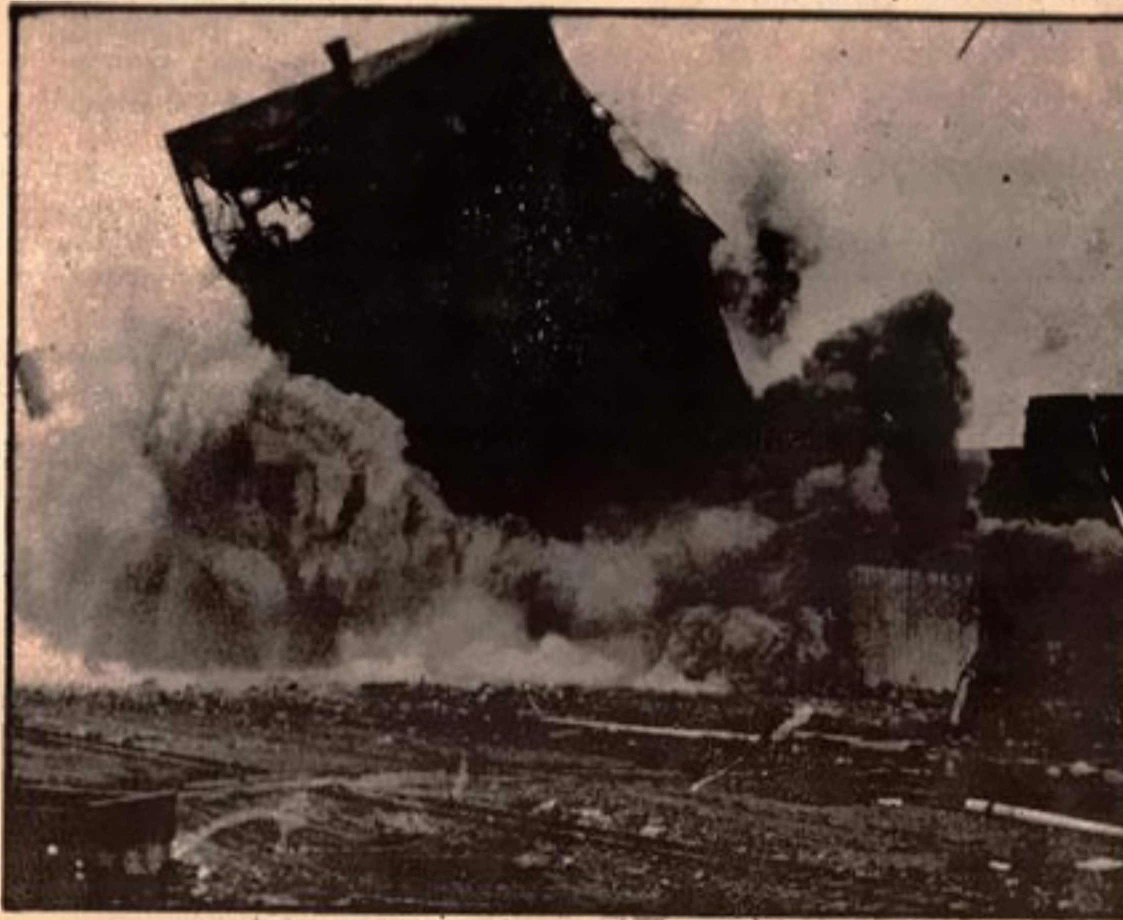
Erfolge kommunistischer Betriebsratslisten

Dennoch war es z.B. der kommunistischen „Liste Kreienhorst" auf der Schachtanlage Rheinbaben des Hibernia-Konzerns gelungen, die gewerkschaftsoppositionelle Position gegenüber der letzten Betriebsratswahl noch auszubauen, sodaß auf diese Liste 1794 Stimmen (fast 40%!) von 2167 insgesamt gegenüber nur 244 der IG-Bergbau-Liste und 129 des „Christlichen Bergarbeiterverbandes" entfielen. (Bei der Wahl 1959 hatte die IG-Bergbau-Liste noch 420 Stimmen erhalten.)

Als Kommunist hatte Kreienhorst selbst von 1946 - 1951 auf der IG-Bergbau-Liste kandidiert und war gewählt worden, dann wurde er bei Auseinandersetzungen mit der SPD-Führung der IG-Bergbau wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" ausgeschlossen, einige Jahre später wieder aufgenommen und 1959 vor der Betriebsratswahl wieder ausgeschlossen, um seine Wiederwahl zu verhindern. Darauf war Kreienhorst gezwungen, eine eigene Liste einzureichen.

Auf der Schachtanlage „General Blumenthal" in Recklinghausen waren die Linken ebenfalls gezwungen, auf einer eigenen Liste zu kandidieren. Sie erreichten 50% und acht Sitze, während die von der IG Bergbau-Führung vorgeschlagenen Kandidaten „trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaftsfunktionäre nur sieben Sitze erhielten". (DII-Bericht, S. 14)

Auf drei Schachtanlagen der „Ewald-Kohle" sollten die oppositionellen Gewerkschafter „nach dem Willen der Gewerkschaft auf aussichtslose Plätze der gewerkschaftlichen Vorschlagslisten placiert werden". (S. 15) Die Linken machten das nicht mit, stellten eigene Listen auf und erhielten statt vorher sieben jetzt insgesamt 14 Sitze in den Betriebsräten, „bei den Untertage-Arbeitern sogar mehr Stimmen als die IG Bergbau". (S. 15)



Sprengung des Förderturms der Bismark-Zeche 1968

Sprengung des Förderturms der Bismark-Zeche 1968

In einigen Zechen gelang es auch einem erheblichen Teil der Linken, über die IG Bergbau-Liste in den Betriebsrat einzuziehen. Von den drei Bismarckschächten in Gelsenkirchen z.B. waren von 50 BR-Mitgliedern 15 Kommunisten, auf Schacht IV und VI der Rheinpreußen AG von 28 Betriebsräten insgesamt 15 Kommunisten.

„Feinsinnig" interpretierte das Kapitalistenorgan „Industrie-Kurier" 1961 (Nr. 95) den – unter derartigen Umständen erstaunliche – Erfolg der KPD-Genossen und anderen Linken:

„Die Belegschaft hat in ihrer überwiegenden Mehrheit bewußt Kommunisten in ihren Betriebsrat gewählt. Und dies, obwohl sie nachweisbar nur zu einem geringen Teil kommunistisch gesinnt ist. Die eigentliche Ursache ist somit in dem Verhältnis der Arbeitnehmerschaft zum Betriebsrat zu suchen. Sie liegt, bei näherem Betrachten, in der Institution des Betriebsrates, wie dieser von dem Mitbestimmungsgesetz (gemeint ist das Betr. VG – die Red.) *gestaltet wurde, begründet. Mitbestimmung hat Mitverantwortung zur Folge und zur Voraussetzung. Hierdruch wird der Betriebsrat gezwungen, sich der „Eigengesetzlichkeit" des Betriebes* (also der Kapitalisten – AK-Red.) *zu beugen. Damit wird er aber auch aus seiner Eigenschaft als bloßer Interessenvertreter der Arbeitnehmer in eine Zwitterstellung der Mitverantwortung auch für das Unternehmen gedrängt. Dieser Zuwachs an Verantwortung nun wird von den Arbeitnehmern sehr oft nicht verstanden. Sie glauben, daß die neue Zweiseitigkeit der Interessenvertretung der Betriebsräte auf mangelnder Standfestigkeit und mangelndem Charakter sowie einem Fehlen der ideologischen Stärke zurückzuführen sei. Sie machen den Vorwurf der Desertation und geben sich bisweilen der Illusion hin, daß alle diese Eigenschaften bei den Kommunisten, den angeblich kompromißlosen Erzfeinden der Arbeitgeber, am reinsten zu finden sind."*

Damit gibt das Kapitalistenorgan zwei Tatsachen zu, die ansonsten von den sozialdemokratischen Führern in Betrieb und Gewerkschaft aufs Entschiedenste voller Entrüstung zurückgewiesen werden, besonders wenn diese Feststellungen von Kommunisten getroffen werden. Nämlich erstens, daß das Betr.-VG (Betriebsverfassungsgesetz), das alte wie das neue, den als Arbeitnehmervertreter gewählten Betriebsrat zu zwingen versucht, sich der „Eigengesetzlichkeit" des Betriebes, also den kapitalistischen Profitgesetzen, unterzuordnen; und zweitens, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese Rolle des Betriebsrates, wie sie die Gesetze des kapitalistischen Staates vorschreiben, völlig akzeptieren und



Auch der Schachtturm wurde vernichtet

durchzusetzen sich bemühen sowie von der „Interessensvertretung der Arbeiter" zur Wahrung der „Mitverantwortung für das Unternehmen" übergegangen sind, was, wie der Schreiberling bedauert, „von den Arbeitnehmern sehr oft nicht verstanden wird".

Nach diesen Erfolgen der Linken, die im einzelnen auf eine gute Verankerung in Betrieben und Betriebsteilen hinweisen, in der Masse der 600 000 Ruhrkumpels mit zig-Tausenden an Betriebsräten allerding keine allzu große Bedeutung hatten, setzte eine beispiellose Hetzkampagne auch zur Ausschaltung dieser letzten Widerstandszentren gegen die Pläne der Kapitalisten an der Ruhr ein. Ihr Beispiel hätte ja Schule machen können . . .

Die "Säuberungsaktion" der "Arbeitnehmervertreter" Mick/Katzer (CDU/CSU) und Gutermuth (SPD)

Vom „Arbeitnehmerflügel" der CDU/CSU im Bundestag, in dem sich die Sozialdemagogen der „Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft" tummeln, starteten Hans Katzer und Josef Mick eine Anfrage an die Adenauer-Regierung und forderten Auskunft über die Verhältnisse auf der Rheinbaben-Zeche, auf der Kreienhorst die BR-Wahl haushoch gewonnen hatte. Diese Anfrage war u.a. deswegen möglich, weil diese Zeche zum bundeseigenen Hibernia-Konzern gehörte. Katzer/Mick forderten die Entlassung von Kreienhorst, da dieser Kommunist „die Mitbestimmungsrechte der Belegschaft (!) mißbrauche", seine Erfolge auf der „Mißachtung des Betr. VG und Druck auf Arbeitnehmer" beruhten und „die Frage besondere Beachtung verdient, die den Verdacht der Betriebsausspähung nahelegt".

Daß fast 90 % der Stimmberechtigten in geheimer Wahl für Kreienhorst waren, störte auch die SPD in ihren Behauptungen nicht. In ihrer „Neuen Rhein-Zeitung" vom 17.6.61 ließ sie einen „Kumpel der Zeche" „zu Wort kommen": „Hier gilt das Gesetz: Wer nicht für Kreienhorst ist, gilt als Feind, Arbeiterverräter, Kapitalistenanhänger." (Man beachte, wie eine Parallele gezogen wird zu den Nazis: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!") „Es ist mehr als einmal geschehen daß Leuten gedroht worden ist, wenn sie nicht zur Stange hielten."

Der SPD-Pressedienst warf der Adenauer-Regierung „Großzügigkeit" mit den Kommunisten vor und forderte schärfere Maßnahmen:

„Aus der kleinen Anfrage (von Katzer/Mick) *an die Bundesregierung ist dabei zu entnehmen, daß die Werksverwaltung in Botropp den Exkommunisten um Kreienhorst recht großzügig gegenübertrat und dem von der IG Bergbau und Energie als Meinungs- und Gesinnungsterror der Kreienhorst & Co. bezeichneten politischen Druck auf die Belegschaft nicht konsequent entgegentrat."* (14.6.61)

Die gewerkschaftsoppositionelle Arbeiter-Gruppe um Kreienhorst lehnte das arbeiterfeindliche BVG (Betriebsverfassungs-Gesetz) ab und versuchte statt dessen, den Widerstand der Kollegen gegen die Geschäftsleitung zu organisieren und aktivieren, so daß sich die Geschäftsleitung zu verschiedenen Zugeständnissen gezwungen sah.

Diese Zugeständnisse warfen die Führer die IG Bergbau ihrerseits nun den Kapitalisten vor, da sie zur Unterstützung der Linken durch die gesamte Belegschaft geführt hätten, wobei das BVG „mißachtet" worden sei. Statt dessen forderten sie von den Kapitalisten harten Kurs gegen Kreienhorst.

Unter der bezeichnenden Überschrift „Unsere Geduld ist zu Ende! – Betriebsrätekonferenzen sind kein Tummelplatz für kommunistischen Terror" (!!) schrieben diese Leute im Zentral-Organ der IG Bergbau „Einheit" (Nr. 13/1961) zur Betriebsratswahl der Zeche Babenhausen:

„Die Kollegen, die trotzdem eine IGBE-Liste vorbereitet und aufgestellt hatten, standen einen durchorganisierten Apparat (!) gegenüber, den Kreienhorst aus der Schar seiner Anhänger (!) gebildet hatte und der jede (!) anders geartete Willensäußerung bekämpfte. Allein diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß sich auf Rheinbaben eine Psychose (!) entwickelt hat, die das selbstherrliche (!) Auftreten Kreienhorst und seiner Männer hingenommen (!) und sich mit ihm abgefunden (!) hat.

Auftrieb erhielt diese Psychose zweifellos auch aus dem Umstand, daß sich Kreienhorst jede Extravaganz erlauben (!) und unter Mißachtung des von ihm abgelehnten BVG seine eigenen Regeln im Betriebsrat und im Betrieb wirken lassen konnte."



Die letzte Schicht auf der stillgelegten DEA (TEXACO)-Zeche Graf Bismark. Die Kapitalisten kassierten 140 Mill. DM Prämie dafür. Heute wird die Kohle der Graf Bismark von der Ruhrkohle AG abgebaut, für die notwendigen Neuinvestitionen gab es staatliche Beihilfen.

Nachdem so die Kapitalisten und ihre Handlanger aus den Parteien und Gewerkschaftsführung die Ausschaltung der Linken propagandistisch vorbereitet hatten, folgten direkte Maßnahmen. Heinrich Gutermuth, damals IGBE-Vorsitzender, leitete sie auf der ersten Betriebsrätevollversammlung des Hibernia-Konzerns nach den Wahlen Mitte Juni 1961 ein, auf der sich die Linken insgesamt in der Minderheit befanden.

Gleich zu Beginn der Versammlung forderte Gutermuth, daß sich alle anwesenden Betriebsräte laut BVG ausschließlich mit wirtschaftlichen, sozialen und arbeitstechnischen Fragen zu beschäftigen hätten, politische oder gewerkschaftliche Fragen zu erörtern sei verboten. Für die Linken war dies eine einzige Provokation, der natürlich nicht zugestimmt werden konnte, da damit alle entscheidenden Fragen vom Tisch waren.

Daraufhin verließen, wie zuvor verabredet, auf Aufforderung Gutermuths an „alle demokratisch gesinnten Belegschaftsvertreter" die anwesenden IGBE-Betriebsräte – in einträchtiger „Solidarität" gegen die Linken – zusammen mit den Vertretern der Spaltergewerkschaften DAG und „Christlicher Bergarbeiterverein" die Konferenz.

Auf die Forderung Gutermuths an den Hibernia-Vorstand wurden Kreienhorst und der Betriebsrat Sadowski wegen „Mißachtung" des BVG" entlassen, was sich nach der allseitigen Hetze in den Vorwochen und in dem allgemeinen antikommunistischen Hetzklima jetzt durchsetzen ließ.

Jede Solidarität mit den Entlassenen wurde im Keim erstickt: So entließ z.B. die Geschäftsleitung der Schachtanlage „Franz Haniel" den Betriebsrat Franz Wemmers, der zur Solidarität mit Kreienhorst und Genossen aufgefordert hatte und Unterschriften gegen deren Maßregelung gesammelt hatte. (Natürlich wegen „Verstoß" gegen das BVG durch „Störung" des „Betriebsfriedens".)

Richtigstellung

Die Artikelfolge in AK 32 und AK 33 „Krise im Steinkohlenbergbau – für wen? " beschäftigt sich in ihrem ersten Teil mit der westdeutschen Energiepolitik, insbesondere mit der Umstellung des Energieverbrauchs von Steinkohle auf Erdöl. Hierbei sind den Genossen leider einige sachliche und politische Fehler unterlaufen, die wir hier richtigstellen wollen.

Förderung und Verarbeitung von Erdöl ist für die Imperialisten heute tatsächlich „das größte Geschäft der Welt" (vergl. AK 30, Seite 17). Das liegt vor allem daran, daß die Produktionskosten des Erdöls außerordentlich niedrig sind, und zur Produktion, Verarbeitung und Vermarktung relativ wenig menschliche Arbeitskraft verbraucht wird. Das gesamte Geschäft befindet sich in der Hand einer vielfach verflochtenen Gruppe von wenigen multinationalen Monopolfirmen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht die Abgaben an die Förderländer drücken und die Verkaufspreise, etwa für Heizöl und Benzin, hochtreiben können, so daß riesige Gewinne garantiert sind.

Welchen Anteil die Kapitalisten der BRD an diesem Geschäft erhalten, das richtet sich nach dem internationalen Kräfteverhältnis. Deshalb ist nicht der Suezkrieg der Wegbereiter der BRD-Konzerne zum Ölgeschäft gewesen. Vielmehr war der Suezkrieg nur ein Ausdruck der in den 50er Jahren stattfindenden Kräfteverschiebungen zwischen den imperialistischen Mächten USA, Großbritannien, Frankreich und BRD, in deren Verlauf sich die USA einen verstärkten Einfluß im Nahen Osten sicherten, und die BRD ihren Aufstieg zur imperialistischen Macht begann.

Die westdeutschen Energiemonopole hatten übrigens auch nicht bis zum Suezkrieg „im wesentlichen Erdöl nur aus Libyen und Algerien beziehen können", weil in beiden Ländern erst 1956 Erdöl entdeckt wurde.

Der Anteil der BRD-Konzerne am Ölgeschäft ist heute immer noch klein. Bei Zustandekommen des geplanten BRD-Ölmonopols hätten dieses nur ca. 15 % des westdeutschen Ölverbrauchs unter Kontrolle.

Daraus geht offenbar hervor, daß bei der „Verlagerung der Erdöl-Einfuhr (der BRD!) in völlig abhängige Länder" (Graphik AK 32, Seite 17) die Politik des BRD-Imperialismus selbst nur eine relativ geringe Rolle spielt gegenüber der Politik der großen ausländischen Ölmonopole.

Besonders verwirrend ist in der Graphik die Vertauschung der Beschriftungen „Saudi-Arabien" und „Libyen"; tatsächlich ist es natürlich die Einfuhr aus Saudi-Arabien, die zunimmt.

Der Rückgang der Förderung in Libyen ist eine von der libyschen herrschenden Klasse verordnete Maßnahme. Wahrscheinlich will man in Erwartung steigender Erdölpreise mit den begrenzten Vorräten des sehr hochwertigen libyschen Öls später größere Einnahmen erzielen.

Wir werden in einer der folgenden Ausgaben des ARBEITERKAMPF auf die Rolle der Erdölmonopole im imperialistischen System noch ausführlicher eingehen.

AK-Redaktion ■



Ein Foto der Demonstration der Ruhrkumpel im Oktober 1959. 200 000 hatten sich angemeldet, für knapp ein Drittel organisierte die Gewerkschaftsführung nur Transportmöglichkeiten.

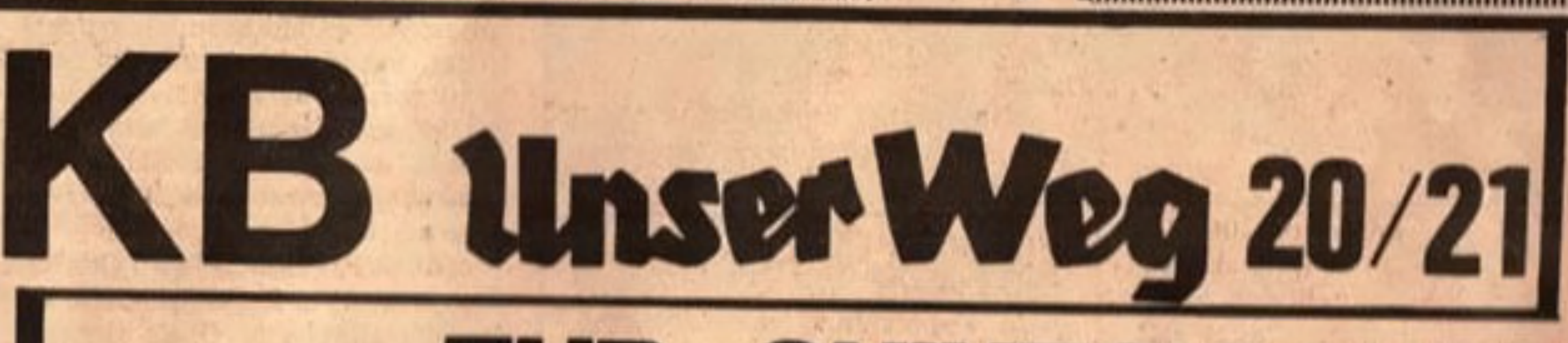
Jeder Widerstand der Arbeiter vorerst gebrochen

1959, zu Beginn der ersten Zechenstillegungen, hatten die Kapitalisten es noch hinnehmen müssen, daß es den Führern der IGBE nicht gelang, den spontanen Protest der Ruhrarbeiter völlig abzuwiegeln. Auf einer zentralen Versammlung von Betriebsfunktionären im August wurden von den Linken statt schöner Worte endlich Taten gegen Feierschichten, Betriebsstillegungen und Entlassungen gefordert. Der IGBE-Vorstand war gezwungen, Protestkundgebungen in den einzelnen Ruhrstädten und einen zentralen Demonstrationsmarsch nach Bonn anzukündigen. Gutermuth erklärte ganz „radikal":

„Wir werden im Ruhrgebiet marschieren, die modernsten Propagandamittel anwenden und auch in Bonn aufkreuzen, wenn unser angekündigtes Aktionsprogramm zum Zuge kommt." („Dat Blinkfüer", Nr. 16/59)

Als die IGBE-Führer dann allerdings sahen, daß diese Aktionen zu einer breiten Massenbewegung der Kumpels anwuchsen, stellten sie die Kundgebungen in den einzelnen Städten schleunigst wieder ein. Für den Marsch auf Bonn im Oktober 59 hatten sich 200 000 Bergarbeiter angemeldet. Als es dann soweit war, hatte der IGBE-Vorstand nur für 60 000 Kumpel Sonderzüge, Dampfer und Busse gemietet. Die Übrigen mußten zu Hause bleiben! Statt den vorhandenen Kampfeswillen zu organisieren, verbreitete Gutermuth Resignation: Er forderte „Hilfsmaßnahmen" der Regierung, von denen die Kumpels wußten, daß sie lediglich den Zechenherren zukommen. Die Schließung von vorläufig 15 Zechen hielt er gleichzeitig für „unvermeidlich".

Nach der Ausschaltung der letzten oppositionellen Gewerkschafter 1961 brauchten die Zechenherren vorerst den spontanen Protest der Belegschaften nicht zu fürchten. Es hätte keine Kraft gegeben, die ihn organisieren und eine Richtung entgegen der sozialdemokratischen Politik des Verkaufs an die kapitalistischen Interessen, hätte geben können. Planmäßig wurden die Zechen geschlossen und die Belegschaften abgebaut. (vgl. die Zahlen im ersten Teil) **(Wird fortgesetzt)** ■



Hamburg: Kapitalistische 'Sanierung' in Ottensen

Unter „gesünderen" Stadtteilen verstehen die Kapitalisten „gesündere" Profite bei Bodenspekulation, Wohnungsbau und Hausbesitz. Aufgrund steigender Bodenpreise wird der Boden in den Ballungsräumen der Städte „zu schade" für Arbeiter. Verslumung alter Stadtteile, hohe Mieten, Zerschneidung der Wohngebiete durch breite Straßen, miserables öffentliches Nahverkehrssystem, Lärm, Umweltverschmutzung und Gefahr – das alles nimmt täglich zu. Demagogisch wird die „Krankheit" der Städte bei der „Sanierung" zum Vorwand genommen, um sie noch mehr zu zerstören. Das ist auch für Ottensen geplant – einen Arbeiterwohnbezirk in Hamburg-Altona. Die dort im Mai gegründete Bürgerinitiative versucht, die Interessen der Ottenser deutlich werden zu lassen und die in der Bevölkerung vorhandene Unruhe gegen die Pläne des Hamburger Senats zu organisieren.



Seit einiger Zeit bekommen immer mehr Werktätige in der BRD zu spüren, was in unserer Gesellschaft unter Stadt„sanierung" verstanden wird. Am bekanntesten geworden sind bisher Frankfurt-Westend, Westberlin-Kreuzberg, in Hamburg St. Georg/Hohenfelde, St. Pauli-Süd und Ottensen.

„Sanierung" heißt auf deutsch: Gesund machen. Für wen aber sollen bei uns die Stadtteile „gesünder" werden?

Das Problem der „Sanierung" ist nicht so neuartig, wie man unter der bloßen Perspektive der letzten Jahre denken könnte. Schon Friedrich Engels untersuchte im letzten Jahrhundert die „Sanierungs"vorhaben der deutschen Bourgeoisie:

„Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert: die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Das geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden,

ses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden,

Warenlager, öffentliche Gebäude an ihre Stelle."
(ausF. Engels, „ZurWohnungsfrage")

In einer kapitalistischen Gesellschaft werden nicht nur die Produkte menschlicher Arbeit zu einer (käuflichen) Ware, sondern auch der „Naturvorrat", der Grund und Boden (selbst wenn er völlig unbearbeitet ist). Da dieser nur begrenzt vorhanden ist und nicht wie die Erzeugnisse von Industrie und Landwirtschaft vermehrt werden kann, steigt der Bodenpreis immer weiter – ganz besonders in Zeiten, wo wachsender Bedarf nach Boden besteht. Dies war in den letzten Jahrzehnten in der BRD der Fall. Aufgrund großer Nachfrage für Industrieanlagen, Hausbau, Straßen usw. stiegen in der BRD die Baulandpreise von 1950 bis 1970 auf das zwölffache. In den Ballungsgebieten sogar allein von 1959 bis 1969 auf das zwanzigfache.

Die großen Bodenbesitzer haben so riesige Profite gemacht – das bekannteste Beispiel ist ein Herr von Finck, der in München pro Tag durch Nichtstun aufgrund der Wertsteigerung seines Bodens über eine Million Mark verdient. Noch ein weiteres Beispiel: In Wiesbaden hofften Spekulanten, ein Wohngebiet zu einem Bürohausviertel machen zu können. Innerhalb von drei Monaten stiegen die Grundstückspreise von 200.- DM pro qm auf 1 000.- DM, also um 400 %. Und auch am Boden verdienen nicht die „kleinen Leute", sondern in erster Linie die 0,01 % der Bevölkerung, die über 1/3 der Wirtschaftsfläche und fast 3/4 der Forstfläche der BRD besitzen.

Ottensen ist ein Stadtteil von Hamburg-Altona mit über 30 000 Einwohnern. Es ist ein sehr dicht bebautes Altbaugebiet – bis auf wenige Ausnahmen sind die Häuser vor 1914 gebaut – große Teile davon in der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs nach 1870/71. (Im Ortsteil 212 stammen sogar 75 % der Häuser aus dem letzten Jahrhundert – Ottensen wurde wenig betroffen von den Bomben im Sommer 1942, denen rund 40 000 Hamburger und ganze Stadtteile zum Opfer fielen.) Es ist ein ausgesprochener Arbeiterwohnbezirk, wo auch besonders viele alte Menschen wohnen, und wo der Anteil der ausländischen Arbeiter der höchste von Hamburg ist.

Zwischen den Wohnhäusern, in den Hinterhöfen, sind viele kleine Gewerbebetriebe, vereinzelt auch größere Industriebetriebe – vor allem die Firma Menck und Hambrock, deren mehrere tausend Beschäftigte auf etwa sechs Werke in Ottensen verteilt sind. Menck und Hambrock zieht zum Jahresende von Ottensen nach Ellerau bei Pinneberg vor die Tore von Hamburg. Die Grundstücke der Firma hat die Neue Heimat gekauft. Der Auszug des Betriebes wird

der Firma hat die Neue Heimat gekauft. Der Auszug des Betriebes wird

die geplante „Sanierung" von Ottensen ein Stück näher bringen.

Ottensen liegt sehr zentral: Zur City sind es etwa fünf Kilometer mit guter Straßenverbindung; am Bahnhof beginnen/enden fast alle Zugverbindungen Hamburgs; S-Bahn; weitere S-Bahn im Bau, U-Bahn geplant; die neue Autobahn soll von Flensburg/Kiel kommend in wenigen Wochen bis zur Ausfahrt Walderseestraße (1/2 km von Ottensen entfernt) eröffnet werden und nächstes Jahr dann weiter durch den neuen Elbtunnel über den Hafen nach Süden führen, so daß dann von Ottensen eine direkte Verbindung zur anderen Elbseite, nach Harburg und vor allem zum Hafen, zu den neuen Industrieanlagen an der Unterelbe bestehen wird.

Das alles macht Ottensen zu einem „Leckerbissen" für Bodenspekulanten, Wohnungsbaugesellschaften, Kaufhauskonzerne, Handel, Banken und Versicherungen. Auch als Gebiet für Eigentumswohnungen/Zweitwohnungen von Kapitalisten und Managern eignet es sich aufgrund der nahen Elbe und der Elbvororte (Blankenese) sehr gut. Für die werktätige Bevölkerung ist ein solches Gebiet, solcher Grund und Boden „zu schade".

Deswegen soll in Ottensen die sogenannte „City-West" entstehen. Von Sanierung alter Häuser wurde in Ottensen schon seit Jahrzehnten gesprochen. Konkrete Pläne tauchten jedoch erst auf, nachdem die CDU 1969 mit dem Plan einer City-West an die Öffentlichkeit trat. Als damals die Spekulanten und

Die Aktionsgemeinschaft Ottensen (AO) hat ein Straßenfest für Kinder organisiert.

Konzerne ihre Chance sahen, wurde diese Anregung auch von der Wirtschaftsbehörde aufgegriffen, die sich dann mit der Baubehörde in Verbindung setzte.

Senat will Kahlschlagsanierung

Senat will Kahlschlagsanierung

Nach den Wünschen des Senats und der dahinter stehenden Konzerne soll ein großer Teil Ottensens kahlschlagsaniert werden – davon würden etwa 10 bis 15 000 Menschen betroffen. Auf einem 30 Hektar großen Gebiet sollen nach den Worten von Bausenator Caesar Meister Kaufhäuser und Bürogebäude gebaut werden. (Ausläufer der City-West würden dann sein: Das heute noch bestehende Einkaufsgebiet um Hertie herum; der Altonaer Bahnhof, der zur Zeit abgebrochen wird und auf dessen Neubau dann ein Kaufhaus kommen wird; das fertige Einkaufszentrum auf der anderen Seite des Bahnhofs sowie das fast fertiggestellte Kaufhaus- und Bürozentrum an der Großen Bergstraße.) Ein kleiner Teil des Kerns von Ottensen soll von dem Kahlschlag ausgespart werden, soll zur „Milieuinsel" werden. Vorbild dafür ist Hamburg-Pöseldorf, wo sich die reiche Schickeria ein Stelldichein gibt.

Die Pläne der Hamburger „Arbeitnehmerregierung" (SPD-Mehrheit im Senat) bedeuten für die Ottenser Bevölkerung: Mindestens 95 % der von der „Sanierung" betroffenen Bevölkerung werden, wie die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, aus Ottensen vertrieben werden, da sie, auch wenn neue Wohnungen gebaut werden, die teuren Mieten nicht werden bezahlen können. Sie werden unterkommen müssen in den Betonsilos am Osdorfer Born, am Mümmelmannsberg oder in Allermöhe. Das bedeutet: Erheblich teurere Mieten, weite Entfernungen zum Arbeitsplatz (womit sie fast zu Pendlern werden und ihr Arbeitstag um einige Zeit länger sein wird), Zerstörung der gewachsenen sozialen Verbundenheit und Solidarität. Für viele Ottenser wird es auch bedeuten: Baracke, Nissenhütte, Obdachlosenlager. (Schon heute gibt es in Hamburg rund 10 500 Obdachlose.)

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur weniges davon ist in unserem Staat verboten."
(Bertold Brecht)

Was sind die Interessen der Ottenser?

Ein „gesünderes" Wohnen in Ottensen würde folgende Sofortmaßnahmen erfordern:

- Abriß der nicht mehr renovierbaren Bausubstanz sowie der stillgelegten Gewerbebetriebe und Lagerräume; Nutzung der freiwerdenden Flächen zum Bau wirklich preiswerter Sozialwohnungen, in die die alten Mieter, deren Wohnungen nicht mehr renovierbar sind, wieder einziehen, und wo zusätzlich neuer Wohnraum für Arbeiterfamilien geschaffen wird; Anlage von Grünflächen, Spielplätzen, Altentagesstätten, Jugendhäusern.
- Renovierung der zu erhaltenden Häuser (ein Großteil der Wohnungen ist ohne Bad und Toilette – besonders im Ortsteil 212, wo 6 600 Menschen wohnen. Dort besonders im Ortsteil 212, wo 6 600 Menschen wohnen. Dort ist in 55 % der Wohnungen kein Bad – Hamburger Durchschnitt 16 % – und in 1/4 der Wohnungen kein eigenes WC).
- Kein Durchgangsverkehr durch Ottensen, insbesondere kein Autobahnzubringer durch dies dicht besiedelte Gebiet. Stattdessen wäre der Bau eines Zubringers, wenn wirklich notwendig, auf einer Hochstraße über der S-Bahnlinie, durch Gewerbegebiet, durch Untertunnelung denkbar. Und vor allem: Aufbau eines weitverzweigten, oft verkehrenden, schnellen öffentlichen Nahverkehrs ohne dauernde Preiserhöhungen.

Protestdemonstration der Aktionsgemeinschaft Ottensen (AO).

Täuschungen, Tricks und Hetze

Ein Mittel des Senats gegenüber der Bevölkerung ist, sie in Unklarheit und Unsicherheit zu lassen. So hat ein Teil der Ottenser bis heute noch nichts von den „Sanierungs"plänen gehört. Ein anderer, größerer Teil hat was verlauten hören, weiß aber nichts genaues. Das „Entwicklungsmodell" für Hamburg von 1969 sieht für Ottensen ein sogenanntes Managementzentrum ähnlich der City-Nord vor.

Dieser Plan hat aber keine Rechtswirksamkeit. Rechtswirksamkeit hat erst ein Bebauungsplan. Bei der Übersicht der Bebauungspläne, die im Altonaer Rathaus einzusehen sind, waren jedoch nur veraltete, bereits vor 1966 verabschiedete Pläne für einzelne, wenige Häuser zu sehen.

Ob Ottensen zum Städtebauförderungsgebiet erklärt wird, ist bisher nicht klar. Dadurch würden zur Zeit wohl die Pläne der Behörden für die Bevölkerung zu offensichtlich.

Auf einer Pressekonferenz am 13.6.73 sagte Bausenator Caesar Meister, es würde kein Autobahnzubringer durch Ottensen gebaut. Die Einwände der Bevölkerung hätten



Forderungen der protestierenden Ottenser: „Baut Wohnungen statt Büropaläste", „Kampf dem Durchgangsverkehr", „Für niedrige Mieten", „Mehr Spielplätze" usw.

überzeugt. Daraus machte die „Morgenpost": „Bürger siegten über die Behörden". Tatsache ist jedoch, daß die Autobahnausfahrt Walderseestraße in wenigen Wochen eröffnet wird. Nach Schätzung der Behörden werden nach Fertigstellung der Autobahn auch im Süden Hamburgs 26 000 Autos mehr täglich durch Ottensen fahren. Die Bauarbeiten an den entsprechenden Straßen sind inzwischen auch fast abgeschlossen. Überhaupt ist es für den Senat günstig, Stück für Stück vorzugehen und so Stück für Stück Fakten in seinem Sinn zu schaffen.

so Stück für Stück Fakten in seinem Sinn zu schaffen.

Der durch enge Straßen zur Autobahn führende Verkehr wird das Leben für viele Tausend Menschen durch Lärm, Gefahr und Gestank ungeheuer beeinträchtigen. Die Behörden hoffen, so das Wohnen zu verleiden, zum „freiwilligen" Wegzug zu veranlassen – oder auch, daß die Anwohner schließlich selbst nach einer breiten Straße für den Durchgangsverkehr (was mit Hausabriß verbunden wäre) rufen.

An einem Großteil der Häuser in Ottensen wird seit Jahren nichts mehr getan (teilweise ganz bewußt, teilweise – von den kleineren Hausbesitzern – weil sie selbst nicht wissen, was geschehen wird), viele Wohnungen werden mit ausländischen Arbeitern überbelegt, so daß insgesamt eine allmähliche Verslumung eintritt, die den Totalabriß „einsichtiger" machen wird.

Neben dem Zurückhalten von klaren Informationen (eine kleine Notiz im amtlichen Teil der Zeitung, daß dort und dort dann und dann der und der Plan ausliege, gilt schon als „Information der Bevölkerung") ist die „Nichtzuständigkeit" der einzelnen Behörden ein beliebtes Mittel des Staatsapparates. Jeder Beamte, jede Behörde ist nur für den und den kleinen Teilabschnitt zuständig, „man würde ja gerne, aber..."

Bausenator Meister hat sicherlich einen zentralen Überblick und wesentliche Zuständigkeiten, für konkrete Fragen ist dann aber das Altonaer Bezirksamt zuständig, was auf dem Gelände der Neuen Heimat geschieht, ist deren Sache usw.

„Schuld" daran sind nicht so sehr die einzelnen Beamten, sondern der Aufbau des Behördenapparates, der auf Undurchschaubarkeit für die Werktätigen ausgerichtet ist.

Ein weiteres Mittel der Behörden ist, die Bewohner verschiedener Stadtteile gegeneinander auszuspielen. So in einem „Morgenpost"-

▶▶

Forts. Ottensen

Artikel vom 2.7.73, wo ein Baudirektor Maldfeld von der Baubehörde sagt, daß man „das Problem auch sehe", bei Schließung der Ausfahrt Walderseestraße sich der Verkehr jedoch über die Ausfahrt Von-Sauer-Straße und dann durch Bahrenfeld ergießen würde. Die beste Möglichkeit wäre noch der Bau einer Stadtautobahn, aber dagegen hätte sich der SPD-Parteitag aufgrund der Proteste der Bevölkerung ausgesprochen.

Die Alternative, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs oder auch denkbare Möglichkeiten für den Autobahnzubringer, die nicht so viele Menschen so erheblich beeinträchtigen würden, werden gar nicht erst in Betracht gezogen, weil den Behörden letztlich an einer Planung im Interesse der Menschen nichts liegt, weil ihnen das „zu teuer" ist.

Erste Proteste aus der Bevölkerung wurden vom „Hamburger Abendblatt" z.B. so behandelt, daß es einen „Ottenser" über die Demonstration der Bürgerinitiative **„Aktionsgemeinschaft Ottensen"** sagen läßt: „Ein Grüppchen Radikaler will uns vor seinen Politkarren spannen." Aus knapp 300 Demonstranten werden 150 gemacht. Als positives Vorbild wird die „Bürgerinitiative Ottensen" hingestellt (dort können nur Haus- und Ladenbesitzer Mitglied werden!), die sich den Interessen des Senats glänzend unterordnet. Deren Vorsitzender (Ledergeschäftsinhaber Adolff) sagte laut „Abendblatt": „Wenn wir in Ottensen etwas erreichen wollen, dann nur durch sachliche Gespräche. ... Nicht beschimpfen und verunglimpfen, sondern sprechen und Lösungsvorschläge anbieten, nur so kommt man weiter." Solche Demagogie gelingt Springers „Abendblatt" leider relativ leicht, da die „Aktionsgemeinschaft Ottensen" es bisher kaum verstanden hat, auf den Informations- und Bewußtseinsstand der Bevölkerung einzugehen und den Gegner der Interessen der Ottenser konkret zu entlarven.

Die neueste Variante im „Repertoire" der Behörden ist das Angebot der „Mitbestimmung". Am Bezirksamt Altona soll eine neue Stelle eingerichtet werden, wo ein Beamter als „Mittler zwischen Behörde und Bevölkerung" arbeiten soll. Er hat also die Funktion, einerseits die Behördenpropaganda in der Bevölkerung zu verstärken, andererseits durch seine vorgeschaltete Stelle die Behörden noch besser abzuschirmen und schließlich den Eindruck zu erwecken, die Behörde kümmere sich um die Interessen der Bevölkerung.

Die SAGA, ein stadteigenes Wohnungsunternehmen, das in Ottensen eine große Zahl von Häusern besitzt und verwaltet, hat vor kurzem einen „Beirat" gegründet, einen Rat, in dem Vertreter der Bevölkerung zur Sprache kommen sollen. Die neueste Parole der SAGA lautet „Stadterhaltung der kleinen Schritte", wobei sie diese Parole sicherlich auf kleinere, unwichtigere Gebiete Ottensens anwenden wird, um so vom Totalabriß eines großen Gebietes abzulenken. ■

Die Interessen der Massen müssen im Mittelpunkt stehen

– zur Arbeit der „Aktionsgemeinschaft Ottensen" –

Die „Aktionsgemeinschaft Ottensen" (AO) wurde im Mai dieses Jahres gegründet. Vorher gab es in Ottensen einen Juso-Arbeitskreis, der seit Sommer 72 die „Ottenser Zeitung" (OZ) herausgab. Außer durch die monatlich erscheinende Zeitung traten die Jusos nicht an die Öffentlichkeit. Etwa seit Anfang dieses Jahres begannen auch einige Mitglieder und Sympathisanten der „KPD/ML" in dem Arbeitskreis mitzuarbeiten. Seitdem zeigt die OZ folgendes Bild: Einerseits illusionäre Vorstellungen über den Staatsapparat und die SPD, andererseits wortradikale Sprüche. So wird in der letzten OZ (verkaufte Auflage der Zeitung in Ottensen 1.000 - 1.500) einerseits von einem „Sanierungsirrtum"(!) der Behörde gesprochen, andererseits finden sich Sätze in dem Stil „Die SPD ist arbeiterfeindlich", die aber, wenn sie nicht verbunden sind mit konkreten politischen Enthüllungen sowie dem Aufzeigen der nächsten

konkreten politischen Enthüllungen sowie dem Aufzeigen der nächsten

Schritte bei dem jetzigen Kräfteverhältnis zu Phrasen werden.

Nach einer ersten öffentlichen Versammlung im April (150 Teilnehmer) wurde auf einer 2. Versammlung in der Schule Gaußstraße im Mai von 300 Ottensern die „Aktionsgemeinschaft Ottensen" gegründet. An dieser Versammlung nahm auch eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten sowie älteren Menschen aus Ottensen teil.

Aus dem damals beschlossenen Statut: „*Mitglied der AO kann jeder werden, der sich für die Ziele und Forderungen einsetzt. Die AO wird getragen und bestimmt von der Mitgliederversammlung und den einzurichtenden regionalen Arbeitsgruppen. Die Mitgliederversammlung tagt mindestens 1/4-jährlich, die Arbeitsgruppen mind. wöchentlich. Die Arbeitsgruppen setzen die Beschlüsse der MV in konkrete Maßnahmen um. Die Arbeit der Arbeitsgruppen wird koordiniert von einem Aktionsausschuß (AA), der 15 Mitglieder umfassen soll, von denen 12 aus den Arbeitsgruppen delegiert und drei von der MV gewählt werden. Alle Delegierten sind an die Beschlüsse der Gremien, von denen sie gewählt worden sind, gebunden und können jederzeit abgewählt werden. Alle Gremien tagen öffentlich.*"

Dies Statut bot eine demokratische Grundlage für die Arbeit von Menschen verschiedenster politischer Richtungen für die Interessen der Ottenser Bevölkerung. Das damals beschlossene Programm der AO stimmt im wesentlichen mit den in diesem Artikel aufgeführten „Sofortmaßnahmen" für die Ottenser Bevölkerung überein. Es wurde jedoch auch beschlossen, schon kurzfristig eine Demonstration durchzuführen. Das mußte ohne gründliche Informations- und Agitationsarbeit ein Mißerfolg werden. Die Begründung „Beginn der Bauarbeiten für den Autobahnzubringer" für eine kurzfristig notwendige Demonstration zeigte die mit dieser Demonstration verbundenen Illusionen über schnell zu erwartende Erfolge an.

Etwa 100 Menschen begannen nach der Gründung der AO in den sechs Regionalgruppen mitzuarbeiten (Ottensen-Nord, Ottensen Nord-Ost, usw.). Dies waren vor allem Schüler, Studenten und berufstätige Intellektuelle, jedoch auch einige wenige Arbeiter und Angestellte. Die meisten waren politisch organisiert.

Vertreten waren viele politische Gruppen, unter anderem Jungsozialisten und „KPD/ML".

Daß die Zahl der Aktiven sich weitaus überwiegend aus jungen Menschen und aus kleinbürgerlichen Schichten zusammensetzte, ist bei dem heutigen Stand der Klassenkämpfe in der BRD auch nicht verwunderlich. Wir haben es heute im Stadtteil erst mit Vorläufern zukünftiger Massenbewegungen zu tun (siehe auch UNSER WEG 18).

Am 30.6. veranstaltete die AO ein Straßenfest, vor allem für die

Am 30.6. veranstaltete die AO ein Straßenfest, vor allem für die

Kinder. Dies war sicherlich ein guter Ansatz, der allerdings dadurch getrübt wurde, daß dies der „Speck" war, mit dem man „Mäuse" fangen wollte: Politik wurde fast vollkommen rausgehalten, es sollten Menschen für die zwei Tage später stattfindende Demonstration „einkassiert" werden.

Knapp 300 Menschen nahmen an der Demonstration am 2.7. teil – neue Teilnehmer aus der werktätigen Bevölkerung so gut wie gar nicht.

Das verhinderte aber nicht, daß in der folgenden „OZ" (Juli/August) wortradikal von der Demonstration behauptet wurde: „Sie war eine Kampfansage gegen die volksfeindlichen Maßnahmen des Senats und Ausdruck dafür: Ottensen kämpft!"

O nein, die Demonstration war im Gegenteil Ausdruck der Tatsache, wie weit „Ottensen" noch davon entfernt ist, zu kämpfen – d.h., welche Arbeit noch zu leisten ist, um die Ottenser Arbeiterfamilien, Rentner und Kleinbürger für den aktiven Kampf zu gewinnen.

Die Demonstration kann nicht als Erfolg gewertet werden, denn sie widerspiegelte für die Menschen in Ottensen abermals ihre eigene Schwäche, bestärkte die Resignation. Als Höhepunkt einer längeren, intensiven Agitations- und Informationsarbeit wäre eine Demonstration jedoch sicherlich sinnvoll. Das zur Demonstration verbreitete Flugblatt war recht „radikal": „... Überall wächst die Empörung über Mietwucher, Fahrpreiserhöhungen und Preistreiberei. Die Arbeiterklasse reagiert mit spontanen Streiks auf die unverschämten Preiserhöhungen ... Häuser werden besetzt, um gegen die Wohnungsbaupolitik ... zu protestieren. In diesem Zusammenhang steht auch der Kampf der Ottenser gegen Autobahnzubringer und Sanierung im Interesse der Konzerne. Kampf den volksfeindlichen Maßnahmen der SPD-Regierung!" (Ende des Flugblatts).

Der Demonstration voraus ging in der AO eine intensive Auseinandersetzung, ob rote Fahnen erlaubt werden sollten oder nicht. Ein Großteil der Mitglieder sprach sich für ein Verbot roter Fahnen aus, da diese „die Bevölkerung abschrecken" würden. Der sicherlich großenteils vorhandene Antikommunismus in der Bevölkerung mußte herhalten für den eigenen opportunistischen Standpunkt. Letztlich enthielt sich dann der AA in dieser Frage der Entscheidung.

Ähnlich verlief nach der Demonstration die Auseinandersetzung darüber, ob Mitgliedern und Nichtmitgliedern gestattet werden könnte, bei Veranstaltungen der AO Flugblätter und Zeitungen von politischen Organisationen zu verteilen bzw. verkaufen. Auch hier bezog ein Teil der AO (Jusos vor allem) undemokratische Standpunkte. Ob-

undemokratische Standpunkte. Ob- | verfügen (wie zum Beispiel der | Wenn man aber nur in den Gremien







Bewohner Ottensens protestieren gegen die menschenfeindlichen Pläne des SPD-Senats, der Behörden und Bodenspekulanten

jektiv läuft dieser Standpunkt letztlich darauf hinaus, sich für Polizeimethoden auszusprechen.

In einer Massenorganisation wie der AO gibt es natürlich die verschiedensten politischen Anschauungen. Es kommt aber darauf an, daß an erster und einziger Stelle die Orientierung an den Interessen der Bevölkerung steht. Daran ist auch das Auftreten (die Agitation und Propaganda) der verschiedenen politischen Gruppen zu beurteilen. Eine Auseinandersetzung auf dieser Grundlage ist sinnvoll und unbedingt notwendig (sollte z.B. auch in der OZ wiederzufinden sein). Die Gewohnheit mancher Gruppen und Leute jedoch, vor allem sich selbst und den eigenen „Parteiladen" in den Vordergrund zu stellen, muß außen vor bleiben. Tatsächlich sah es so aus, daß große Teile der Arbeit der AO von dieser „Parteipolitik" durchzogen waren, daß ganz besonders viele Sitzungen des AA von Sticheleien und Gemotze (offene Auseinandersetzungen wurden nicht geführt) geprägt waren (mit den Extremen Juso - „KPD/ML").

Nach der Demonstration wurde allmählich immer deutlicher, daß der AO eine klare, einheitliche Perspektive fehlte. Einzelne Vorstöße, unter anderem von Genossen der KB-Stadtteilgruppe, konnten sich in der AO nicht durchsetzen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil diese Vorschläge noch recht halb-gar waren.

So sah die Arbeit in den letzten zwei Monaten folgendermaßen aus: Jede der sechs Gruppen handwerkelte allein vor sich hin; es fanden einige kleine Aktionen statt, die allerdings zum einen nur noch mal die Isolierung zeigten, stellvertretend für die Bevölkerung stattfanden und die zum anderen an einzelnen kleinen mit der „Sanierung" irgendwie in Zusammenhang stehenden Punkten (Spielplatz-Verschönerungsaktion, Forderung nach Zebrastreifen) ansetzten und den großen Zusammenhang aus den Augen verloren; die „Mobilisierung der Bevölkerung" verkam zum hilflosen Appell: „Die Einwohner Ottensens sind aufgerufen...", „Kämpft mit!", „Kommt zu den Sitzungen der AO", „Noch ist es für Ottensen nicht zu spät!" – solche Appelle tauchten in der letzten Ausgabe der OZ in jedem zweiten Artikel auf; es gelang der AO nicht, weitere Menschen in Ottensen zu mobilisieren, zur eigenen Aktivität zu ermutigen – im Gegenteil: In den Reihen der AO selbst machte sich zunehmend Resignation breit und einige Mitglieder verließen die Gruppen, vor allem von den älteren Werktätigen.

Die Fehler der AO sind jedoch wesentlich durch die objektive Lage bedingt: Es ist heute allgemein sehr schwer, „Massen" für eine breite und längerfristige Arbeit im Stadtteil zu gewinnen. Das auch deshalb, weil viele Menschen das Gefühl haben, daß sie in diesen Fragen gegenüber dem Staat machtlos sind, über keine wirksamen Kampfmittel verfügen (wie zum Beispiel der Streik im Betrieb). Der unentwickelte Stand der Klassenkämpfe hat zudem eine starke Passivierung der Massen zur Folge. Und unter solchen Bedingungen ist zunächst notwendigerweise eine relative Isolierung der Bürgerinitiative die Folge. Und so werden die Bürgerinitiativen heute leicht zum Tummelplatz rühriger Einzelgänger und zum Forum unergiebiger Zänkereien zwischen verschiedenen politischen Richtungen.

Illusionen über den Stand der Arbeiterbewegung heute, Unterschätzung des Staatsapparates, seiner verschiedenen Taktiken usw. führen zu Aktionismus, zu isolierten Aktionen und verstärken im Endeffekt die Resignation in der Bevölkerung nur noch mehr.

Es kommt darauf an, daß die AO möglichst umfassend untersucht, was die Behörden vorhaben, und bekannt macht, was das für Ottensen bedeutet:

Welche Bedeutung haben praktisch der erste und der zu erwartende zweite „Programmplan Ottensen" des Senats? Weshalb kauft die SAGA zentrale Grundstücke in Ottensen? Was bedeuten die schönen Worte im Wahlprogramm der SPD zur Bürgerschaftswahl 1974? usw.

Während auf der einen Seite ein geduldiger, zielgerichteter Kampf gegen die Behörden an die Stelle des „Schlagens in die Luft" treten muß, ist auf der anderen Seite notwendig die Ausrichtung der AO auf eine Hilfe zur Selbstaktivität der Bevölkerung, muß ein konkretes Anknüpfen an den Interessen und Standpunkten der Ottenser an die Stelle spektakulärer Stellvertreteraktionen treten. Nur so kann man aus dem „Braten im eigenen Saft" rauskommen und kleine Erfolge verzeichnen. Wobei diese Erfolge erst mal wesentlich in guter Entlarvung der Behördenpläne, der leeren Versprechungen der bürgerlichen Parteien sowie einem zunehmenden Zusammenhalt unter der Bevölkerung bestehen werden.

Wichtige Mittel in einem solchen Vorgehen können sein:

Gute Flugblätter, die tatsächlich zu größerer politischer Klarheit beitragen und sich nicht in abstoßender Phrasendrescherei und Illusionsmacherei ergehen; Versammlungen mit und ohne bürgerliche Politiker und Behördenvertreter; die Organisierung von Haus- und Straßenvertretern wäre anzuvisieren; die Politik des „Offenen Briefes" gegenüber den Behörden wäre anzuwenden; Abende für ausländische Kollegen und Volksfeste wären zu veranstalten.

Die Stadtteilgruppe Altona des KB war in der Vergangenheit nicht in der Lage, eine praktische Alternative zur Arbeit der AO zu entwickeln. Der wesentliche Fehler war eine fast vollkommene Beschränkung auf die Arbeit in den Gremien der AO. Es wurden also Fehler im Stadtteil wiederholt, die in den Anfangsgründen der Betriebsarbeit ebenfalls auftauchten. Wenn man aber nur in den Gremien arbeitet und keine eigenständige kommunistische Politik im Stadtteil entwickelt, kann auch die Arbeit in den Gremien nicht zum Erfolg führen. Denn nur in der Diskussion dort, entfernt von der Arbeit in der Bevölkerung, kann man z. B. auch richtige Positionen nur abstrakt entwickeln und wird so auch kaum jemand überzeugen können.

Die Aufgabe der KB-Stadtteilgruppe ist es, durch die Entwicklung einer eigenständigen Massenlinie zu einer an der Bevölkerung orientierten Kampflinie der AO beizutragen.

Stadtteilgruppe Altona des KB / Gruppe Hamburg

(Geschrieben Mitte September) ■

Zionismus in der BRD

Den BRD-Imperialismus verbindet mit Israel mehr als nur die Solidarität einer imperialistischen Macht mit einem aggressiven und expansionistischen Staat. Zusätzlich zu diesem wichtigen Faktor gibt es in der BRD eine organisierte „Israel-Lobby". Hierfür soll dieser Artikel nur einige Beispiele geben, die sich nicht aus einer noch zu leistenden gründlicheren Untersuchung, sondern nur aus der Lektüre der Tagespresse ergeben.

Die „Israel-Lobby"

So gibt es im Bundestag eine „deutsch-israelische Parlamentarier-Gruppe", der etwa 100 Bundestagsabgeordnete aller Parteien angehören („Hamburger Morgenpost", 22.10.73), d.h. etwa 20 % aller Bundestagsabgeordneten. Das Band, das sie „über alle Parteigrenzen hinweg" eint, heißt Zionismus. Ehrensache, daß diese „deutsch-israelische Parlamentarier-Gruppe" auch im jüngsten israelisch-arabischen Krieg wieder einseitig für Israel Partei nahm, das unter Bruch des Völkerrechts und unter Mißachtung von UN-Resolutionen arabische Territorien besetzt hält. Außerdem ruft die Gruppe zu Spenden für Israel

von UN-Resolutionen arabische Territorien besetzt hält. Außerdem ruft die Gruppe zu Spenden für Israel

auf. („Frankfurter Rundschau" vom 22.10.73)

Weiter ist hier erwähnenswert die „Deutsch-Israelische Gesellschaft". Sie vereint in ihrem Präsidium u. a. Erik Blumenfeld (CDU, Reeder-Kapitalist), Walter Hesselbach (Chef der gewerkschaftlichen Bank für Gemeinwirtschaft) und Ernst Benda (CDU, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, ehem. Bundesinnenminister).

Mit einer Anzeigenkampagne warb die „Deutsch-Israelische Gesellschaft" für die „israelischen Verteidigungsanstrengungen, den Gegner auf die Waffenstillstandslinien vom 10. Juni 1967 zurückzudrängen". Wenn es weiter in der Anzeige heißt, daß „eine Regelung des Nahostkonflikts ... nur durch politische Mittel" zu erreichen sei, so ist das offenbarer Zynismus: schließlich hält Israel seit sechs Jahren arabische Territorien besetzt und ist dabei, einen großen Teil der besetzten Gebiete fest in den zionistischen Staat einzugliedern.

Und das nicht zuletzt mit Hilfe gewerkschaftlicher Institutionen wie der Baugesellschaft „Neue Heimat" und der „Bank für Gemeinwirtschaft". Während die BfG seit eh und je großzügig in der Vergabe von Krediten an Israel ist, hilft die „Neue Heimat" beim Bau von Neu-Siedlungen in den besetzten Gebieten. BfG-Chef Hesselbach ist gleichzeitig Präsident einer 1967 gegründeten „Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel".

In diesem Zusammenhang ist auch eine Figur wie der Westberliner Bürgermeister Schütz erwähnenswert: ihn zog es nach Ausbruch der Kämpfe unwiderstehlich zu einer pro-israelischen Solidaritäts-Veranstaltung der „Jüdischen Gemeinde". Gegenüber arabischen Protesten brachte Schütz es dann sogar noch fertig zu behaupten, das sei keine einseitige Parteinahme gewesen.

Ergänzen wir diese wenigen Beispiele durch solche aus der Zeit des „Sechs-Tage-Kriegs" im Juni 1967.

Zur Sympathie und Solidarität mit Israel riefen damals u.a. der Schriftsteller Günter Grass, der Professor Helmut Gollwitzer und der Westberliner Bürgermeister Heinrich Albertz auf. Grass rief gleichzeitig „junge Deutsche" zum Arbeitseinsatz in Israel auf. Der DGB übernahm „als sichtbaren Ausdruck der Solidarität und des Vertrauens in das israelische Volk" die Bürgschaft für einen Kredit von drei Millionen DM für Israel. In München wurde unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Vogel ein Komitee „Menschen in Deutschland helft den Menschen in Israel" gegründet. Der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Wilhelm Högner, sagte auf einer Solidaritäts-Kundgebung für Israel: „Ich glaube, ich spreche im Namen aller Deutschen, wenn ich dem jüdischen Volk alles Glück in der Stunde der Gefahr wünsche." Die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband Bayern stellten Israel 10.000 DM zur Verfügung. In Köln rief der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn zur aktiven Solidarität mit Israel auf: „Keiner darf schweigend abseits stehen. Für den einzelnen ist Neutralität (!) moralische Desertation." In der Kölner Universität fand eine pro-israelische Veranstaltung mit dem nordrhein-westfälischen Justizminister Josef Neuberger statt, stolzer Vater zweier Söhne, die zu dieser Zeit als Soldaten in der israelischen Aggressions-Armee dienten.

(Alle Beispiele aus R. Vogel, Deutschlands Weg nach Israel , Stuttgart 1967 – ein pro-zionistisches Buch)

Die Springer-Presse

Die Springer-Presse

Wenngleich die gesamte bürgerliche Presse – mit Abstufungen und mit Ausnahme einiger anti-semitischer Hetzblätter vom Schlage der „National-Zeitung" – mehr oder weniger parteiisch für Israel steht, schießt doch die Springer-Presse bei weitem den Vogel ab. Axel Springer erkannte nämlich schon frühzeitig, daß sich mit einer pro-zionistischen Haltung als Alibi und Rückendekkung ausgezeichnet reaktionäre Politik im alten Geist treiben läßt.

Lassen wir den „Meister" selbst zu Wort kommen:

„ ...*Damals, vor und während Ihres Dreifrontenkrieges* (1967 – Anm. AK), *war ich ganz nebenbei (? !) zu einer Art Israel-Berater für die Redaktionen meiner Blätter geworden. Ich konnte meinen Redakteuren sagen, wie die Dinge wirklich lagen (!!), und daraus hat sich eine Haltung der Zeitungen meines Hauses entwickelt, die sich bis heute nicht verändert hat....*

Die deutsche Bundesregierung hat sich im vergangenen Herbst von einem Universitätsinstitut die Frage beantworten lassen, ob es innerhalb meiner Blätter nur eine einheitliche, uniforme Meinung gebe.

Das Institut hat daraufhin eindeutig erklärt, es gäbe keine Uniformität der Meinungsäußerung. Mit einer einzigen Ausnahme allerdings: in der Haltung gegenüber Israel seien die Meinungen all meiner Blätter völlig identisch. Will mir einer deshalb einen Vorwurf machen? Ich trage das mit äußerster Gelassenheit. Als ich dieses Ergebnis kurze Zeit darauf anläßlich einer Rede vor einem großen Forum deutscher Bankiers und Industrieller vortrug, erntete ich minutenlangen Beifall."

(Axel Springer, Von Berlin aus gesehen, Stuttgart 1967 – Aus einer Rede in Jerusalem).

Wir beschränken uns hier auf die Bild-Zeitung, der die Aufgabe zufällt, auf der M a s s e n - Ebene Stimmung für Israels Aggressions- und Expansionspolitik zu machen.

Kaum variiertes Leitmotiv ist stets das „kleine Israel" („Bild", 12.10.73), das „nur von Feinden umgeben" (22.10.) „ganz allein" (11.10.) „in einem verbissenen Abwehrkampf" (11.10.) steht. „Jetzt kämpft Israel gegen acht Länder" (Schlagzeile am 10.10.), „Russen greifen ein!" (Schlagzeile am 11.10.), „Jordanien greift ein – Noch ein Gegner" (Schlagzeile am 14.10.).

Dabei will Israel doch gar nichts weiter als Frieden und ein Recht auf Existenz. Nur deshalb wurden mehr als eine Million Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben und zu Flüchtlingen gemacht, nur deshalb nahm Israel 1956 an der britisch-französischen Aggression gegen Ägypten teil. Nur deshalb griff Israel seine Nachbarstaaten Syrien, Ägypten und Jordanien 1967 an. Nur deshalb hält Israel die Golan-Höhen, das Westjordanland, den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel seither besetzt. Nur deshalb sind mehrere tausend Araber als politische Gegner in den israelischen Gefängnissen. Nur deshalb schließlich fordern israelische Politiker ein „Israel in den historischen Grenzen", „vom Euphrat bis zum Nil". Alles das muß Israel tun, um endlich in Frieden leben zu können.

Deshalb darf es auch „keinen Zweifel daran geben, daß Ägypten und Syrien Israel angegriffen haben. Und ebensowenig kann bezweifelt werden, daß Israel den Frieden wollte und Verhandlungen gesucht hat". („Bild", 12.10.73) – „Das Nein der Araber auf die israeli-Bemühungen um direkte Gespräche hat alle Vermittlungsbemühungen scheitern lassen. Das Ergebnis: ein neuer Krieg, Blut, Tote und doch kein Ausweg aus der Sackgasse im Nahen Osten." (8.10.)

Muß das denn so sein? Warum

Nahen Osten." (8.10.)

Muß das denn so sein? Warum

wollen denn die Araber nicht endlich in Frieden mit Israel leben, obwohl sie doch „in biblischer Zeit ... einmal Brüder" (10.10.) waren? Deshalb, weil die arabischen Führer „keine Staatsmänner, sondern verantwortungslose Abenteurer" sind (9.10.). Das unterscheidet diese grundsätzlich von den israelischen Politikern wie etwa Golda Meir, der „Frau mit den größten Sorgen der Welt" (22.10.) oder Mosche Dajan, der zwar „ein militärisches Naturgenie" ist, aber eben doch „ein Krieger, der Frieden will" (19.6.). Außerdem sind die Araber „seit Jahrzehnten verhetzt und einseitig informiert" (10.10.) und daher nicht in der Lage, die hohen sittlichen und moralischen Ziele des Zionismus und den ehrlichen Friedens-Willen Israel anzuerkennen.

So sind die Fronten klar. Zur Abstützung treibt „Bild" noch intensive Sympathie-Werbung für Israel durch allerlei Rühr-Stories. „Frau Shol kann nicht mehr schlafen, ihr Sohn ist im Krieg". (10.10.) „Israelische Kinder im Luftschutzbunker eines Kibbuz an der syrischen Grenze. Angstvoll – mit offenem Mund und aufgerissenen Augen – hören sie das unheimliche Heulen der Sirenen und die donnernden Explosionen dieses Krieges." (8.10.73). „Urlaub für einen Kuß. Glücklich umarmt die junge Israelin ihren Mann ..." (22.10.) „So trauert eine Familie um ihren Sohn." (23.10.) „Ein kleiner Hund hinter der Front." (20.10.) „Ein Schluck Wasser für die syrischen Gefangenen." (17.10.)

Während „die Araber" stets eine diffuse, drohende Masse bleiben, werden die Israelis dem Leser in „menschlichen" Episoden nahe gebracht: Kinder weinen, Mütter bangen um ihre Söhne, ein Hund wird gestreichelt, ein Mädchen geküßt, und sogar arabische Gefangene brauchen nicht zu verdursten.

Ein Meisterwerk dieser Art subtiler pro-israelischer Stimmungsmache ist der Artikel über Golda Meir in der „Bild" vom 22. Oktober.

„Sie hätte wahrlich ihren Frieden verdient. Die Haare sind grau, das Gesicht faltig. Das Laufen fällt ihr schon schwer, weil die Venen schmerzen. Die Galle kommt manchmal hoch. Der Kopf tut oft weh, und hin und wieder sticht es in der Lunge."

Und diese geplagte Frau, die lieber „eine Tasse Kaffee trinken" oder „mit den fünf Enkelkindern spielen" würde, muß schon wieder einen Krieg um ihr Land und sein Überleben führen.

Forts. nächste Seite

AUFRUF

Ägyptische und syrische Streitkräfte haben am 6. Oktober 1973 israelische Stellungen angegriffen. Der ägyptische Außenminister Zayyat hat in New York erklärt, daß der Krieg von arabischer Seite eröffnet wurde.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft unterstützt die israelischen Verteidigungsanstrengungen, den Gegner auf die Waffenstillstandslinien vom 10. Juni 1967 zurückzudrängen. Eine Regelung des Nahostkonflikts kann nur durch politische Mittel erreicht werden.

Die Bevölkerung in Israel ist durch die Kriegsereignisse schwer betroffen. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ruft daher die deutsche Öffentlichkeit zu einer Hilfsaktion zugunsten der Opfer und ihrer Hinterbliebenen auf.

Hierfür bestimmte Spenden können eingezahlt werden auf das

Konto Nr. [illegible]
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Heinz Westphal, Präsident, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Erik Blumenfeld, MdB, Vizepräsident

Dr. h. c. Walter Hesselbach, Vizepräsident Vorstandsvorsteher der Bank für Gemeinwirtschaft

Prof. Dr. Rolf Rendtorff, Vizepräsident

Hellmut Sieglerschmidt, MdB, Schatzmeister

Ernst Benda, Mitglied des Präsidiums, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

CDU und SPD, Kapitalist und „Gewerkschafter" – der Zionismus bringt sie alle unter einen Hut.

Bundesverfassungsgerichts

CDU und SPD, Kapitalist und „Gewerkschafter" – der Zionismus bringt sie alle unter einen Hut.

Stark im Ausland: Ein Beispiel für die Bemühungen der BfG, ihre internationalen Verbindungen systematisch auszubauen, ist der Fall Israel, wo staatliche und private Gesellschaften nur zögernd an Verbindungen mit deutschen Firmen herangingen. Hesselbach, der auch privat große Sympathien für Israel zeigt, schaffte es, Vorurteile abzubauen. Seine Bank mischt im deutsch-israelischen Handel kräftig mit. Sichtbarer Ausdruck: Hesselbach ist Präsident der 1967 gegründeten Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel, einer Art Handelskammer. In Tel Aviv hält die BfG eine fast hundertprozentige Beteiligung an der Factoring-Gesellschaft ISL Industrial Services Co. Ltd., einem Unternehmen, das 1966 in Zusammenarbeit mit der KOOR, der Konzernspitze für die industriellen Unternehmungen der israelischen Gewerkschaften, gegründet worden ist. Diese Gründung erwies sich als glücklich, denn Anlaufschwierigkeiten gab es offensichtlich nicht; schon nach einem Jahr warf die ISL Gewinne ab. Für 1968 erwartet der BfG-Vorstand eine „sehr zufriedenstellende Ertragslage".

Lange Jahre vor diesen offiziellen Israelkontakten knüpfte Hesselbach erste Bande zu diesem Land. Die BfG beteiligte sich an einem Investmentfonds in Luxemburg, der israelische Werte in seinem Portefeuille hielt. Im Verwaltungsrat dieser Gesellschaft lernte Hesselbach unter anderen auch den Baron Edmond de Rothschild kennen. Seitdem eröffnen der BfG-Chef und der Großfinanzier ihre Korrespondenz mit dem vertraulichen „Lieber Freund".

„ ... auch privat große Sympathien für Israel ... " (aus einer im Auftrag der BfG zu Werbezwecken produzierten Sonder-Nummer der Zeitschrift „Capital")

Frankfurter Jude spendet 1 Million

Frankfurt – Ein Frankfurter Jude, der ungenannt bleiben will, hat dem israelischen Botschafter in Bonn, Ben Horin, einen Blankoscheck überreicht und ihn aufgefordert: „Bitte schreiben Sie, was Sie wollen." Ben Horin griff zum Federhalter und trug eine Million Mark ein. Der Geschäftsmann nickte. Das Geld soll in die israelische Kriegskasse fließen.

Die jüdische Gemeinde in Frankfurt hat nach eigenen Angaben bisher mehr als acht Millionen Mark gespendet. Ben Horin macht zur Zeit eine Rundreise durch die gesamte Bundesrepublik, um die zahlreichen Spenden entgegenzunehmen.

Woher stammt die Million? Aus der Ausbeutung von Arbeitern oder aus Mietwucher und Abriß von Wohnraum? („Morgenpost", 18.10.73)

20 Millionen für Tel Aviv

Hamburg – Rund 20 Millionen Mark sind in den letzten zwei Wochen von Bundesbürgern für Israel gespendet worden. Diese Gelder sind bei den jüdischen Gemeinden eingegangen. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Hamburg bestätigte, daß „weit über 90 Prozent aller Spenden nur für Israel" gegeben würden. Dagegen nimmt das DRK selbst nur Spenden für den gesamten Nahen Osten an.

▶ Das Land Hessen hat beim israelischen „Roten David-Stern" 500 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Stadt Stuttgart will dem DRK 100 000 Mark übergeben. Die arabische Liga hat bei der Deutschen Bank in Bonn ein Spendenkonto (Nr. [illegible]) eingerichtet. Die israelische Botschaft gab als Spendenkonto die Nr. [illegible] bei der Bonner Bank für Gemeinwirtschaft bekannt.

▶ Die deutsch-israelische Parlamentarier-Gruppe, zu der etwa 100 Bundestagsabgeordnete aller Parteien gehören, hat den Angriff auf Israel scharf verurteilt.

20 Millionen für Israels Eroberungspolitik („Hamburger Morgenpost", 22.10.73)

Lebensrecht

In einem Telegramm hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) „uneingeschränkt das Recht des israelischen Volkes auf ein friedliches Leben innerhalb gesicherter Staatsgrenzen" unterstützt. Der DGB verurteile die aggressiven Handlungen, in die Israel jetzt verwikkelt wurde.

Auch der DGB solidarisch mit Israel („Bild", 18.10.73)

Hamburg:

GIBT DIE SCHULBEHÖRDE NACH?

Eltern kämpfen gegen Lehrermangel

An der Schule Arnkielstraße (Hamburg-Altona) hat sich die Unterrichtssituation gegenüber dem Vorjahr noch verschärft. (Im Herbst 1972 war es aufgrund des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalls an mehreren Altonaer Schulen zu Streikbeschlüssen gekommen. Dadurch konnte die Schulbehörde damals zu geringfügigen Verbesserungen gezwungen werden.)

Der Elternrat der Schule berichtet, daß im Vergleich zum laufenden Stundenplan – der bereits Kürzungen aufweist – 77 Lehrerstunden pro Woche nicht als Unterricht erteilt werden können. Berücksichtigt man den durch Krankheiten, Schwangerschaft u.a. hinzukommenden Ausfall von Lehrkräften, ergibt sich, daß für die Kinder der Schule durchschnittlich jede vierte Stunde ausfällt!

Im Einzugsgebiet der Schule werden jetzt mehrere hundert Wohnungen eines Neubau-Komplexes fertig. Die Schulbehörde und mit ihr die Schulleiter gehen davon aus, daß die benachbarten Schulen weitere 300 Kinder „verkraften" können. Das aber würde die Mißstände unerträglich steigern.

Aufgrund der wenigen uns vorliegenden Informationen ist exakt nicht feststellbar, inwieweit die Zustände an der Schule Arnkielstrasse repräsentativ für die gegenwärtige Situation an allen Altonaer Schulen sind. Es gibt Beispiele, wo die Mißstände momentan nicht so krass hervortreten. Es gibt aber auch andere Schulen in Altona, wo der Stundenausfall mindestens ebenso hoch ist. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich gegenüber dem Vorjahr zumindest nichts gebessert hat – und daß die Schulbehörde im Verein mit den Schulleitern fleißig bemüht ist, die Eltern mit manipuliertem Zahlenmaterial zu beschwichtigen.

Auf einer Elternvollversammlung der Schule Arnkielstraße sah sich Oberschulrat Schlesiger von der Hamburger Schulbehörde mit der massiv vorgebrachten Kritik der Eltern konfrontiert. Den bohrenden Fragen der Eltern nach den politischen Hintergründen des Lehrermangels verweigerte der Schulrat eine Antwort. Dazu schreibt der Elternrat in seinem Informationsblatt:

„Die Elternvollversammlung hat gezeigt, daß wir in unserem Einsatz für eine gerechtere Schule weder von der Behörde, noch von deren Vertretern und Angestellten Hilfe und Unterstützung erwarten können.

Immer wieder erklärte der Behördenvertreter, es sei im Moment Geld, aber es seien keine Lehrer vorhanden. Der Widerspruch, daß vor einem Jahr genug Lehrer, aber kein Geld dagewesen sei, konnte auch von Oberschulrat Schlesiger nicht aufgehoben werden. Ja, nicht einmal der politische Hinweis auf den gesellschaftlichen Hintergrund wurde von ihm aufgegriffen. Die Eltern fragten, warum das Studienseminar, wo die Volks- und Realschullehrer ausgebildet werden sollen, nicht so erweitert wird, daß es allen Bewerbern Platz bietet? Sie fragten, warum durch den Numerus Clausus (Beschränkung der Studienplätze) viele Lehrerbewerber für Mathematik, Naturwissenschaften und Germanistik nicht studieren können? Warum neue Prüfungsordnungen die Studenten zu immer schnellerer und einseitigerer Ausbildung zwingen?

Die Verantwortlichen der Bildungsmisere tun nichts, um eine grundsätzliche Verbesserung aller Bereiche des Bildungswesens herbeizuführen. Sie tun aber alles, um von den Problemen abzulenken, um den Betroffenen Sand in die Augen zu streuen: Es werden neue Richtlinien erlassen, die bei der augenblicklichen schulischen Versorgung gar nicht zu realisieren sind. Es wird ein neues Schulverfassungsgesetz eingeführt und hochgelobt, das uns Eltern aber keine Möglichkeit gibt, uns gegen diese Bildungsmisere zur Wehr zu setzen. Denn die neu eingeführte Schulkonferenz ist nicht nur ungeignet, gegen Probleme dieses Ausmaßes anzugehen, sie soll vielmehr auch verhindern, daß die gesamte Elternschaft die bildungspolitischen Ziele der verantwortlichen Bildungspolitiker durchschaut und sich in geschlossenem Vorgehen dagegen zur Wehr setzt.

Aber gerade das ist notwendig, um die Ausbildungsbedingungen im Interesse unserer Kinder zu verbesser."

Am 25.10. faßt der Elternrat den Beschluß, gemeinsam mit den Schülern eine Demonstration unter folgenden Forderungen durchzuführen:

1. Ablehnung weiterer Schüler für unsere Schule!
2. Zuweisung von drei Lehrern an unsere Schule zur Wiederherstellung eines geordneten Unterrichts!
3. Verhinderung des Numerus Clausus im Fachbereich Erziehungswissenschaft!
4. Ausbau des Studienseminars!

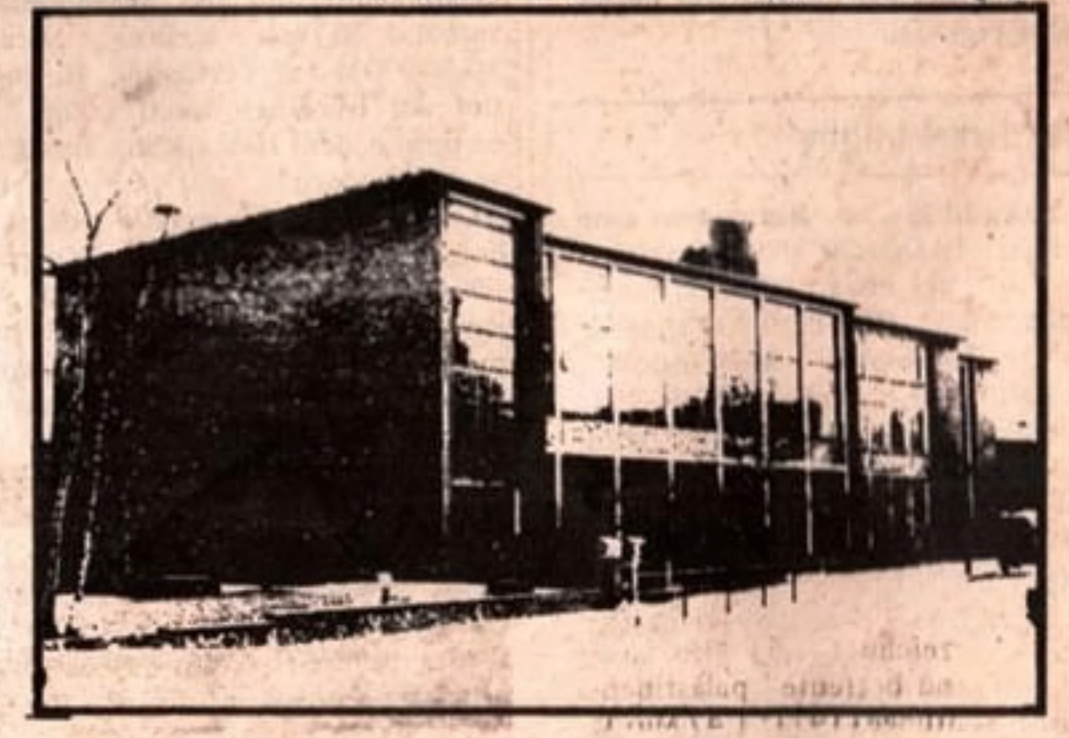
Die Schulbehörde reagiert eine halbe Woche später: der Schule werden zwei Lehrkräfte mit 28 bzw. 18 Wochenstunden zugeteilt (also eigentlich „anderthalb" Lehrkräfte).

Ein Sozialdemokrat bemerkte einmal kürzlich: „Es ist Bürgerschaftswahlkampf; die Situation ist günstig für kleinere Reformen und Verbesserungen – gerade an den Schulen, wenn die Eltern dahinterstehen". In einer Beziehung ist das sicherlich richtig. Eine breite Diskussion unter den Eltern – auch noch um politische Kernstücke (Numerus Clausus, Lehrerausbildung, Schulverfassungsgesetz) der Bildungspolitik – kommt dem Senat besonders jetzt „ungelegen". Die Wahlkampf-Flöten werden just auf „freundlich" und „lieblich" gestimmt – und da kommt so ein häßlicher Paukenschlag dazwischen!

Falsch und illusionär wäre es aber, jetzt die Parole auszugeben: „Holt euch Lehrer, ihr kriegt sie jetzt". Der Senat und die bürgerlichen Parteien werden bestenfalls zu Beteuerungen des guten Willens, zu Zukunftsmusik und dem einen oder anderen Wahlkampf-„Bonbon" bereit sein. Mit Wahlkampf-„Geschenken" haben die Menschen hierzulande aber reichliche Erfahrung!

In Wirklichkeit wird unabhängig vom Wahlkampf die reaktionäre und restriktive Bildungspolitik verschärft. Das zeigt sich vor allem in den Fragen der Lehrerausbildung, in dem undemokratischen Schulverfassungsgesetz und in der Politik der Berufsverbote. Darum ist es richtig, dies in den Mittelpunkt des Protestes an den Schulen zu rücken, und eine Eltern-Demonstration unter dieser politischen Stoßrichtung anzustreben. ■

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg



Schule Arnkielstraße 2-4

Schule Arnkielstraße 2-4

Redaktionelle Mitteilung

Zu dem Artikel „Inquisition '73" in AK 34 haben wir eine kritische Ergänzung von den Genossen des Sozialistischen Studentenbundes (SSB) bekommen. Dieser Artikel kam jedoch für diese Nummer zu spät und wird in AK 36 abgedruckt.

Forts. Zionismus

„Terrorismus" und „Vergeltung"

Wenn bei einer Geiselnahme-Aktion der Palästinenser mehrere Israelis getötet werden (München), dann ist das ein „grauenhaftes Verbrechen", ein „Akt nackten Terrors" („Bild", 6.9.72), ein „verbrecherischer Coup" „todesverachtender Desperados" („Bild", 10.9.72), eine „abscheuliche und sinnlose Bluttat" („Hamburger Morgenpost", 9.9.72) von „politischen Verbrechern, verführt und bar jeglicher menschlicher Regung" („MoPo", 6.9.72). Ein so „ abscheuliches Verbrechen" („Bild", 6.9.72), aus dem „irrer Fanatismus" („MoPo", 6.9.72), „tödlicher Haß" und „Menschenverachtung" („Bild", 9.9.72) sprechen, muß selbstverständlich „Empörung, Abscheu und Haß" („MoPo", 6.9.72), „Wut und tiefe Trauer" („MoPo", 8.9.72), „Abscheu, Feindschaft und Haß" („Bild", 10.9.72) erregen. Oder richtiger: rassistische Gefühle gegen die Araber, die dann sogar die sozialdemokratische „Morgenpost" zu der Mahnung veranlassen: **„57.000 Araber leben in der Bundesrepublik. Aber nicht alle (!!) sind Terroristen".** („MoPo". 13.9.72)

Bombardiert dagegen die israelische Luftwaffe die Flüchtlingslager der Palästinenser oder arabische Dörfer, dann sind das allemal „Vergeltungsschläge", „Luftangriffe auf Terroristen-Lager" („Bild", 9.9.72), „Vergeltungs-Bombardements", „60 Tote nach Israels Vergeltung" („MoPo", 1.11.72), „Israel schlägt hart zurück" („MoPo", 9.9.72), „Israel schlug zurück" („MoPo", 10.4.73).

Der Stellvertretende Chefredakteur der „Morgenpost", Siemon-Netto, unterscheidet klug zwischen „Terroristen, die sich bekanntlich weder durch Härte noch durch Konzilianz von ihren Missetaten abhalten lassen" und den „Israelis, die sich Rechtens bei jedem Nachgeben sorgen, daß diese dann noch frecher würden" („MoPo", 3.10. 73).

Wenn Zionisten in Westeuropa Jagd auf Palästinenser machen, dann heißt das „Die Israelis planen jetzt Gegenterror in Europa" („MoPo", 22.9.72), „Die Juden wehren sich" („Bild", 5.10.72), „Anti-Terror-Truppe" („MoPo", 27.7.73).

Nach israelischen Bombenangriffen auf palästinensische Flüchtlingslager schreibt der Zionist Hans Habe in der „Bild" vom 10.9.72: **„Wenn dabei auch Unschuldige ums Leben kommen, so ist das zwar höchst bedauerlich, aber das Recht auf moralische Entrüstung haben sich die Palästinenser endgültig verscherzt."**

Also: zum Abschuß freigegeben, weil sie sich nach 25 Jahren immer noch nicht mit der Tatsache ihrer Vertreibung abgefunden haben. Was heißt da überhaupt noch „auch Unschuldige"? Palästinenser sein heißt eben, schuldig zu sein, sich alle Rechte „verscherzt" zu haben, Freiwild für die Bomben der Zionisten zu sein. Und der jordanische König Hussein, der im September 1970 seine Truppen gegen die palästinensischen Flüchtlingslager in Marsch setzte und Tausende von Palästinensern abschlachten ließ, trägt seinen Titel „der kleine mutige König" (Peter Boenisch in der „Bild" vom 10.9.72) völlig zu Recht.

Das alles überbietet Wahl-Zionist Peter Boenisch noch, indem er den Palästinensern vorhält: **„Den unparteiischen Respekt dieser Welt und dieses neuen (?) Deutschlands erwirbt man sich mit Arbeit, Opfern und Nachgiebigkeit, und nicht mit Terror, Blut und Tränen."** („Bild", 10.9.72).

Das ist genau der Zynismus der Faschisten, die über die Tore der KZs schreiben ließen: „Arbeit macht frei"!

Das Geschäft mit dem Schuldgefühl

Ein spezieller Trumpf des Zionismus bei der Beeinflussung der westdeutschen Massen sind die ungeheuerlichen Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden, ihre Verfolgung, Entrechtung und Unterdrückung und schließlich die Ermordung von fünf Millionen oder mehr.

Der Zionismus kann diese Ermordeten gerade deshalb für seine proisraelische Kampagne nutzbar machen, weil die Verbrechen des Faschismus im westlichen Teil Deutschlands noch ungesühnt sind, weil die Abrechnung mit dem Faschismus und seinem sozialen Hintergrund – der Bourgeoisie – noch offen ist. Der Zionismus kann dieses Geschäft auch deshalb treiben, weil sich in der Zeit des Faschismus (und vorher) große Teile des deutschen Volkes tatsächlich in die Falle des Anti-Semitismus und anderer rassistischer Verirrungen locken ließen, dem Wahn der „Herren-Rasse" erlagen – gerade so, wie es heute (von der Bourgeoisie geschürt) wieder rassistische und nationalistische Stimmungen gibt gegenüber Türken, Negern, Arabern u. a.

In diesem Land können fast 30 Jahre nach der Niederlage des Faschismus immer noch Hetzblätter wie die „National-Zeitung" u.a. erscheinen, die den Anti-Semitismus und die Verhöhnung der Opfer des Faschismus zum Haupt-Thema haben – eine unerträgliche Beleidigung nicht nur für die in unserem Land lebenden Juden, sondern ebenso für jeden Anti-Faschisten in der BRD.

In der Zeit des Faschismus unterhielten die westdeutschen Konzerne Fabriken, in denen arbeitsfähige Juden vor ihrer Ermordung noch bei völlig unzureichender Ernährung und unter barbarischen Bedingungen in wenigen Wochen oder Monaten zu körperlichen Wracks „abgearbeitet" wurden. Diese Konzerne, die sich mit jüdischem Blut und Schweiß mästeten – was wurde aus ihnen? Statt ihrer endgültigen Zerschlagung für alle Zeiten – wie es von der internationalen Koalition gegen den Faschismus beschlossen war, reichte ihnen der US-Imperialismus nach der Niederlage des Faschismus die Hand zu einem neuen Aufstieg zu „Weltgeltung".

Und dieselben Konzerne entfesselten den zweiten Imperialistischen Weltkrieg, ließen die Sowjetunion überfallen, verschuldeten Dutzende Millionen Tote und Verstümmelte, Leid und Zerstörung. Wahrlich, eine Rechnung, die noch beglichen werden muß!

Das schlechte Gewissen gegenüber den Juden wird umgewandelt in Sympathie und Unterstützung für den zionistischen Staat, für das Verbrechen des Zionismus am palästinensischen Volk, für Israels Eroberungs-Politik.

„Der faschistischen Endlösung der Judenfrage soll eine arabische hinzugefügt werden. Das können wir nicht unterstützen." (Hamburgs ehemaliger Innensenator Ruhnau laut MoPo, 28.9.72).

Die Araber werden demagogisch identifiziert mit den Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden, und werden daher auch zu Recht für diese Verbrechen bestraft (Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat, ständige israelische „Vergeltungsangriffe" etc.). Damit wird das schlechte Gewissen auf die angenehmste und bequemste Art behoben („Wiedergutmachung" an den Juden – auf Kosten der Araber!!), was zweifellos die Popularität solcher Thesen fördert, wie sie Ruhnau hier exemplarisch vertritt.

Diese Demagogie ist auch gegenüber einem Staat wie der DDR anwendbar, wenn dieser die Sache der palästinensischen Befreiungsbewegung unterstützt: „Die SED setzt den Judenhaß und die Arbeit der Nazis fort." (Galinski, Vors. der „Jüdischen Gemeinde" Westberlin, laut „Bild" vom 15.8.73). DDR-Außenminister Winzer und Österreichs Präsident Kreisky (beide selbst jüdischer Abstammung!) mußten sich den unverschämten Vorwurf des „Anti-Semitismus" gefallen lassen.

Wenn der „Stern" aus Anlaß des 25. Jahrestags der Gründung Israels auch leise kritische Töne einfließen läßt, ereifert sich sogleich der „Zentralrat der Juden": „Durch diese ‚bewußten Lügen' und ‚Verfälschungen' reiße Chefredakteur Henri Nannen ‚mit seiner Judenfeindlichkeit längst zugeschüttete Gräber wieder auf'." (Laut „Bild" vom 12.5.73.)

Wenn die Hilfe des BRD-Imperialismus für Israel nicht mehr ganz in der erwünschten Stärke fließt (aus Rücksicht auf außenpolitische und wirtschaftliche Interessen gegenüber den arabischen Staaten), beklagt sich die israelische Tageszeitung „Ma'ariv": „Hinter den Gesten und dem Lächeln entwickelt sich eine westdeutsche Politik, die keine Verpflichtungen aus den schrecklichen Verbrechen übernimmt, die von den Deutschen gegen uns Juden begangen worden sind." (Laut „Bild" vom 12.6.73.)

Die wirkliche Verpflichtung aus den Verbrechen des deutschen Faschismus dagegen kann nicht in der Unterstützung der zionistischen Eroberungspolitik bestehen, sondern im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus, Rassismus und Nationalismus. ■

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag, J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 13.500, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents



1. Das „arme kleine Israel" – seit 1947 auf Eroberungs-Feldzüge gegen seine Nachbarn.



2. Das „verhandlungsbereite Israel" – ein Teil der Diebesbeute kann zurückgegeben werden (Allon-Plan)



Palästinensische Guerillas beteiligten sich am Krieg gegen die zionistische Armee: Für ein freies Palästina, in dem Juden, Araber und Christen friedlich zusammen leben können!

Forts. Zionismus

Israels „Mindest-Forderungen" sind Besetzung der (militärisch wichtigen) syrischen Golan-Höhen, Annektion des arabischen Teils von Jerusalem sowie „Grenzkorrekturen" und Militärstützpunkte auf der Sinai-Halbinsel (vor allem Scharm-al-Scheik an der Südspitze der Halbinsel). „Umstritten" ist in Israel dagegen die Zukunft der von Arabern stark besiedelten Gebiete Gaza-Streifen und Westjordan-Land gewesen. Hier gab es z.B. Pläne, den Gaza-Streifen zu entvölkern (durch zwangsweise Massen-Umsiedlung der arabischen Bewohner, vor allem ins Westjordan-Land); das Westjordan-Land oder Teile davon sollten zu Reservaten für arabische Arbeitskräfte werden, nach dem Modell der „Bantustans" in Südafrika. Andere Vorstellungen waren, das Westjordan-Land für die zionistische Besiedlung zu öffnen und so auch dies Gebiet schließlich mit Israel zu verbinden, bzw. Teilung des Westjordan-Landes in einen israelischen und einen „arabischen" Teil.

Die Palästinenser

Die Palästinenser wurden von den Zionisten aus ihrem Land vertrieben. Palästinenser leben heute vor allem im besetzten Westjordan-Land, außerdem im besetzten Gaza-Streifen, im südlichen Libanon und in Jordanien. Der jüngste Bericht der UNRWA (eine UN-Unterorganisation) verzeichnet 1,51 Mio. „registrierte und betreute" palästinensische Flüchtlinge (1971: 1,47 Mio.); die Gesamtzahl der Palästinenser liegt bei etwa 2,5 Mio. Menschen.

Mit der Entwicklung einer politischen Bewegung der Palästinenser seit etwa 1965 und verstärkt nach dem Krieg von 1967 begann auch der Kampf der arabischen Regimes gegen die palästinensische Befreiungsbewegung.

In Jordanien ist die palästinensische Befreiungsbewegung in den Jahren 1970/71 weitgehend liquidiert worden; mehr als 10 000 Flüchtlinge wurden in den jordanischen Lagern von den Regierungs-Truppen ermordet. Im Libanon müssen sich die Palästinenser schon seit längerem dagegen verteidigen, dasselbe Schicksal wie in Jordanien zu erleiden. Die Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung durch arabische Staaten wird mehr und mehr eingeschränkt .

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß nach letzten Berichten die palästinensischen Befreiungsorganisationen einem Plan zugestimmt haben sollen, der „als Übergangslö-
haben sollen, der „als Übergangslö-
sung" einen palästinensischen Staat in den jetzt von Israel besetzten Gebieten Westjordan-Land (einschließlich Ost-Jerusalem) und Gaza-Streifen vorsieht. Dieser Plan soll vor allem von der Sowjetunion unterstützt werden und innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung vor allem von „Al Fatah" vertreten werden („Frankfurter Rundschau" vom 1. November), während die Volksfront (PFLP) und die Demokratische Volksfront (PDFLP) diesem Plan angeblich entweder skeptisch gegenüberstehen oder ihn ablehnen („FR", 1. und 2. November).

Die arabischen Staaten

Im jüngsten Krieg gab es alles andere als eine einheitliche Front der arabischen Staaten gegen Israel.

Der Krieg wurde in erster Linie von den Armeen Ägyptens und Syriens geführt. Obwohl es kurz vor Beginn der Kämpfe scheinbar zu einem Übereinkommen zwischen Syrien, Ägypten und Jordanien gekommen war, schickte das jordanische Regime nur eine kleine Truppe – nach Syrien. An der israelischen Ostfront – am Jordan – blieb es ruhig. Auch der Israel benachbarte Libanon nahm am Krieg nicht teil. Die militärische Kraft dieser Staaten scheint nur ausreichend, um Massaker unter den Palästinensern durchzuführen.

Der Irak schickte eine Truppe von etwa 20 000 Mann; nach Inkrafttreten des Waffenstillstands wurden die irakischen Truppen rasch aus Syrien zurückgezogen, weil sie im Irak selbst zur militärischen Unterdrückung der Kurden (eine nationale Minderheit) benötigt wurden.

Noch vor einigen Monaten sollte sich eine Verschmelzung zwischen Ägypten und Syrien anbahnen. Der Krieg war jedoch zwischen den beiden Staaten ganz offensichtlich nicht koordiniert. Libyens Staatspräsident Ghaddafi kritisierte öffentlich die militärische Strategie Syriens und Ägyptens; am Krieg beteiligte sich Libyen nicht – was Ghaddafi nicht hinderte, den Waffenstillstand als „Verrat" etc. zu bezeichnen. Andere arabische Staaten schickten lächerlich kleine, symbolische Kontingente, nach der Devise: „Nicht siegen, dabeisein ist wichtig".

Israel könnte wahrscheinlich mit einiger Aussicht auf Erfolg versuchen, in kommenden Verhandlungen die Positionen Ägyptens und Syriens zu spalten.

Israel hat bereits in der Vergangenheit klar gemacht, daß es der ägyptischen Regierung einiges „anzubieten" nat, d.h. daß Israel bereit ist, einen T e i l der 1967 geraubten Gebiete auf der Sinai-Halbinsel an Ägypten „zurückzugeben". Andererseits scheint Israel auf den syrischen Golan-Höhen nicht zu „Konzessionen" bereit, sondern dürfte eher sogar versuchen, auch einige der im jüngsten Krieg gewonnenen Stellungen (z.B. im Hermon-Gebirge) zu halten.

Daß sich zwischen Ägypten und Syrien ein Keil treiben läßt, wurde schon an der Frage des Waffenstillstands klar, den zuerst nur Ägypten, nicht jedoch auch Syrien akzeptierte. Erst nach Einschaltung der ägyptischen Regierung scheint Syrien bereit gewesen zu sein, dem Waffenstillstand beizutreten.

Die Ausweisung eines großen Teils der sowjetischen Berater aus Ägypten im vorigen Jahr war nicht im Sinn einer Politik, „sich stärker auf die eigenen Kräfte zu stützen" und mehr Unabhängigkeit von den Großmächten zu gewinnen, sondern steht im Zusammenhang einer Annäherungspolitik Ägyptens gegenüber dem US-Imperialismus. Zwischen den USA und Ägypten ist ein intensiver „Meinungsaustausch" in Gang gekommen – der ägyptische Außenminister Fahmi besucht die USA, Kissinger besucht Kairo – während die Regierungen des Iraks und Syriens es ablehnen, Kissinger zu empfangen, „weil man den Amerikanern nichts zu sagen habe" („FR" 2.11.73).

Unter der Bedingung, daß sich vorher die Truppen auf die Waffenstillstands-Linien vom 22. Oktober zurückziehen – d.h. vor allem Rückzug der israelischen Truppen von jenen Teilen des westlichen Kanalufers, die sie nach dem 22. Oktober unter Bruch des Waffenstillstands besetzten, und damit auch Aufhebung der Einschließung von Teilen der 3. ägyptischen Armee – hat sich die ägyptische Regierung zur Teilnahme an einer kommenden Friedenskonferenz bereit erklärt.

Syrien will ebenfalls an einer Friedenskonferenz teilnehmen, sofern die Palästinenser ebenfalls das Teilnahmerecht erhalten.

„Friedensplan" der Großmächte?

Gibt es bereits einen detaillierten Friedensplan zwischen den USA und der Sowjetunion? In diesen Tagen ist davon oft die Rede: Golda Meir soll bei ihrem Besuch in den USA „vor weitgehend ausgearbeitete Kompromißpläne der Nixon-Regierung gestellt" worden sein („FR", 2.11.). „Präsident Nixon konferierte am Dienstagabend..mit dem sowjetischen Botschafter Anatoli Dobrynin. Damit verdichten sich die Anzeichen dafür, daß Moskau und Washington bei den geplanten Friedensgesprächen einen gemeinsamen Plan vorlegen wollen." („FR", 1.11) – Verschiedentlich ist auch von „Garantien" die Rede, die die sowjetische Regierung gegenüber Ägypten und Syrien für den Rückzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten gegeben haben soll (z.B. „FR", 31.10.).

Eine Lösung auf der Grundlage der UN-Resolution 242, d.h. Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, ist in Wahrheit völlig unwahrscheinlich. Die US-Imperialisten halten ohnehin noch eine wei-
ten halten ohnehin noch eine wei-
tere „Interpretation" der Resolution 242 bereit: zwar Rückzug aus (fast) allen besetzten Gebieten, aber doch „Grenzkorrekturen". „Denn", die Resolution 242 spricht davon, daß alle Staaten in dieser Region „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen" existieren müßten – und das „kann" natürlich nur heißen, daß I s r a e l s Grenzen „sicherer" werden müssen, d.h. daß die Grenzen zugunsten Israels verändert werden müssen.

So ist allenfalls eine Zustimmung Israels und der USA (in kommenden Verhandlungen) zu einer „Lösung" etwa auf der Grundlage des sogenannten Allon-Plans (vgl. Karte), zu erwarten, wobei Israel warhscheinlich Wert darauf legen würde, seine in diesem mindest im Hermon-Gebirge zu halten. Eine Zustimmung der USA und Israels zu einer Lösung der nationalen Frage der Palästinenser ist ganz undenkbar; Israel würde allenfalls eine „Bantustan"-Lösung (s.o.) akzeptieren, d.h. kleine, von israelischem Gebiet oder zwischen Israel und Jordanien eingekeilte „autonome" palästinensische Arbeitskräfte-Reservate unter Leitung von Marionetten-Politikern.

Wenn Israel und die USA überhaupt zu „Konzessionen" (Rückzug Israels aus einem Teil der 1967 besetzten Gebiete) bereit sind, dann u.a. aus folgenden Gründen:

Der Zionismus muß seine Expansionen auf die reale zionistische Einwanderung nach Israel abstimmen, d.h. die Einwanderung muß mit der Expansion schritthalten, um besetzte arabische Gebiete in israelische Gebiete zu verwandeln. Die

ISRAEL: Kommunisten vor Gericht

Im Dezember 1972 verhaftete die israelische Polizei zahlreiche israelische Kommunisten arabischer sowie auch hebräischer Abstammung. Sie gehörten vor allem den beiden antizionistischen Gruppen „Rote Front" und „Revolutionärer Kommunistischer Bund" (= Revol. Komm. Allianz) an. Die Zahl der Verhafteten lag bei etwa 60.

Gegen sie konstruierten Polizei und Schin Bet (israelischer Geheimdienst) den Vorwurf, sie hätten „Spionage" gegen Israel betrieben und ähnliche absurde Anklagen. Diese Anklage dient den Zionisten dazu, gegenüber der hebräischen Bevölkerung Israels jede politische Zusammenarbeit mit Arabern als „Landesverrat" zu diffamieren und von einer solchen Zusammenarbeit abzuschrecken. Bezeichnenderweise übernahm die pro-zionistische Presse in der BRD ohne weiteres den Vorwurf der „Spionage". Gegen 33 Genossen wurden inzwischen Prozesse geführt, die mit Urteilen von zwei bis 17 Jahren endeten (vgl. „Terrorurteile in Israel" in AK 28, S. 11).

Wir drucken hier die Rede (bis auf den Schlußteil) von Rami Livne nach, die er vor Gericht in Haifa am 20. Juni 1973 hielt. Rami Livne ist ein hebräischer Genosse, Mitglied des „Revolutionären Kommunistischen Bundes". Sein Vater, Avraham Lowenbraun, ist Abgeordneter der (revisionistischen) KP Israels, Rakach, im israelischen Parlament.

Wir veröffentlichen diese relativ lange Rede, weil sie die Verhältnisse in Israel sowie auch den Standpunkt israelischer Kommunisten gut erkennen läßt.

Ich, ein kommunistischer Arbeiter, Mitglied des Revolutionären Kommunistischen Bundes (Kampf), stehe hier im vollen Bewußtsein, daß meine politischen Aktivitäten der Grund dafür sind, daß alles Erdenkliche getan wird, um mich für längere Zeit ins Gefängnis zu bringen. Es ist kein Zufall, daß ich wegen Vergehen angeklagt werde, die als „Sicherheitsvergehen" definiert werden. Der Vorwand der „Staatssicherheit" wurde schon immer angewendet, schon seit der Gründung des Staates, und er ist ein bequemer Deckmantel für Verfolgungen und Verbrechen. Denn die „Staatssicherheit" ist die heilige Kuh und das allmächtige Alibi, in dessen Namen es möglich ist, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die gegen die bestehende Ordnung protestieren.

Ich bin angeklagt, mit einem ausländischen Agenten Kontakt aufgenommen zu haben und ein Verbrechen zu verbergen, das dieser Mann zu begehen vorhatte oder plante. Der Anklage nach wäre es meine Pflicht gewesen, den Mann anzuzeigen, um ihn an der Ausführung seines Plans zu hindern.

Weiter bin ich angeklagt, den Versuch unternommen zu haben, mit einem ausländischen Agenten Kontakt aufzunehmen und im Besitz von Zeitungen zu sein, die von einer illegalen Organisation herausgegeben werden.

In keinem der Länder, die von den geistigen Vätern der Anklage als „aufgeklärt" angesehen werden, ist der „Kontakt" an sich schon ein Sicherheits-Vergehen. Nicht einmal in England während des zweiten Weltkriegs, sofern nicht in irgendeiner Weise einem Agenten geholfen worden war. Der Punkt, daß „Kontakt" an sich schon ein Vergehen ist, steht in einem total anti-demokratischen Rahmen, der die Grundfreiheiten des Menschen in Frage stellt.

Der Mann, den ich (vor drei Jahren) traf, wurde von der Anklage als ausländischer Agent definiert. Aber sogar die Anklage muß anerkennen, daß mir der Mann als Palästinenser vorgestellt wurde, der mit der palästinensichen Widerstandsbewegung in Kontakt steht. Wenn die Anklage meint, daß der Mann Agent für ein fremdes Land war, dann wußte ich das nicht, konnte es nicht wissen und weiß es heute noch nicht. Und es muß erst noch bewiesen werden.

Aber wenn das Argument ist, daß der Mann allein durch seine Verbindung zur palästinensichen Widerstandsbewegung schon ein ausländischer Agent ist, dann gibt es wohl nichts, was deutlicher die Einstellung des Zionismus zur palästinensischen Bewegung symbolisiert: den Begriff „ausländischer Agent" jemandem aufzustempeln, dessen ganze Grundlage die Beziehung – die Zionisten würden sagen „die Zugehörigkeit" – des enteigneten palästinensich-arabischen Volkes zu seiner Heimat ist.

Es ist unmöglich, der palästinensischen Widerstandsbewegung die Plakette der „Fremdheit" umzuhängen. Nicht in diesem Land und nicht in diesem Gebiet. Sogar Verteidigungsminister Mosche Dayan anerkennt: „Der Staat Israel wurde auf Kosten der Araber geschaffen – und an deren Stelle...Wir kamen nicht in einen Leerraum. Hier gab es schon arabische Besiedlung. Wir siedeln Juden an Stellen an, wo Araber waren. Wir verwandeln arabisches Land in jüdisches Land." („Yedioth Aharonoth", 10. Mai 73).

Arabische „Fremdheit"

Der Begriff „Fremdheit", wie er der Anklage und dem Schin Bet (1) geläufig ist, leugnet die Realität des palästinensisch-arabischen Volkes. Der „Nicht-Jude" ist ein Ausländer, sogar wenn er im Lande geboren wurde und ein Abkömmling des Volkes ist, das seit Jahrhunderten in diesem Land gelebt hat. Das arabische Volk, das in diesem Land geboren wurde, muß enteignet werden, d. h. verjagt und vertrieben. Seine Existenz muß versteckt oder abgestritten werden. Araber müssen als Ausländer in ihrem eigenen Vaterland klassifiziert werden. Und um mit ihrer Existenz fertig zu werden, muß man ihnen durch schwerste Unterdrückung und Verängstigung klar machen, daß dies hier das Land der Juden ist; daß die Sicherheit des Staates die Sicherheit der Er-

ängstigung klar machen, daß dies hier das Land der Juden ist; daß die Sicherheit des Staates die Sicherheit der Er-

oberer und der Diskriminierungs-Regierung ist – eine Regierung von Vertreibung und Unterdrückung.

Die Einstellung der zionistischen Bewohner wird wohl am besten durch zwei fast unbekannte Personen symbolisiert: Gavriel Dahan und Chaim Rigvi. Dahan ist einer der Männer, die des Mordes an 43 (arabischen) Arbeitern in Kafr Kassem im Oktober 1956 für schuldig befunden wurden. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, blieb aber nur für etwas mehr als drei Jahre im Gefängnis, unter den besten Lebensbedingungen. Nach seiner Entlassung wurde er der Verantwortliche für arabische Angelegenbeiten in der Stadtverwaltung von Ramlah (2). Chaim Rigvi ist ein Tel Aviver Jurist jüdisch-libanesischer Abstammung. Die Winter-Ausgabe (1973) der Zeitung „Keschet" veröffentlichte einen Artikel unter dem Titel „Das Kamel und der Araber", in dem Rigvi in pseudo-wissenschaftlicher Art „beweist", daß die Araber von Natur aus grausam und skrupellos sind; daß der Araber ein Lügner ist, der nicht lieben kann und daß der Ursprung all dieser Eigenschaften der Einfluß des Kamels auf das arabische Leben sei. Und dieser Professor des Rassismus war der Verbindungsmann für Moslems am Religionsministerium während der ersten Jahre seiner Aktivität.

Es sind der barbarische Mörder und der akademisch-rassistische Wissenschaftler, die die Experten des israelischen Establishments in Sachen Araber sind, und das israelische Establishment, – so wie schon das des „kommenden Staates" (3) – brauchten wirklich Experten solcher Art für die Verwirklichung ihrer Ziele.

Für viele Jahre, bis 1948, waren die (zionistischen) nationalen Institutionen damit beschäftigt gewesen, zu rauben, zu plündern, Boden zu enteignen und die Bewohner zu vertreiben. Der Zionismus, der die Massen der europäischen Flüchtlinge organisierte, um das Land zu kolonisieren und auf Kosten der ursprünglichen Bewohner darin zu leben, wollte ein von Arabern „sauberes" Gebeit. Dieser Prozeß, in dem die kolonisierende zionistische Bewegung die Kontrolle über das Land übernahm und den Platz des palästinensich-arabischen Volkes einnahm, wurde von Anfang an auf der Basis der Abhängigkeit von den Interessen der verschiedenen imperialistischen Mächte und der Leistung „guter Dienste" an sie ausgetragen, die in diesem Gebiet gerade aktiv waren.

Deutschland vor dem ersten Weltkrieg, England bis zum Ende des zweiten Weltkriegs und von da ab Amerika; eine Romanze mit dem französischen Kolonialismus, beginnend in den 50er Jahren und bis zum 1967er Juni-Krieg – mit einer kurzen Unterbrechung.

Seit 1948 sind die arabischen Bewohner des Landes Opfer der polizeilichen Willkür und Unterdrückung im Rahmen der Defence (Emergency) Regulations (1945) (4).

„Für das Regime, das mit der Verküdigung der Defence Regulations in Palästina errichtet worden ist, gibt es in keinem einzigen zivilisierten Land ein entsprechendes Beispiel. Selbst in Nazi-Deutschland gab es nicht solche Gesetze... Man tröstet uns mit der Behauptung, diese Verfügungen richteten sich nur gegen Kriminelle und nicht gegen alle Bürger. Auch der Nazi-Gouverneur des besetzten Oslo hatte erklärt, daß keinem Bürger ein Leid geschehen würde, der sich nur um seine eigenen Angelegenheiten kümmere. – Keine Regierung hat die Autorität, solche Gesetze in Kraft zu setzen." – Das wurde von dem Mann gesagt, der heute Israels Justizminister ist, Ja'akov Schimschon Schapira, während eines Treffens von 400 jüdischen Juristen im Februar 1946 – zu einer Zeit also, als die Briten diese Verordnungen auch gegen die Juden anwendeten. Aber die Gesetze haben sich nicht dadurch geändert, daß sie heute nur gegen Araber und Kommunisten angewendet werden.

Gesetze haben sich nicht dadurch geändert, daß sie heute nur gegen Araber

Diese Gesetze, von denen ich eins gebrochen haben soll, sind auch weiterhin rassistisch und unmenschlich. Die Regierung, die auf der Basis dieser Gesetze gegründet wurde, findet in keinem „aufgeklärten" Land eine Parallele. Diese und andere faschistische Verfügungen sind ebenfalls eine pseudo-legale Basis, auf die die israelische Regierung sich in den 1967 eroberten Gebieten stützt – eine Grundlage, die ein Terror-Regime ermöglicht, das Häuser in die Luft sprengt, Land enteignet, Äcker mit Giftgasen besprüht, die Bevölkerung vertreibt, die Presse zum Schweigen bringt, ein Ausbeuter-Regime.

Die Arbeiter aus den 1967 eroberten Gebieten stellen für die israelischen Unternehmer eine beachtliche Einkommensquelle dar, wegen der niedrigen Löhne, die sie bekommen.

Tausende von Arbeitern der West Banks (5) kommen täglich, um auf dieser Seite der Grünen Linie (Grenzen vor 1967) auf dem Bau zu arbeiten. Und die Bauherren werden reich. In Gaza floriert die Industrie unter Aufsicht der Militär-Regierung und auf Kosten der Einheimischen.

Dutzende von Jahren der Vertreibung und Unterdrückung führen unvermeidlich zu Widersprüchen, mit denen die zionistische Regierung nicht fertig werden kann. Der Staat Israel war während all dieser Jahre seiner Existenz in der Situation der offenen und kompromißlosen Konfrontation, nicht nur mit den direkten Opfern der jüdischen Besiedlung, sondern auch mit der ganzen arabischen Welt und einer ständig wachsenden Zahl von anderen Ländern der Welt.

Und der Krieg in all seinen Formen fordert materielle und menschliche Opfer ohne Ende. Der feste Stand der zionistischen Bewegung und des Staates Israel auf dem Grundsatz der Leugnung aller nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes und der praktischen Leugnung fast aller Menschenrechte – all das verurteilt die arabischen Massen zu hoffnungsloser Unterdrückung und die jüdischen Massen zu einem ungerechten ewigen Krieg gegen die historische Wirklichkeit selbst.

Nur Rassisten, wie jene, die nach Beziehungen zwischen den Arabern und dem Kamel suchen, können daran glauben, daß ein Volk der dauernden Vertreibung von mehr als einer Million Flüchtlingen und der Entrechtung einer weiteren Million Einwohner resigniert gegenübersteht.

Al Fatah

Um 1965 organisierte sich zum ersten Mal die palästinensische Befreiungsbewegung Al Fatah.

Auf den ersten Blick schien es nur eine neue Art des nationalistischen Widerstandes zu sein, wie er mit dem blutigen Weg beider Völker verbunden ist. Außerdem machte die Tatsache, daß Al Fatah den direkten bewaffneten Kampf gegen Israel propagierte, einen glauben, daß die Bewegung den extremsten Haß gegen Israel verkörpere und daß es in ihrem Programm nichts gebe, das beide Nationen aus der Sackgasse der blinden Konfrontation bringen könnte.

Aber die palästinensische Bewegung stellte einen neuen, wichtigen Punkt auf: daß die Trennung von den arabischen Regierungen und die aktive Teilnahme der palästinensischen Massen selbst die Voraussetzung für den Fortschritt des Kampfes sei. Und mehr noch: daß die Vernichtungsparolen, die gegen die jüdische Bevölkerung wahrend des Juni-Kriegs 1967 gerichtet wurden, nur die zionistische Ideologie bekräftigen, und daß man zwischen Zionismus und Juden unterscheiden muß.

Als im Januar 1969 der frühere syrische Außenminister Ibrahim Machus während einer Konferenz in Kairo erklärte, daß es keine progressiven Israelis gebe außer denen, die Israel für immer verlassen, wurde ihm vom Al Fatah-Ver-

klärte, daß es keine progressiven Israelis gebe außer denen, die Israel für immer verlassen, wurde ihm vom Al Fatah-Ver-

treter widersprochen. Dieser sagte, daß seine Organisation ihre Solidarität mit allen Juden und Israelis ausgedrückt hätte, die das rassistische System des Staates Israel bekämpfen. Dieser Versuch, die Frage der Existenz des jüdischen Volkes in diesem Gebiet zu behandeln, wurde formal im Programm von Al Fatah ausgedrückt, das von einem „weltlich-demokratischen Staat, in dem Moslems, Juden und Christen zusammenleben", spricht.

Wir revolutionäre Kommunisten in Israel wissen aus eigener Erfahrung sehr wohl, daß nur der gemeinsame Kampf der ausgebeuteten Massen beider Völker der Weg zur Befreiung sein kann und daß diese Befreiung nicht nur die politische Befreiung der Palästinenser bedeuten kann. Wir wissen, daß das palästinensische Volk ein Bündnis mit den ausgebeuteten jüdischen Massen in Israel selbst eingehen muß, um sich von den ideologischen Fesseln des arabischen Bürgertums zu befreien und zu einer Regierung der armen Volksmassen des ganzen Gebiets zu gelangen, um sich selbst von Exil und Unterordnung, von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung zu befreien. Ein Bündnis mit denselben Massen, die sich heute von jeder Idee eines Zusammengehens zwischen Juden und Arabern abwenden.

Das ist die Richtung unserer politischen Aktivität. Für den Fortschritt dieser Idee stimmte ich zu, mit dem Mann zu reden, der mir als palästinensischer Sozialist vorgestellt worden war, denn wir werden keine Gelegenheit abschlagen, unsere arabischen Gesprächspartner von der Richtigkeit unseres Weges und von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes zu überzeugen.

Gleichzeitig aber, – und das wurde im Gespräch mit diesem Mann bestätigt, – ist es uns klar, daß die palästinensischen Widerstandsorganisationen, und an erster Stelle Al Fatah, das Palästina-Problem nicht lösen können, .

a) Weil sie sich die Möglichkeit eines militärischen Sieges über den Staat Israel o h n e eine tiefe soziale Revolution und o h n e eine wirkliche Trennung der ausgebeuteten jüdischen Massen in Israel von der zionistischen Ideologie vorstellen.

b) Weil sie glauben, daß es möglich sei, zwischen dem Kampf gegen den Zionismus und dem Kampf gegen die (arabische) Reaktion zu trennen, indem sie den letzteren auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

c) Weil sie auf halbem Weg stehenblei-



Westdeutsche Presse: „Spionage"-Märchen des Zionismus voll übernommen

Spionage-Prozeß

Vor einem israelischen Gericht in Haifa hat gestern ein Prozeß gegen zwei israelische Juden und vier Araber begonnen. Ihnen wird Spionage für Syrien und die Vorbereitung von Sabotageakten in Israel zur Last gelegt. Die beiden 26- und 28jährigen Juden sind die ersten nichtarabischen israelischen Bürger, die sich wegen Spionageverdachts gegen Israel vor Gericht verantworten müssen.

„Hamburger Morgenpost", 12.2.73

Spionage

Zu Freiheitsstrafen zwischen vier und neun Jahren hat ein Gericht in Israel sieben Mitglieder eines jüdisch-arabischen Spionageringes verurteilt. Sie sollen Spionage und Sabotage für Syrien betrieben haben.

„Hamburger Morgenpost", 17.4.73

Israel: Gefängnis für Spione

dpa. **Haifa,** 14. Mai

Zwei Israelis wurden in Haifa (Israel) wegen Spionage für Syrien zu je sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre Komplizen, fünf Araber, erhielten Gefängnisstrafen zwischen vier und zehn Jahren.

„Bild", 14.5.73



Forts. Zionismus

„Frieden wird erst sein, wenn ich in Kairo einkaufen gehen kann" (Golda Meir)

Einwanderung ist jedoch – jedenfalls vor dem Krieg – sehr schwach gewesen, abgesehen von der Einwanderung aus der Sowjetunion.

Der Zionismus kann sich nicht einfach auf seine militärische Überlegenheit verlassen. Das Kräfteverhältnis verändert sich zugunsten der Araber.

Zionismus und US-Imperialismus streben eine Lösung an, die es zumindest der ägyptischen Regierung erlaubt, „das Gesicht zu wahren", um dieser Regierung gegenüber den arabischen Massen den Rücken zu stärken und die ägyptische Bourgeoisie näher an den US-Imperialismus heranzuführen.

Mit Sicherheit gibt es keinen „Friedensplan der Großmächte", der wesentlich über das hinausginge, was Israel auch ohne Krieg in Verhandlungen zugestehen wollte (Allon-Plan u.ä.), nur daß es jetzt den arabischen Regierungen vielleicht leichter geworden ist, eine derartige „Kompromiß-Lösung" als Ergebnis eines „ehrenhaften Krieges" vor ihren Völkern zu vertreten. Erst recht gibt es keinen „Friedensplan der Großmächte", der das nationale Problem der Palästinenser lösen würde. ■

Forts. Zionismus

…en mit ihren Versuchen, der Existenz des israelischen Volkes Rechnung zu tragen und zwiespältige Formeln anwenden, die die volle Anerkennung der Tatsache vermeiden, daß die Juden Israels eine nationale und keine religiöse Gemeinschaft sind.

d) Die engen Beziehungen der Führer der Bewegung zum arabischen Bürgertum in diesem Gebiet (auf politischem, militärischem und finanziellem Gebiet) sind die Haupthindernisse, die einer Wandlung



Demonstration in Israel

des Widerstands in eine zusammenhängende politische Kraft im Wege stehen. Ihre Abhängigkeit von der heuchlerischen und demagogischen finanziellen Unterstützung der reaktionären Regierungen des Gebiets – Regierungen, die direkt die Interessen des US-Imperialismus vertreten oder sogenannte „nationalistische" Regierungen, die durch die Abschlachtung der kommunistischen Massen und die gewaltsame Unterdrückung jedes politischen Widerstands der Massen zur Macht gelangt sind – all das bestimmt die Strategie der Fatah, eine Strategie, die an den erklärten Grundsätzen der Bewegung vorbeigeht. Die Aktionen, die aus dieser Abhängigkeit entspringen, sind noch immer die alten chauvinistischen und nationalistischen Aktionen, die nicht unterscheiden zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Terroraktionen gegen unschuldige Bewohner sind in diesem Fall nicht nur ein Verbrechen gegen bestimmte Menschen, sondern auch eine schädliche Art und Weise, Einfluß zu gewinnen; sie rufen zudem den gegenseitigen Haß und die gegenseitige Furcht zwischen den beiden Völkern wieder hervor. Die Praxis der Al Fatah ist eine nationalistische, kleinbürgerliche „Praxis". Deshalb haben wir nie mit Al Fatah zusammen gearbeitet, und deshalb stand mein obengenanntes Treffen unter dem Aspekt dieser prinzipiellen Meinungsverschiedenheit, in der keine der beiden Seiten bereit ist, sich auch nur halbwegs der Position des anderen zu nähern.

Es ist nicht Al Fatah, sondern es sind die ausgebeuteten Massen selbst – sowohl Juden als auch Araber – die unsere historischen Verbündeten sind und mit denen zusammen wir den gemeinsamen Weg zur sozialistischen Revolution in diesem Gebiet suchen.

Ausbeutung der Arbeiter

Die israelische Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, die mit dem kapitalistischen Weltmarkt verbunden ist, eine Gesellschaft, in der breite Schichten von Arbeitern wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Unterdrückung erleiden.

An jedem meiner Arbeitsplätze, Alco, Chemikalien und Phosphate, oder Yetzikot Hamiphratz (6) war den Arbeitern eine Sache klar: wir arbeiten wie die Esel, wir werden verkauft wie Vieh. Jeder von uns stellt täglich Produkte her, die Hunderte von Pfund wert sind und bekommt einen Lohn, der kaum zum Leben reicht.

In Ata z. B. beträgt der Anfangslohn eines Arbeiters weniger als 500 israelische Pfund (ca. 290 DM) im Monat. Die Moler Textil-Gesellschaft, Besitzer von Ata, schloß im Jahr 1972 mit einem Netto-Gewinn von 1.260.000 I.P. ab – fast eine Verdoppelung des Profits des Vorjahres. Pri Hagalil (7) schloß das Jahr mit einem Netto-Gewinn von 700.000 I.P. ab. Die Arbeiter, von denen die meisten unter unmenschlichen Bedingungen im Hazor-Dorf wohnen, erhalten 450 I.P. Lohn im Monat oder sogar weniger. Im örtlichen Slang wird Pri Hagalil „Auschwitz" genannt. Die I.D.B.-Gesellschaft, die Dutzende von Unternehmen in allen Industriezweigen ihr eigen nennt, erklärte 1972 einen Netto-Gewinn von 28 Mio. I.P. und verdoppelte somit ihren Gewinn von 1971. Die Klal-Gesellschaft verdiente 1972 12.400.000 I.P.

Der Staatsapparat – dessen Sprecher und Politiker uns mit Märchen von „Verschmelzung der Einwanderer" und „Nationale Einheit" zusammenzuhalten versuchen – setzt seine Diskriminierungs-Politik fort, verfolgt weiterhin sein politisches Interesse auf Kosten der Armen und Geschlagenen. Während der letzten ein bis anderthalb Jahre standen in Jerusalem Hunderte von vermieteten Wohnungen leer. So berichtet das Protokoll des Staatskontrolleurs. Die Eigentümer dieser Wohnungen – Investoren, die diese Wohnungen speziell dafür bauten, um sie dann zu vermieten – bekamen Unsummen an Miete. Die Wohnungen warteten auf Einwanderer aus reichen Ländern, und zur selben Zeit warteten zig tausend Familien in Musrara, Talpiot und anderen Armutsvierteln um Jerusalem auf menschenwürdige Wohnungen.

Blutsbande ?

Um uns zu betäuben, erzählen sie uns von morgens bis abends, daß all das nicht so wichtig sei. Daß die Hauptsache unser Volk sei, das in seine historische Heimat zurückgekehrt sei. Daß es Blutsbande gebe, die das jüdische Volk verbinden und vereinigen.

Blutsbande? Die Blutsbande, die zwischen Bejerano (8) und den Assis-Arbeitern bestehen, sind das Blut, die Gesundheit und der Schweiß, den die männlichen und weiblichen Arbeiter – Araber und Juden – an den Maschinen lassen. Für Bejerano selbst besteht der einzige Unterschied zwischen jüdischem und arabischem Blut darin, daß er das arabische Blut etwas billiger kaufen kann. Aber wenn die Arbeiter ihre Rechte verteidigen wollen, hetzt die Betriebsleitung die jüdischen Arbeiter gegen die Araber auf – genauso wie es auch der Staat im Namen der nationalen Einheit macht.

Blutsbande? Als in Ata ein Unfall passierte und einer der Arbeiter in die Maschine gezerrt wurde und zu Tode gequetscht wurde, konnte man unmöglich erkennen, ob er Jude oder Araber war. Die einzige Sache, die Moler, dem Besitzer von Ata, wichtig war, das war, daß wir weiter die nationale Lüge der nationalen Einheit schlucken und daß wir ruhig bleiben. Und in der Zwischenzeit werden die Ausgebeuteten immer mehr ausgebeutet, und die Millionäre werden Milliardäre. Die Kluft wächst in alle Richtungen.

Sie flößen uns die Idee der nationalen Einheit ein. Aber die Armen, überwiegend aus orientalischen Gemeinschaften, müssen sich zusammenschließen gegen ihre Wohnungsnot, gegen Unterbezahlung und Untererziehung.

Die Horowitz-Kommission stellte ausdrücklich fest, daß zwölf Prozent der Menschen, die in Asien und Afrika geboren wurden und vor 1948 in Israel ankamen, in übervölkerten Bedingungen leben, drei oder mehr Personen in einem Zimmer, und daß 25 % der in Asien und Afrika geborenen und nach 1948 eingewanderten in solchen Bedingungen leben.

In der „Yedioth Aharonoth" vom 25.4.73 zitiert Yitzchak Tischler eine Forschungsarbeit, die in der Gegend von Hatikva (9) durchgeführt wurde: 33 % der Familienvorstände haben keine Grundschul-Erziehung, die Wohnungen haben durchschnittlich 1,8 Zimmer, 40 % der Familien haben kein heißes Wasser, nur 58 % der Bewohner sind voll beschäftigt und ihr Durchschnittseinkommen beträgt 560 I.P. 30 % haben kein festes Einkommen und 30 % leben von 400 I.P. und weniger im Monat.

Wer auch immer unter diesen Bedingungen den Arbeitern, den Bewohnern der Elendsviertel, den Siedlern der Einwanderdörfer und Entwicklungsstädte sagt, daß die Hauptsache die nationale Einheit sei, der mißbraucht die Armut und das Elend der Armen und der Ausgebeuteten – die Mehrheit der Bevölkerung – für seine eigenen politischen Ziele.

Der Staatsapparat der Unterdrückung

Das Strafgesetz wurde nur zu einem Zweck gemacht: die Ordnung zu verteidigen, die die ruhige Fortsetzung der Ausbeutung und Unterdrückung garantiert. Verbrechen ist die Frucht der fürchterlichen Armut und der unmenschlichen Lebensbedingungen. Die großen Diebe werden reich. Aber diejenigen, die durch den großen Diebstahl zu kriminellen Dieben werden, kommen dafür ins Gefängnis.

Die Funktion der Polizei ist es, die Regierung zu verteidigen. Man setzt sie ein gegen streikende Arbeiter, wie es in der Hemet-Fabrik, in Aschdod und an vielen anderen Plätzen geschah; gegen demonstrierende Bewohner der Elendsviertel, wie es oft in Jerusalem und Haifa geschah; um die arabische Bevölkerung still zu halten; gegen jeden, der die Ruhe der ausbeutenden und unterdrückenden Regierung zu stören droht.

Die Armee, deren Einheiten aus Söhnen der Arbeiter und Menschen aus den Elendsvierteln bestehen, dient der Verwirklichung von politischen Interessen derjenigen, die über die Armee verfügen: Interessen, die in Widerspruch zu den Grundinteressen derer stehen, die in der Armee dienen, die töten und getötet werden, während sie in der Uniform stecken.

Der Rassismus, die zionistische Ideologie, die Gehirnwäsche in großen Dimensionen – mit ihrer Hilfe erreicht es der Staatsapparat, das Volk zu belügen. Mit ihrer Hilfe mobilisiert der Staat die meisten Arbeiter und Armen in Israel, sodaß sie für sein Interesse kämpfen – und gegen ihr eigenes.

Der Staatsapparat gibt den jüdischen Arbeitern und Armen eine Kompensation für die Unterdrückung und Diskriminierung, die er ihnen auferlegt. „Wir sind ein aufgeklärter europäischer Staat" – so bearbeitet der Staatsapparat die Köpfe der Menschen, die meistens Juden aus arabischen Ländern oder arabische Juden sind. „Die Araber sind barbarische Menschen. Sie wollen uns ausrotten, deshalb müssen wir sie zuerst schlagen", erklärt die Propaganda den Juden aus den arabischen Staaten, die selber seit Generationen in diesem barbarischen Gebiet leben. „Du selbst bist primitiv und schwarz", sagt die zionistische Regierung zu den orientalischen Juden – und deutet auf den Araber als eine noch primitivere und und schwärzere Kreatur.

All das, damit wir nicht gegen das rassistische System kämpferf, das uns unterdrückt. All das, damit die unterdrückten Juden ihre Wut gegen die Araber, und nicht gegen die unterdrückende Regierung wenden.

Aber wenn dem Staatsapparat erst einmal diese falsche Maske vom Gesicht gerissen wird, dann wird sich die Realität eindeutig zeigen.

Der Staat ist kein erhabener Wert, der die „Erlösung der Juden nach 2.000 Jahren" darstellt, sondern das Instrument, um die politische Macht einer parasitären Klasse auf den Schultern „dieses Volkes" (10) und auf Kosten des palästinensischen Volkes auszuüben.

Der Staatsapparat ist kein erhabener Ausdruck der Befreiung des jüdischen Volkes, sondern eine effektive und grausame Maschinerie in den Händen der Eigentümer von Unternehmen, der Kapitalistenklasse, zur Ausbeutung und Unterdrückung der Massen der Arbeiter und Bauern, sowohl Juden als auch Araber.

Wir, die Mitglieder des „Revolutionären Kommunistischen Bundes (Kampf)", kämpfen gegen die Regierung der Ausbeutung und Unterdrückung. Wir arbeiten für die Mobilisierung der Massen der Arbeiter, Bauern und Armen – Juden und Araber –, für einen gemeinsamen Kampf, dessen Ziel die Errichtung einer echten Demokratie sein soll; eine Regierung, wo die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern selbst liegt, eine Regierung, die der Unterdrückung, Ausbeutung und Armut ein Ende setzt, eine Regierung, die jedem Menschen ein menschenwürdiges Dasein garantiert, eine Regierung, die das gemeinsame Interesse aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, Juden wie auch Araber, vertritt.

Gewalt

Die revolutionären Kommunisten werden angeklagt, für die Gewalt zu sein, die bewaffnete Revolution zu predigen.

Es gibt keine Grenze für die Heuchelei der Regierung.

In der Fabrik „Chemikalien und Phosphate" in Haifa werden tagtäglich die Lungen der Arbeiter von Giftgasen verbrannt. Meinem Onkel wurden dort die Lungen ausgebrannt. Mein Vater schluckte dort 20 Jahre lang den Staub und die Giftgase. Auch ich habe das Gift dort geschmeckt – das ist Gewalt!

In der Textilfabrik werden die Arbeiter taub vom Krach der Maschinen. In den Farbfabriken wird ihr Blut vergiftet. In allen Fabriken wird die Arbeit so organisiert, um möglichst viel Profit auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter zu machen – das ist Gewalt höchsten Grades!

In den Armenvierteln, Elendsdörfern und Entwicklungsstädten wird die physische Gesundheit der Bewohner Jahr für Jahr zerstört – das ist Gewalt!

In den arabischen Dörfern und in den Gebieten, die 1967 erobert wurden, regiert eine Regierung mit gewalttätigem Terror, die auf unmenschlichen Gesetzen beruht. Fäuste und Waffen, Folter und willkürliche Verhaftungen – das ist Gewalt!

Wenn Polizisten Straffällige in den Straßen von Jerusalem und Rehovot kaltblütig erschießen, wenn mit Knüppeln bewaffnete Polizisten Demonstrationen von Bewohnern der Armenviertel und von Linken auflösen, wenn bewaffnete Polizisten Arbeiterstreiks brechen – das ist Gewalt!

Wenn die Sicherheitspolizei jeden Verbrecher mörderisch zusammenschlägt – das ist Gewalt!

Gefängnisse – das sind Institutionen, deren ganze Existenz auf dauernder Gewalt basiert.

Diese Regierung basiert ganz und gar auf Gewalt. Unterdrückende Gewalt ist eine Bedingung, die von der Existenz des Staates nicht wegzudenken ist. Und wenn wir uns zum politischen Kampf organisierten, dessen Ziel es ist, das Regime der Gewalt zu eliminieren, wenn wir jüdische und arabische Arbeiter und Bauern zum gemeinsamen Kampf auffordern, um uns von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien – dann klagt uns die Regierung an, Gewalt zu predigen.

Wir betrügen uns nicht und wir betrügen keinen anderen: das Regime der Gewalt und Unterdrückung wird nicht verschwinden, bloß weil es im Gegensatz steht zu den Interessen der Mehrheit des Volkes. Es wird auch nicht verschwinden, wenn die meisten Armen und Arbeiter – sowohl Juden als auch Araber – sich organisieren, um es in demokratischer Weise durch eine Volksregierung abzulösen. Es wird uns angreifen, es wird verzweifelt vorgehen – gegen die jüdischen und gegen die arabischen Massen. Deshalb sagen wir zu den Arbeitern, Bauern und Armen: ihr müßt auf diesen Angriff vorbereitet sein. Und wir wissen: nur das organisierte Volk, nur die Macht der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, vereint und im Bewußtsein ihres gemeinsamen Interesses und ihres gemeinsamen Feindes, nur dieser Macht wird es gelingen, dem Angriff des Staatsapparats entgegenzutreten, der von den Ausbeutern und Unterdrückern kontrolliert wird, sowie von deren Verbündeten in diesem Gebiet und in der Welt.



Polizei vertreibt Anhänger der „Neuen Linken", die vor dem Haus der Ministerpräsidentin Golda Meir Frieden mit den Arabern fordern.

Anmerkungen:

1) Die hebräischen Buchstaben Schin (Sch) und Bet (B) stehen als Abkürzung für Schirutei Bitachon, ein israelischer „Sicherheitsdienst".
2) Die meisten arabischen Bewohner der Stadt Ramlah wurden 1948 von den Zionisten vertrieben oder auf der Flucht ermordet; die verbliebene arabische Minderheit lebt in einem Ghetto.
3) „Der kommende Staat" – vor der Staatsgründung 1948 Bezeichnung für zionistische Institutionen in Palästina.
4) Außerordentlich harte und einschneidende Ausnahme-Gesetze, die von den damaligen britischen Kolonial-Herren über Palästina verhängt und u:a. auch gegen die zionistische Bewegung eingesetzt wurden. Der Staat Israel behielt später diese Gesetze gegen die arabische Minderheit bei.
5) Das von Israel seit 1967 besetzte, zu Jordanien gehörige West-Jordanland. Nach offiziellen Angaben waren 1972 über 50.000 Araber aus den besetzten Gebieten in Israel beschäftigt.
6) Fabriken im Raum um Haifa
7) Gehört verschiedenen Kibbuzim in Israel
8) Besitzer einiger Fabriken in Israel, u.a. Assis. Mit der regierenden „Arbeiterpartei" verbunden.
9) Slum-Gegend von Tel Aviv, überwiegend von „orientalischen" Juden bewohnt und von Gangster-Ringen kontrolliert, die von der „Arbeiterpartei" unterstützt wird.
10) „Dieses Volk" – beliebte Redewendung von Golda Meir, mit der anscheinend die Auserwähltheit „dieses Volkes" besonders betont werden soll.

Redaktionelle Anmerkung:

Obwohl der Genosse Livne mit seiner Kritik an der Fatah u.E. weitgehend Recht hat (z.B. Abhängigkeit von den nationalistischen, z.T. reaktionären arabischen Regimes), gibt es doch sogar von Vertretern der Fatah Äußerungen, in denen eindeutig von der Existenz eines hebräischen Volkes (und nicht nur einer religiösen Gemeinschaft) ausgegangen wird.

Im Übrigen sollte nicht verschwiegen werden, daß unter den Palästinensern auf Massen-Ebene die Einsicht in die Notwendigkeit arabisch-hebräischer Zusammenarbeit ungleich weiter verbreitet ist als unter der hebräischen Bevölkerung Israels. Das wird von manchen israelischen Genossen, die den palästinensischen Widerstand kritisieren, nicht genügend beachtet. Letzten Endes wird die Entwicklung korrekter politischer Positionen der palästinensischen Befreiungsbewegung gerade auch davon abhängen, wie es den hebräischen Kommunisten gelingt, den in der israelischen Bevölkerung vorherrschenden Ungeist des Zionismus und der rassistischen Überheblichkeit gegenüber den Arabern zu bekämpfen. ■

FREIHEIT FÜR MARIUS SCHATNER

Am 12. Oktober 1973, dem siebten Kriegstag, wurde Marius S. durch die Armee-Behörden festgenommen, weil er sich weigerte, den Reserve-Dienst anzutreten.

Die Entscheidung von Marius ist eine logische Folgerung aus der Sicht, diesen Krieg als ungerechten Krieg anzusehen. Der einzige Weg, um in diesem Fall seinen Widerstand zum Krieg zu zeigen, ist die Kriegsdienst-Verweigerung.

Wir solidarisieren uns mit unserem Genossen, stellen uns in seinem Kampf auf seine Seite und unterstützen ihn in seinem richtigen Weg.

Der Krieg, der zur Zeit stattfindet, trifft letzten Endes die ausgebeuteten Massen in Israel, die an ihm teilnehmen. Die Verweigerung von Marius weist den Weg nicht nur zur Befreiung vom Zionismus, sondern auch von der gesellschaftlichen Ordnung, die sich auf Ausbeutung eines Menschen durch den anderen stützt.

Freiheit für Marius!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Erklärung des israelischen Revolutionären Kommunistischen Bundes („Kampf")

Westdeutscher Imperialismus in Namibia

Namibia (Südwest–Afrika) war bis zum 1. Weltkrieg deutsche Kolonie. Danach wurde es vom Völkerbund in Besitz genommen, und den südafrikanischen Kapitalisten „zur Verwaltung" überlassen. Diese unterdrücken dort bis heute, wie in Südafrika selbst, die afrikanische Arbeiterklasse mit brutalen Methoden (vgl. dazu ARBEITERKAMPF Nr. 19). Es zeigt sich, daß das Urteil des Internationalen Gerichtshofs und die zahlreichen UNO–Resolutionen, die die Unabhängigkeit von Namibia fordern, nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden, weil die südafrikanischen Kapitalisten und die hinter ihnen stehenden internationalen Monopole aufgrund ihrer ökonomischen und militärischen Interessen den jetzigen Zustand erhalten wollen. Auch die BRD mischt dabei kräftig mit.

Namibia, das flächenmäßig größer ist als England und Frankreich zusammen, interessiert die Imperialisten besonders wegen der enormen Bodenschätze: es ist der größte Diamantenproduzent der Welt und besitzt Kupfer, Zinn, Zink, Uran, Wolfram, Mangan, Blei u.v.a.

Von den über 1 Mio Einwohnern Namibias sind nur 72000 Weiße. 31 % von den Weißen sind Deutsche, von denen ein Drittel (also etwa 7500) den Paß der BRD besitzt. Die Weißen, die nach und nach den gesamten wertvollen Boden besiedelt hatten, drängten die Afrikaner immer mehr auf den unfruchtbaren Boden ab, z.B. an den Rand der Namib- und Kalahari–Wüste. Damit wurde die natürliche Lebens-grundlage der einheimischen Bevölkerung, Ackerbau und Viehzucht, zerstört. Um nicht zu verhungern, waren die Afrikaner gezwungen, ihre Arbeitskraft zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Dieses Elend bildet im gesamten südlichen Afrika die Grundlage für den Aufbau des Kapitalismus.

Ausbeutung zu Hungerlöhnen – schwarze Bergarbeiter in Südafrika

Ausbeutung zu Hungerlöhnen – schwarze Bergarbeiter in Südafrika

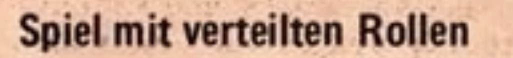
Das durchschnittliche Verhältnis der Löhne zwischen einem afrikanischen und einem weißen Arbeiter beträgt in den Fabriken 1:5 und in den Bergwerken 1:16. Selbst die minimalsten Kampfpositionen der afrikanischen Arbeiter, wie Streikrecht, Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, freie Meinungsäußerung, freie Wahl des Arbeitsplatzes usw. wurden mit faschistischem Terror zerschlagen. Durch kleine Zugeständnisse an die weißen Arbeiter und durch die Ideologie des Rassismus ist es den Kapitalisten gelungen, die südafrikanische Arbeiterklasse zu spalten.

Als im Distrikt Swakopmund „Uranerzvorkommen gefunden wurden, die nach Ansicht von Fachleuten zu den größten der Welt zählen" (1), beteiligte sich die westdeutsche Urangesellschaft G.m.b.H. zusammen mit der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft (die Namibia schon während der deutschen Kolonialzeit „erschlossen" hatte) mit 25 % (= 128 Mio DM) an der Erschließung (2).

„ Bundeswissenschaftsminister Leussink vertrat ursprünglich die Auffassung, die Regierung solle die Uranschürfung in Südwest–Afrika durch Bundesbürgschaften unterstützen, um die schmale Energiebasis der BRD zu verbreitern und die langfristige Versorgung deutscher Kernreaktoren zu sichern." (1) Als die Urangesellschaft Investitionsgarantien für die Erzförderung bei der SPD/FDP–Regierung beantragte, lehnte diese ab, um ihr fortschrittliches Gesicht nicht zu verlieren. „Die zuständigen Minister haben sich geeinigt, das von der deutschen Urangesellschaft in Namibia geplante Vorhaben zu ignorieren." (1)

Die Verlogenheit dieses Manövers wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die Urangesellschaft zu je einem Drittel der Metallgesellschaft AG Frankfurt, der STEAG AG Essen und der Veba AG Bonn gehört. Das Kapital der Veba befindet sich zu 40 % in den Händen der Bundesrepublik Deutschland, der Rest ist auf 1,3 Mio Kleinaktionäre verteilt. Also ist der kapitalistische Staat sogar direkt als Unternehmer in Namibia tätig, um im Auftrag der westdeutschen Kapitalistenklasse die Abhängigkeit von ausländischen Konzernen bei der Uranversorgung abzuschütteln. Die Kapitalisten brauchen eine eigene Uranversorgung auch deshalb, um langfristig den geplanten Bau eigener Atomwaffen abzusichern.

Sogar die Kapitalistenzeitung „Blick durch die Wirtschaft" schrieb am 4.6.71 zum Uranabbau: „Ob die deutsche Urangesellschaft ebenfalls beteiligt ist, wie ursprünglich beabsichtigt war, wird als immer noch nicht ganz ausgeschlossen bezeichnet, obwohl sich die Gesellschaft im März, wie gesagt wird, aufgrund der Weigerung der Bundesregierung, eine Investitionsgarantie zu übernehmen, zurückgezogen hat...Das deutsche Interesse wird jedoch als gegeben erachtet, weil angenommen wird, daß der größte Teil des Urans wahrscheinlich nach der Bundesrepublik und nicht nach England gehen wird."



Spiel mit verteilten Rollen

Die CDU/CSU ist schon immer ganz offen für gute und ständig enger werdende Beziehungen zum faschistischen Südafrika eingetreten. So forderte F.J. Strauß, daß man bei der Einschätzung der Politik Südafrikas und anderer schwarzafrikanischer Staaten aus der „gefühlvollen Beurteilung durch deutsche Pensionsdamen und skandinavische Humanisten...zur Versachlichung" zurückkehren müsse. (3) Im Jahr 1971, bei einem seiner

vische Humanisten...zur Versachlichung" zurückkehren müsse. (3) Im Jahr 1971, bei einem seiner

zahlreichen Besuche dort, kündigte er an, daß die CDU/CSU im Falle eines Wahlsieges wahrscheinlich Waffen nach Südafrika liefern werde. CDU-Bundestagsabgeordnete schrieben über ihre „Informationsreise" durch Südafrika in einem parteiinternen Reisebericht: „Auf Jahrzehnte, wohl Generationen, gibt es zur derzeitigen Politik der Apartheid – heute lieber genannt: der multinationalen Entwicklung – im Grundsatz kaum eine Alternative, es sei denn das Chaos." Unter



Man versteht sich prächtig: F.J. Strauß „informiert" sich bei Südafrikas Premierminister Vorster über die „vorbildlichen" politischen und sozialen Verhältnisse in Südafrika.

„Chaos" verstehen die Kapitalisten die Abschaffung ihrer grausamen Ausbeutung der südafrikanischen Arbeiterklasse. Strauß sprach den Imperialisten aus dem Herzen, als er vorschlug, diese „idealen" Ausbeutungsverhältnisse auch bei uns einzuführen: „Ich bin beeindruckt von der hohen religiösen und moralischen Verantwortung, mit der die Rassenpolitik ausgeführt wird...Als starker Eckpfeiler der westlichen Welt kann Südafrika in seiner politischen Struktur (!) sogar zu einem Modellbeispiel (!) für die gesamte (!) westliche Welt werden." (4)

Die SPD/FDP-Regierung vertrat die Interessen der Imperialisten so gut, daß die Exporte der BRD nach Südafrika einen „beachtlichen Aufschwung" nahmen und „die höchste Exportziffer in den letzten 25 Jahren erreicht" wurde (Zuwachsrate 1970: 18 %).

Gleichzeitig betonte sie immer wieder, daß die BRD einem internationalen Abkommen gegen jede Rassendiskriminierung beigetreten sei, und sich daran auch halte .

Im September dieses Jahres wollte eine Delegation der SWAPO (Befreiungsorganisation von Namibia) diesen Erklärungen auf den Zahn

te eine Delegation der SWAPO (Befreiungsorganisation von Namibia) diesen Erklärungen auf den Zahn

fühlen, und forderte von der Regierung unter Berufung auf internationale Beschlüsse:

- die Schließung des westdeutschen Konsulats in Windhoek (Namibia),
- das 1962 geschlossene Kulturabkommen zwischen der BRD und Südafrika „für null und nichtig in Bezug auf Namibia" zu erklären,
- sämtl[illegible] wirtschaftlichen und milit[illegible]en Beziehungen zu Namibia abzubrechen (gemeint war vor allem das Uranprojekt).

Die Antwort bezeichnete die SWAPO als „falsch" und „doppelzüngig". Die Bundesregierung und Vertreter der SPD hatten jedes Interesse an dem Uranprojekt bestritten und auch betont, daß sie ihre Beziehungen zur weißen Oberschicht in Namibia aufrecht erhalten wollen (5). Trotzdem fanden bürgerliche Zeitungen einen Grund zu behaupten: „Bonn unterstützt die SWAPO-Linie" (5), weil man sich dort „immerhin" dazu „durchgerungen" habe, den Bau einer deutschen Sternwarte in Namibia zu verhindern, da dies politisch „inopportun" sei.

Zu solchen Zugeständnissen bemerkte Lenin:

Die „*Verteidiger des Imperialismus treten gewöhnlich in etwas verkappter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste „Reform"-projekte...vom Wesentlichen abzulenken. Seltener treten zynische, offene Imperialisten auf, die den Mut haben, auszusprechen, wie unsinnig es ist, die Grundeigenschaften des Imperialismus reformieren zu wollen.*" (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus) ■

Quellen

1.) „Süddeutsche Zeitung" v. 9.1.71
2) „ Handelsblatt " v. 1.7.70
3.) „FAZ" vom 7.5.71

1.) „Süddeutsche Zeitung" v. 9.1.71
2) „ Handelsblatt " v. 1.7.70
3.) „FAZ" vom 7.5.71

4.) Afrika-Informationen, Mai-Juni 1966
5.) „The Guardian" vom 1.10.73

Forts.Thailand

Interview

„Die Thailändische Nationale Befreiungsbewegung wurde vor drei Jahren gebildet. Die Organisation dient der Zusammenarbeit zwischen der KP Thailands, verschiedenen Religionsgemeinschaften, Studenten, Intellektuellen und anderen patriotischen Gruppen, die das faschistische Regime stürzen und den Einfluß der USA in Thailand ausschalten wollen. Die Kommunistische Partei führt den Guerillakampf auf dem Lande. Er dauert bereits sieben Jahre. Die übrigen Sektoren der Befreiungsbewegung stammen hauptsächlich aus den Städten.

Bewaffneter Kampf in Bangkok in Vorbereitung

In den Städten trifft man jetzt Vorbereitungen, um den bewaffneten Kampf zu beginnen, besonders in Bangkok, unserer Hauptstadt, die unser Land kulturell, wirtschaftlich, verwaltungsmäßig und militärisch vollkommen beherrscht. Dort sitzt eine kleine, korrumpierte Militärclique an der Macht und unterdrückt das Volk.

Nach über einem Jahr Belagerungszustand wurde im Dezember 72 eine neue Verfassung eingeführt, aber ins Parlament durften nur Auserwählte der Herrschenden einziehen. Die Widersprüche in den herrschenden Kreisen sind jedoch immer noch groß, auch im Militär. Deshalb führen wir einen politischen Kampf, der darauf abzielt, die Widersprüche auszunutzen und das herrschende Regime zu spalten.

Der Rechtsputsch zerstörte parlamentarische Illusionen

Die Studenten und Intellektuellen im In- und Ausland schließen sich nun offen dem Kampf an. Vor dem Putsch am 17.11.1971, der zum Belagerungszustand führte, gab es unter ihnen viele, die an die Möglichkeit des parlamentarischen Wegs glaubten. Aber jetzt, besonders seit der neuen Verfassung, gewinnt der bewaffnete Kampf immer mehr Anhänger.

Grausamste Unterdrückung der Bevölkerung

Die Dörfer werden von Polizei und Militär besetzt. Sie durchsuchen alles und verhaften jeden, der ihnen gefährlich erscheint. Artikel 17 der neuen Verfassung gibt der Regierung eine uneingeschränkte Ermächtigung zu all diesen Maßnahmen. Die Diktatur ist heute schlimmer als je zuvor. Auch die Gerichte sind jetzt ganz in der Hand des Regimes. Die Richter können von der Junta beliebig ernannt, versetzt und entlassen werden. Meinungsfreiheit gibt es nicht. Die Junta kontrolliert alle Massenmedien. Oft werden Dörfer Bombardiert, um die Bewohner zur Flucht in die Städte zu zwingen. Sogar Pflanzengifte werden angewandt.

Auftraggeber der Unterdrückung – die USA

Die USA haben vor kurzem in Thailand eine geheime Organisation gebildet, die „Advanced Research Project Agency", der 140 Wissenschaftler aus dem Pentagon angehören. Sie untersuchen Struktur und Natur unseres Landgebietes. Dadurch bereiten die USA eine Ausweitung des Krieges vor ....„Newsweek" berichtete, daß bereits 40000 bis 50 000 US-Soldaten in Thailand stehen. Das können noch mehr werden, da das Militärregime sehr schwach ist und aus eigener Kraft die Macht nicht behalten kann...

Wie steht es mit dem bewaffneten Kampf?

Er nimmt ständig zu: Im Norden, im Nordosten und im Süden. Im letzten Jahr führte die Armee eine große Anti-Guerilla-Operation im Norden durch. Der Ministerpräsident leitete sie persönlich. „Großer Erfolg" und „Es gibt dort keine Guerilla mehr", hieß es zum Schluß. Aber als das Militär fort war, waren die Guerillas wieder da. Daraufhin leitete der Sohn des Ministerpräsidenten eine neue Offensive. Sie mißglückte ebenso, und er mußte zugeben: „Die Guerillas können dieses Gebiet beliebig lange halten. Das Gelände ist gut und Essen haben sie auch." – In manchen Dörfern des Nordostens werden die Guerillas von 90 % der Bevölkerung unterstützt. Nachts traut sich dort kein Militär hin. Früher waren die Volksschullehrer in den Dörfern sehr wichtige Personen. Sie waren der verlängerte Arm des Regimes, seine Agenten und Berichterstatter. Deshalb ist es für uns sehr bedeutsam, daß sie jetzt in großem Ausmaß auf der Seite der Guerillas stehen." ■

(Deutscher Text nach „Berichte aus Skandinavien", Redaktion „Der Norden", 8 München 90, Grünwalder Str. 55, c/o Weinig)

Diesen Artikel stellte uns ein Leser schon vor einigen Monaten zur Verfügung. Wegen ständigen Platzmangel mußte er bis jetzt verschoben werden:

Ausländische Arbeiter in Großbritannien

Im März dieses Jahres gingen in verschiedenen Teilen Londons in einer Nacht sechs Läden und Wohnungen von Farbigen in Flammen auf. Bis zum Mai waren insgesamt 17 solcher Fälle bekannt geworden.

Das Gespenst der Rassenunruhen von 1958 taucht wieder auf; auch ist es nur wenige Jahre her, daß Teile der proletarischen Jugend als organisierte Banden in den Großstädten auf Pakistaner-Jagd gingen. Die Stimmengewinne der „Nationalen Front" (eine Partei mit mehr als nur zufälligen Verbindungen zu den britischen Faschisten), die Reden des konservativen Abgeordneten und ehemaligen Ministers Enoch Powell, die rassistische Propaganda des von ihm inspirierten „Montag-Clubs" (Sammelort des rechten Flügels der Konservativen, einschließlich ehemaliger und gegenwärtiger Minister) – all das sind Hinweise auf Auseinandersetzungen in der britischen Gesellschaft, die mit den Problemen der Ausländer und mit Rassismus unmittelbar zu tun haben.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, in AK 28 (Mai 73) in dem Artikel „Westdeutsche Arbeiter–ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse" zu lesen, daß Großbritannien (GB) nur 174 000 ausländische Arbeiter hat. Verglichen mit den anderen kapitalistischen Ländern, besonders aber mit der BRD, wären das sehr wenig; in der BRD gibt es über zwei Millionen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Angabe im AK für GB ist irreführend. Zwar sind offizielle und und private Statistiken und Schätzungen unvollständig oder ungenau; in jedem Fall ist aber sicher anzunehmen, daß in Wirklichkeit entscheidend mehr als nur rund 170 000 nicht-britische Arbeiter in GB beschäftigt sind.

Tatsdessen ist folgendes richtig: Bis 1959 gab es etwa 700 000 Ausländer „mit ständigem Aufenthalt" in GB (Anm. 1) – die tatsächlich dort lebende Zahl liegt höher. Eine Schätzung für 1961 nimmt zwei Mio. Nichtbriten an; davon 660 000 aus Afrika, Asien, den westindischen Inseln in Mittelamerika (vor allem Jamaica) und aus anderen Commonwealth-Ländern oder Kolonien (Anm. 2). Für 1969 wurden eine Mio. farbige Nichtbriten in den Industriestädten GB's angenommen (Anm. 3). Dazu kommen (bereits 1966) noch rund eine Mio. Iren in GB (Anm. 4).

Allein aus den afrikanischen, asiatischen (vor allem Indien und Pakistan) und westindischen Commonwealth-Ländern sind von 1964 bis 1971 über 200 000 Menschen nach GB eingewandert (Anm. 5).

Die Zahl der ständig oder zeitweilig in GB lebenden Ausländer, d.h. Nichtbriten, ist aber noch höher, da bestimmte Gruppen, z.B. ausländische Soldaten, nicht einbezogen sind. Abgesehen davon werden nirgends diejenigen Nichtbriten erfaßt, die in GB selbst geboren sind: die Kinder von Einwanderern. Sie werden als Briten gerechnet.

In jedem Fall läßt sich berechnen, daß sich über zwei Mio. Nichtbriten in GB aufhalten. Dies – verglichen mit der Zahl des AK von 174 000 ausländischen Arbeitern – zeigt auf den ersten Blick, daß da etwas nicht stimmen kann.

Was steckt nun hinter dieser Zahlenverwirrung?

Der grundsätzliche Unterschied zwischen GB und der BRD, der hier interessiert, ist, daß GB ein Land mit langer Kolonialgeschichte ist. Bis heute bestehen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den jetzt meistens mehr oder weniger „unabhängigen" ehemaligen Kolonien und dem „Mutterland" – das Commonwealth, die „große Völkerfamilie", dient als organisatorischer und symbolischer Rahmen. GB hat sich so, in neuer Form, eine Reihe von alten Vorteilen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art aus der Kolonialzeit erhalten können.

Dieser historischen Entwicklung und der Ideologie der „großen Völkerfamilie" entspricht es, daß alle Commonwealth-Bürger f o r m a l die britische Königin als Oberhaupt anerkennen. Bis 1961 bedeutete das, daß sie – anders als die „offiziellen" Ausländer – frei nach GB einreisen, dort Arbeit suchen und dort leben konnten. Nach dem 2. Weltkrieg waren in GB Arbeitskräfte knapp (bis 1958 nahm die Bevölkerung GB's ab!), und so wurden Commonwealth-Einwohner ermuntert und angeworben, als Arbeitskräfte nach GB zu kommen.

Und sie kamen in großer Zahl, denn abgesehen von „weißen" Commonwealth-Ländern wie Kanada oder Australien waren und sind diese Länder „unterentwickelt", ist die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung entsprechend schlecht.

Die meisten davon erscheinen in keiner Statistik, da sie nicht als „Ausländer" gerechnet worden sind. (Dasselbe gilt für die Iren). Erst ab 1969 wird die Ein- oder Ausreise statistisch erfaßt, auch dann werden diese Einwanderer nicht als „Ausländer" gezählt. „Ausländer" sind dagegen Menschen aus Nicht-Commonwealth-Ländern, z.B. Italiener, Spanier, Japaner, US-Bürger etc.

Für den britischen Imperialismus waren die besonderen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien (und zu Irland) durchaus von Vorteil: je nach Wirtschaftslage stand eine Reservearmee an billigen und in vielem genügsamen Arbeitskräften aus Übersee zur Verfügung (also derselbe Vorteil, den die „Gastarbeiter" für den BRD-Imperialismus bieten).

Was einerseits günstig war, war andererseits auch ein schwacher Punkt. Diese Arbeitskräfte aus dem Commonwealth hatten das Recht, frei einzureisen – mit Familie – und nach Belieben zu bleiben. Im Gegensatz zu „Gastarbeitern" konnten sie nicht ohne weiteres abgeschoben werden, sobald die Kapitalisten sie nicht mehr brauchten.

Nach der Wirtschaftskrise 1957/58 und als die Bevölkerungsziffern wieder anstiegen, führten deshalb sozialdemokratische und konservative Regierungen ein Gesetz nach dem andern ein, um den Status der Commonwealth-Arbeiter langsam aber sicher in den umzuwandeln, den „Gastarbeiter" haben.

Heute ist eine freie Einreise für die Commonwealth-Einwohner nicht mehr möglich. Nur eine festgelegte Zahl von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen (für qualifizierte Arbeitskräfte) wird erteilt, und das Nachholen von Familien-Angehörigen wird zunehmend erschwert. Der jetzige konservative Premier-Minister Heath forderte schon 1969, neue Einwanderer sollten nur noch für eine bestimmte Arbeit an einem bestimmten Ort und für einen bestimmten Zeitraum zugelassen werden. Die Aufenthaltserlaubnis müßte jedes Jahr erneuert werden, und ebenso jedesmal, wenn die Arbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln wollen (!).

Diese Umwandlung von scheinbar, d.h. formal, gleichen britischen Bürgern ausländischer Herkunft in strikt kontrollierte „Gastarbeiter" ist einer der Schritte, die das britische Kapital unternimmt, um aus seiner Niedergangsphase seit Ende des letzten Jahrhunderts, besonders aber seit den Weltkriegen, wieder hoch zu kommen. Deshalb jetzt – seit den 60er Jahren – mit Blick auf die EWG-Konkurrenz die Angriffe auf die Gewerkschaften, die Rationalisierung in den Betrieben, die Politik der verschärften staatlichen Lenkung in der Wirtschaft und der Lohn-Stop. Was GB in diesem Prozeß an „alten Zöpfen" aus der Weltreichs- und Kolonialzeit mitschleppt, wird dabei Stück um Stück abgeschnitten, zum Beispiel die kostspielige „militärische Präsenz östlich von Suez". Zu den „Zöpfen" gehört auch der bisherige Status der Commonwealth-Bürger.

Wie „Gastarbeiter" kommen die Nichtbriten in GB – in erster Linie die Farbigen – bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, Wohnungen und Schulen, Sozialversorgung usw. in der Regel am schlechtesten weg.

Zugleich wird diese Lage von der Bourgeoisie genutzt, um die Volksmassen mit Rassismus und Nationalismus irrezuführen. Man denke z.B. daran, daß es dem Reaktionär Enoch Powell vor einigen Jahren gelang, mit Hetzreden gegen ausländische Arbeitskräfte Popularität u.a. bei Teilen der um ihren Job fürchtenden britischen Hafenarbeiter zu gewinnen.

Ein weiteres Beispiel war vor einigen Jahren die rassistische Bandenbildung unter den proletarischen „weißen" Jugend, die deutlich faschistoide Züge annahm.

Neben die rassistische Propaganda tritt die Einschüchterung der Farbigen, die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung von Einzelnen und Gruppen. Die Brandanschläge dieses Frühjahrs, die die Polizei mit weggeworfenen Zigarettenkippen oder einem einzelnen „Irren" zu bemänteln versucht, trafen nicht zufällig auch einen Buchladen der Londoner „Schwarzen Panther", einer Organisation der Schwarzen also und ein Jugendzentrum für Ausländer.

Unter der farbigen Bevölkerung wächst das Bedürfnis nach Selbstverteidigung, nach Gegenmaßnahmen. Sie organisiert sich daher in eigenen Gruppen. Schlechte Erfahrungen mit Gewerkschaftsführern (und auch leider einfachen Gewerkschaftern), mit den Sozialdemokraten, die die einschlägigen Gesetze verschärften, aber auch mit „linken" Gruppen verstärken diese Tendenz.

In dem Maße, in dem die Angriffe des Kapitals und des Staates wachsen, werden aber auch die Stimmen lauter, die eine Zusammenarbeit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von nationalen und rassischen Unterschieden, fordern. Dies zeigt sich unter den Nichtbriten selbst, in den Gewerkschaften, in sozialistischen Gruppen und Organisationen und sogar unter fortschrittlichen Liberalen.

Anmerkungen:

1) Kenneth Leech, „Migration and the British Population" (1955-1962), Race VII (1966), 402-409.

2) Encyclopedia Britannica, 1970, Stichwort „England".

3) Brockhaus, 1969, Stichwort „Großbritannien und Nordirland".

4) C. W. Chitty, „Aliens in England in the Sixteenth Century", Race VIII (1966), 129-145.

5) Berechnung nach: Central Statistical Office, Annual Abstracts of Statistics 1972, No. 109, (London 1972).

■

Stellungnahme der Leitung des KB zum israelisch-arabischen Krieg (8.10.73)

Die hier abgedruckte Stellungnahme wurde von der Leitung des KB am Abend des 8.10. abgefaßt und am folgenden Tag als Flugblatt verbreitet. Durch ein technisches Versehen wurde sie nicht im AK 34 abgedruckt; das wird hier nachgeholt. Die Stellungnahme enthält einen Formulierungsfehler: statt „daß ... die hebräische Bevölkerung Israels am anti-zionistischen Kampf teilnimmt" (rechte Spalte, 16. Zeile von unten) muß es heißen „daß ... das werktätige hebräische Volk ..." Da die israelische Gesellschaft selbstverständlich eine Klassengesellschaft ist, kann von einer Teilnahme der gesamten „B e v ö l k e r u n g" am anti-zionistischen Kampf keine Rede sein, vielmehr muß sich dieser gerade gegen die herrschenden Klassen des zionistischen Staates und den internationalen Zionismus richten.

Die Leitung des KB hat sich am 8. Oktober zu einer außerordentlichen Sitzung getroffen. Im Vordergrund der Diskussion standen die Kämpfe zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, die am 6. Oktober begonnen haben.

Über die militärische Lage lagen keine klaren Informationen vor. Jedoch scheint sich abzuzeichnen, daß Israel nach anfänglichen Erfolgen der ägyptischen und syrischen Truppen am Suez-Kanal und auf den Golan-Höhen zur Gegenoffensive übergehen konnte. Die Leitung schätzte ein, daß Israel seine Kriegsziele – nämlich eine erfolgreiche Abnützungsschlacht gegen die arabischen Armeen und damit deren längerfristige Niederlage sowie die Verschiebung der Waffenstillstandsgrenzen, insbesondere Gewinnung beider Ufer des Suez-Kanals – schließlich erreichen wird, obwohl die Dauer der Kämpfe noch nicht eingeschätzt werden kann.

Die Kämpfe sind nach Einschätzung der Leitung durch israelische Provokationen an den Waffenstillstands-Linien gezielt ausgelöst worden. Die kürzlichen Zwischenfälle in Österreich (um das Lager Schönau) sind vom Zionismus sogleich zum Anlaß für militärische Vorbereitungen und Kriegsdrohungen mit sogenannten „Vergeltungsschlägen" gegen die arabischen Staaten genommen worden. Es hat den Anschein, daß die Regierungen Syriens und Ägyptens durch diese Kriegsdrohungen und militärische Provokationen Israels zu einem Vorstoß veranlaßt worden sind, um nicht – wie gegenüber dem „Blitzkrieg" Israels 1967 – durch einen Überraschungsangriff Israels von vornherein in eine militärisch passive und defensive Position zu gelangen.

Die eigentliche Ursache dieses Krieges und des Konfliktes in dieser Region ist die Existenz des zionistischen Staates Israel. Der zionistische Staat ist unter Mißachtung des Willens des palästinensischen Volkes und durch dessen gewaltsame Vertreibung entstanden. Damit nicht genug, vertritt der Zionismus gegenüber den arabischen Staaten eine expansive Politik, indem er unter hanebüchenden „historischen" Vorwänden eine weitere Ausdehnung Israels (vom Euphrat bis zum Nil") fordert und eine Politik in diese Richtung betreibt. Insbesondere hält Israel auch unter Mißachtung von UN-Resolutionen weitere ägyptische, syrische und jordanische Gebiete besetzt und versucht z.T. diese Gebiete durch Neuansiedlungen fest in den zionistischen Staat zu integrieren.

Die heuchlerische Haltung, die die US-Regierung jetzt zu den Kämpfen einnimmt, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der US-Imperialismus eng mit dem Zionismus verflochten ist und die Expansionspolitik Israels materiell (Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung) und politisch beträchtlich unterstützt. In den Rahmen dieser Politik ist es einzuordnen, wenn jetzt die 6. US-Flotte in Richtung Israel in Marsch gesetzt worden ist, um Druck auf die arabischen Staaten auszuüben und Position Israels zu unterstützen. Die Sowjetunion hat dagegen die arabischen Staaten mit politischen Erklärungen unterstützt, jedoch erreicht die tatsächliche sowjetische Hilfe für die arabischen Staaten hinsichtlich ihrer Höhe, der Modernität der Waffen u.a.m. bei weitem nicht das Ausmaß der Hilfe, die dem Zionismus durch die USA zuteil wird und die den Möglichkeiten der Sowjetunion entsprechen würde. Die Parole des Sowjetrevisionismus von der „friedlichen Lösung" des Nahost-Konflikts bringt nicht die reale Lage in der Region und die Interessen der arabischen Völker zum Ausdruck, sondern vielmehr das Bestreben, ein globales Arrangement mit dem US-Imperialismus zu finden.

Eine Lösung des Konflikts ist nur möglich, wenn der zionistische Staat Israel zerschlagen wird, wobei jedoch die Existenz des hebräischen Volkes in dieser Region respektiert werden muß. Der KB unterstützt wie in der Vergangenheit alle Vorschläge und Pläne, in Palästina einen sozialistischen Staat zu schaffen, in dem Palästinenser und Hebräer gleichberechtigt zusammenleben werden. Eine solche Lösung setzt u.E. voraus, daß sich soziale Umwälzungen in der gesamten Region vollziehen und die hebräische Bevölkerung Israels am antizionistischen Kampf teilnimmt. Insbesondere sind Erfolge gegen den Zionismus davon abhängig, daß die gegenwärtigen bürgerlich-nationalistischen Regime der arabischen Staaten, deren Innenpolitik z.T. faschistoid ist wie in Libyen – durch volksdemokratische Regierungen ersetzt werden. Nur so wird es den arabischen Staaten auch möglich werden, eine Politik des Stützens auf die eigenen Kräfte und der Unabhängigkeit von den Großmächten zu betreiben. ■

LG des Kommunistischen Bundes 8.10.73

Forts. Chile

Die reaktionäre bürgerliche Presse hat andererseits die relative Breite des Volkswiderstandes in Chile heruntergespielt und verschwiegen, um die Resignation für vollkommen und die internationale Solidarität für unnötig zu erklären. In ihren Spalten war zumeist nur von „einigen Heckenschützen" die Rede. Allein dieser Begriff schon soll eine faschistische Meinung vom Wesen des Widerstandes gegen die Militärjunta einprägen: feige Terroristen, die aus dem Hinterhalt auf das für Ruhe und



Mit ganzseitigen Anzeigen in der faschistischen Presse fordert das chilenische Militär das „Besitz-Bürgertum" auf, für den „nationalen Wiederaufbau" goldene Eheringe Text der Anzeige: „Tut etwas für Chile, tut etwas für das Vaterland, gebt den Banken Geld, arbeitet mit am Nationalen Wiederaufbau, helft Chile, für ein besseres Leben für alle Chilenen".

Ordnung sorgende Militär schießen. Der Begriff „Heckenschützen" ist auch regelmäßig auf die nordirischen Freiheitskämpfer der IRA angewandt worden.

Die Hetze der reaktionären Presse gegen den antifaschistischen bewaffneten Volkswiderstand ist das eingepaßte Ergänzungsstück zur gleichfalls von dieser Presse betriebenen Art und Weise, den Terror der Militärjunta zu verniedlichen, bzw. sogar ganz abzustreiten. Der Chile Berichterstatter von Springers „Welt" Hermann Renner, schrieb beispielsweise am 2. Oktober, daß das chilenische Militär „sparsam" schießt, und daß es „schonend" mit „Blut und Gut der Chilenen" umgeht. Solcherart „Berichterstattung" zeigt erneut, daß diese Leute eine faschistische Terrorherrschaft auch in unserem Land befürworten würden und teilweise auch heute schon sehnlichst herbeiwünschen.

Übertriebene Hoffnungen auf Rebellionen in der Armee

In vielen Orten Chiles haben die Arbeiter sofort nach dem Putsch versucht, ihre Betriebe gegen das Militär zu verteidigen. In allen Fällen, von denen wir wissen, mußten sie dies aber schließlich unter großen Verlusten aufgeben (siehe dazu z.B. den in der letzten Ausgabe des AK abgedruckten Bericht: „165 Arbeiter abgeknallt"). Häufig sind die besetzt gehaltenen Betriebe aus der Luft bombardiert worden, wogegen die Arbeiter machtlos waren.

Neben Santiago wurde ein heftiger Widerstand besonders aus den Orten Concepción, Valparaiso, Antofagasta, Punta Arenas, Los Andes, Las Cuevas, Arica, Valdivia und Puente Alto gemeldet. Wo die Betriebe nach und nach aufgegeben werden mußten, haben die Arbeiter mehrfach versucht, die Wiederaufnahme der Arbeit zu verweigern. Auch der gesamte Eisenbahnverkehr soll gleich nach dem Putsch lahmgelegt worden sein. Das Militär hat mittlerweile eine generelle Zwangsarbeit angeordnet und geht gegen jede Arbeitsverweigerung mit größter Brutalität vor. Beteiligung an einem Streik soll mit drei bis zehn Jahren Gefängnis bestraft werden.

In den Kupferbergwerken von Chuquicamata im Norden des Landes, wo 20.000 Bergarbeiter arbeiten, soll es nach einer Meldung der italienischen Zeitung „Unità" vom 19. September gelungen sein, eine große Versammlung in einem Amphitheadung wurde dort die vorläufige Stillegung der Kupferminen beschlossen und zur Teilnahme an der Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen aufgerufen. Eine spätere Nachricht besagt, daß das Militär inzwischen das Gebiet der Kupferminen umstellt und abgeriegelt hat, um die Kupferarbeiter daran zu hindern, Verbindung mit anderen Widerstandsgruppen aufzunehmen und einen Ausbruch zu versuchen.

Aus einigen Orten liegen auch Berichte von Rebellionen antifaschistischer Soldaten vor. Zumeist wurden diese Rebellionen jedoch sofort niedergeschlagen und alle daran beteiligten Soldaten auf der Stelle umgebracht, wie etwa in den Regimentern von Valparaiso und Puenta Alta.

Daß es überhaupt in einigen Fällen zu diesen Rebellionen gekommen ist, geht weitgehend auf die revolutionäre Arbeit des MIR („Bewegung der revolutionären Linken") in der Armee zurück. Der MIR hatte unter der Allende-Regierung mit dem Aufbau einer „Frente de soldados" (revolutionäre Soldaten-Zellen) begonnen. Die Soldaten wurden immer wieder, besonders in der Zeit seit dem gescheiterten Putschversuch vom 29. Juni 1973, durch die Propaganda des MIR aufgefordert, den putschistischen Offizieren die Befehle zu verweigern. Soldaten, die mit dem MIR in Verbindung standen oder mit ihm sympathisierten, mußten schärfste Repressionen erleiden. In Valparaiso (und sicher nicht nur dort) wurden sie gefoltert. Die Allende-Regierung stimmte in diesem Fall sogar noch zu, daß die gefolterten antifaschistischen Soldaten anschließend wegen „subversiver Unterwanderung der Armee" vor Gericht gestellt wurden.

Gegenüber der Infiltration der Faschisten und Putschisten (wofür es in der bürgerlichen Armee naturgemäß einen weit größeren Raum und fruchtbareren Boden gibt) trat die Allende-Regierung andererseits sehr „tolerant" auf. Sie wollte bekanntlich die „Zusammenarbeit" mit diesem „starken Partner", dem Militär, nicht gefährden. Der jetzige Junta-Chef Pinochet wurde übrigens kurze Zeit vorher noch von Allende selbst auf den Posten des Armee-Oberbefehlshabers gehoben.

Bei alledem mußten es insgesamt Einzelfälle bleiben, wenn einige Soldaten gegen den Militärputsch rebellierten. Das wird auch von einem führenden MIR-Genossen bestätigt, mit dem die Genossen von „Lotta Continua" nach dem Putsch das im letzten AK abgedruckte kurze Interview führten. Daraus geht hervor, daß auch der MIR den Einfluß seiner bisherigen revolutionären Propaganda in der Armee offensichtlich noch überschätzt hatte.

Nun ist die Tatsache, daß das bürgerliche Militär in Chile ebenso wie in der übrigen Welt auf Seiten der Konterrevolution steht, so offensichtlich geworden, daß eigentlich kein ernsthafter Mensch dies mehr abstreiten kann. Und man sollte annehmen, daß selbst die Revisionisten (zumindest gegenwärtig) gezwungen sind, diese Tatsache zuzugeben (ohne daß wir dabei die Illusion hätten, daß sie demzufolge auch die entsprechenden Konsequenzen für eine revolutionäre Strategie ziehen würden). Aber man mute diesen Leuten nicht zu viel „Realismus" zu! Die Hamburger Hochschulgruppe der DKP schreibt in einer Sonderbroschüre zu Chile nach dem Putsch in nicht geschmälerter Unverfrorenheit: *„Heute sehen wir, daß nur die Luftwaffe (!) einigermaßen (!) geschlossen hinter den Putschisten steht, während sich in den anderen Waffengattungen ein tiefer Riß zeigt."* Der Versuch, weiterhin die „Richtigkeit der von der Unidat Popular gegenüber dem Militär verfolgten Politik zu „beweisen", endet konsequenterweise im abgrundtiefen, arbeiterfeindlichen Zynismus!

Die Verteidigung der Betriebe

Doch zurück zum chilenischen Widerstand. In dem im letzten AK abgedruckten Interview mit einem MIR-Genossen berichtet dieser, daß in den ersten Tagen nach dem Putsch „eine Massenantwort militärischer Art in den Cordones (Industriegürtel) durchgeführt" wurde, „um den Bauern im Süden Zeit zu geben, sich zu organisieren". Jetzt sei eine neue Phase des Widerstandes eingeleitet worden, in welcher „eine Taktik der Guerilla und der Sabotagen in den Städten und auf dem Land" verfolgt werde.

Der Versuch, die Betriebe besetzt zu halten und zu verteidigen (die „Massenantwort militärischer Art in den Cordones") mußte von vornherein aussichtslos sein. Weder reichte dazu die militärische Ausrüstung der Arbeiter, noch sicherte dies die nötige Beweglichkeit des Widerstandes. Die Armeetruppen konnten ihre Angriffe auf relativ schutzlose „feste Ziele" konzentrieren. Der Aufruf zur Verteidigung der Betriebe war vor allem von der Unidad Popular ausgegangen. Kurz vor seiner Ermordung hatte Allende noch über Rundfunk dazu aufgerufen. Aber auch schon vorher, namentlich bei dem gescheiterten Putschversuch des Regiments von Tacna am 29. Juni, wurde dies von der Unidad Popular als geeignete Reaktion der Arbeiter propagiert. Vielen Arbeitern erschien dies wohl auch als das „Naheliegenste".

Der MIR hat demgegenüber schon vor dem Putsch die Auffassund vertreten, daß eine solche „Massenantwort in den Cordones" nur eine auf wenige Tage begrenzte Reaktion sein kann, um „Zeit zu gewinnen". Das läßt sich beispielsweise aus einem Artikel der bürgerlichen französischen Zeitung „Le Monde" vom 14. September herauslesen. Die „Le Monde" schreibt dort: *„Wie uns ein Führer des MIR vor zwei Wochen* (also vor dem Putsch; AK-Red.) *erklärte, sei seine Organisation in der Lage, einem Angriff der Armee einige Wochen lang bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, um in der Zwischenzeit eine Reorganisation der Volkskräfte zu ermöglichen."*

Wenn man hier des weiteren das zitierte Interview von „Lotta Continua" hinzuzieht, so ergibt sich, daß der MIR offenbar für einen vorübergehenden Zeitabschnitt direkt nach dem Putsch auf eine solche „Massenantwort in den Cordones" orientiert hat. Aus den geschichtlichen Erfahrungen für vergleichbare Situationen muß man im allgemeinen aber Zweifel an der Richtigkeit einer solchen Taktik selbst für einen auf wenige Tage begrenzten Zeitraum haben, da diese Taktik in jedem Falle hohe Verluste und eine starke Begrenzung der Beweglichkeit der Widerstandskräfte in Kauf nimmt.

(Diese und andere Erfahrungen der militärischen Seite des proletarischen Klassenkampfes werden in einem von uns demnächst veröffentlichten Nachdruck unter dem Titel „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!" dokumentiert, ca. 260 Seiten, 6 DM).

Andererseits sind die besonderen Umstände zu sehen, unter denen der MIR eine solche Taktik (auf wenige Tage begrenzt) für richtig hielt: Erstens mußten die Genossen davon ausgehen, daß viele Arbeiter, unabhängig von den taktischen Vorstellungen des MIR und stattdessen wesentlich beeinflußt durch die von der Unidad Popular gegebene Kampforientierung, den Versuch eines massenhaften bewaffneten Widerstandes innerhalb der Betriebe unternehmen würden. In einer solchen Situation von den ersten „Brennpunkten" des Widerstandes beiseitezustehen, hätte es den Militärs noch leichter gemacht und wäre von den heldenhaft kämpfenden Arbeitern auch nicht verstanden worden. Die Aufgabe bestand zu dieser Zeit darin, sich ohne Zögern an die Seite der kämpfenden Arbeiter zu stellen und den möglichst schnellen Übergang zu einer beweglicheren und erfolgreicheren Taktik zu organisieren. Zweitens hielt der MIR es offensichtlich (wie aus dem Interview und dem Zitat der „Le Monde" hervorgeht) für notwendig, das Militär für die erste Zeit an bestimmte „Brennpunkte" zu binden, „um den Bauern im Süden des Landes die



General Pinochet, der Henker des chilenischen Volkes: Zehntausende von Arbeitern und Bauern abgeschlachtet, zehntausende gefoltert und eingekerkert und zwar alles im Namen von „Ruhe und Ordnung" für die Interessen des US-Imperialismus und der chilenischen Bourgeoisie, mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA und des chilenischen Kleinbürgertums.

Zeit zu geben, sich zu organisieren". Dort im Süden des Landes hat der MIR seinen größten Einfluß und Rückhalt im Volk.

In vielen Betrieben wurden nach ihrer Erstürmung durch das Militär und nach der erzwungenen Wiederaufnahme der Produktion geheime Widerstandszellen von den Arbeitern gebildet, die versuchen, eine Verbindung mit den außerhalb der Betriebe weiterhin bewaffnet kämpfenden revolutionären Kräften herzustellen. Ein bereits erwähntes Beispiel dafür sind die Kupferarbeiter der Chuquicamata. Ähnliche Meldungen liegen über Betriebe in Santiago vor.

Los sentenciados

Condenados a muerte (fusilamiento):

Carabinero Guillermo Schmidt Godoy.

José Eusebio Rodríguez Hernández lugarteniente del *Mickey*.

Doctor Jorge Antonio Cerda Albarracín y Carlos Desiderio Quiroga Rojas.

Manuel Arancibia Arancibia (a) *el guata de pichi*, Oscar Lobos Urbina (a) *el Yeso* y Amador Ríos Valdivia (a) *el tartamudo*.

Ex intendente de Talca, Germán Castro Rojas.

Teobaldo Saldivia Villalón.

Ramón Palma Cares.

José Gregorio Liendo Vera (a) *el comandante Pepe*.

Juan Alarcón Villalón, Marcelo Guzmán Fuentes, Luis Alberto Lizardi, Jesús Nolberto Cañas, Juan Jiménez Vidal y Michel Celin Noch (al intentar escapar de Pisagua).

Condenados a penas privativas de libertad:

David Silberman, 13 años; Carlos Berger, 60 días; Carlos Acuña, 20 años; Héctor Tello, 3 años; Juan Ventura, 10 años de extrañamiento; Dagoberto Torres, 5 años, y David Miranda, 5 años.

Zum Tode verurteilt

In der faschistischen Presse Chiles erscheinen immer wieder Anzeigen mit den Namen verurteilter Regime-Gegner. Die meisten von den faschistischen Militärs ermordeten Arbeiter werden jedoch stillschweigend beiseite geschafft.

In der faschistischen Tagespresse erscheinen täglich ganzseitige Such-Anzeigen mit den Namen „noch flüchtiger" Genossen.

Der revolutionäre Widerstand lebt !

In den ländlichen Gebieten hat es kurz nach dem Militärputsch ebenfalls heftige Kämpfe gegeben. Nach der Niederlage in den Cordones Industriales hat sich mittlerweile auch ein Teil der revolutionären Kräfte dorthin zurückziehen können. Im Gebiet um Valdivia, im Süden Chiles, haben rund 600 Bauern der Armee einen erbitterten Kampf geliefert. Auf dem befestigten Hügel Morro de Arica haben sich zahlreiche Widerstandskämpfer versammelt, um gegen das Elite-Regiment von Tacna zu kämpfen. Der Kommandant dieses Regiments hat daraufhin Verstärkung angefordert, weil es den anwesenden Truppen allein nicht gelungen ist, die mutigen Revolutionäre niederzuringen. Zu einem längeren Gefecht zwischen der Armee und Einheiten des MIR kam es auch auf dem Hügel Cerro San Cristobal. Die Einheiten des MIR konnten sich anschließend ohne größere Verluste wieder zurückziehen.

Partisanenkämpfe werden aus mehreren Gebieten der Andenkordilleren gemeldet. Dort sollen auch mehrere ausländische Genossen an den Kämpfen beteiligt sein, die zumeist schon vorher als politische Flüchtlinge in Chile lebten. Über die gemeldete Bildung internationaler Brigaden in einigen lateinamerikanischen Ländern liegen uns demgegenüber nur wenig neue Informationen vor. In dem im letzten AK abgedruckten Interview hatte der MIR-Genosse die Situation aber so eingeschätzt, daß die konkrete Bildung von Brigaden fast unmöglich sei, „weil es keine freien Gebiete gibt". Soweit ausländische Genossen aus den angrenzenden Ländern also überhaupt nach dem Militärputsch in Chile eingetroffen sind, werden sie ebenfalls nur in kleineren Guerilla-Gruppen am Kampf beteiligt sein können.

Ein weiterer Hinweis über Guerilla-Aktivitäten liegt aus dem Gebiet um Concepción vor, was in der Vergangenheit oft als „Hochburg" des MIR bezeichnet wurde. Als das Militär dort einen Großangriff auf die Poblaciones (Elendsviertel) durchführen wollte, fand sie diese verlassen vor. Die Bewohner hatten sich massenhaft in die Berge zurückgezogen, um sich besser vor dem faschistischen Terror zu schützen und dort an der Bildung bewaffneter Widerstandsgruppen teilzunehmen.

Verschiedene Kommando-Einheiten der im Aufbau befindlichen Guerilla sind selbst initiativ zu Angriffsaktionen übergegangen. Offensichtlich wurden dabei im wesentlichen zwei Ziele verfolgt: zum einen sollte das Militär zur Dezentralisierung und Zersplitterung seiner Truppen veranlaßt werden; zum anderen ging es dabei um die Beschaffung von Waffen für den Widerstand. In Chillán, in der Nähe von Concepción, fand ein solcher Angriff von Guerilla-Gruppen auf die dortige Polizeikaserne statt. Nach einer der unzähligen Fahndungen



Forts. Chile

in der Stadtmitte von Santiago, wo 50 Antifaschisten verhaftet wurden, griff eine Partisaneneinheit eine Militärpatrouille an. Angriffe auf Kasernen der Carabineros (Spezialpolizei) fanden u.a. im Gebiet von Temuco (im Süden) und in Paso Nevado statt. Beim Angriff in Paso Nevado konnte der Kommandant der Kaserne getötet wer-



Genossen eines „Kommandos" erwarten ihre Verurteilung.

den. Ein weiterer Angriff auf die Kaserne „El Candado" in den Bergen nahe der argentinischen Grenze führte mit Erfolg zur Erbeutung mehrerer Waffen und zur Tötung von einem Offizier und drei Carabineros. Die Guerilla-Gruppe, eine Einheit des MIR, zog sich anschliessend hinter die argentinische Grenze zurück. Am 24. September explodierten mehrere Bomben in der US-Botschaft von Santiago und in Kasernen und Polizeistellen.

Diese Aktionen zeugen davon, daß die Militärjunta den bewaffneten Widerstand nicht hat vernichten können. Die Opfer unter den revolutionären Kämpfern und im ganzen Volk Chiles sind ungeheuer groß; aber der Widerstand lebt weiter und ist zu einem langen revolutionären Krieg gegen die Militärjunta, gegen den Imperialismus und gegen die einheimische Konterrevolution angetreten. Der MIR sowie auch Teile des linken Flügels der Unidad Popular waren bereits einige Zeit vor dem 11. September in die Illegalität gegangen, als sich die Zeichen für einen bevorstehenden

ge Zeit vor dem 11. September in die Illegalität gegangen, als sich die Zeichen für einen bevorstehenden

Militärumsturz häuften.

Gleich nach dem Putsch wurde damit begonnen, die Widerstandskräfte in einer gemeinsamen „Patriotischen Widerstandsfront" (F.P.R.) zusammenzufassen. Der MIR ist offensichtlich inzwischen zum wichtigsten Faktor dieser Widerstandsfront geworden, da er sich über einen langen Zeitraum auf die Unausweichlichkeit des bewaffneten Kampfes vorbereitet hat und sein Organisationsapparat demzufolge heute noch relativ intakt ist. Soweit es möglich war, legte der MIR unter der Allende-Regierung geheime Waffenlager an und bildete Arbeiter- und Bauern-Milizen zum revolutionären bewaffneten Kampf aus. Die Genossen Miguel Enriquez, Generalsekretär des MIR, und Carlos Altamirano, Generalsekretär und Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei, konnten sich bislang auch einer Verhaftung und Ermordung durch die Militärjunta entziehen. Auf ihre Ergreifung hat das Regime eine hohe Kopfprämie ausgesetzt; ebenso auf die Ergreifung mehrerer anderer Führer des revolutionären Widerstands.

Einige Probleme des chilenischen Widerstandes

Der chilenische Widerstand wird jetzt, nach den heldenhaften Kämpfen der ersten Wochen unter der Militärdiktatur, unweigerlich in eine Phase treten, wo die Kampftätigkeit zwar nicht aufhört, aber doch vorübergehend *nachläßt*. Es wird notwendig sein, die blutenden und vom faschistischen Terror dezimierten Reihen zu *reorganisieren*. Es wird notwendig sein, eine *langfristige* Strategie und Taktik des revolutionären Krieges in Chile unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur zu entwickeln, für die die Arbeiter und Bauern gewonnen werden können. Ein Zurück zu den alten Zuständen unter der Unidad Popular wird es dabei nicht geben, auch wenn die Reformisten weiterhin eine solche Entwicklung propagieren werden. Schließlich wird es notwendig sein, eine wirklich *revolutionäre Führung* des Widerstands herauszubilden. Auch wenn der Einfluß des MIR in den bewaffneten Kämpfen nach dem Militärputsch schon relativ groß ist, so wird man noch nicht davon sprechen können, daß dies bereits eine „fertige" revolutionäre Führung sei. Eine starke marxistisch-leninistische Partei, die auch in Chile der Motor und Garant eines längerfristig erfolgreichen Klassenkampfes sein wird, existiert dort bislang auch nicht.

Der MIR, der 1964 aus Abspaltungen der revisionistischen „KP" und der Sozialistischen Partei hervorgegangen ist, hatte nicht von Anfang an mit dem Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation begonnen, sondern erst gegen Ende der 60er Jahre. In der ersten Zeit war sein Einfluß zudem auf einen Teil der linken Studenten beschränkt. Ende 1970 begann der MIR mit der revolutionären Arbeit unter den Bauern, und erst im Frühjahr 1971 wurde eine organisierte Arbeit in den Betrieben aufgenommen. Die ersten revolutionären Betriebszellen des MIR entstanden im Laufe des Jahres 1971 in den Kupferminen von Chuquicamata, in den Zentren der Textilindustrie (Yarur, Samur und Bellavista-Tomé), im Kohlenrevier von Lota und in zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben von Santiago, Concepción und Valparaiso. (Angaben in: Arno Münster, „Chile – friedlicher Weg? ")

In der *Organisierung* und *politischen Konsolidierung* des revolutionären Widerstands werden also die Schwerpunkte der nächsten Zeit liegen. Mit Sicherheit werden auch in der jetzigen Phase weiterhin Guerilla-Aktionen durchgeführt werden; aber das wesentliche Merkmal wird vorerst darin bestehen, daß der Widerstand sich für die *zukünftigen* Kämpfe *rüstet*, daß er bessere *Voraussetzungen* für den längerfristigen Sieg schaffen wird.

Das Generalsekretariat des MIR hatte im Oktober 1970 nach dem Wahlsieg der Unidad Popular seine Auffassung bekräftigt, daß dieser Sieg nicht leicht sein wird und sich nur im Verlauf eines langdauernden revolutionären Krieges verwirklichen läßt. Es wurde betont, daß sich durch den Wahlsieg der UP „nichts wesentliches an diesen







Altamirano (l.), Chef des linken Flügels der Sozialistischen, Enriquez (m.), Chef des MIR und Gerreton (r.), Chef der Mapu organisieren den Widerstand im Untergrund. Sie sind die meistgesuchten Gegner der faschistischen Militär-Junta.

Bedingungen" geändert hat – und das hat sich mittlerweile in aller Deutlichkeit als richtig erwiesen. In der damaligen Erklärung des Generalsekretariats des MIR heißt es:

„... wir waren immer auf dem Standpunkt, daß der bewaffnete Kampf die Form eines irregulären und langandauernden revolutionären Krieges annehmen würde, und daß er nicht die Form eines Volksaufstandes haben könne, der in wenigen Stunden in definitiver Weise die Macht den Arbeitern überträgt; denn wenn man auch die ständigen Rückschläge für den Imperialismus im Vietnam-Krieg und die Fortschritte der Kolonialrevolution auf der ganzen Welt in Rechnung stellt, so ist der Imperialismus im Augenblick noch ungeheuer mächtig, ebenso wie die einheimischen herrschenden Klassen in Lateinamerika. Nur eine Form des irregulären Krieges, der in seiner politischen und militärischen Entwicklung die herrschenden Klassen schwächt und die Revolutionäre stärkt, kann in Chile erfolgreich sein.

Nichts Wesentliches an diesen Bedingungen hat sich durch den Wahlsieg der UP geändert: die Konfrontation ist nur aufgeschoben worden, und wenn sie sich schließlich einstellt, wird sie massiver sein und einen Charakter erhöhter Legitimität erhalten, was heute die Strategie des bewaffneten Kampfes mehr denn je in ihrer Gültigkeit bestätigt."

Die chilenischen Revolutionäre können sich heute auf wichtige Erfahrungen des revolutionären Krieges gegen den Imperialismus stützen, wie sie in anderen Teilen der Welt, z.B. Indochina, gemacht wurden. Allerdings stellt die gesellschaftliche Wirklichkeit in Chile einige Probleme der Revolution auch etwas anders als dies z.B. in Indochina der Fall ist. In Indochina lebt der weitaus größte Teil der Bevölkerung auf dem Land (Stadtbevölkerung in Südvietnam rund 30%, in Laos und Kambodscha nur jeweils 15%). Das erfordert nicht nur ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse (wie dies in allen vom Imperialismus beherrschten Ländern eine Voraussetzung für den Erfolg der Revolution ist), sondern diese Verhältnisse setzen auch besondere Bedingungen für die *militärische* Entwicklung des revolutionären Volkskrieges: die Hauptstärke dieses Krieges ist die bäuerliche Bevölkerung und der Austragungsort ist im wesentlichen das weite Land. Das erste Element dabei ist der Aufbau einer Guerilla auf dem Land. Die Guerilla (Partisanenkampf) kann im weiteren Verlauf (wenn es bereits einige befreite Gebiete gibt) durch den Aufbau einer Roten Armee ergänzt werden, wobei diese dann (wie es in China gewesen ist) schließlich zum wichtigsten militärischen Faktor des revolutionären Volkskrieges wird.

In Chile ist das *Wesen* der gesellschaftlichen Verhältnisse das gleiche: ein vom Imperialismus ausgebeutetes und beherrschtes Land. Aber die *konkreten Bedingungen* für die Entwicklung des revolutionären Krieges gegen den Imperialismus sehen dort anders aus. Die Stadtbevölkerung beträgt in Chile nahezu 73%. Allein in San-

Imperialismus sehen dort anders aus. Die Stadtbevölkerung beträgt in Chile nahezu 73%. Allein in San-

tiago lebt rund ein Drittel der chilenischen Bevölkerung; ein großer Teil davon allerdings auch in den Poblaciones, den Elendsquartieren am Stadtrand. Von der „wirtschaftlich aktiven" Bevölkerung sind etwas mehr als ein Viertel in der Landwirtschaft tätig und knapp 22% in der Industrie (der Dienstleistungssektor hat einen für viele vom Imperialismus unterentwickelt gehaltene Länder typisch hohen Anteil von über 41%).

Für die Einbeziehung der städtischen Wohngebiete in den Aufbau und die Kampfaktionen einer Guerilla gibt es bislang kaum längerdauernde erfolgreiche Vorbilder. Die Tupamaros in Uruguay (Stadtbevölkerung 78%), die das „klassische" Vorbild einer Stadtguerilla in der „Dritten Welt" darstellen, haben zeitweise durchaus konkrete Erfolge erzielen können; aber auch dort konnte die Isolierung der Guerilla von der Stadtbevölkerung nicht wesentlich überwunden werden, und heute sind die Tupamaros durch den staatlichen Terror offensichtlich weitgehend dezimiert.

In Brasilien (Stadtbevölkerung nach unterschiedlichen Angaben 57%, bzw. unter 50%), wo 1964 ein Militärputsch stattfand, entwickelte sich nach 1968 ebenfalls eine Stadtguerilla, die aber auch relativ isoliert und erfolglos blieb. Die bewaffneten Widerstandsorganisationen Brasiliens haben den *Aufbau* einer Guerilla daraufhin schwerpunktmäßig auf das Land verlegt, wo die Bewegungsmöglichkeit größer und das Bewachungsnetz des Militärregimes weniger ausgebaut ist.

Die letzten Informationen über die Tätigkeit des bewaffneten Widerstands in Chile deuten darauf hin, daß dort ähnliche Schlußfolgerungen gezogen wurden wie in Brasilien. Das kennzeichnet allerdings lediglich die augenblickliche Phase in der Entwicklung eines revolutionären Volkskrieges in Chile. Es ist unzweifelhaft, daß der Erfolg dieses Krieges unter den chilenischen Bedingungen in großem Maße von der Einbeziehung der städtischen Wohngebiete in den bewaffneten Kampf abhängen wird. ■

Erklärung der 'KP' Chiles nach dem Putsch

Erklärung der 'KP' Chiles nach dem Putsch

Die revisionistische „KP" Chiles hat am 11. Oktober eine Erklärung „An das chilenische Volk" veröffentlicht. Wir drucken hier eine längere Passage nach (Übersetzung aus der italienischen Zeitung „l'Unità" vom 14. Oktober) und kommentieren sie.

„Das Volk wird an die Regierung zurückkehren, und es wird nicht verpflichtet sein – soviel ist sicher – die institutionelle Situation wiederherzustellen, die bis gestern bestand. Es wird demokratisch eine neue Verfassung erlassen, neue Gesetzbücher, es wird neue Machtorgane schaffen, einen Staat, der dem vom Putsch begrabenen überlegen ist. In einem solchen Rechtsstaat werden alle religiösen Bekenntnisse respektiert werden, es wird Pluralismus geben, aber es wird keinen Rechtsschutz geben für den Faschismus, für Wirtschaftsverbrechen und auf rührerische Aktivität. Nachdem, was geschehen ist, hat das Volk auch das Recht, sich die Schaffung bewaffneter Streitkräfte und einer Polizei neuen Typs zum Ziel zu setzen, oder mindestens aus den militärischen Institutionen, aus den Reihen der Carabinieri und der Polizei, die reaktionären Elemente zu entfernen, um sicherzustellen, daß sich in Chile niemals wiederholen wird, was jetzt passiert ist. Das Land geht nicht umsonst durch die schmerzliche Erfahrung, die es jetzt durchlebt...

Diese und andere Probleme müssen von allen revolutionären und demokratischen Kräften überprüft werden, um hierüber und über andere Themen zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen. Es wird nötig sein, unentbehrlich, auch eine kritische und selbstkritische Prüfung der fast drei Regierungsjahre der Volksregierung vorzunehmen. In dieser Periode wurden große Dinge verwirklicht, aber auch schwere Fehler begangen. Sehr ernste Schäden wurden verursacht durch die Positionen und Aktivitäten der extremen Linken, wie auch durch reformistische Tendenzen, die in diesem oder jenem Moment sogar in der Aktion der Volksregierung auftraten. Die Chilenische KP ist völlig überzeugt, daß ihre Haltung der einschränkungslosen Verteidigung der Volksregierung, ihre Bemühungen bei der Suche nach Verständigung mit anderen demokratischen Sektoren, vor allem an der Basis, ihre Anstrengungen, um den Mittelschichten der Bevölkerung Sicherheit zu geben, ihre Aktion mit dem Zweck, das Feuer auf den Hauptfeind zu konzentrieren – Imperialismus und äußerster Reaktion – , ihre Beharrlichkeit bei der Stärkung der Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten, der Einheit der Arbeiterklasse und der Verständigung zwischen allen Parteien der Unidad Popular, ihre Sorge um Steigerung der Produktion und der Produktivität, Selbstfinanzierung der Unternehmen des gesellschaftlichen Sektors und höchste Arbeitsdisziplin, eine insgesamt korrekte allgemeine Politik kennzeichnen. Das schließt jedoch nicht aus, daß es in ihrer Aktion Schwächen und Irrtümer gegeben hat. Andererseits meinen wir, daß dies nicht der geeignete Moment ist, um die Fehler zu diskutieren, die von der Regierung oder der Unidad Popular insgesamt oder jedem ihrer politischen Sektoren im einzelnen begangen wurden. Jedes Ding zu seiner Zeit. Den Akzent jetzt auf diese Diskussion zu legen, könnte der Einheit zwischen den Volksparteien Schaden zufügen, im Moment, in dem das Hauptproblem gerade darin besteht, ihre Einheit aufrecht zu erhalten und zu entwickeln, um gegen die Militärdiktatur Front zu machen und mit einheitlichem Geist auf die neuen Aufgaben zu antworten, die vor der Arbeiterklasse und dem Volk stehen..."

Die chilenische Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten. Um sich von dieser Niederlage zu erholen und zum Gegenangriff gegen Imperialismus und einheimische Reaktion übergehen zu können, müssen zunächst einmal die Ursachen der Niederlage eingeschätzt werden, einschließlich der Auseinandersetzung über Fehler der Unidad Popular, der Linken außerhalb der UP etc. Wie kann man denn ohne solche Auseinandersetzung eine „Einheit" der verschiedenen antifaschistischen und revolutionären Kräfte herstellen? Auf welcher Basis soll diese Einheit beruhen ? Auseinandersetzung steht zur Einheit nicht im Widerspruch, sondern ist im Gegenteil eine elementare *Voraussetzung*, um eine wirkliche Einheit zu erreichen.

Was soll man dagegen von einer Partei halten, die „im Interesse der Einheit" ihre eigenen schweren Fehler und die Fehler anderer Parteien, die zur Niederlage der chilenischen Arbeiterbewegung und der UP-Regierung beitrugen, zu verdecken trachtet mit dem pharisäerhaften „Argument" : für gründliche Selbstkritik ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, weil die Einheit wichtiger ist.

Allerdings können sich auch die chilenischen Revisionisten der Einsicht nicht verschließen, daß nach dem Putsch die „demokratischen Institutionen" an Glaubwürdigkeit verloren haben, und sich die Frage der Schaffung einer neuen Staatsmacht stellt. Hierzu hätte es jedoch nicht erst die opfervolle Erfahrung des Putsches brauchen müssen. Man muß sogar zweifeln, ob nicht die chilenischen Revisionisten nach einer Phase der „Normalisierung" ganz und gar zu ihrem früherem Reformismus zurückkehren werden. In diese Richtung weist ein Ausspruch des Mitglieds des ZK der „KP" Chiles, Volodia Teitelboim : **„Der chilenische Weg bleibt im wesentlichen gültig."** ■

Chile und die Qual des Jubelökonomismus

Zur Chile – Kampagne des KBW (NRF)

Nicht nur unsere Differenzen zu den Revisionisten und Reformisten sind an der Haltung zum faschistischen Putsch in Chile erneut sehr deutlich geworden (und wir haben uns damit in mehreren Artikeln auseinandergesetzt), sondern auch unsere Differenzen zu den „Jubelsozialisten" konnten daran nicht verborgen bleiben.

Noch wenige Tage vor dem Putsch hatte der KBW in seiner Zeitung „KVZ" Erfreuliches aus Chile zu berichten gewußt: **„Die chilenischen Volksmassen haben ihre Lehren aus den Niederlagen gezogen. Das chilenische Volk wurde in den letzten Jahren zunehmend geschlossener und kampfbereiter . . . Und die Volksmacht wird aufgebaut (!), selbständig (!) von der Arbeiterklasse und gegen den bürgerlichen Staat."** (KVZ vom 12. September)

So konnte sich der KBW auch nur schwer nach dem Putsch auf die neue Situation einstellen. In der „KVZ" vom 26. September war die zuversichtliche Überschrift zu lesen: **„Chile: Das Volk ist nicht besiegt."**

In der Chile-Agitation der Hamburger SSG (frischgebackene „Ortsgruppe Hamburg des KBW") nahm sich die Umsetzung dieser Linie noch um einiges bunter und phantasievoller aus.

In einem ersten Flugblatt hieß es: *„Das chilenische Volk hat sofort mit aller Kraft den Kampf gegen die Militärdiktatur für Demokratie und Sozialismus aufgenommen und wird ihn mit Sicherheit gewinnen."* Hier durfte die Story von den 80 000 „bewaffneten Arbeitern" nicht fehlen, die angeblich dabei waren, auf Santiago zu marschieren, um den Putsch niederzuschlagen. (In der mündlichen Agitation und in Gesprächen mit SSGlern waren so-

80 000 „bewaffneten Arbeitern" nicht fehlen, die angeblich dabei waren, auf Santiago zu marschieren, um den Putsch niederzuschlagen. (In der mündlichen Agitation und in Gesprächen mit SSGlern waren so-

gar noch wildere Gerüchte zu hören.)

Hier geht es nicht einmal so sehr darum, daß die SSG ungeprüft vage Gerüchte über die Lage in Chile als „Tatsachen" verbreitete. Vielmehr zeigt sich darin der Zustand einer Organisation, die sich an derartigen „Sensationen" aufgeilt, um solange wie möglich die Augen vor der grauen Wirklichkeit verschließen zu können.

Woher hätten wohl in Chile 80 000 bewaffnete (!!) und organisierte (!!) Arbeiter kommen sollen? Aber für den KBW, der ja noch kurz vor dem Putsch das chilenische Volk beim „selbständigen" Aufbau der „Volksmacht" gesehen hatte, war das gar nicht weiter rätselhaft.

Es folgte einige Tage später ein weiteres Flugblatt der SSG, dessen Überschrift jubilierend eine neue „Sensation" verkündete: **„Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht!"**

Ein paar tausend tote Arbeiter können die heile Welt dieser frohen Gemüter doch nicht stören!

In demselben Flugblatt der SSG heißt es: *„Über die Situation auf dem Lande dürfen Presse und Rundfunk nicht berichten, was darauf hindeutet, daß es dort für die Junta nicht besonders gut aussieht. Die Junta beherrschte am Sonntag (*das war der sechste Tag nach dem Putsch – Anm. AK-Red.*) also lediglich einen kleinen Teil des Landes, das Zentrum von Santiago und diejenigen Viertel, in denen sich die Reichen niedergelassen haben."* Die Lage der Junta sei „hoffnungslos".

In der „KVZ" vom 10. Oktober wird dann der Spieß geschickt umgedreht, indem gegen ein Flugblatt des MSB (Studentenverein der DKP) polemisiert wird. Der MSB hatte doch tatsächlich – hach, wie ist das komisch! – in diesem Flugblatt behauptet: „Militärputsch gescheitert". Na, das weiß der KBW aber (inzwischen!) wirklich besser. Kichernd zeigt die „KVZ" mit dem Finger auf die Blödel vom MSB – und hat schon ganz vergessen (bzw. möchte gern vergessen lassen!), daß die Äußerungen des KBW nach dem Putsch auch nicht viel gescheiter waren.

Was in Chile wirklich passiert ist – nämlich eine schwere Niederlage der Arbeiterbewegung und Aufrichtung des faschistischen Terrors – ist selbst der „KVZ" vom 29. Oktober anscheinend noch nicht ganz klar. Es heißt dort:

„Die Situation in Chile läßt sich noch nicht eindeutig einschätzen(!!). Sicher ist, daß es der Militärjunta noch nicht gelungen ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen und wahrscheinlich ist, daß es ihr auch nicht gelingen wird, die Lage zu stabilisieren und ein konsolidiertes konterrevolutionäres Regime zu errichten."

Das ganze trägt die Überschrift: „Chile, organisierter Widerstand. Die einheitliche Führung wird hergestellt."

Immer noch wird die Tatsache des vorläufigen Sieges der Konterrevolution verheimlicht, wird die Illusion eines „organisierten Widerstands", einer noch nicht fest im Sattel sitzenden Junta, eines relativ raschen Sturzes der Junta verbreitet. Und sowas mokiert sich über die Dummheiten des MSB? !

Dabei sollte man feststellen, daß sich der KBW damit schwerlich auf die revolutionären Genossen des chilenischen MIR berufen kann, auch wenn der KBW bisweilen in der anmaßenden Pose eines „Generalvertreters" des MIR für die BRD auftritt.

Der MIR hat jedenfalls schon im Oktober 1970 eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

„...wenn man auch die ständigen Rückschläge für den Imperialismus im Vietnam-Krieg und die Fortschritte der Kolonial-Revolution auf der ganzen Welt in Rechnung stellt, so ist der Imperialismus im Augenblick noch ungeheuer mächtig, ebenso wie die einheimischen herrschenden Klassen in Lateinamerika."

Aus dieser Einschätzung heraus hat der MIR die Unvermeidlichkeit eines langdauernden, revolutionären Krieges begründet. Der MIR hat sich ausdrücklich gegen die Vorstellung gewandt, daß dieser revolutionäre Krieg „die Form eines Volksaufstandes haben könne, der in wenigen Stunden in definitiver Weise die Macht den Arbeitern überträgt."

So scheint es sich jetzt in Chile gerade darum zu handeln, daß nach einer Phase des spontanen Widerstands unmittelbar nach dem Putsch jetzt mit der Organisierung eines langfristigen revolutionären Kampfes begonnen worden ist. Dabei geht es nicht um Tage oder Wochen (wie der KBW immer noch seinem gutgläubigen Publikum vorgaukelt), sondern sicher zumindest um Monate, wenn nicht um einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Für den KBW darf das nicht so sein, denn die dort vorherrschende Mentalität ist ganz offenbar der unverwüstliche Frohsinn und Optimismus einer religiösen Sekte. Niederlagen sind im Programm nicht vorgesehen, selbst faschistischer Terror beweist ja bloß, wie schwach der Imperialismus ist, wie „verzweifelt" seine Lage ist usw. Der in dieser Haltung liegende ungeheuerliche Zynismus ist offenbar den meisten Anhängern des KBW gar nicht bewußt.

Es wäre famos, wenn die Situation h e u t e schon so wäre, wie sie vom KBW beschrieben wird. Aber leider ist dies überhaupt nicht der Fall. Leider ist es so, daß der Imperialismus **„im Augenblick noch ungeheuer mächtig"** ist, wie die Genossen des MIR in der Erklärung ihres Generalsekretariats vom Oktober 1970 feststellten. Und in Chile hat sich das erneut gezeigt. Nur für Illusionisten hängt der Himmel voller Geigen.

Die Arbeiter und erst recht die Revolutionäre dürfen sich solche Tagträumereien nicht erlauben. Aus einer falschen Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses folgt eine falsche Bestimmung der politischen Aufgaben. Aus einer U n t e r s c h ä t z u n g der Stärke des Imperialismus folgt die selbstmörderische Linie eines „leichten Sieges". In der konkreten politischen Arbeit hat dies zumeist eine V e r n a c h l ä s s i g u n g hinsichtlich des Schaffens von politischem B e w u ß t s e i n und der revolutionären O r g a n i s i e r u n g der Arbeiterklasse zur Folge. Die Aufgaben der Revolutionäre werden h e r a b g e m i n d e r t, und die „Selbsttätigkeit" des Proletariats wird a n g e b e t e t.

In einem Flugblatt der Hamburger SSG vom 12.9. z.B. findet sich die zuversichtliche Behauptung:

„Der reaktionäre Putsch kann zwar die Regierung der UP stürzen, ihre Parteibüros besetzen und ihre führenden Kader verhaften und ermorden, aber er kann nicht die gewonnene Klarheit und Einheit der Massen auslöschen."

Von was für einer „Einheit" ist hier die Rede, wenn die revolutionären (und reformistischen) Organisationen zum großen Teil zerschlagen bzw. in die Illegalität gedrängt werden? Von was für einer „Klarheit" ist die Rede, wenn gerade die b e w u ß t e s t e n Arbeiter systematisch von der Junta gejagt, ein großer Teil von ihnen ermordet oder eingekerkert wurde? Die Schläge der Konterrevolution gerade gegen die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse sind eben sehr wohl in der Lage, das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen insgesamt zurückzuwerfen. Denn das sozialistische Bewußtsein (nichts anderes kann doch wohl „Klarheit" bedeuten) verteilt sich nicht gleichmäßig über die Köpfe a l l e r Werktätigen, sondern verkörpert sich gerade in einer bewußten V o r h u t.

In der „KVZ" vom 26. September heißt es: **„Die chilenische Arbeiterklasse hat gelernt zu kämpfen und sich zu organisieren. Und sie hat jetzt, wenn auch durch schmerzliche Opfer gelernt, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Bewaffnung des Volkes, den Weg zur sozialen Revolution, zum Sieg über die Ausbeuterklassen öffnen können."**

Nach dieser Logik genügt der Arbeiterklasse die bloße E r f a h r u n g, um zu einem vollständigen sozialistischen Bewußtsein, inklusive aller nötigen Schlußfolgerungen zu kommen. Sozusagen ein praktischer Kurzlehrgang von Lenins „Staat und Revolution". In der Blütezeit der Studenten-Revolte war diese Position in der zynischen Redensart zusammengefaßt: „Der Polizei-Knüppel

kommen. Sozusagen ein praktischer Kurzlehrgang von Lenins „Staat und Revolution". In der Blütezeit der Studenten-Revolte war diese Position in der zynischen Redensart zusammengefaßt: „Der Polizei-Knüppel

auf den Kopf schafft das revolutionäre Bewußtsein!".

Die historische Erfahrung lehrt jedoch, daß der „Knüppel auf den Kopf" keineswegs automatisch und im Handumdrehen sozialistisches Bewußtsein in die Köpfe hineinbringt. Trotz der Erfahrungen der Niederlage der Revolution von 1905 mußte die Partei der Bolschewiki noch 1917 um die Frage der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates etc. einen intensiven und ständigen politisch-ideologischen Kampf gegen andere Richtungen in der Arbeiterbewegung führen. In Deutschland führte die Erfahrung des Faschismus keineswegs im Selbstgang zu revolutionärem Bewußtsein der Massen, sondern im Gegenteil zu einer bis heute anhaltenden politischen Lähmung und Resignation.

So wäre es auch eine Illusion, anzunehmen, daß der faschistische Putsch automatisch und unauslöschbar die Idee der gewaltsamen Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates etc. in alle Köpfe eingebrannt hätte. Derartige Auffassungen, die vom KBW nicht nur bezüglich Chile vertreten werden (sondern z.B. ähnlich auch gegenüber den spontanen Streiks in der BRD), dienen dazu, die politisch-ideologischen Aufgaben der Revolutionäre herabzudrücken.

Es ist unzweifelhaft, daß die Erfahrungen der Arbeiter im Klassenkampf die G r u n d l a g e für die Herausbildung ihres Klassenbewußtseins sind. Lenin hat bereits 1895/96 im „Entwurf und Erläuterungen des Programms der Sozialdemokratischen Partei" davon gesprochen, daß die Arbeiter Klassenbewußtsein entwickeln, **„wenn sie fortwährend aus den Erfahrungen eben des Kampfes schöpfen, den sie gegen die Fabrikanten zu führen beginnen und der sich immer mehr entfaltet, immer erbitterter wird und in dem Maße, wie die großen Fabriken und Werke entstehen, eine immer größere Anzahl von Arbeitern umfaßt."(Werke, Bd. 2, S. 106)**

Das erste, was wir daran hervorheben wollen, ist, daß Lenin von den Erfahrungen d e s K a m p f e s spricht, und nicht von irgendwelchen Erfahrungen. Es ist eben nicht

»

Völlig auf den Hund gekommen

Das letzte vom KBW

Völlig auf den Hund gekommen

Das letzte vom KBW

Zum stolzen Preis von DM 4,00 ist die NR. 1 vom „Kommunismus und Klassenkampf", „theoretisches Organ" des KBW (70 Seiten) auf dem Markt.

J.S., ehemals intellektuell ernst zu nehmender Führer des Heidelberger SDS, heute „Sekretär" des KBW, äußert sich in diesem Heft zu der Frage von „Defensive" oder „Offensive" im Klassenkampf. In dieser Frage war innerhalb des KBW eine Meinungsverschiedenheit aufgetreten, da einige Theoretiker des ehemaligen KB Bremen (jetzt im KBW) die These vertreten hatten, daß sich gegenwärtig die Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie in der Defensive befindet.

Zugleich haben wir in dieser Frage die Politik des KBW kritisiert (vgl. besonders den Artikel „Taktisches Wirrwarr" in AK 31 und 32). Alle „irrigen" Auffassungen von einer Defensiv-Situation der Arbeiterklasse werden von J.S. nunmehr gründlichst „widerlegt". Diese „Widerlegung" besteht im wesentlichen aus drei „Argumenten", eines immer noch schöner als das andere:

1.) Zunächst einmal sind – laut J.S. – die Begriffe „Offensive" und „Defensive" gar nicht auf die gegenwärtige Klassenkampfsituation anwendbar. Diese seien nämlich „Begriffe des revolutionären Bürgerkrieges" und könnten daher nicht einfach auf den jetzigen Zustand „relativen Klassenfriedens" übertragen werden. Hier wird J.S. direkt beißend scharf: **„Wir sollten es uns abgewöhnen, mit Begriffen des Krieges zu spielen, in Zeiten, wo der Krieg noch nicht ausgebrochen ist"** das sei „Kinderei" etc. Damit ist J.S. schon einmal elegant vom Thema weggekommen – statt Auseinandersetzung in der S a c h e ein steriles akademisches Geplänkel um Worte. Daß es dabei nicht einmal ehrlich um die Klärung von Begriffen geht, wird daran deutlich, daß J.S. ungeniert eine knappe Seite weiter die eben noch verdammten Begriffe „Defensive" und „Offensive" wieder einführt – diesmal für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfe!

2.) J.S. stellt fest, daß man verteidigt, um etwas zu erhalten und daß man angreift, um etwas zu erobern. Und da schon Marx und Engels sagten, daß das Proletariat außer seinen Ketten nichts zu verlieren hat, so hat eben das Proletariat gar nichts zu erhalten, also auch nichts zu verteidigen. Und da umgekehrt die Bourgeoisie schon alles h a t (politische Macht, ökonomischen Reichtum etc.) bleibt ihr nichts mehr zu erobern, also auch nichts mehr anzugreifen. Also k a n n die Arbeiterklasse gar nicht in der Defensive sein (denn sie hat nichts zu verteidigen), und die Bourgeoisie kann nicht in der Offensive sein (denn sie braucht nichts mehr zu erobern).

Offenbar sind nach Meinung von J. S. der Arbeiterklasse solche Rechte wie Organisationsrecht, Demonstrationsrecht, Pressefreiheit, Redefreiheit etc. als Geschenk der Bourgeoisie in den Schoß gefallen. Da die Arbeiterklasse anscheinend niemals um diese Rechte kämpfen mußte, braucht sie sie wohl auch nicht zu verteidigen. Umgekehrt stellt J. S. der Bourgeoisie die Bescheinigung aus, daß sie ehrlich die „parlamentarische Demokratie" und die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verteidigen will („denn sie dienen ihr bisher hervorragend"), was doch wohl nur heißen kann, daß die Bourgeoisie nicht daran interessiert ist, solche „verfassungsmäßigen" Rechte der Arbeiterklasse wie Streikrecht, Organisationsrecht u. a. anzutasten. Ferner bescheinigt J. S. der Bourgeoisie und ihrem Staat, daß sie keineswegs von sich aus einen Angriff planen, sondern ruhig abwarten, bis „der unvermeidliche Krieg durch den Angriff des Proletariats eingeleitet wird." – So ist die Klassenkampfsituation für J. S. sozusagen ein relativer Waffenstillstand (mit kleinen Gefechten, versteht sich) zwischen den großen Schlachten, und die Bourgeoisie erwartet den A n g r i f f der Arbeiterklasse, um sich dann dagegen zu v e r t e i d i g e n.

3.) **„Der Kampf an der politischen Front, der Kampf um Rechte, Machtpositionen und zur Zerschlagung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist noch wenig entwickelt. Es ist aber nicht so, daß die Arbeiterbewegung an dieser Front in die Defensive gedrängt wäre. Vielmehr ist es so, daß sie den Kampf an dieser Front noch nicht aufgenommen hat."** (J.S.)

Das ist doch das Allerschärfste! Die Arbeiterklasse verteidigt sich (noch) nicht gegen den Angriff auf das Streikrecht, gegen das Reverse-Unwesen in den Gewerkschaften, gegen die „Säuberung" des Staatsapparats von „Radikalen", gegen den Angriff auf kommunistische Organisationen und Zeitungen etc. „a l s o" ist sie eben nicht in der Defensive, denn Defensive ist ja dasselbe wie Verteidigung, und die Arbeiterklasse verteidigt sich ja gar nicht... – Auweia!

Man könnte ja auf den Gedanken kommen, daß sich darin eben eine e x t r e m e Defensiv-Situation der Arbeiterklasse ausdrückt, wo die Bourgeoisie solche Angriffe auf Organisationsrecht, Streikrecht etc. fast ohne Widerstand durchbringt. Aber wer so denkt, hat nichts zu suchen in den heiligen Hallen des KBW, wo der Begriff „Realist" (das ist jemand, der die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind) mittlerweile zum schlimmsten Schimpfwort geworden ist.

Für J. S. jedenfalls, den großen Tonangeber des KBW, herrscht an allen Fronten „relativer Klassenfrieden" mit einer Ausnahme: an der ideologischen Front scheint der revolutionäre Klassenkrieg bereits voll entbrannt, denn **„an der ideologischen Front sind die Marxisten-Leninisten schon in der Offensive und werden diese Offensive erfolgreich fortsetzen können."** Beweis: die Auflage der „Bild"-Zeitung sinkt, während die Auflage der „KVZ" des KBW steigt (kein Witz; J.S. führt das ernsthaft als Beweis an!!). Der KBW erklärt der Bourgeoisie den ideologischen Krieg und schon ist die Bourgeoisie in der Defensive. Man könnte ja anführen, daß vielleicht angesichts des tatsächlichen (nämlich sehr geringen!) Einflusses der kommunistischen Presse an der ideologischen Front immer noch „relativer Klassenfriede" herrscht bzw. die Bourgeoisie eindeutig vorherrschend ist. Aber hier gilt wieder, was wir oben schon über die „Realisten" gesagt haben – zum Teufel mit ihnen! ■

Forts. KBW

die Rede davon, daß die bloße Erfahrung der kapitalistischen Unterdrückung und des kapitalistischen Terrors den Arbeitern irgendetwas „deutlicher" macht, sondern es ist konkret von den Kampferfahrungen der Arbeiter die Rede. Das heißt aber auch, wenn wir den Gedanken einmal weiterverfolgen, daß die Frage der günstigen Bedingungen des Klassenkampfes auch die Frage der günstigen Bedingungen der Entwicklung des Klassenbewußtseins ist. Die Bedingungen des Klassenkampfs sind aber unter einer faschistischen Diktatur der Bourgeoisie, die alle politischen Rechte durch schrankenlosen Terror zerstört, mit Sicherheit ungünstiger für das Proletariat, als unter einer „demokratischen" Herrschaft der Bourgeoisie.

Zweitens: Klassenbewußtsein ist nicht das gleiche wie sozialistisches Bewußtsein. Das sozialistische Bewußtsein entwickelt sich nicht „spontan" in der Arbeiterklasse, sondern dazu ist die organisierte politische Tätigkeit der Kommunisten nötig. Dazu braucht die Arbeiterklasse die Kommunistische Partei. Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse ist untrennbar mit ihrer Organisierung verbunden. Daß dies auch nur auf der Grundlage der Klassenkampferfahrungen der Arbeiter möglich ist, dürfte für Materialisten selbstverständlich sein. Aber es geht eben darum, daß diese Klassenkampferfahrungen verarbeitet werden müssen; daß sie durch den wissenschaftlichen Sozialismus beleuchtet werden müssen; daß die Kommunistische Partei den Arbeitern auf dem Boden ihrer eigenen Klassenkampferfahrungen lehrt, was die Bedingungen, der unvermeidliche Weg und das letztendliche Ziel ihres Kampfes sind; daß sie die Arbeiter zum erfolgreichen Beschreiten dieses Weges und zum Erreichen des sozialistischen Zieles organisiert. Diese Lehren umfassend klargestellt und gegen die vulgären Empiristen und Ökonomisten (die der Meinung waren, daß die Arbeiter dies alles „von selbst" tun) verteidigt zu haben, das ist gerade das historische Verdienst von Lenin.

Um wieviel mehr gilt nun das Vorhergesagte für das sozialistische Bewußtsein gegenüber dem Klassenbewußtsein! Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse erfordert die organisierte Tätigkeit der Kommunisten – und es wird wohl kaum jemand bestreiten können, daß die Entfaltungsmöglichkeiten einer organisierten kommunistischen Tätigkeit zur Gewinnung der Arbeiterklasse für den Sozialismus unter den Bedingungen eines faschistischen Terrorregimes, das jede gegen die Bourgeoisie und den faschistischen Staat gerichtete politische Arbeit auf brutalste Weise verfolgt, weitaus schwieriger und ungünstiger sind. Als Kommunisten bekämpfen wir den Faschismus und die drohende faschistische Gefahr nicht nur deswegen, weil ein solches Regime die Arbeiterklasse unmittelbar dem brutalsten Terror unterwirft; sondern wir bekämpfen den Faschismus und die drohende faschistische Gefahr darüberhinaus aus strategischen Gründen, weil ein solches Regime nämlich die Kampfbedingungen für den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus längerfristig erschwert.

Für die vulgären Empiristen und Ökonomisten vom Schlage des KBW ist die Sache jedoch weit „unkomplizierter". Für sie bleibt beim faschistischen Terror unter dem Strich nur, daß die Massen jetzt alles noch „deutlicher" sehen, daß sie jetzt „bewußter und geschlossener denn je in den Kampf" gehen (Zitate aus Flugblättern der SSG), daß die Massen mit einem Schlag die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats etc. „gelernt" haben („KVZ").

Der KBW schwätzt und schwärmt am laufenden Meter von der „Selbsttätigkeit" der Arbeiter: daß die Arbeiter ihre Sache „selbst in die Hand nehmen", daß sie gar in Chile auf dem besten Weg waren, „selbständig" die „Volksmacht" zu errichten.

Auch der KBW weiß, daß es in Chile eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation (Kommunistische Partei der Arbeiterklasse) noch nicht gibt (vgl. „KVZ" vom 29.10.). Aber dennoch konnte die chilenische Arbeiterklasse vor dem Putsch „selbständig" an den Aufbau einer „Volksmacht" gehen? Wozu dann überhaupt noch eine kommunistische Partei? Wozu dann noch den KBW (eine Frage, die sich ohnehin aufdrängt)? Greif lieber zum Spontaneismus, „dann geht alles wie von selbst"!

Dieses Gelärme um die „Selbsttätigkeit" der Arbeiter war auch den russischen Ökonomisten schon eigen. Lenin hat diesen Leuten 1905 entgegengerufen:

„Würdigt die Aufgaben der Avantgarde der Revolution nicht herab, vergeßt nicht unsere Pflicht, diese Avantgarde durch unsere organisierte Selbsttätigkeit zu unterstützen. Macht weniger allgemeine Phrasen über die Entwicklung der Selbsttätigkeit der Arbeiter – die Arbeiter legen, von euch unbemerkt, eine gewaltige revolutionäre Selbsttätigkeit an den Tag! – achtet mehr darauf, daß ihr die unentwickelten Arbeiter durch eure eigene Nachtrabpolitik nicht demoralisiert."

(zwei Taktiken, Werke Bd. 8, S.145)

Und zum „Verdienst" dieser Ökonomisten damals in Rußland:

„Niemand hat soviel über die Selbsttätigkeit der Arbeiter geredet und niemand hat mit seiner Predigt diese Selbsttätigkeit so sehr eingeengt, beschnitten und herabgewürdigt wie die Anhänger des ‚Rabotscheje Delo'."

(Das „Rabotscheje Delo" war damals in Rußland so etwas ähnliches wie die „Kommunistische Volkszeitung" heute in unserem Land.)

Bleibt an dieser Stelle noch eines anzufügen: Wie so oft gibt es in der Argumentation der Revisionisten auf der einen Seite und der super-„links" jubilierenden Ökonomisten auf der anderen Seite einige bezeichnende Gemeinsamkeiten. Beide betreiben eine Unterschätzung der Stärke des Imperialismus: die einen reden von seiner zunehmenden „Einsicht" und „Anpassung an die Realitäten", die anderen wälzen sein „Scheitern" und seine „Hoffnungslosigkeit" im Mund herum. Beide betreiben eine Überschätzung der Stärke der Arbeiterklasse und der revolutionären Kräfte. Die einen verweisen dabei vor allem auf die „rückhaltgebende Existenz des sozialistischen Lagers mit der Sowjetunion an der Spitze" (ein Lager, das sich in Wirklichkeit jedoch immer mehr mit dem Imperialismus arrangiert), und die anderen predigen uns unermüdlich von der „Selbsttätigkeit" der Arbeiter, von ihrem „spontanen" Sturm zum Sozialismus. Und wenn man ihnen auf die Schliche kommt, dann weichen sie immer auf die „welthistorische Tendenz" aus. Lenin hat dazu einmal angemerkt, daß es **„eine haarsträubende theoretische Unrichtigkeit (ist), sich in einer Frage der praktischen Politik"** (und darum handelt es sich ja wohl auch hier! – AK-Red.) **„auf den welthistorischen Maßstab zu berufen."** (Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit
Radikalismus', die Kinderkrankheit
des Kommunismus).

Offensichtlich haben weder die einen noch die anderen ein tatsächliches Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse. Offensichtlich besteht ihr engster Zusammenhalt nur darin, daß sie ihrer eigenen Politik und ihren eigenen Genossen nur soweit vertrauen wollen, wie sie die Illusion des „ständigen Aufwärts" in der Arbeiterbewegung verbreiten können. Uns werfen sie vor, daß wir mit unserer angeblichen „Schwarzmalerei" die Arbeiter und die Genossen in die Resignation treiben würden. Das ist ein Schreckgespenst – nur fragt es sich: für wen? Was verbirgt sich denn dahinter, wenn jemand meint, daß aus einer realistischen Einschätzung des politischen Kräfteverhältnis Resignation erwächst? Nichts anderes, als die eigene Mutlosigkeit!

Man macht krampfhaft einen auf Optimismus, denkt sich irgendwelche erfreulichen Märchen aus 1001 Nacht aus (vgl. Kasten „He lücht") oder tröstet sich mit zeitlosen Wahrheiten wie „Historisch ist der Sieg des Proletariats unvermeidlich" – alles offenbar, um der eigenen Mutlosigkeit vorzubeugen und eine mit permanenten „Erfolgsmeldungen" verwöhnte Anhängerschaft bei der Stange zu halten. Anscheinend hat man sich die Sache der Arbeiterklasse nur unter der Bedingung zu eigen gemacht, ständig in der Illusion eines aktuell günstigen Kräfteverhältnisses und ständiger „Erfolgserlebnisse" schwelgen zu können.

Für uns hat eine realistische Einschätzung des aktuellen Kräfteverhältnisses allerdings eine andere Bedeutung: sie liefert uns einen klareren Blick für die politischen Mittel und Methoden, mit denen die Arbeiterklasse dieses Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern kann. Warum sollten wir daran zweifeln, daß die Arbeiter die Kraft entwickeln werden, eine für sie aktuell noch ungünstige Situation in eine günstige, und schließlich (!) in den Sieg zu verwandeln? Die Geschichte liefert Lehren genug dafür – nur müssen wir es verstehen, diese Lehren zur politischen Überzeugung, zur Anleitung zum Handeln der Arbeiterklasse zu machen!

Lenin hat die „Kuriosität" beschrieben, daß diejenigen, die am meisten über die „Selbsttätigkeit der Arbeiter" daherschwatzen, letztlich diese Selbsttätigkeit einengen und beschneiden – und in seiner Schrift „Was tun? " läßt er den Intellektuellen, die damals wie heute der „Kraftquell" des Ökonomismus waren, durch einen revolutionären Arbeiter zurufen:

„Betet weniger die Spontaneität an und denkt mehr an die Steigerung eurer Aktivität, ihr Herren!"

Daß dieser Zusammenhang zwischen der Anbetung der Spontaneität und Selbsttätigkeit der Arbeiter sowie der Beschneidung eben dieser Selbsttätigkeit und der Drosselung der eigenen Aktivität offenbar typisch ist für den Ökonomismus, läßt sich auch heute bestätigen. Diese „Kuriosität" tritt immer dann zu Tage, wenn die Illusionen dem „Druck der Wirklichkeit" nicht mehr standhalten. Bei der SSG/„KG" ebenso wie bei der DKP. Ab einem gewissen Zeitpunkt ließ sich der fundamentale Widerspruch zwischen der Wirklichkeit in Chile und solchen „aufmunternden" Parolen wie: „Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht" nicht mehr verkleistern (auch nicht mit Pädagogik und Psychologie). So war es nur zu verständlich, daß die SSG ihre Chile-Kampagne danach weitgehend einschlafen ließ und sich Hals über Kopf in eine Kampagne gegen die Schulbehörde stürzte, die sie zur Abwechslung mit Einschätzungen durchführte wie etwa: „Ausweglosigkeit" der Schulbehörde, „schwindender Einfluß (der Schulbehörde) unter den Eltern, Schülern, Lehrern und Referendaren", „spontan empfundene Solidarität aller Lehrer, Eltern und Schüler ... im Kampf gegen das herrschende Schulchaos" etc. – Und danach kam die Nahost-Kampagne (vgl. Kasten „He lücht") usw. usf. Man sieht doch, daß es vorwärts geht! ■

He lücht!

KBW erfindet „Linksrutsch" in Israel

Bekanntlich ist überall auf der Welt „Haupttendenz Revolution", wollen überall „die Massen nach links". Wo die Tatsachen noch nicht ganz soweit sind wie die Theorie, hilft der KBW gern mit eigenen Phantasie-Produkten aus – Not macht erfinderisch!

So war einem Flugblatt der Hamburger SSG („Ortsgruppe des KBW") vom 9. Oktober die folgende sensationelle Mitteilung zu entnehmen:

„Die Volksmassen in Israel haben kein Interesse an diesem Krieg. Die Folgen der Kriegswirtschaft haben ihre Lage enorm verschlechtert. Immer häufiger streikten die Arbeiter. **Bei den letzten Wahlen gab es einen starken Linksrutsch.** *Die Regierungsparteien mußten erhebliche Stimmenverluste hinnehmen."*

An dieser Behauptung („Linksrutsch") ist nicht einmal der berühmte „wahre Kern", sie ist 100%ig aus der Luft gegriffen.

In Israel sind bisher bei allen Wahlen mehr als 95% der Stimmen auf zionistische Parteien entfallen; die stärksten Gruppen sind dabei die regierende „Arbeiterpartei" von Golda Meir und der noch weiter rechts stehende Oppositionsblock Gachal (bestehend aus der rechtsradikalen Cherut und den „Liberalen"). Die einzige nicht-zionistische Partei, die revisionistische KP Israels, hat noch nie mehr als 5% der Stimmen bekommen, mit kontinuierlich abnehmender Tendenz (inzwischen bei weniger als 3%).

Statt eines „starken Linksrutschs" (SSG) gab es vielmehr bei den letzten Wahlen (1969) einen (nicht sehr starken) Rechtsruck. Die „Arbeiterpartei" fiel von 55 auf 49 Sitze. Die verlorenen Sitze der „Arbeiterpartei" schlugen beim Gachal-Block sowie bei der neu auftretenden „Staatsliste" (eine extrem rechte Abspaltung von der „Arbeiterpartei") positiv zu Buch („Staatsliste" auf Anhieb vier Sitze, Gachal 26 Sitze statt vorher 22). Ansonsten gab es minimale Verschiebungen innerhalb des Gefüges der kleineren zionistischen Parteien. Die KP behielt ihre vier Sitze, jedoch entfällt davon jetzt einer auf die prozionistische Spalt-Gruppe Maki.

Breite Schichten des Hamburger Volkes vereinigen sich spontan für ihre Forderungen: „In SSG-Flugblättern muß die Wahrheit gesagt werden!" ■

```
WIR HÖREN:  DU WILLST NICHT MEHR MIT UNS ARBEITEN

1.
Wir hören: Du willst nicht mehr mit uns arbeiten.
Du bist zu kaputt. Du kannst nicht mehr herumlaufen.
Du bist zu müde. Du kannst nicht mehr lernen.
Du bist erledigt.
Man kann von dir nicht verlangen,daß du noch etwas tust.

So wisse:
Wir verlangen es.

Wenn du müde bist und einschläfst
Wird dich niemand mehr wecken und sagen:
Steh auf, das Essen steht da.
Warum sollte Essen dastehen ?
Wenn Du nicht mehr herumlaufen kannst
Wirst du liegen bleiben. Niemand
Wird dich suchen und sagen:
Es ist eine Revolution gewesen. Die Fabriken
Warten auf dich.
Warum sollte eine Revolutuon gewesen sein ?
Wenn du tot bist, werden sie dich begraben
Ob Du schuld bist an deinem Tod oder nicht.

Du sagst:
Du hast zu lange gekämpft. Du kannst nicht mehr kämpfen.
So höre:
Ob du schuld bist oder nicht:
Wenn du nicht mehr kämpfen kannst, wirst du untergehen.

2.
Du sagst: Du hast zu lange gehofft.Du kannst nicht mehr hoffen
Was hast du gehofft ?
Daß der Kampf leicht sei ?

Das ist nicht der Fall.
Unsere Lage ist schlimmer, als du gedacht hast.

Sie ist so:
Wenn wir nicht das Obermenschliche leisten
Sind wir verloren.
Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann
Gehen wir unter.
Unsere Feinde warten darauf
Daß wir müde werden.

Wenn der Kampf am erbittertsten ist
Sind die Kämpfer am müdesten.
Welche Kämpfer zu müde sind, die verlieren die Schlacht.

BERT BRECHT
```



Zitat eines Führers des KBW (der „heilige Bruno") auf der Veranstaltung der Hamburger Ortsgruppe zum 50. Jahrestag des Hamburger Aufstandes. Dazu Lenin: „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben".

DKP-Schläger

Notizen zur Chile-Kampagne des KB in Hamburg

Nach Demonstration und Abschluß unserer zentralen Chile-Veranstaltung, die mit 2.000 Menschen gut besucht war, war unsere Chile-Kampagne in Hamburg noch keineswegs beendet. Neben Informations-Tischen, Flugblatt-Verteilungen etc. sowie Resolutionen in gewerkschaftlichen Gremien, Geldsammlungen in Stadtteil und Betrieb für die Unterstützung des chilenischen Widerstandes, riefen unsere Bezirksgruppen zu mehreren – insgesamt einem halben Dutzend – dezentraler Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen auf. Diese Veranstaltungen wurden mit je etwa 50 bis 200 Menschen ebenfalls gut besucht, was ein relativ guter Erfolg für unsere Organisation war. Insgesamt wurden von uns mehrere tausend Mark für den chilenischen Widerstand gesammelt.

Den Schwerpunkt in den Referaten und Diskussionsbeiträgen legten wir auf die entscheidenden Fragen der Strategie der Arbeiterbewegung im Kapitalismus, wie sie durch die Entwicklung in Chile erneut aktualisiert wurden. Das führte zwangsläufig nicht nur zur kritischen Auseinandersetzung mit der Politik der chilenischen „Unidad Popular" (UP), sondern auch mit der revisionistischen und reformistischen Strategie der Revisionisten und Linkssozialisten überhaupt. („Zurückdrängung der Monopole", Überbetonung parlamentarischer Formen des Kampfes, usw. usf. und schließlich dem „friedlichen Übergang zum Sozialismus"), einer Strategie also, wie sie bei uns vor allem von der DKP und etwas anders auch von bestimmten Juso-Fraktionen vertreten wird.

Leider muß festgestellt werden, daß die Genossen der DKP offensichtlich nicht bereit und in der Lage waren, auf unseren Veranstaltungen sich an der Diskussion und Auseinandersetzung zu beteiligen, obwohl des öfteren namhafte DKP-Führer zugegen waren und von uns auch direkt aufgefordert wurden, das Mikrophon zu ergreifen. Teilweise stahlen sich diese Herrschaften klammheimlich – wie geprügelte Hunde mit eingeklemmtem Schwanz – aus dem Saal. In Einzelgesprächen meinten DKP-Genossen, es sei jetzt nicht die Zeit zur politischen Auseinandersetzung und Kritik an der UP. Dies sollte man auf einen „späteren Zeitpunkt" vertagen. Jetzt hingegen sei die Zeit „breitester Solidarität", um der „chilenischen Reaktion in die Arme zu fallen" usw. Die Konsequenzen aus dem „chilenischen Beispiel" für die eigene Politik möglichst vermeiden, stattdessen die für die internationale Arbeiterbewegung wichtigen Erfahrungen in einer Kampagne der blinden Solidarität mit den Opfern des faschistischen Militär-Terrors zu ertränken („Eine breite Kampagne zur Rettung Corvalans") – das wäre so richtig für den Geschmack unserer westdeutschen Revisionisten von DKP und SDAJ.

Ganz auf dieser Linie lag auch die zentrale Chile-Veranstaltung der Hamburger DKP, die nicht als politische, sondern als musikalische Veranstaltung (chilenische Folklore inkl. einer Festansprache!) angekündigt und durchgeführt wurde.

Wir ließen uns indes nicht die Möglichkeit nehmen, auf den wenigen, z.T. sehr kleinen Stadtteil-Veranstaltungen der DKP, Diskussion und Auseinandersetzung mit den Mitgliedern dieser Partei zu suchen. Die DKP-Führer, die dies offenbar erwarteten und auch wußten, daß sie einer Diskussion mit uns nicht standhalten konnten, bereiteten sich auf unseren Besuch in der ihnen eigenen Weise vor: sie stellten Schläger-Kommandos auf! Gleichzeitig legten sie in der innerparteilichen Diskussion den Schwerpunkt auf eine Intensivierung der ohnehin schon bestehenden Verhetzung ihrer Mitglieder gegenüber unserer Organisation. (Die „Argumentation" lief etwa so: Die Faschisten hetzen gegen die UP, der KB auch. Das kommt aufs selbe 'raus. Im übrigen haben die chilenischen „Linksradikalen" (MIR etc.) das Militär zum Putsch provoziert. So waren die Fehler der UP vor allem, nicht energisch genug gegen diese „linksradikalen" Kräfte vorgegangen zu sein. Diesen Fehler sollten wir selbst tunlichst vermeiden. Auch will der KB unsere Solidaritäts-Veranstaltungen bloß sprengen, notfalls sogar Schlägereien provozieren. Darauf sollten wir vorbereitet sein, möglichst diesen Leuten zuvorkommen.)

In zwei Hamburger Veranstaltungen (Winterhude und Bergedorf) kam es daraufhin zu wahren Saalschlachten, die von den DKP-Schläger-Kommandos auf Bescheid anwesender DKP-Führer begonnen wurden. Es gab eine Reihe verletzter Genossen und Genossinnen (die DKP-Schläger scheuten sich nicht, Frauen und Mädchen brutal zusammenzuschlagen ... dies ist zweifellos eine Mentalität, die wir sonst nur von Faschisten kennen und den Grad der innerparteilichen Verhetzung durch die DKP-Führer kennzeichnet).

Anwesende DKP-Führer haben auf den Veranstaltungen mit großem Geschick die allgemeine Stimmung systematisch aufgewiegelt, bis sie endlich das Zeichen zum Zuschlagen geben konnten. In der Diskussion um die Sache selbst bekamen sie erwartungsgemäß kein Bein an die Erde. Diese DKP-Führer allein sind für die Schlägereien verantwortlich. Die Schläger selbst sind zu bedauern, insofern sie sich von ihren Funktionären für solche „Dienste" mißbrauchen lassen.

Wir selbst werden uns von diesen Angriffen keineswegs beirren lassen und in der Auseinandersetzung keinen Schritt zurückweichen, selbst wenn diese die Form einer Schlägerei annimmt. Auf jeder ihrer öffentlichen Veranstaltungen müssen die Revisionisten mit unserer Anwesenheit und unseren Argumenten rechnen. Obgleich wir entschieden gegen Schlägereien und andere unwürdige Erscheinungen in der Auseinandersetzung mit den Revisionisten sind, werden wir uns auch gegen diese Angriffe in geeigneter Weise verteidigen.

Allerdings kam es auch im Anschluß an solche „Auseinandersetzungen" zu einer größeren Differenzierung innerhalb der DKP. Manche ihrer Mitglieder waren betreten, entschuldigten sich für das Verhalten ihrer Parteigenossen. Es kam in diesem Zusammenhang sogar zu vereinzelten Austritten aus der DKP/SDAJ (die entsprechende Austrittserklärung werden wir möglicherweise demnächst publizieren). Auch folgende Episode mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein:

Wie allgemein bekannt, versuchen DKP/SDAJ-Trupps immer wieder, von uns geklebte Plakate systematisch zu zerstören bzw. zu überkleben, so auch während unserer Chile-Kampagne. Von diesen Aktionen distanzierten sich vier Gruppenleiter der SDAJ Harburg-Süd. Sie übergaben uns folgendes Schreiben:

„*Am Abend des 1. Okt. haben SDAJler, vermutlich von der Gruppe Harburg-Mitte in unverschämter Art und Weise die Plakate des KOMMUNISTISCHEN BUND zur Chile-Veranstaltung in Harburg und Wilhelmsburg überklebt. Wir distanzieren uns von diesen Aktionen. Mitglieder der SDAJ-Gruppe Harburg-Süd, 2.10.1973 ....*" (Es folgen Namen und Unterschriften der SDAJ-Mitglieder).

Wir werden uns in Zukunft verstärkt bemühen, gerade auch solche DKP/SDAJ-Genossen, die wir mit unseren Argumenten derzeit noch nicht politisch überzeugen können, zu sauberen Formen der politischen Auseinandersetzung, wie sie in der Arbeiterbewegung notwendig sind, gegebenenfalls auch zu zwingen. ■

Leitung der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

"Friedliche Revolution" in Argentinien?

Am 23. September ließ sich Juan Peron zum neuen Präsidenten Argentiniens wählen. Er kündigte an, mit einer „friedlichen Revolution, einer Revolution ohne Eile" wieder für „Ordnung, Arbeit und Sicherheit im Lande" sorgen zu wollen („Spiegel", 1.10.).

Bei der ersten „revolutionären" Maßnahmen Perons war die Bildung eines Sozialpaktes zwischen Regierung und Gewerkschaften, der der Arbeiterklasse nach einer einmaligen Lohnerhöhung von 17% einen Lohnstopp auf zwei Jahre brachte. (Die Inflationsrate betrug zu dem Zeitpunkt 80%!). Dank dieser Garantie zur verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse, kann die argentinische Bourgeoisie ihre Konkurrenzfähigkeit stärken und ihr Bemühen um selbständige – vor allem von den USA unabhängige – Positionen in Lateinamerika und der Welt voranzutreiben; die Kosten dafür zahlt die Arbeiterklasse.

Mit der „friedlichen Revolution ohne Eile" sorgt Peron aber nicht nur für die wirtschaftliche Sanierung der Bourgeoisie (Springers reaktionäre „Welt" bescheinigte ihm bereits eine „wirtschaftlich glückliche Hand"), sondern auch in besonderem Maße für politische „Ordnung und Sicherheit". So wurde bereits wenige Stunden nach dem Wahlsieg Perons die ERP (Revolutionäre Volksarmee) verboten, die nicht nur erfolgreiche Guerilla-Aktionen durchführt, sondern auch ansatzweise in den Industriezentren der großen Städte den politisch-ideologischen Kampf gegen die Bourgeoisie und dem Peronismus führt. Die Ermordung von Jose Rucci, dem rechten Generalsekretär der peronistischen Gewerkschaft (die der ERP angelastet wird, aber ebenso eine faschistische Provokation oder die Ausschaltung eines neben Peron zu mächtigen Mannes bedeuten kann), diente Peron als willkommener Vorwand, um eine radikale Säuberung der peronistischen Bewegung durchzuführen, nämlich „alle marxistischen Gruppen zu zerschlagen" („Welt", 1.10.).

Den Tod Ruccis bezeichnete Peron als den „Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte". Einen Tag später wurde das führende Mitglied der linken peronistischen Jugend, Enrique Grinberg, durch mehrere Schüsse umgebracht – ein Mord, der Peron allerdings nicht beunruhigte. Und auch die zahlreichen Überfälle auf linke Parteibüros, der Bombenanschlag auf das Büro der linken Zeitung „Militancia" in Buenos Aires, gefährden offenbar Perons „friedliche Revolution" und seine „nationale Einigkeit" nicht. Solche Terrorakte passen vielmehr in sein Konzept: Zerschlagung der gesamten Linken in Argentinien, die den Kampf gegen seine Ideologie und Demagogie aufgenommen hat.

Die Mehrheit des argentinischen Volkes bringt Peron allerdings immernoch Vertrauen entgegen, das auch durch seine jüngsten Maßnahmen noch nicht wesentlich erschüttert ist. (Peron erhielt bei der Wahl über 61% der Stimmen, die sozialistische Partei, die wohl die fortschrittlichste der offiziellen politischen Parteien in Argentinien ist, erhielt dagegen nur etwa 1,5%.)

Im Augenblick ist es hauptsächlich die Jugend, die Peron keinen Vertrauensvorschuß mehr gibt, sondern ihn an seiner aktuellen Politik mißt – wohl nicht zuletzt deswegen, weil die Jugend Perons erste Regierungszeit nicht mehr direkt erfahren hat und ideologisch nicht so fest an ihn gebunden ist.

Ernesto Guidice, ein führender Funktionär der revisionistischen KP Argentiniens, fühlte sich jedenfalls genötigt, eine Warnung über die Radikalität der Jugendbewegung an Peron zu richten: „Peron hat der Jugend eine Revolution versprochen. Wenn er die Gesellschaft nicht schnell und grundlegend verändert, wird die Jugend es tun, mit ihm oder ohne ihn." („Spiegel", 1.10.)

Es ist zu erwarten, daß sich Peron zunehmend vor der gesamten Arbeiterklasse und dem Volk entlarvt und daß sich die Klassenauseinandersetzungen in Argentinien weiter zuspitzen. Es kommt dabei darauf an, daß die linken und kommunistischen Kräfte die Lösung der Massen vom Peronismus – der Ideologie vom dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus – vorantreiben und daß sich eine Kraft herausbildet, die die Arbeiterklasse in den zu erwartenden Kämpfen organisieren und führen kann. ■



Bei der Rückkehr Perons nach Argentinien im Juni provozierten rechtsradikale Peronisten Schießereien, wobei es zahlreiche Tote und Verletzte – vor allem unter der linken peronistischen Jugend – gab. Bild: Begräbnis eines der Opfer.

Leserbriefe

Zum Sülter-„Streik" des KBW

„*Die Nr. 4 der „Kommunistischen Volkszeitung" (KVZ) des KBW enthielt einen Artikel über einen Streik von 100 Kollegen bei der Druckerei Sülter in Hamburg für 50 Pfg. mehr pro Stunde – was natürlich nicht stimmte!! Es hat überhaupt keinen Streik gegeben!*

Kollegen in der Hanseatischen Druckanstalt lasen in einer auf dem Tisch liegenden Zeitung ausgerechnet diesen Artikel mit Interesse und diskutierten kurz darüber. Vom KBW erfuhren sie allerdings nie, daß diese Meldung falsch war.

Der KBW, von einigen Sülter Kollegen auf diesen Unsinn aufmerksam gemacht, legte nur bei Sülter der „KVZ" ein Berichtigungsblatt bei, mit dem Inhalt, daß aufgrund angeblicher Schwierigkeiten in der telefonischen Übermittlung von Hamburg nach Mannheim eine falsche Information in die Zeitung gekommen sei.

Angebliche „Schwierigkeiten in der telefonischen Übermittlung" können aber für Kommunisten nie der wahre Grund sein, begangene Fehler nicht vor der Branche bzw. vor der gesamten Arbeiterklasse zu korrigieren!

– Ein mit Euch sympathisierender Kollege von „Hanseatische Druckanstalt" – "

Kommentar der Redaktion:

Tatsächlich wird es sich wohl bei der Zeitungsente in der „KVZ" über den Sülter-„Streik" weniger um „Schwierigkeiten bei der telefonischen Übermittlung" handeln, sondern darum, wie der KBW (in Hamburg) sich seine „betrieblichen Informationen" besorgt: Ohne selbst Einblick in das betriebliche Geschehen zu haben, nehmen diese Leute jede „Scheißhausparole", jede z.B. von rechten Betriebsräten zugespielte „Information", jedes beliebige Kneipengerücht für bare Münze, um es dann – ungeprüft – als allerneueste Information in ihrer Presse hinauszuposaunen. Ziel dieser Politik ist es, ihren studentischen Anhängern an der Hamburger Uni zu belegen, daß der KBW schon ganz dick in den Hamburger Betrieben „verankert" ist. (Dies ist für die Hamburger Führer des KBW wichtig, um ihren Anhang bei der Stange zu halten, um ihren Studenten zu beweisen, „es geht voran mit unserer Politik".) Ganz auf dieser Linie werden Zeitungen fiktiver „Betriebszellen" (Zellen am Betrieb! – z.B. Reichhold-Chemie) herausgegeben usw. Dabei stört es die Führer des KBW wenig, wenn sie durch diese „Politik" das Geschäft der Reaktionäre im Betrieb erleichtern, die Kommunisten insgesamt als Spinner und Lügner hinzustellen. ■

Ein Brief aus Chile

Wir geben hier im folgenden einen Auszug aus einem Brief wieder, den eine Genossin von ihrer – durchaus nicht linksstehenden – Schwester erhielt. Die Schwester ist zur Zeit in Chile ansässig und wird vom BRD-Staat in westdeutscher Währung entlohnt.

„*19.10.73*

Liebe ...

Oh, uns gehts prima. Es gibt alles (fast alles) in beliebiger Menge zu kaufen: Kaffee, Zucker, Öl, feinstes Fleisch, Butter usw. Und weshalb? Die Preise sind so irre gestiegen (Butter: 1/2 Kilo von 70 escudos auf 534 escudos!!!), daß halt nur die Reichen sich so etwas leisten können. Die Gehälter sind um 100 % gestiegen, die Preise von 400-1000 %. Ein Paar Schuhe kostet jetzt 8000 escudos, ein normaler chilenischer Lehrer verdient aber nur 15-20000 escudos (auf der Bank bekommen wir für 100 DM über 35000 escudos), wir leben also immer noch billig. Aber ich schäme mich ganz einfach, Butter zu kaufen, wenn die anderen Leute im Laden stehen und mich angucken. Brot ist das Hauptnahrungsmittel des einfachen Chilenen. Das Kilo Brot ist von 11 escudos auf 40 escudos gestiegen, das kann sich so mancher nicht mehr leisten. Und die Teuerungen gehen weiter."

Dies ist auch ein Aspekt der Politik von „Ruhe und Ordnung", für die die chilenischen Militärs bei uns von CDU-Politikern, Springer und ähnlichen miesen Kreaturen bewundert werden. ■

Zur Außenpolitik der VR China

2. Teil

Die „Supermächte"

Insbesondere die Besetzung der CSSR im August 1968 und die militärischen Provokationen der Sowjetrevisionisten an der chinesischen Grenze (Überfall auf die chinesische Insel Dschenbao im März 1969 u.a.) veranlaßten die KPCh, ihre Haltung gegenüber dem Sowjetrevisionismus zu ändern. Während in der ersten Phase der Polemik gegen den Sowjetrevisionismus (bis etwa 1963) dieser als ein vom rechten Weg abgekommener, aber vielleicht belehrbarer Freund behandelt wurde, galt er in der zweiten Phase (etwa bis 1968) als Verräter, der sich dem US-Imperialismus als Komplize mit minderen Rechten verkauft hätte. Nunmehr (seit 1968) wurde er als dem US-Imperialismus gleichwertige imperialistische Macht betrachtet, die mit diesem zusammenarbeitet, während sie gleichzeitig im Konkurrenzkampf gegen ihn steht:

„Während die Sowjetrevisionisten und die US-Imperialisten ihre Zusammenarbeit intensivieren, bekämpfen sie sich auch auf der ganzen Welt im Bereich des Militärwesens, der Politik und der Wirtschaft immer heftiger. In Europa, dem Nahen Osten, Afrika und anderen Gebieten der Welt intrigieren sie gegeneinander und verdrängen sich gegenseitig im Ringen um Rohstoffe, Märkte, Vasallenstaaten, strategisch wichtige Gebiete und Einflußsphären. Sie trachten jeweils, sich in die Einflußsphäre des anderen hineinzudrängen, um ihm das Wasser abzugraben." (35)

Hierfür wurde später der Begriff der „Supermächte" verwendet, und zwar, wie es scheint, erstmals von Tschou En-lai (der auch den Begriff des „Sozialimperialismus" erstmals öffentlich vorbrachte – vgl. Teil 1) am 14. Juli 1970 im Gespräch mit einem französischen Journalisten. Tschou sagte in diesem Zusammenhang u. a.:

„Obwohl China und Frankreich unterschiedliche Gesellschaftssysteme besitzen, ist beiden die Unabhängigkeit teuer, und wir bekämpfen Kontrolle und Intervertion von Seiten der Großmächte. Heute gibt es auf der Welt ein oder zwei ‚Super'-Mächte, die stets versuchen, mit Gewalt andere zu überwältigen, die *Mächte, die stets versuchen, mit Gewalt andere zu überwältigen, die* *Kleinen und Schwachen zu tyrannisieren und miteinander um die Welthegemonie zu ringen."* (36)

Es war sicher kein Zufall, sondern gezielt, daß Tschou En-lai diese Meinung gerade gegenüber einem f r a n z ö s i s c h e n Journalisten vorbrachte. Frankreich war eines der ersten imperialistischen Länder, das 1964 diplomatische und relativ freundschaftliche Beziehungen zur VR China aufnahm, und das – nach einer vorübergehenden Trübung der Beziehungen während der Kulturrevolution – in Chinas neue „diplomatische Offensive" einbezogen wurde.

Tschou-En-Lai macht hier bereits den später gegenüber „mittelgroßen" imperialistischen Ländern allgemein praktizierten Fehler, den gewöhnlichen Konkurrenzkampf einer imperialistischen Bourgeoisie g l e i c h zu setzen mit dem Streben nach nationaler Unabhängigkeit der Völker. Eine imperialistische Bourgeoisie, die selbst an der Kontrolle und Unterdrückung anderer Völker (speziell in Afrika) teilhat, wird zum Kämpfer gegen die „Kontrolle der Großmächte" erklärt. Auf derselben Linie lag es, daß Mao-Tse-tung im November 1970 dem verstorbenen Politiker De Gaulle in einem Beileidsschreiben an dessen Witwe „aufrichtige Hochachtung" zollte als einem unbeugsamen Kämpfer gegen die faschistische Aggression und zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs."(37)

Die praktische Kehrseite dieser politisch-moralischen A u f w e r t u n g der „mittelgroßen" imperialistischen Mächte ist, daß die Rolle der „Supermächte" einseitig übertrieben wird, daß die in der Welt wirkenden Widersprüche einseitig auf den „Kampf gegen die Supermächte" reduziert werden. Das wird beispielhaft deutlich an der Behauptung Tschou-En-lais auf dem X. Parteitag der KPCh (August 1973):

„Das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie ist die Quelle der Unruhe in der Welt." (38)

Mehrere Tage hindurch demonstrierten Schanghaier Arbeitermassen, die eine ruhmreiche Tradition des antiimperialistischen Kampfes besitzen, eindrucksvoll. Sie sprachen der feierlichen Erklärung des großen Führers Vorsitzenden Mao ihre entschlossene Unterstützung aus und waren entschlossen, den Kampf der Völker der Welt gegen den USA-Imperialismus mit konkreten Taten entschieden zu unterstützen.

aus PEKING-RUNDSCHAU 22/1970

Nehmen wir die Sache einmal k o n k r e t , so zeigt sich z.B.:

Der Vietnamkrieg entstand nicht durch „das Ringen der Supermächte um Hegemonie", sondern durch einen Angriff des US-Imperialismus gegen die nationale Befreiungsbewegung. Ähnliches gilt für Laos und Kambodscha.

Der Nahost-Konflikt entstand nicht durch das „Ringen der Supermächte um Hegemonie", sondern durch die Gründung und Expansion des vom US-Imperialismus protegierten zionistischen Staates in dieser Region. (39)

Der indisch-pakistanische Konflikt entstand nicht durch das „Ringen der Supermächte um Hegemonie", sondern bereits nach dem II. Weltkrieg als Erbe der britischen Kolonialpolitik.

Weitere Ursachen für „Unruhe in der Welt" sind z.B. faschistische Unterdrückung, wie in Griechenland, Chile u.a. oder das Streben der westeuropäischen Imperialisten nach Umverteilung der Einflußsphären zu ihren Gunsten.

Die Methode dagegen, praktisch alle Probleme der Welt ausschließlich oder fast ausschließlich den „Supermächten" (d.h. zu gleichen Teilen den USA und der Sowjetunion) anzulasten, ist simplifizierend und unwissenschaftlich, trägt weder der historischen Entwicklung der Widersprüche noch ihrem konkreten Zusammenhang und ihrer Komplexität Rechnung.

Die chinesische Theorie der „Supermächte" läßt ferner außer acht, in welcher Weise die Widersprüche zwischen den „Supermächten" für den Kampf der Völker um nationale Unabhängigkeit und Sozialismus ausgenutzt werden können. Dabei ist es doch kein Geheimnis, daß die Sowjetunion und andere revisionistische Länder z.B. Vietnam recht beträchtlich finanziell und materiell unterstützt haben, was für den (zumindest vorläufigen) Sieg über den US-Imperialismus sicher nicht völlig bedeutungslos war.

Ebenso gewährte die Sowjetunion u.a. Ägypten und Syrien umfangreiche militärische Hilfe (wie auch Hilfe anderer Art), offenbar auch noch während der jüngsten Kämpfe, während sich solche vielgepriesenen „Kämpfer gegen die Hegemonie der Supermächte" etc. wie der Libyer Gadafi als Maulhelden erwiesen. Selbst die palästinensische Befreiungsbewegung erhält Hilfe aus der Sowjetunion und anderen revisionistischen Ländern. Für die palästinensische Befreiungsbewegung ist wohl auch der Unterschied nicht unerheblich, daß der BRD-Imperialismus Israel massiv unterstützt, mit dem Zionismus eng verflochten ist, Palästinenser ausweist etc., während die DDR ausgewiesene Palästinenser aufnimmt, ein Büro der PLO (Dachorganisation des palästinensischen Widerstandes) in Berlin/Hauptstadt der DDR eröffnen läßt u.a.m.

Zweifellos verbinden die Sowjetrevisionisten mit ihrer Hilfe stets den Versuch politischer Einflußnahme, bis zu politischem Druck, häufig im Sinne einer Unterordnung des „Konflikt–Herdes" unter das globale Arrangement mit dem US-Imperialismus – wobei es aber immer noch Sache der Betroffenen selbst ist, wieweit sie diesem Einfluß nachgeben. Ein sozialistisches Land wie die Demokratische Republik Vietnam, eine revolutionäre Bewegung wie die südvietnamesische FNL, stehen diesem Einfluß gegenüber zweifellos stärker da (im Sinne der Ausnutzung der Widersprüche zwischen US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus für eine selbstständige revolutionäre Politik) als bürgerlich-nationalistische Regierungen vom Typ Ägyptens oder Syriens.

Keinesfalls führt die sowjetische Hilfe automatisch zur Unterordnung der Betroffenen unter den Sowjetrevisionismus. Andernfalls müßten die DRV, die FNL, die palästinensische Befreiungsbewegung u. a. als Revisionisten bzw. bloße Befehlsempfänger des Sowjetrevisionismus betrachtet werden – eine absurde Idee, die bisher weder der KPCh noch den westdeutschen Super„Linken" gekommen ist, bzw. jedenfalls noch nicht ausgesprochen wurde (außer von den Trotzkisten, die bekanntlich überall „Stalinisten" sehen).

Die Analyse der KPCh trägt dem Widerspruch zwischen US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus (und seiner Ausnutzbarkeit für den revolutionären und anti-imperialistischen Kampf) nicht Rechnung. Das ist der Grund, warum die KPCh in dieser Frage nicht übereinstimmt mit sozialistischen Staaten wie Vietnam und Korea oder national-revolutionären Befreiungsbewegungen in Palästina, in den afrikanischen Kolonien Portugals u. a., die Hilfe von der Sowjetunion und anderen revisionistischen Ländern erhalten.

Im Allgemeinen ist es so, daß sich der US-Imperialismus einerseits und der Sowjetrevisionismus andererseits bei der Austragung ihrer globalen Widersprüche mit genau entgegengesetzten Kräften verbünden: Während der US-Imperialismus überall mit Reaktion, Konterrevolution und Imperialismus zusammengeht, unterstützt der Sowjetrevisionismus gezwungenermaßen in gewissem Grad zahlreiche anti-imperialistische Staaten und nationale Befreiungsbewegungen. Eben deshalb können die revolutionären Völker diesen Widerspruch zu ihren Gunsten ausnutzen. Indem die KPCh jedoch alle Konflikte und Widersprüche auf das „Ringen der Supermächte um Hegemonie" reduziert, setzt sie faktisch die Unterstützung des US-Imperialismus für Reaktion, Expansionismus etc. schlicht g l e i c h mit der sowjetischen Unterstützung für anti-imperialistische Regierungen, nationale Befreiungsbewegungen etc.

Eine solche Sicht der Dinge geht an der tatsächlichen Politik des Sowjetrevisionismus und einer kommunistischen Kritik an ihr vorbei. Sie geht nicht von einer umfassenden munistischen Kritik an ihr vorbei. Sie geht nicht von einer umfassenden Analyse der Widersprüche in ihrer Vielfalt und Allseitigkeit aus, sondern ersetzt sie durch das primitive Schema „Supermächte contra Rest der Welt". Ein solches Schema ist für die revolutionären Kräfte unbrauchbar, während es offensichtlich den verschiedensten „kleinen und mittelgroßen" Imperialisten, Reaktionären, Antikommunisten etc. maßgeschneidert ist.

Sonderrolle des westdeutschen und japanischen Imperialismus

Zu einer Zeit, wo die chinesische Außenpolitik bereits imperialistische Staaten wie Frankreich als Kämpfer gegen die „Kontrolle der Großmächte" begrüßte und allgemein den „Zusammenschluß der kleinen und mittelgroßen Länder gegen die Supermächte" propagierte, wurden die imperialistischen Staaten BRD und Japan immer noch in einer besonderen Weise behandelt. Das ist sehr aufschlußreich im Vergleich zur a k t u e l l e n Politik der KPCh gegenüber diesen Staaten, und wir wollen an dieser Stelle kurz an die damaligen Einschätzungen erinnern.

a.) BRD

Eine umfassende Einschätzung gibt der Artikel „Wilde Ambitionen der militaristischen Kräfte Westdeutschlands" in PR 29/69. Sie läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1.) „Deutschland war die Brutstätte zweier Weltkriege. Zur Förderung seiner Aggressions- und Kriegspolitik hat der USA-Imperialismus seit Ende des Zweiten Weltkrieges die westdeutschen militaristischen Kräfte energisch unterstützt und gepflegt, Westdeutschland in ein Werkzeug für seine Kontrolle über Westeuropa und seine Aggression gegen Osteuropa verwandelt."

2.) „Um ihre territorialen Expansionsabsichten und den Traum von einem „Großdeutschen Reich" zu realisieren, haben die westdeutschen regierenden Kreise Bemühungen um Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen während des vergangenen Jahrzehnts oder länger unternommen."

Gegenwärtig **„hat die westdeutsche Monopolkapitalistenklasse das Tempo ihrer Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen beschleunigt, um sich der Balgerei um die Hegemonie in Europa anzuschließen und ihre reaktionäre Herrschaft im Inland aufrechtzuerhalten."**

„Die westdeutsche Regierung verschärft ihre faschistische Herrschaft im Inland."

Entsprechend wurde im September 1970 der westdeutsch-sowjetische Vertrag (Moskauer Vertrag) kommentiert: „Der Vertrag ist eine sche Vertrag (Moskauer Vertrag) kommentiert: „Der Vertrag ist eine Ermunterung und Schützenhilfe für den westdeutschen Militarismus." Die BRD sei „bereits zur Hauptkraft des aggressiven NATO-Blocks geworden." Sie habe „niemals ihre revanchistische Expansions- und Aggressionspolitik aufgegeben."

„Die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in Europa durch



„Genauso wie einige andere westeuropäische Staaten empfindet Westdeutschland aufs tiefste, ohne Zusammenschluß und Einigkeit Westeuropas würde es für Westdeutschland sehr schwierig sein, in der heutigen Welt ein vollkommenes Mitspracherecht zu erhalten."
(aus dem Artikel „Westlich vom Elbe-Fluß" der Pekinger „Renmin Ribao" vom 5.Juli 73 – das Foto zeigt chinesische Journalisten im Mai 73 während eines Gesprächs mit F.J. Strauß.)

Forts. VR China

den westdeutschen Militarismus hat sich nicht im geringsten gemildert, sondern immer mehr verschärft."

Die „Neue Ostpolitik" der Regierung Brandt wurde so charakterisiert: „Das Wesen dieser Politik besteht darin, aufgrund der gegenwärtigen Interessen der Monopolbourgeoisie Westdeutschlands mit noch raffinierteren und hinterhältigeren Mitteln der friedlichen Infiltration die Ambition der westdeutschen Monopolbourgeoisie nach Expansion und Aggression in Osteuropa zu verwirklichen." (40)

Im Juli 1972 besuchte mit Schröder einer der Hauptvertreter des BRD-Imperialismus die VR China, um als Schrittmacher für intensivere Beziehungen zwischen beiden Ländern zu wirken. Es folgte der Besuch von Außenminister Scheel im Oktober 1972. Bei diesem Anlaß sagte der chinesische Außenminister Dji-Peng-fe u.a.:

„Wir sind zwar zwei Staaten mit unterschiedlicher Ideologie und Gesellschaftsordnung, aber dies hindert uns nicht daran, Gemeinsamkeiten zu finden. Beide Seiten drücken ihre Mißbilligung für Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen aus und sind der Ansicht, daß die Beziehungen zwischen den Staaten auf den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen sollen."(41)

Der BRD-Imperialismus als Kämpfer gegen „Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen" – das ist eine Umkehrung der früheren korrekten Einschätzung des Charakters des BRD-Imperialismus. Es liegt in der Logik der Dinge, daß später die chinesische Presse mehrfach Äußerungen von BRD-Politikern(speziell CDU/CSU) gegen die Sowjetunion als Einsichten „weitsichtiger westdeutscher Freunde" etc. nachdruckte, obwohl sich in diesen Äußerungen nichts weiter zeigt als der alte Geist des Revanchismus und Militarismus, der mit „Warnungen vor der russischen Gefahr" etc. seit eh und je seine eigenen aggressiven Absichten tarnt. (42)

b.) Japan
Der japanische Imperialismus spielt eine dem BRD-Imperialismus vergleichbare Rolle in Ostasien, nur

ziehungen mit der Volksrepublik China" wirken wolle (45).

Im September 72 besuchte Tanaka China. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen, und die VR China verzichtete „im Interesse der Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Japans" auf die Ansprüche auf Kriegsentschädigung von Seiten Japans (46).

Die chinesische Presse schrieb dazu u.a.: „Trotz der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen können China und Japan ohne weiteres in Freundschaft nebeneinander leben. Solange man im Geiste der gegenseitigen Verständigung das Gemeinsame in den Hauptpunkten sucht und die weniger wichtigen Differenzen bestehen läßt, können die verschiedenartigen Probleme zwischen den beiden Ländern gelöst werden ... Die Herstellung und die Entwicklung gutnachbarlich-freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Japan werden zweifellos viel zur Entspannung der Lage in Asien und zur Wahrung des Weltfriedens beitragen." (47)

In diesem Sinn hat die VR China offenbar seither auf Kritik am japanischen Imperialismus verzichtet. Im Gegenteil unterstützt sie z.B. die japanische Forderung nach „Rückgabe" einiger von der Sowjetunion 1945 besetzten Inseln („nördliche Territorien") und nimmt japanische Äußerungen über eine angebliche militärische Bedrohung Japans durch die Sowjetunion auf.

Die Reise Nixons nach China

Zwischen der VR China und den USA fanden seit vielen Jahren Gespräche auf Botschafter-Ebene statt. Dazu gab das chinesische Außenministerium am 26. November 1968 eine Erklärung ab, in der es u.a. hieß:

„In den letzten 13 Jahren hat die chinesische Regierung beständig an der Befolgung zweier Prinzipien bei den chinesisch-amerikanischen Gesprächen auf Botschafterebene festgehalten: Erstens, die US-Regierung übernimmt die Garantie für den sofortigen Rückzug all ihrer bewaffneten Streitkräfte von dem chinesischen Territorium, der Provinz Taiwan, und von dem Raum der

Im „Gemeinsamen Kommunique" fanden die US-Imperialisten eine Menge schöner Worte: „gerechter und gesicherter Friede in Asien", „individuelle Freiheit und Fortschritt aller Völker der Welt", „Es sollte den Völkern Indochinas erlaubt sein, ihr eigenes Schicksal ohne Intervention von außen her zu bestimmen" (51) etc. – im selben Moment schon widerlegt durch die tatsächliche Politik des US-Imperialismus in Indochina u.a.

In der Taiwan-Frage gab die US-Regierung folgende Erklärung ab: *„Die Vereinigten Staaten kommen zu der Erkenntnis, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhebt keine Einwände gegen diesen Standpunkt. Sie versichert nochmals ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Mit Rücksicht auf diese Aussicht bestätigt sie ihr Endziel des Abzuges aller US-Streitkräfte und -Militäreinrichtungen aus Taiwan. Inzwischen wird sie mit der Minderung der Spannungen in diesem Gebiet schrittweise ihre Streitkräfte und Militäreinrichtungen auf Taiwan reduzieren."* (52)

Da auch die Tschiang-kai-tschek-Clique auf Taiwan behauptet, daß es „nur ein China" gibt und „nur eine chinesische Regierung" (nämlich die Tschiang-Clique, die eines Tages die „Rückkehr aufs Festland" bewerkstelligen will) hat sich die US-Regierung mit dieser Erklärung gar nichts vergeben und auch durchaus nicht „den Standpunkt der VR China zur Taiwan-Frage anerkannt" (eine Behauptung, die trotz ihrer handgreiflichen Absurdität immer noch in „kommunistischen" Zeitungen herumspukt).

Im Übrigen ist es purer Zynismus, wenn die US-Imperialisten, die Taiwan militärisch besetzt halten, davon reden, daß die Taiwan-Frage „durch die Chinesen selbst" geregelt werden müsse.

„...noch trügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alten Schlages"

pazifischen Raum und auf der Welt gewahrt werden kann. Er beschloß deshalb, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China zu ändern. Da die Vereinigten Staaten den Frieden im asiatisch-pazifischen Raum und auf der Welt wahren wollen, ist es für sie unmöglich, ihre Beziehungen mit China nicht zu normalisieren und nicht friedlich mit China zusammenzuleben ..." (54)

Diese Äußerung steht allerdings – jedenfalls gilt das unseres Wissens für im Westen bekannt gewordene Äußerungen – einmalig dar.

Immerhin scheint sich in der Zeit nach dem Besuch Nixons – und besonders nach der formalen Beendigung des US-Krieges in Vietnam und nach dem Konflikt um Ostpakistan („Bangla Desch") – in der KPCh die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß sich einerseits der US-Imperialismus in einer Phase des Niedergangs befinde und daher (zumindest im Moment) international zum „Kürzertreten" gezwungen sei, während die Sowjetrevisionisten als aufstrebende imperialistische Macht eine Neuaufteilung der Welt mit allen Mitteln – einschließlich militärischer – anstrebten.

So war jetzt häufig zu hören, der „Sozialimperialismus" sei „der schlimmste Feind der Völker des ganzen südasiatischen Subkontinents" (55), sei „noch betrügerischer als die imperialistischen Mächte alten Stils und daher noch gefährlicher" (56), „noch trügerischer als der Imperialismus alter Art und deshalb noch gefährlicher" (57), „betrügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alter Art" (58), „ noch trügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alten Schlages" (59).

In den Artikeln „Warum es notwendig ist, Weltgeschichte zu studieren" (6o), „Nochmals übers Studium der Weltgeschichte" (61) und „Etwas Geschichte über den Imperialismus studieren" (62) von Schi Djun wird besonders die Tatsache hervorgehoben, daß aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ein ständiges Ringen um Hegemonie zwischen den imperialistischen Mächten entsteht: *„Von den Gesetzen der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beherrscht, sind manche imperialistischen Länder im*

schleunigte die Renegatenclique der sowjetischen Revisionisten ihre Evolution zum Sozialimperialismus... *Den gleichen objektiven Gesetzen des Imperialismus unterworfen, verläßt sich der Sozialimperialismus auf seine rapide angeschwollenen militärischen Kräfte und nimmt am imperialistischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt teil,* **wobei er versucht, wenn auch vergeblich, eine Vorherrschaft über die ganze Welt zu errichten. So entstand die gegenwärtige Situation, in der die beiden Mächte der Hegemonie miteinander im Wettstreit stehen."** (64 – Hervorhebung durch AK)

Die „Konkretisierung" dieser These führte teilweise zu recht absurden Schlußfolgerungen:

„Im vergangenen Jahr (d.h. 1972 –AK) *wurde die Position des amerikanischen Imperialismus als Oberherr von Lateinamerika noch stärker erschüttert. Die andere Supermacht* (d.h. die Sowjetunion – AK) *versucht, unter dem Aushängeschild der ‚Hilfe' in Lateinamerika Boden zu gewinnen..."* (65)

Oder im selben Sinne die Behauptung, daß der *„Sozialimperialismus" „nach Infiltration und Expansion in Lateinamerika strebt und dabei die wacklige Position des amerikansichen Imperialismus als Oberherr in Lateinamerika ausnutzt..."* (66)

Hierin zeigt sich besonders deutlich die Fehleinschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses, speziell die Unterschätzung des US-Imperialismus – hier auf einem Kontinent, der fast völlig von einheimischer Reaktion und Faschismus und von den US-Monopolen beherrscht wird.

Ein anderes Beispiel ist ein Hsin-hua-Kommentar vom April 73, in dem es u.a. heißt, „eine Zeitlang nach dem II. Weltkrieg" sei der US-Imperialismus „der Oberherr im Mittelmeer" gewesen. Nun jedoch hätte die Sowjetunion nicht nur Marine- und Luftstützpunkte im östlichen Mittelmeer „an sich gerissen", sondern ihre „Expansion" auf das westliche Mittelmeer ausgedehnt. **„Im Verein mit den Flotten in der Ostsee und in der Nordsee versuchten sie, Europa zangenförmig einzukreisen."** (67)

Hierin kündigt sich die spätere Behauptung an, die Sowjetunion

b.) Japan

Der japanische Imperialismus spielt eine dem BRD-Imperialismus vergleichbare Rolle in Ostasien, nur daß er wegen der Nähe von der KPCh als noch bedrohlicher behandelt wurde.

Eine gute Zusammenfassung der Einschätzung des japanischen Imperialismus gibt der Artikel „Nieder mit dem wiederbelebten japanischen Militarismus" vom September 1970. Er zeigt folgende Punkte auf:

1.) „Einige Finanzmagnaten, einst Drahtzieher des ‚militärischen Hauptquartiers' der japanischen Faschisten, haben ihre verlorenen Positionen bereits wiedererlangt."
2.) „Der japanische Militarismus ist wieder aufgerüstet worden."
3.) „Die militaristischen Kräfte haben die militärische und politische Macht in Japan wieder in die Hand genommen."
4.) „Die herrschende Clique Japans beschleunigt die Faschisierung des politischen Systems."
5.) „Das japanische Monopolkapital hat fieberhaft Expansion und Aggression im Ausland betrieben."
6.) „Der japanische Militarismus hat offen die zu unserem Territorium gehörige Provinz Taiwan und Korea in seine Einflußsphäre einbezogen."
7.) „Die japanischen Militaristen dienen dem USA-Imperialismus aktiv als ‚Gendarm in Asien' und Sklaven‚aufseher' und versuchen damit, wieder über Asien zu herrschen."
8.) „Die japanischen Militaristen tun ihr Möglichstes, sich Vorwände für Truppenentsendung nach dem Ausland zu schaffen."
9.) „Die herrschende Clique Japans arbeitet energisch an der Schaffung einer konterrevolutionären öffentlichen Meinung für einen Aggressionskrieg ..." (43)

Nachdem im Juni 1972 „unter dem Druck des japanischen Volkes und von Persönlichkeiten in der regierenden Partei und den Oppositionsparteien" (44) der japanische Ministerpräsident Sato zurücktreten mußte, verbesserten sich die chinesisch-japanischen Beziehungen rasch. Der neue Ministerpräsident Tanaka ließ alsbald erkennen, daß er für eine „Normalisierung der Be-

ebene festgehalten: Erstens, die US-Regierung übernimmt die Garantie für den sofortigen Rückzug all ihrer bewaffneten Streitkräfte von dem chinesischen Territorium, der Provinz Taiwan, und von dem Raum der

Taiwan-Straße, und baut alle ihre militärischen Einrichtungen in der Provinz Taiwan ab. Zweitens, die US-Regierung stimmt zu, daß China und die Vereinigten Staaten ein Abkommen über die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz schließen. Aber in den vergangenen 13 Jahren weigerte sich die US-Regierung fortwährend, ein Übereinkommen mit der chinesischen Regierung über diese zwei Prinzipien zu erreichen, spannte den Karren vor den Gaul und begann ein Feilschen um nebensächliche Fragen. Die chinesische Regierung hat der amerikanischen Seite wiederholt klar und deutlich gesagt, daß die chinesische Regierung niemals die Prinzipien verschachern wird. Wenn die amerikanische Seite mit ihren augenblicklichen Praktiken fortfährt, kann, was auch kommen mag, kein Resultat durch die chinesisch-amerikanischen Gespräche auf Botschafterebene erzielt werden, ganz gleich welche Regierung das Amt in den Vereinigten Staaten übernimmt." (48)

Die VR China hielt jedoch nicht daran fest, diese beiden Prinzipien zur Voraussetzung einer Besserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu machen. Die Reise Nixons nach China brachte keinerlei verbindliche Zugeständnisse des US-Imperialismus in diesen beiden Fragen.

Bei den Gesprächen mit Nixon ging es um eine ganze Reihe „nebensächlicher Fragen", wie „Wissenschaft, Technik, Kultur, Sport und Zeitungswesen, in denen Kontakte und Austauschprogramme von Volk zu Volk von gegenseitigem Nutzen sein würden", sowie über „bilateralen Handel als einen weiteren Bereich, aus dem gegenseitiger Nutzen gezogen werden kann" (49); Tschou En-lai sprach auch davon, daß „die Tür zu freundschaftlichen Kontakten endlich geöffnet worden" sei (5o).

Jedoch kam es in den zwei prinzipiellen Fragen – Taiwan und friedliche Koexistenz – zu keinerlei verbindlichen Abkommen.

„...noch trügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alten Schlages"

Nach dem Besuch Nixons in China ließen die Angriffe gegen den US-Imperialismus und vor allem gegen die Person Nixons merklich nach (53).

stischen Mächten entsteht: „Von den Gesetzen der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beherrscht, sind manche imperialistischen Länder im

Aufkommen begriffen, während andere sich dem Untergang nähern, und die ständige ungleichmäßige Entwicklung führt zu heftigen Kämpfen um die Vorherrschaft. Die



Sowjetisch-chinesische Verhandlung in Peking": Furcht vor Einkreisung ...

Das letzte Gespräch – Kossygin und Tschou-En-Lai am 11. September 1969 in Peking

Zum Teil waren extrem opportunistische Meinungen zu hören, wie in den folgenden Ausführungen von Fu Dsuo-yi, Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China:

„Mit einer falschen Einschätzung der Weltsituation versuchten die Vereinigten Staaten in den 5oer und 6oer Jahren vergeblich, China 'einzudämmen' und die Vereinigung unseres Vaterlandes zu verhindern. Am Ende fanden sie sich aber international mit zahlreichen Widersprüchen konfrontiert und steckten sowohl im Inland als auch im Ausland in Schwierigkeiten. Nixon hatte den Mut, den Fehler einer 'Eindämmung' Chinas zu erkennen und zu begreifen, daß, nur wenn die Vereinigten Staaten die normalen Beziehungen zu China wieder herstellen und auf der Basis der fünf Prinzipien friedlich mit ihm zusammenleben, der Frieden im asiatisch-

Welt nach 'Kapital' und 'Stärke' erneut aufzuteilen, ist unausweichlich das Gesetz des Imperialismus." (63)

In dem Artikel „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats" von Tschang Tjiän wird das in folgender Weise noch näher ausgeführt:

„Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten wegen ihrer durch den Krieg aufgeblähten politischen und wirtschaftlichen Stärke für eine gewisse Zeit zum Oberherrn über die kapitalistische Welt geworden. Aber dies bedeutete nicht das Ende der Rivalität. Die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kapitalismus kommt besonders klar im Verfall der Länder mit dem mächtigsten Kapital zum Ausdruck. **Bald fanden sich die USA vom Gipfel gestürzt und auf dem Wege des rapiden Niederganges. Zu diesem Zeitpunkt be-**

in der Ostsee und in der Nordsee versuchten sie, Europa zangenförmig einzukreisen." (67)

Hierin kündigt sich die spätere Behauptung an, die Sowjetunion

strebe danach, **„Westeuropa zu zersetzen und die Vorherrschaft über ganz Europa zu erringen."** (68)

Tschou-En-lai behauptete auf dem X. Parteitag der KP Chinas im August 73:

„Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, 'ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen', er intensiviert das Ringen in Europa und forciert seine Expanion dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu ..." (69)

Und im oben erwähnten Artikel „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats" heißt es zu diesem Thema: *„Der Sozialimperialismus legt Lippenbekenntnisse über 'Frieden und Sicherheit' in Europa ab, vergrößert aber in Wirklichkeit personell und materiell seine militärische Stärke in Europa und versucht alles, um Westeuropa mehr (?!) unter seine Kontrolle zu bringen. Viele europäische Länder haben diese Ambitionen des Sozialimperialismus entlarvt..."* (7o)

Die absolut spekulative These von der angeblich beabsichtigten Aggression des Sowjetrevisionismus gegen Westeuropa führte die chinesische Außenpolitik mit Notwendigkeit an die Seite der imperialistischen Mächte Westeuropas, die sich bekanntlich schon seit Jahrzehnten wegen der „russischen Gefahr" sorgen. Die VR China mahnt die imperialistischen Staaten Westeuropas zur „Wachsamkeit.. gegenüber der Taktik gewisser Kräfte.., welche die Entspannung zu fördern vorgeben, in Wirklichkeit aber eine Expansion betreiben" (71), sie unterstützt „die Anstrengungen der westeuropäischen Länder, auf dem Boden der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sich zusammenzuschließen und stärker zu werden" (72), China ist der Meinung, daß die westeuropäischen Staaten „das Recht haben sollen, eigene Verteidigungsmittel zu besitzen,



Forts. China

um ihre Unabhängigkeit zu sichern" (73) wie es auch allgemein der Ansicht ist, daß „sich alle mittelgroßen und kleinen Länder der Welt in einer Position mangelhafter Verteidigung befinden" (74) und daß daher für „eine große Zahl der kleinen und mittelgroßen Länder" die „gegenwärtige Aufgabe demzufolge nicht die Abrüstung, sondern die Stärkung ihrer Landesverteidigung (ist), um sich gegen Aggression und Unterdrückung von außen wehren zu können" (75). ■

Wird forgesetzt

Anmerkungen:

35.) „PR" 2/70, S. 22
36.) „PR" 31/70, S. 11
37.) „PR" 46/70, S. 3
38.) „PR" 35-36, S. 23
39.) z.B. behauptet die „Renmin Ribao" (Volkszeitung) vom 5. Juni 72, die Rivalität der „zwei Supermächte" sei „die eigentliche Ursache, warum für die Mittelost-Frage fünf Jahre lang keine gerechte Lösung gefunden wurde." (zit. nach „PR" 23/72, S. 10) – Diese Behauptung geht an der Tatsache vorbei, daß das Palästina-Problem schon seit über 25 Jahren ungelöst besteht und seine historischen Wurzeln sogar noch weiter zurückreichen. Im Übrigen sollte nicht verschwiegen werden, daß die Sowjetunion unter Führung Stalins einer der ersten Staaten war, der Israel nach dessen Proklamation anerkannte und dessen Partei gegen die arabischen Staaten ergriff, und daß ferner zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd soviel jüdische Einwanderer aus der Sowjetunion nach Israel kamen wie eben zu dieser Zeit (Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre).
40.) Über den Vertrag zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland, „Renmin Ribao" vom 13.9.70; in „PR" 38/70.
41.) „PR" 41/72, S. 4
42.) So druckte z.B. die „Renmin Ribao" einen in der „Süddeutschen Zeitung" erschienenen Artikel von „Verteidigungsminister" Leber ab, in der die Sowjetunion in der Frage eines Truppenabbaus angegriffen wurde. (laut „Hamburger Morgenpost" vom 1.3.73) – vgl. dazu auch den Artikel „Westlich vom Elbe-Fluß" der „Renmin Ribao" vom 29.6. und 5.7.73; deutsch in „Frankfurter Rundschau" vom 4.8.73.
43.) „Nieder mit dem wiederbelebten japanischen Militarismus", Leitartikel der „Renmin Ribao" und der „Jiefangjun Bao" vom 3.9.73; in „PR" 36/70.
44.) „Sato tritt ab", „PR" 26/72, S. 20
45.) „Tanaka tritt sein Amt als Ministerpräsident an", „PR" 28/72, S. 22.
46.) Gemeinsame Erklärung der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung Japans vom 29.9.72; in „PR" 40/72.
47.) „Neues Kapitel in der Geschichte der chinesisch-japanischen Beziehungen", „Renmin Ribao" vom 30.9.72, in „PR" 40/72, S. 29.
48.) PR 48/68, S. 29
48.) PR 48/68, S. 29
49.) aus dem „Gemeinsamen Kommunique" vom 27.2.73 – PR 9/72, S. 6
50.) auf dem Bankett zu Ehren von Präsident Nixon, 21.2.73 – PR 8/72, S. 8
51.) PR 9/72, S. 4-5
52.) PR 9/72, S. 5-6
53.) Nixon war früher u. a. als „äußerst tückischer Kriegsverbrecher" u. ä. bezeichnet worden – vgl. z.B. den Artikel „Neue Kriegsabenteuer der Regierung Nixon" in PR 19/70
54.) Rede auf einer Gedenkfeier zum Aufstand der Bevölkerung der Provinz Taiwan vom 28. Februar 1947; Peking am 28.2.73 – in PR 10/73, S. 17. Auch wenn diese Rede als taktisch an die „patriotischen Landsleute" auf Taiwan gerichtet zu verstehen ist, mutet ihr Inhalt doch seltsam an.
55.) An den Prinzipien festhalten und für die Gerechtigkeit eintreten, Leitartikel der „Renmin Ribao" vom 28.8.72 – PR 35/72, S. 5
56.) Für neue Siege kämpfen, gemeinsamer Leitartikel von „Renmin Ribao", „Hongqi" und „Jiefangjun Bao", 1.10.72 – PR 40/72, S. 10
57.) Yä Djiän-ying, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh in einer Rede vor einer Freundschaftsdelegation der albanischen Streitkräfte am 6.11.72 – PR 45/72, S. 3
58.) Li Dö-scheng, Leiter der Politischen Hauptverwaltung der VBA, am 11.11.72 vor derselben Delegation – PR 46/72, S. 4
59.) Huang Hua, Stellvertretender Leiter der chinesischen UN-Delegation, am 5.12.72 vor der UNO (Nahost-Frage) – PR 50/72, S. 6
60.) PR 22/72
61.) PR 24/72
62.) PR 25/72 und 26/72
63.) PR 25/72, S. 7
64.) PR 39/73, S. 7
65.) Der Kampf für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft, PR 9/73, S. 19
66.) Kampf für den Schutz der maritimen Ressourcen, PR 3/73, S. 7
67.) Hegemonie im Mittelmeer – ein schöner Traum der Sowjetrevisionisten, Kommentar eines Korrespondenten der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua – PR 15/73, S. 18
68.) Rede von Tjiao Guan-hua, Leiter der chinesischen UN-Delegation, vor der UNO (2.10.73) – PR 40/73, S. 13
69.) PR 35-36/73, S. 23
70.) PR 39/73, S. 7
71.) Außenminister Dji Peng-fe am 7.1.73 auf einem Bankett zur Begrüßung des italienischen Außenministers Medici – PR 2/73, S. 3
72.) Außenminister Dji Peng-fe auf einem Bankett während seines Besuchs in Frankreich (10.-14. Juni 73) – PR 25/73, S. 4
73.) Tschou En-lai auf einem Bankett zu Ehren von Präsident Pompidou am 11.9.73 – PR 37/73, S. 11 – Tschou scheint in diesem Zusammenhang speziell auf die französische atomare „Force de Frappe" anzuspielen.
74.) Tjiao Guan-hua, Leiter der chinesischen UN-Delegation, am 3.10.72 vor der UNO – PR 41/72, S. 11 – Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß hiermit „mittelgroße und kleine Länder" alle Länder außer den „zwei Supermächten" gemeint sind.
75.) Eine unrühmliche Schau, Kommentar der „Renmin Ribao" am 12.11.72 – PR 46/72, S. 8 – dies geht nicht ganz soweit wie das Zitat unter (74), daß a l l e
weit wie das Zitat unter (74), daß a l l e
„mittelgroßen und kleinen Länder" einbezog.

Forts. Rüstung

rer Stelle des Bundeshaushaltes befinden. Die tatsächliche Höhe des Rüstungshaushaltes wird aber stets bewußt verschwiegen.

1972 waren 14.083,75 Mio. Mark (= 60% des Etats des Kriegsministeriums) an Rüstungskosten in anderen Etats des Bundeshaushaltes versteckt worden. 1973 sind es 14.267,7 Mio. Mark (= 56%).

Die r e a l e n Rüstungslasten beliefen sich 1972 auf 38.202,75 Mio. Mark und betragen 1973: 40 819,5 Mio. Mark. (siehe Tabelle)

Über diese Kosten hinaus gibt die westdeutsche Bourgeoisie Geld aus für das, was sie demagogisch „innere Sicherheit" nennt, was in Wirklichkeit aber Bürgerkriegsvorbereitungen sind (s. AK 33, S. 13):

- Für das Bundeskriminalamt 1972 75,205 Mio. Mark und für 1973 119,605 Mio. Mark (Steigerung um 59%)
- Für die Ausrüstung der Bereitschaftspolizei 1972 10,732 Mio. und für 1973 28.117 Mio. Mark (Steigerung um 163%), ohne Ausgaben der Bundesländer
- Für den Verfassungsschutz 1972 48,104 und für 1973 64.204 Mio. Mark.

Darüberhinaus kommen Ausgaben des Bundes für Kerntechnik, Straßenbau, Luftfahrt, Kernforschung, Weltraumforschung, technologische Forschung und Entwicklung auch militärischen Zwecken zugute.

Z.B. sind schätzungsweise eine halbe Milliarde Mark für militärischen Straßen- und Wasserbau im Titel 3.10(„Straßenbau") des Bundeshaushaltes untergebracht worden. Im Etat für Forschung und Technologie befinden sich fünf Posten, in Höhe von insgesamt 3124.07 Mio. Mark, die militärischen Zielen ebenso dienen wie zivilen. Dabei beträgt der gesamte Etat 30(„Forschung und Technologie") des Bundeshaushaltes 1973 selbst nur 3.137,1 Mio. Mark.

Zu den Kosten für zukünftige Kriege kann man mit gutem Grund auch die Folgekosten des II. Weltkrieges (z.B. Kriegsopfer-Renten) hinzurechnen, die für 1973 eine Höhe von 8.974,0 Mio. Mark erreicht haben. (In anderen westeuropäischen Staaten, z.B. Holland, werden diese Folgekosten offiziell dem Verteidigungshaushalt zugerechnet).

So erreichten die westdeutschen Rüstungskosten zusammen mit den
Rüstungskosten zusammen mit den
Kriegsfolgelasten des II. Weltkrieges 1973 eine Höhe von 49.793,5 Mio. Mark. Mit den Ausgaben für „Innere Sicherheit" zusammen machen diese Ausgaben einen Anteil von ca. 50% des Gesamthaushaltes des Bundes aus.

Diese Rechnung erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind sicherlich noch andere versteckte direkte oder indirekte Militärausgaben im Bundeshaushalt vorhanden.

Wir sehen, noch nie mußte die westdeutsche Arbeiterklasse soviel Geld für die Rüstung aufbringen. Die BRD steht mit den Rüstungslasten, was die absolute Summe angeht (aber auch im prozentualen Anteil am Staatshaushalt) mit Abstand an der Spitze der europäischen NATO-Staaten.

Die Kapitalisten reden zwar immer von „Sicherheit, Entspannung und Abrüstung", aber „Sicherheit" bedeutet für sie das Vorantreiben der Aufrüstung in der BRD, um bei gegebener Gelegenheit ihre politischen Ziele auch militärisch durchsetzen zu können. ■

Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg

'Verteidigungsausgaben' im Bundeshaushalt, in Millionen DM

Titel	1972	1973
14 'Verteidigung'	24.219,00	26.552,80
33 'Versorgung' mit Versorgungskosten für Bundeswehrsoldaten und Berufssoldaten der Hitler-Wehrmacht	2.018,50	2.822,81
35 'Verteidigungslasten' mit Kosten für Stationierungsstreitkräfte in der BRD	700,90	798,50
05 'Auswärtiges Amt' mit Kosten für die Nato-Verteidigungs- und Ausrüstungshilfe	101,10	99,96
60 'Allgemeine Finanzverwaltung' mit Kosten für die Beschaffung von Rüstungsmaterial, wie 'Phantom F–4F' u.a.	610,00	675,00
02 'Bundestag' mit Kosten für den Wehrbeauftragten	2,00	3,63
06 'Inneres' mit Kosten für den Bundesgrenzschutz	506,50	608,70
Berlin Hilfe	4.530,50	4461,00
1972 im Weißbuch als Rüstungskosten bekanntgegeben – 1973 von uns errechnet –	32.688,20	36.024,49
Weitere versteckte Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt:		
60 'Allgemeine Finanzverwaltung' mit		
– zusätzlichen Kosten für die Stationierung von US–Truppen in der BRD	30.00	41,50
– von britischen Truppen	———	50,00
– Beitragsleistungen für militärische Nato–Anlagen auf Malta	26,30	20,35
– Kriegsfolgelasten	39,00	38,50
36 'Zivilverteidigung'	532,00	543,80
04 'Bundeskanzleramt' mit Kosten für Militärpropaganda	4,20	4,35
– 'Devisenausgleich mit der USA 1)	3.300,00	4.000,00
– Eventualhaushalt 72 für zusätzliche Rüstungsaufträge	1,00	———
– Bundesnachrichtendienst	83,75	99,50
Gesamtausgaben der Rüstung für 1972 und 1973	38.202,75	40.819,50
Kriegsopferversorgung als Folgelasten des II. Weltkrieges	—— ——	8.974,00
Gesamt		49.793,50
Zum Vergleich, Gesamt Haushalt	106,6 Mrd.	121,6 Mrd.

Anmerkung 1)
Für 1973 ist der Betrag von4 Mrd. noch vorläufig. Über die genaue Höhe des Devisenausgleichs wird noch verhandelt.

Jugendvertreter-Wahlen auf der HDW

Am 18. Oktober wählten sich die Kollegen der HDW eine neue Jugendvertretung. Obwohl die bestehende Jugendvertretung erst gut ein Jahr im Amt war (übliche Amtszeit – zwei Jahre), wurden diese Wahlen erforderlich, da einige Jugendvertreter auslernten, bzw. aus persönlichen Gründen ausschieden.

Die Bedeutung dieser Wahlen besteht im wesentlichen darin, daß die Lehrlinge zu entscheiden hatten, zwischen zwei Linien in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die hier offen zu Tage traten:

a) Entwicklung der JV-Arbeit eng orientiert an den Interessen der Lehrlingen und unter deren Einbeziehung in den Kampf gegen die ärgsten Feinde der Arbeiterjugend, die Kapitalisten, um bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Gleichzeitiger Kampf in der Gewerkschaft gegen die Linie der Sozialpartnerschaft und deren Vertreter. Diese Linie wurde vom KB unterstützt.

b) Taktiererei als Einzelkämpfer gegenüber den Kapitalisten und Abwiegelung jeglicher Kritik an der Gewerkschaftsführung bis zum offenen Verrat und Denunziation der Kritiker als „Gewerkschaftsfeinde". Diese Linie wurde von der DKP (SDAJ) unterstützt.

Trotz massiven Eingreifens des Betriebsrats, der zunächst die Neuwahlen zu verhindern suchte und schließlich die fortschrittlichen Kandidaten als „linksradikale Chaoten" diffamierte – und auch der DKP/SDAJ, deren Vertreter sowohl im Betrieb, als auch über die Betriebszeitungen in übelster demagogischer Form in einer wahren Kampagne das reaktionäre Vorgehen des Betriebsrats ergänzte, ließen sich die Kollegen nicht verwirren, sondern entschieden sich für eine klassenkämpferische Jugendvertretung.

Die DKP/SDAJ behauptete u.a., daß die Kollegen es hier mit Leuten zu tun hätten, die beim ständigen Versuch, „den BR, VK-Leitung und Ortsverwaltung der IGM als Handlanger des Kapitals darzustellen, den Kampf gegen die Unternehmer vergessen" hätten. Ja, diese Leute könnten „vor lauter Gewerkschaftsfeindlichkeit kaum noch aus den Augen gucken" und würden gar empfehlen, „gleich mit dem Gewehr in der Hand Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu führen". (alles zitiert aus „Werft-Echo" bzw. „Rot-Stift", DKP/SDAJ)

Der DKP-Führer Müller-Goldenstedt, der bis zu den Wahlen noch in der Jugendvertretung war, und persönlich für einen Hauptteil dieser Diffamierungen verantwortlich zeichnet und dies auch auf der letzten Jugendversammlung unumwunden zugab, bekam von den Kollegen die entsprechende Antwort präsentiert und flog mit erheblichem Abstand zu den fünf gewählten linken Kollegen aus der Jugendvertretung raus.

Es ist zu erwarten, daß die Kapitalisten, sowie die Gewerkschaftsführer und der reaktionäre Betriebsrat mit allen Mitteln versuchen werden, die Arbeit der neuen Jugendvertretung zu verhindern und zu sabotieren. Das kann, wie die Erfahrungen in anderen Betrieben zeigen, von Nichtbehandlung und Verschleppung von Anträgen und Verhandlungen bis zu Ausschlüssen aus der Gewerkschaft und Rausschmissen aus dem Betrieb reichen.

Sich hierauf einzustellen und die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen und nicht nachzulassen im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gegen die Kapitalisten, werden die entscheidenden Aufgaben der HDW-Lehrlinge und ihrer Jugendvertretung sein müssen. Dabei kommt es vor allem darauf an, den Kampf der Lehrlinge an der Seite der Arbeiter zu entwickeln.

Wie sich der Kampf der HDW-Lehrlinge entwickelt hat, wie die kapitalistische Ausbildung bei HDW aussieht und woran vor allem die politische Auseinandersetzung unter den Lehrlingen entbrannt ist, wird in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF zu lesen sein. Der schon für diese Ausgabe vorliegende Artikel kann aus Platzgründen nicht erscheinen. ■

Zellen-Leitung Werften KB/Gruppe Hamburg

Nach dem Streik in Nordbaden/Nordwürttemberg:

Kein »Jahrhundertergebnis«

Die Gewerkschaftsführer jubilieren: dieser Abschluß ist ein „Jahrhundertergebnis" (Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall). Gemeint ist der Abschluß eines Teils des Manteltarifs im Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg Ende Oktober. Sein Stellvertreter Hans Mayr gar kam auf einer kleinen Funktionärsversammlung am 30.10. in Hamburg ins Schwärmen: „Die IG-Metall hat einen Dammbruch erzielt ... wir haben in Nordbaden ein Riesenloch in eine Mauer des Widerstands gestoßen ... Eine breite Straße, auf der andere Tarifgebiete nachstoßen können " und schließlich gar „Einen Erfolg mit Auswirkungen auf die internationale Arbeiterbewegung."

Was hat es tatsächlich mit diesem „Jahrhundertergebnis" auf sich?

Für den Streik zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen hatten in einer Urabstimmung am 10. Oktober 89% der IGM-organisierten Arbeiter und Angestellten gestimmt (vergleiche hierzu ARBEITERKAMPF 34, „Klares Votum für Streik"). Dieses eindeutige Ergebnis kam zustande, obwohl in der Vergangenheit Regelungen aus Mantel- oder Lohnrahmentarifverträgen zumeist ohne Beteiligung der Arbeiter abliefen und die Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg am Aufstellen dieser Forderungen nicht beteiligt waren. Es verdeutlicht, daß der notwendige Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine breite Basis unter den Arbeitern hat, was nicht zuletzt in Forderungen bei spontanen Streiks dieses Jahr zum Ausdruck kam.

Trotz großer Sprüche über „Jahrhundertereignis", „großem Durchbruch" etc., stimmten in der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis am 24.10. die Arbeiter dem Ergebnis nicht vorbehaltlos zu: Gegenüber der ersten Urabstimmung (Beteiligung fast 96%) nahmen diesmal fast 10% weniger abstimmungsberechtigte teil: 71,4% stimmten mit Ja, 14,8% mit Nein.

Prüfen wir den Abschluß und vergleichen ihn mit den hochgestochenen Jubelklängen der Gewerkschaftsführer:

Tatsächlich gab es Verbesserungen, die nicht zu unterschätzen sind:

- Akkord-, Fließband- und Prämienarbeiter erhalten in Zukunft fünf Minuten „Erholzeit" in der Stunde (Ausgangsforderung sechs Minuten/ Schlichtung fünf Minuten), die neben einer drei-minütigen „Bedürfniszeit" gilt.
- Lohngarantie auf dem vorherigen Stand für Arbeiter über 55 Jahren (50 Jahre/55 Jahre).
- Einschränkung der Kündigungsmöglichkeit (nur noch „aus wichtigem Grund") für Arbeiter über 53 bei dreijähriger Betriebszugehörigkeit. (50 Jahre/53 Jahre).
- Weiterzahlung des Nettolohns bei Betriebsunfällen bis zur 78. Woche (bisher bis zur zwölften Woche)

und schließlich:

- Akkordlohnabsicherung von 125% im Betriebsdurchschnitt, ab 1975 130% (140%/ 130% individuelle Absicherung).

Der Vertrag ist bis zum 30.10.



Den Arbeitern war es Ernst mit ihrem Streik – aber nur wenige wurden einbezogen.

76 (!) festgelegt, während für die „Akkordabsicherung" gar eine Laufzeit bis 1979 (!) vereinbart ist.

Die Forderung nach Verbot von Arbeitstakten unter 1,5 Minuten am Band wurde fallengelassen. Stattdessen wurde vereinbart, bestehende Taktzeiten nicht zu verkürzen. „Nebenbei" haben Kapitalisten und Gewerkschaftsführer dazu auch noch schnell Regelungen aus dem gesamten Manteltarifvertrag abgeschlossen, die uns im einzelnen nicht bekannt sind (die aufgeführten Ergebnisse stammen aus dem Lohnrahmen II). Erst der Abschluß des Manteltarifs und der Verzicht der IG-Metall auf Änderung des Leistungszulagenvertrages (der trotz Kündigungsmöglichkeit um zwei Jahre verlängert ist), haben laut Vorsitzenden von Gesamtmetall Baden/Württemberg Schleyer, „zum Erreichen der Kompromißlösung beigetragen" („Handelsblatt" vom 23.10.).

IGM-Führung: Ja zum kapitalistischen Leistungsprinzip

Ein Jahrhundertergebnis? Nun, am vorher dargelegten wird schon deutlich, daß das mehr als übertrieben ist und daß hier zwar wichtige Verbesserungen erreicht wurden, aber auf Kosten von Zugeständnissen durch die Gewerkschaftsführer auf anderen ebenfalls wichtigen Gebieten.

Noch entscheidender ist allerdings die Tatsache, daß der Abschluß vorübergehend gerade für Akkord- und Bandarbeiter Verbesserungen bringen wird, daß er aber nicht, wie es von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern vorgegaukelt wird, eine neue „Lebensqualität" darstellt, sondern auch in diesem Rahmen den Kapitasten Möglichkeiten bleiben, die Akkord- und Arbeitshetze, etwa durch Änderung der Vorgabezeiten, zu steigern und daß hiergegen auch weiterhin ein ständiger Kampf der Arbeiter geführt werden muß.

Denn der Abschluß hat nicht etwa eine Änderung der Lage der Arbeiter als Lohnabhängige und Ausgebeutete im Kapitalismus gebracht, was auch gar nicht die Absicht der Gewerkschaftsführer war, wie die Auseinandersetzungen um die Frage der Akkordabsicherung zeigt.

Die Kapitalisten jammerten in bekannter Manier, eine individuelle Absicherung des Akkordlohns, egal bei welcher Höhe, komme auf gar keinen Fall in Frage. Ihnen geht es darum, die Arbeitsleistung des sogenannten „leistungsstärkeren" Arbeiters gegenüber dem „leistungsschwächeren" höher zu bezahlen, den „Anreiz" mehr zu leisten zu erhalten. Das heißt nichts anderes, als die rücksichtslose Arbeitshetze des Akkordlohns, eben eine wichtige Stütze des kapitalistischen Lohnsystems, beizubehalten.

Diese Möglichkeit sehen sie durch eine individuelle Mindestverdienstsicherung eingeschränkt (allerdings keineswegs aufgehoben).

So steht denn im neuen Lohnrahmen II auch ausdrücklich: Akkordlohnabsicherung im Betriebsdurchschnitt.

Was bedeutet das konkret? Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Ein Betrieb mit zwei Akkordarbeitern ist verpflichtet, den beiden Arbeitern pro Monat durchschnittlich 125% Akkord zu zahlen. Das heißt nun aber nicht, das jeder der beiden auch wirklich 125% bezahlt bekommt, sondern der eine kann 150% bekommen, der andere 100% (140/110 usw.). Der Durchschnitt liegt dann aber immer bei 125%.

Der Witz des Jahres



Auf Streikposten: Loderer, Steinkühler, Mayr aus „Metall"–

Mit Genugtuung stellten die Kapitalisten nach dem Abschluß dazu fest:

„Er (gemeint ist der Kompromiß bei der Akkordabsicherung) läßt aber den Betrieben eine Bandbreite, die sehr wohl eine leistungsorientierte (!), vielleicht sogar leistungsgerechte (!) Entlohnung ermöglicht. Damit widerspricht der Kompromiß nicht dem Leistungsprinzip." (Schleyer im „Handelsblatt", vom 23.10.73)

Der Schwindel vom ‚gerechten Lohn', der angeblich bei der Anwendung des ‚Leistungsprinzips' ermittelbar ist und auch tatsächlich gezahlt werden soll, ist auch eine programmatische These der IG-Metall-Führer. In einem Grundsatzartikel (der offenbar zur ideologischen Vorbereitung des Arbeitskampfes in Nordbaden gedacht war) wird erklärt:

„Die Gewerkschaften sagen also ja zum Leistungsprinzip (!) und damit zur ergebnisbezogenen (!) Entlohnung." („Der Gewerkschafter", 9/73)

Die Gewerkschaftsführer sagen ‚Ja' zur kapitalistischen Rationalisierung, zur Verschärfung der Ausbeutung: *„Die Gewerkschaften sind außerdem für eine wachsende Ergiebigkeit(!) menschlicher Arbeit. "* Die Arbeiter müssen eine *„entsprechende Mehrleistung (!) erbringen"*, weil die ‚sozial und schicksalsbedingt Arbeitsunfähigen' *„einen Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein (haben)"* („Der Gewerkschafter", a.a.O.)

Großartig! Nicht der Kapitalist eignet sich in Form des Mehrwerts (Profit) die ‚Mehrleistung' des Arbeiters an, und zahlt diesem den Lohn, der zur Wiederherstellung der der Arbeitskraft notwendig ist, sondern das Geld aus den ‚Mehrleistung' fließt sozusagen in einen großen Topf, aus dem jeder Bedürftige löffeln darf.

Mit dieser geradezu kriminellen, den tatsächlichen Verhältnissen im Kapitalismus hohnsprechenden ‚Begründung' wird schlicht geleugnet, daß es in der BRD überhaupt noch Ausbeutung gibt – allenfalls werden Einwände gegen unschöne ‚Auswüchse' der ‚Leistungsgesellschaft' erhoben. Und mit geschlossenen Augen werden fromme Wünsche nach wesentlichen Veränderungen auf dem Boden der bestehenden kapitalistischen Ordnung formuliert: *„Die Arbeit muß ausführbar (? !), erträglich (!) und zumutbar (!) sein, und sie muß ein subjektives Wohlbefinden beim Arbeitnehmer (!!!) auslösen."* (ebenda)

Es wird zwar lakonisch festgestellt: „Das sind alte Forderungen", aber w i e eine derartige Organisation der Arbeit unter der Herrschaft der Bourgeoisie erreicht werden soll, wird nicht verraten.

Schwierigkeiten mit den Streikwilligen

Der Bezirksleiter der IG-Metall Nordbaden/Nordwürttemberg „*Franz Steinkühler ist sich darüber im Klaren, daß der Schwerpunktstreik die schwierigste Kampfform ist ... Nicht die „Arbeitswilligen", die für uns immer Streikbrecher bleiben werden, sind ein Problem für uns, sondern die vielen Streikwilligen (!!!), denen es schwerfällt, an den Streikposten vorbei zur Arbeit zu gehen."* („Metall", vom 22. Oktober 73)

In der Tat fanden die IG-Metall-Strategen bis heute keine plausible Erklärung zur nachträglichen Rechtfertigung ihrer eigenmächtigen Taktik, nach der nur 20% der organisierten und nur 14% aller Metaller des Bezirks am Arbeitskampf beteiligt wurden.

Einzige wirkliche Begründung für die „Schwerpunkt-Taktik" bleibt der Versuch der Gewerkschaftsführer, die Arbeiter zum Luftablassen zu bringen und gleichzeitig die Kapitalisten nicht allzuviel zu schaden.

„Was allein zählt, ist der Erfolg", hieß es in der schon erwähnten Ausgabe von „Metall". Der Meinung waren ohne Frage auch die Metallarbeiter, die für Streik gestimmt hatten, weil sie nur darin eine Chance zur Durchsetzung der Forderungen sahen.

Es geht klar zu Lasten der IG Metall-Führung, wenn von dem ohnehin in der Schlichtung schon zurechtgestutzten Forderungskatalog noch weitere Abstriche gemacht werden mußten, weil sie den klar bezeugten Kampfwillen der Metaller ignoriert und mit ihrer Taktik der ‚Schwerpunktstreiks' die Kampfkraft weiter geschwächt hat. ■

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Inhalt